

2011

Integrationsbericht des Landkreises Göttingen



Landkreis Göttingen

Landrat

Grußwort des Landrates

„Die Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft ist eine Schlüsselaufgabe in der Arbeit der Kreisverwaltung“.

Mit der Einrichtung der Stelle eines Integrationsbeauftragten vor ca. 3 Jahren wurde die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integrationsarbeit im Landkreis Göttingen geschaffen. Die Integrationsbeauftragtenstelle ist mir direkt zugeordnet worden, um auf dem „kurzen Draht“ diese wichtige Querschnittsaufgabe in die Verwaltungsstrukturen nachhaltig und erfolgreich zu integrieren und seine konzeptionelle und operative Arbeit vor Ort effizient zu gestalten.

Mit der jetzt vorliegenden umfassenden Bestandsanalyse zur Lage der Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen wird eine gute Plattform für eine noch gezieltere Integrationsarbeit zur Verbesserung der Lage der Migrantinnen und Migranten geschaffen.

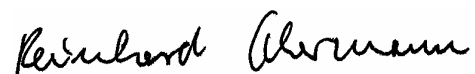
Mit dieser Bestandsanalyse werden Erfolge aber auch Hemmnisse bei der Integration in allen gesellschaftlichen Bereichen sichtbar gemacht. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse wird im nächsten Schritt ein wirksames Integrationskonzept mit integrationsfördernden Strukturen und Maßnahmen erstellt.

Wenn wir uns als Landkreis Göttingen Integration als Schlüsselaufgabe des gesellschaftlichen Zusammenlebens setzen, tragen wir ganz entscheidend dazu bei, die Herausforderungen wie den demographischen Wandel positiv zu gestalten. Die Integration von Migrantinnen und Migranten in die hiesige Gesellschaft in diesem Sinne ist ein wichtiges Vehikel für Innovation und gesellschaftlichen Fortschritt.

Dieser Integrationsbericht soll dazu beitragen, dass die vielen kleinen und großen Bemühungen in Richtung eines integrationsfreundlichen gesellschaftlichen Klimas gewürdigt werden. Ich hoffe, dass die gezeigten Ergebnisse zu weiteren fruchtbaren Impulsen auf allen gesellschaftlichen Ebenen führen werden.

Es haben sehr viele zur Erstellung dieses Berichtes beigetragen. Die Veröffentlichung dieses Berichtes wäre ohne die Hilfe von vielen Praktikantinnen, Honorarkräften, Freien Mitarbeiterinnen sowie ehrenamtlichen bzw. hauptamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern nicht entstanden.

Dank gilt diesen außergewöhnlich hilfreichen Unterstützerinnen und Unterstützern, die in vielfältiger Weise zur Vorbereitung dieses Berichtes beitrugen.

A handwritten signature in black ink, reading "Reinhard Schermann". The script is cursive and fluid, with the first name "Reinhard" and the last name "Schermann" clearly distinguishable.

Landrat Reinhard Schermann
(Landkreis Göttingen)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Abbildungsverzeichnis	vii
Tabellenverzeichnis	x
Abkürzungsverzeichnis	xi
1 Einleitung	14
2 Methodisches Vorgehen	19
2.1 Quantitative Daten	19
2.1.1 Quantitative Erhebungen des Landkreises Göttingen	19
2.1.2 Sekundärdaten	21
2.2 Qualitative Daten	23
2.2.1 Leitfadeninterviews	23
2.2.2 Integrationsworkshops im Landkreis Göttingen	24
3 Demographie	26
3.1 Bevölkerungszusammensetzung	29
3.1.1 Alter	30
3.1.2 Bevölkerungsentwicklung	33
3.1.3 Aufenthaltsstatus	36
3.2 Ergebnisse der quantitativen Befragung im Auftrag des Landkreises Göttingen	38
3.2.1 Geburtsland	38
3.2.2 Staatsangehörigkeit	39
3.2.3 Geschlecht	39
3.2.4 Alter	40
3.2.5 Einwanderungsjahr	41
3.2.6 Grund Zuzug nach Göttingen	42
3.2.7 Geplante Aufenthaltsdauer	42
3.2.8 Familienstand	43
3.2.9 Kinderzahl	43
3.2.10 Religionsgemeinschaft	44
4 Bildung	46

4.1	Einleitung	46
4.2	Anzahl der Kinder in den Tagesstätten	48
4.2.1	Anzahl der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund	48
4.2.2	Anzahl der Kinder unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund.....	49
4.2.3	Anzahl der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren mit Migrationshintergrund	50
4.2.4	Anzahl der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren ohne Migrationshintergrund	51
4.2.5	Gesamtzahl der Kinder	52
4.2.6	Herkunft der Kinder mit Migrationshintergrund.....	54
4.3	Schulische Bildung	56
4.3.1	Schulformen und Trägerschaft	57
4.3.2	Schulstandorte	57
4.3.3	Schülerschaft und Lehrkörper an den Schulen.....	58
4.3.4	Entwicklung der Schülerzahlen an den Schulen	68
4.3.5	Integrationsförderung an den Schulen.....	70
4.3.6	Beteiligung der Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund.....	78
4.3.7	Nachmittagsbetreuung der Schulen.....	83
4.3.8	Migrantenspezifische Problemstellungen.....	85
4.3.9	Anteil der Schülerinnen und Schüler mit anschließender Ausbildung.....	88
4.4	Fazit	89
5	Sprachförderung	91
5.1	Frühkindliche Sprachförderung.....	91
5.1.1	Anzahl der Kinder im Vorschuljahr mit Sprachförderbedarf.....	95
5.1.2	Anzahl der zur Sprachförderung ausgebildeten Kräfte	97
5.1.3	Art der Sprachförderung	99
5.1.4	Fazit zur frühkindlichen Sprachförderung	104
5.2	Schulische Sprachförderung.....	106
5.2.1	Verwendete Sprachen in der Schule.....	107
5.2.2	Fremdsprachenunterricht.....	109
5.2.3	Sprachförderungsprogramme	109
5.2.4	Fazit zur schulischen Sprachförderung	111
5.3	Sprachförderung Erwachsene.....	112

5.3.1	Befragung der Migrantinnen und Migranten.....	119
5.3.2	Fazit zu Sprachförderung Erwachsene	121
5.4	Fazit	122
6	Arbeit und Einkommen	124
6.1	Sekundärdaten zu ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.....	124
6.1.1	Ausländeranteil an den Beschäftigten im Landkreis	125
6.1.2	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Alter.....	127
6.1.3	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Ausbildung	128
6.1.4	Sozialversicherungspflichtige nach Berufsbereichen.....	128
6.1.5	Geringfügig entlohnte Beschäftigung	130
6.1.6	Soziale Sicherung	131
6.2	Der Werdegang und die aktuelle Situation von berufstätigen Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen	132
6.2.1	Schulische Qualifikation und Ausbildung der Personen mit Migrationshintergrund	132
6.2.2	Berufserfahrung.....	135
6.2.3	Zufriedenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit Arbeit und Einkommen	139
6.2.4	Erwerbslosigkeit und Dauer	141
6.3	Individuelle Eindrücke von Personen mit Migrationshintergrund zum Thema Ausbildung und Berufstätigkeit	141
6.3.1	Die Motivation einen Beruf zu ergreifen	142
6.3.2	Problemfeld Bewerbung.....	142
6.3.3	Mobbing am Arbeitsplatz - Berichte von Arbeitnehmer/innen mit Migrationshintergrund.....	143
6.3.4	Geringfügig entlohnte Arbeit	144
6.3.5	Tätigkeit als Hausfrau und ehrenamtliche Arbeit.....	145
6.3.6	Problematiken beim Einstieg auf dem deutschen Arbeitsmarkt	147
6.3.7	Jobcenter / Agentur für Arbeit - die Wiedereingliederung in das Berufsleben....	149
6.4	Fazit	150
7	Wohnen und Leben	152

7.1	Wohndauer im Landkreis Göttingen	152
7.2	Wohnsituation	153
7.3	Zufriedenheit mit der Wohnsituation	154
7.3.1	Begründung der Unzufriedenheit mit der Wohnsituation	155
7.4	Nachbarschaft	156
7.5	Erneuter Zuzug nach Göttingen	156
7.6	Sozialraumorientierte Integrationsangebote	157
7.6.1	Der Bürgertreff in Hann. Münden	159
7.6.2	Das Café Grenzenlos in Duderstadt	159
7.7	Eine Auswahl von Mikroprojekten im Sozialraum des Landkreises Göttingen	160
7.8	Fazit	163
8	Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit	165
8.1	Allgemeines zum Umgang mit dem Thema Kriminalität	165
8.2	Kriminalität in Niedersachsen	166
8.3	Kriminalität im Landkreis Göttingen	166
8.3.1	Tatverdächtige nach Alter	166
8.3.2	Tatverdächtige nach Alter und Geschlecht	167
8.4	Kriminalität gegenüber Nichtdeutschen im Landkreis Göttingen	168
8.5	Fazit	168
9	Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung	170
9.1	Begriffsdefinition und Unterscheidungskriterien von Stereotypen, Vorurteilen und sozialer Diskriminierung	170
9.2	Stereotype Bilder der Migrantinnen und Migranten und Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit im Landkreis Göttingen	170
9.2.1	Stereotype Zuschreibungen der Migrantinnen und Migranten	171
9.2.2	Stereotype Zuschreibungen der Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit	173
9.2.3	Begegnungen von Vorurteilen im Alltag	174
9.2.4	Diskriminierungserfahrungen der Migrantinnen und Migranten	175
9.2.5	Diskriminierung im Alltag und empfundene institutionalisierte Diskriminierung	177
9.3	Fazit	184

10	Religion und Glaube.....	186
10.1	Religionszugehörigkeit.....	186
10.1.1	Die Konvertierung zu einem anderen Glauben	188
10.2	Stellenwert der Religion im Alltag.....	189
10.2.1	Wichtigkeit der Religion im Freundeskreis.....	190
10.2.2	Wichtigkeit des Religionsunterrichts gemäß der eigenen Religionszugehörigkeit....	191
10.2.3	Einfluss der Migration auf die Religion	192
10.3	Einfluss der Religion auf die Integration	194
10.4	Fazit	197
11	Kulturelle Integration und Wertekonzepte	199
11.1	Biethnische Ehen und Partnerschaften	199
11.1.1	Ehen und Partnerschaften mit Partnern/-innen gleicher Herkunft	199
11.1.2	Relevanz der Herkunft der Partner/-innen.....	201
11.1.3	Bewertung biethnischer Ehen und Partnerschaften.....	201
11.1.4	Wirkung und Einfluss biethnischer Ehen und Partnerschaften	202
11.2	Identifikation mit der neuen Heimat	204
11.2.1	Identifikation mit der deutschen Nationalität	204
11.2.2	Identifikation mit dem Herkunftsland	205
11.2.3	Zuschreibung von Heimat im Herkunftsland	207
11.2.4	Kontakt und Bindung zum Herkunftsland.....	207
11.3	Kontakt zu Deutschen	209
11.3.1	Freundschaften mit Deutschen	210
11.3.2	Wunsch nach mehr Kontakt zu Deutschen.....	211
11.3.3	Gestaltung und Qualität der Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.....	212
11.4	Identitäten in Bewegung, Konzepte und Lebensentwürfe.....	216
11.5	Freizeit.....	218
11.5.1	Bereiche der Freizeitgestaltung	219
11.5.2	Freizeitangebote vor Ort.....	221
11.5.3	Freizeit und Integration	223

11.5.4	Konkrete Freizeitangebote im Landkreis Göttingen	223
11.6	Medienkonsum	225
11.6.1	Konsum deutschsprachiger Printmedien	225
11.6.2	Konsum des deutschen Fernsehens	226
11.6.3	Konsum herkunftssprachlicher Printmedien	227
11.6.4	Konsum herkunftssprachlichen Fernsehens	228
11.6.5	Medien und Sprache	229
11.7	Fazit	230
12	Integrationsmotivation.....	231
12.1	Freiwillige Partizipation	231
12.2	Obligatorische Partizipation	235
12.3	Partizipation in etablierten Strukturen.....	237
12.4	Fazit	248
13	Interkulturelle Öffnung.....	249
13.1	Interkulturelle Kompetenz.....	249
13.2	Interkulturelles Personalmanagement im öffentlichen Dienst	250
13.3	Interkulturelle Öffnung in staatlichen und freien Bildungsträgern	251
13.4	Interkulturelle Öffnung in karitativen Organisationen	252
13.5	Interkulturelle Öffnung im Gesundheitssystem	252
13.6	Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe	253
13.7	Interkulturelle Öffnung durch Sportvereine	253
13.8	Fazit	253
14	Fazit	255
	Literaturverzeichnis	262

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Planungsraum Göttingen.....	27
Abbildung 2: Bevölkerung nach Geschlecht.....	30
Abbildung 3: Ausländeranteil nach Gemeinden	30
Abbildung 4: Altersklassen im Vergleich	31
Abbildung 5: Altersklassen nach Geschlecht.....	31
Abbildung 6: Nationalitäten der Ausländer im Landkreis	32
Abbildung 7: Anzahl der Doppelstaatler nach Geschlecht und Gemeinde	33
Abbildung 8: Zu- und Fortzüge der Gemeinden insgesamt	34
Abbildung 9: Saldo Zu- und Fortzüge für die Gemeinden insgesamt.....	35
Abbildung 10: Zu- und Fortzüge der Gemeinden insgesamt (ohne Friedland)	35
Abbildung 11: Saldo Zu- und Fortzüge für die Gemeinden insgesamt (ohne Friedland).....	36
Abbildung 12: Aufenthaltsstatus der Ausländer	37
Abbildung 13: Einbürgerungen im Zeitverlauf (2000-2010)	38
Abbildung 14: Anzahl der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund.....	48
Abbildung 15: Anzahl der Kinder unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund	49
Abbildung 16: Anzahl der Kinder 3-6 Jahre mit Migrationshintergrund.....	50
Abbildung 17: Anzahl der Kinder 3-6 Jahre ohne Migrationshintergrund	51
Abbildung 18: Anzahl der Kinder insgesamt.....	52
Abbildung 19: Herkunft	54
Abbildung 20: Schülerzahl	58
Abbildung 21: Schüler mit Migrationshintergrund	59
Abbildung 22: Verhältnis Bildungsinländer zu Bildungsausländer	61
Abbildung 23: Ausländeranteil nach Schulform	63
Abbildung 24: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Art des Abschlusses.....	64
Abbildung 25: Ausländeranteil an Berufsschulen.....	65
Abbildung 26: Ausländeranteil an Berufsschulabsolventinnen und -absolventen.....	66
Abbildung 27: Ausländeranteil nach Schulformen im Zeitverlauf (1982-2008)	66
Abbildung 28: Entwicklung der Schülerzahl (Schüler ohne Migrationshintergrund)	69
Abbildung 29: Entwicklung der Schülerzahl (Schüler mit Migrationshintergrund).....	70
Abbildung 30: Lehrer/innen in Integrationsprogrammen geschult?	72
Abbildung 31: Informiert über die Integrationsangebote des Landkreises Göttingen?	74
Abbildung 32: Information über Integrationsprogramme (Anteil an Schulen).....	75
Abbildung 33: Elternweiterbildungsmaßnahmen geplant/vorhanden?	82
Abbildung 34: Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in Nachmittagsbetreuung ..	85
Abbildung 35: Zusammenleben zwischen Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund ..	88
Abbildung 36: Kinder mit Sprachförderbedarf	95
Abbildung 37: Ausgebildete Kräfte	97
Abbildung 38: individuelle Förderung im Gruppenalltag.....	99
Abbildung 39: Förderung in Kleingruppen durch internes Personal	100
Abbildung 40: Förderung in Kleingruppen	101
Abbildung 41: Förderung Gruppenalltag/Kleingruppen	102

Abbildung 42: Sprachförderprogramme	104
Abbildung 43: Von Schüler/innen gebrauchte Sprachen (Anteil der Schulen).....	108
Abbildung 44: Ausländeranteil an Beschäftigten nach Art der Beschäftigung.....	125
Abbildung 45: Beschäftigte nach Arbeitsform und Geschlecht	126
Abbildung 46: Ausländeranteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort im Zeitverlauf (1980-2007)	126
Abbildung 47: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Alter	127
Abbildung 48: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Ausbildung.....	128
Abbildung 49: Sozialversicherungspflichtige nach Berufsbereichen	129
Abbildung 50: Prozentuale Anteile der geringfügig entlohnten Beschäftigten nach Geschlecht und Bildung	130
Abbildung 51: Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Geschlecht und Bildung	131
Abbildung 52: Anerkennung ausländischen Abschluss nach Geburtsland	134
Abbildung 53: Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf verschiedene Berufsfelder im Herkunftsland	136
Abbildung 54: Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf verschiedene Berufsfelder im Landkreis Göttingen	137
Abbildung 55: Wohndauer im Landkreis Göttingen	152
Abbildung 56: Wohnsituation	153
Abbildung 57: Wohnsituation: Zufriedenheit	154
Abbildung 58: Grund Unzufriedenheit mit Wohnung	155
Abbildung 59: Zusammensetzung der Nachbarschaft.....	156
Abbildung 60: Würden Sie wieder in den Landkreis Göttingen ziehen?.....	157
Abbildung 61: Durchimpfungsgrad der Kinder zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung.	160
Abbildung 62: Vorsorgeuntersuchungen der Kinder	161
Abbildung 63: Tatverdächtige nach Alter	167
Abbildung 64: Tatverdächtige nach Alter und Geschlecht	168
Abbildung 65: Benachteiligung wegen Herkunft erfahren?.....	175
Abbildung 66: Wichtigkeit von Religionsunterricht gemäß eigener Religion.....	192
Abbildung 67: PartnerIn gleicher Herkunft.....	200
Abbildung 68: Wichtig, dass PartnerIn gleiche Herkunft hat?	201
Abbildung 69: Ehe zwischen Deutschen und Migranten (positiv).....	202
Abbildung 70: Fühlen Sie sich als Deutscher?.....	204
Abbildung 71: Identifikation mit dem Heimatland?	205
Abbildung 72: Werden Sie im Herkunftsland als Deutscher betitelt?	207
Abbildung 73: Telefonate mit Verwandten im Herkunftsland.....	208
Abbildung 74: Besuch bei Verwandten im Herkunftsland	209
Abbildung 75: Anzahl deutscher Freunde	210
Abbildung 76: Mehr Kontakt zu Deutschen gewünscht?.....	211
Abbildung 77: Schon einmal Einheimische eingeladen?	212
Abbildung 78: Interessante Freizeitangebote vor Ort?.....	221
Abbildung 79: Wichtigkeit: Deutsche durch Freizeitangebote treffen	222
Abbildung 80: Konsum deutschsprachiger Printmedien.....	225
Abbildung 81: Konsum deutsches Fernsehen	226
Abbildung 82: Konsum Printmedien in Heimatsprache.....	227
Abbildung 83: Konsum Fernsehen in Muttersprache.....	228
Abbildung 84: Teilnehmer der Integrationskurse (KVHS 2009) nach Geschlecht und Ort	236

Abbildung 85: Mitgliedschaft in einem Verein.....	237
Abbildung 86: Vereinsmitgliedschaft	238
Abbildung 87: Teilnahme an Vereinssitzung.....	238
Abbildung 88: Sprache im Verein.....	239
Abbildung 89: Interesse an Lokalpolitik.....	240
Abbildung 90: Interesse an Bundespolitik	242

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Nationalität nach Alter (nur für Hann. Münden).....	32
Tabelle 2: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund.	53
Tabelle 3: Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Gesamtschülerzahl und Anzahl der entsprechenden Schulen nach Schulform.....	60
Tabelle 4: Schüler/innen nach Schulform und nach Geschlecht	63
Tabelle 5: Vergleich ausländische Schülerzahlen Landkreis und Deutschland insgesamt	64
Tabelle 6: Anteil der Kinder mit Förderbedarf und ausgebildete Kräfte	98
Tabelle 7: Förderung durch internes/externes Personal und ausgebildete Kräfte	101
Tabelle 8: Förderung Gruppenalltag/Kleingruppen und Anzahl der Kinder mit Förderbedarf ...	103
Tabelle 9: Fremdenfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent).....	176
Tabelle 10: Rassistische Aussagen (Zustimmung in Prozent)	177

Abkürzungsverzeichnis

ALG	Arbeitslosengeld
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AWO	Die Arbeiterwohlfahrt
AZR	Ausländerzentralregister (AZR) beim Bundesverwaltungsamt
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBS	Berufsbildende Schule
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BIGS	Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen e.G.
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BUPNET	Bildung und Projekt Netzwerk GmbH
BVFG	Gesetz über Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
DAA	Deutsche Angestellten-Akademie
DIGA	Qualifizierungsmaßnahme von GAB für erwerbslose Frauen mit besonderen Vermittlungshemmnissen
DITIB	Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EMZ	Ethno-Medizinisches Zentrum
FairBleib	Das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung richtet sich an Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt. Das lokale Netzwerkprojekt FairBleib Göttingen setzt

sich zum Ziel, Flüchtlinge mit besonderem Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

FES	Friedrich Ebert Stiftung
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
GAB	Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Südniedersachsen
IB	Der Internationale Bund, Anbieter der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit im Landkreis Göttingen
IGS	Integrative Gesamtschule
I1 bis I15	Anonymisierte Abkürzung für jeweilige Interviewpartnerin/Interviewpartner in den Leitfadeninterviews
kAöR	Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts
Kon-Lab	Sprachförderungsprogramm für Kindertagesstätten
KDS	Kommunale Datenverarbeitungszentrale Südniedersachsen
KiTa	Kindertagesstätte
KGS	Kooperative Gesamtschule
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
konTur	Kompetenzagentur: Unterstützung beim Übergang zwischen Schule und Beruf
KVHS	Kreisvolkshochschule
LK	Landkreis
LKA NI	Landeskriminalamt Niedersachsen
LSKN	Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen
MHG	Migrationshintergrund
MiMi-Projekt	Das Projekt „Drei-Generationen-Projekt Niedersachsen – Gesundheit mit Migranten für Migranten“ (MiMi) im Landkreis

	Göttingen, welches vom Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. Hannover getragen wird, hat sich zum Ziel gesetzt, engagierte Migrantinnen und Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediator/innen auszubilden.
NILS	Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung
NLS	Niedersächsisches Landesamt für Statistik
PACE	Das Pro-Aktiv-Center bietet Beratung und Unterstützung für junge Menschen auf dem Weg in den Beruf auf freiwilliger und kostenfreier Basis.
PRINT-Programm	Prävention und Integrationsstelle für Kinder und Jugendliche in Duderstadt
RAA	Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ ist eine Einrichtung die 1980 gegründet wurde und ihre Wurzeln in NRW hat, aber auch in anderen Bundesländern aktiv ist. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern.
SGB II	Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II)
SGB III	Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III)
SGBXII	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII)
U8	Vorsorgeuntersuchung im Alter von dreieinhalb bis vier Jahren

1 Einleitung

Die Integration von Migrantinnen und Migranten in die hiesige Gesellschaft ist seit Jahren ein viel diskutiertes Thema. Nicht nur im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, auch in der Politik und den Verwaltungen von Bund, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden werden diverse Definitionen des Begriffs, unterschiedlichste Maßnahmen zur Integrationsarbeit und Bewertungen selbiger und zahlreiche Variationen in den Zielsetzungen dieser Maßnahmen einander gegenübergestellt. Einigkeit scheint im Bezug auf den Integrationsbegriff über alle gesellschaftlichen Sphären hinweg lediglich in einem Punkt zu bestehen: Möglichst alle Personen, die neu zur deutschen Aufnahmegesellschaft zustoßen, sollen sich erfolgreich integrieren. Diese Erwartungshaltung an die Migrantinnen und Migranten¹ vernachlässigt dabei oft den Umstand, dass zur erfolgreichen Integration von neuen Gesellschaftsmitgliedern zwei aktive Elemente notwendig sind. Das eine Element bilden die Personen, die neu in eine Gesellschaft eintreten und diesen Eintritt auch erfolgreich gestalten wollen müssen. Als das andere, mindestens genauso wichtige Element sind jedoch vor allem auch diejenigen Personen entscheidend am Verlauf von Integrationsprozessen beteiligt, die den erfolgreichen Eintritt der neuen Gesellschaftsmitglieder ermöglichen müssen. Die allererste Aufgabe einer Aufnahmegesellschaft, die von Migrantinnen und Migranten fordert, sie müssten sich integrieren, ist es, die entsprechenden Förderangebote einzurichten, mithilfe derer die zugewanderten Personen dieser Forderung mit entsprechender Förderung überhaupt nachkommen *können*. Integration muss dabei als facettenreicher Prozess verstanden werden. Es existiert keine Integrationsschablone, kein Muster, nach dem alle Migrantinnen und Migranten auf gleichem Wege gleich erfolgreich in eine Gesellschaft integriert werden können. Vielmehr muss in jedem einzelnen Fall berücksichtigt werden, dass Personen mit Migrationshintergrund² stets

¹ Als Migrantinnen und Migranten werden in Übereinstimmung mit der Definition des Statistischen Bundesamtes nachfolgend diejenigen Personen bezeichnet, die seit 1950 entweder selbst nach Deutschland eingewandert sind oder deren Eltern bzw. Großeltern dies taten, ungeachtet davon welche Staatsbürgerschaft(en) sie selbst besitzen. Sollte nachfolgend der Term Migrant verwendet werden, ist dieser, sofern nicht explizit anders ausgewiesen, als geschlechtsneutraler Begriff zu verstehen, der alle Geschlechter umfasst.

² Person mit Migrationshintergrund wird nachfolgend synonym zu den Begriffen Migrant bzw. Migrantin verwendet. An den dafür geeigneten Stellen wird gegebenenfalls zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung und Personen mit Migrationshintergrund aber ohne eigene Migrationserfahrung, also in Deutschland geborenen Personen, differenziert.

unterschiedlich ausgeprägte interkulturelle Kompetenzen³ und Kenntnisse über das Zielland aufweisen. Erfolgreiche Integrationsprozesse beruhen auf der Möglichkeit jedes bzw. jeder Zugewanderten, seine bzw. ihre persönliche Situation konfliktlos und für alle Beteiligten gewinnbringend in die deutsche Gesellschaft einfließen zu lassen. Integrationsprozesse stellen im Idealfall eine „win-win“ Situation dar, in der die Aufnahmegesellschaft von einem wirtschaftlich wie kulturell produktiven neuen Mitglied profitiert und der oder die Zugewanderte einen neuen Lebensabschnitt beginnen kann, in dem die Ziele seiner bzw. ihrer Migration umgesetzt werden können. Die unterschiedlichen individuellen Situationen der Migrantinnen und Migranten stellen den Ausgangspunkt eines jeden Integrationsprozesses dar, von dem aus versucht werden sollte, den Idealfall der erfolgreichen Eingliederung in die deutsche Gesellschaft zu erreichen. Damit dies so oft wie möglich gelingt, müssen die Integrationsmaßnahmen und -angebote der deutschen Aufnahmegesellschaft der enormen Bandbreite an verschiedensten unterschiedlichen Voraussetzungen, über die die Migrantinnen und Migranten verfügen gerecht werden. Nicht nur unterschiedliche Herkunft und unterschiedliche ethnische Zugehörigkeit lassen die Voraussetzungen und Bedürfnisse derer, die unter dem Sammelbegriff Migrantinnen und Migranten zusammengefasst werden, bezüglich des Integrationsprozesses variieren. Auch Unterschiede hinsichtlich Alter, Bildung, Konfession und Religiosität, Familienstand, Aufenthaltsstatus, Migrationsursachen und -zielen, sowie unterschiedliche Sozialisationsverläufe in den jeweiligen Herkunftsländern und nicht zuletzt die Verschiedenheit der Geschlechter und der jeweilige Umgang mit Geschlechterrollen produzieren eine Vielfalt von individuellen Akteuren in unterschiedlichsten Situationen, deren erfolgreiche Integration zu ermöglichen eine enorme Herausforderung für die deutsche Gesellschaft darstellt. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, ist es nötig Integration aus Sicht der Betroffenen, aus Sicht der Migrantinnen und Migranten selbst zu konzipieren. Keine von staatlicher Seite oder von regionalen Verwaltungen erstellte Maßnahme zur Förderung der Integration von Zugewanderten kann Erfolg haben, wenn sie nicht die individuellen Situationen einer Vielfalt migrantischer Akteure berücksichtigt. Angebote, die zur Integration *des* Migranten oder *der* Migrantin beitragen sollen, sind von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Um dieser Erkenntnis gerecht zu werden, hat der Landkreis Göttingen mit dem hiermit vorgelegten Integrationsbericht 2011 eine Grundlage geschaffen, auf

³ Interkulturelle Kompetenz bezeichnet die Befähigung zum positiven und situationsgerechten Umgang mit Menschen unterschiedlicher Kulturen, Milieus und Lebensweisen.

Basis derer ein erfolgreiches Integrationskonzept, das den Facettenreichtum der individuellen Situationen von Migranten Rechnung trägt, erstellt werden kann und soll. Der Integrationsbericht 2011 ist unter der Zielsetzung entstanden, die Probleme und Defizite, aber auch bereits existierende Lösungsansätze und Best-Practice Beispiele im Bereich der Integrationsarbeit im Landkreis aufzuzeigen. Es soll ein Verständnis für die Probleme von Migrantinnen und Migranten in unterschiedlichen sozialen Situationen im Verlauf von Integrationsprozessen generiert werden, die Vielseitigkeit dieser Probleme hervorgehoben und für den Umgang mit diesen sensibilisiert werden. Ziel ist es, die Ursachen der Probleme im Verlauf von Integrationsprozessen zu identifizieren. Das Aufdecken von Problemen und deren Ursachen ist immer der erste Schritt zur Lösung dieser Probleme und so soll auch mit diesem Bericht eine Grundlage zur Problembewältigung zur Verfügung gestellt werden. Der Integrationsbericht analysiert dazu die soziale Lage der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen und stellt diese ausführlich dar. Zu diesem Zweck wurden verschiedene quantitative Erhebungen unter Personen mit Migrationshintergrund, die im Landkreis leben, unter den Schulen und Kindertagesstätten des Landkreises, unter karitativen Organisationen, die im Landkreis aktiv sind, sowie unter den Städten und Gemeinden des Landkreises und den Teilnehmenden von bestehenden Integrationsprogrammen durchgeführt und zahlreiche Sekundärdaten verschiedener Institutionen verarbeitet. Neben der objektiven und differenzierten Betrachtung der sozialen Lage der unterschiedlichen Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund, die im Landkreis Göttingen leben, ist es erklärtes Ziel des Berichtes, dem Leser Einblick in die Innenperspektiven der Migrantinnen und Migranten zu gewähren. Um die Problemerkahrungen, die die Migrantinnen und Migranten selbst erlebt haben, berücksichtigen zu können, wurden sowohl Leitfadeninterviews mit Expertinnen und Experten der Integrationsarbeit als auch mit Migrantinnen und Migranten direkt geführt. Außerdem wurden mehrere Integrationsworkshops für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund veranstaltet, in denen die Teilnehmenden ihre Erwartungen, Wünsche und Bedürfnisse hinsichtlich eines gelungenen Integrationsprozesses präsentieren und ihre bisherigen Erfahrungen und erlebten Probleme austauschen konnten. Nur unter Berücksichtigung der mithilfe dieser Mittel gewonnenen Innenperspektiven können Entscheidungsträger Maßnahmen und Programme generieren, die die bisherigen Problemursachen vermeiden, den motivierten Adressaten nutzen und die die bisher Integrationsunwilligen motivieren, am Integrationsprozess teilzunehmen.

Der Aufbau des Berichts orientiert sich an dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Diese Gliederungspunkte ermöglichen einen Gesamtüberblick über die Lage der im Landkreis lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.

Das Kapitel *Demographie* stellt dabei eine Sozialraumanalyse dar, die Aufschluss über die Merkmale und Zusammensetzung der Bevölkerung unter Berücksichtigung der Migration im Landkreis Göttingen geben soll. Die darauf folgenden Kapitel *Bildung* und *Sprachförderung* gehen auf Schwierigkeiten und Grenzen, aber auch Erfolge in Bildungsinstitutionen ein und begründen den Einfluss von Bildung und Sprache auf den Integrationsprozess. Als Nächstes folgt das Kapitel *Arbeit und Einkommen*. Hierbei sollen besonders die aktuelle Lage des Arbeitsmarktes für Migrantinnen und Migranten und sowohl integrationsfördernde als auch – erschwerende Aspekte beschrieben werden. Bei dem Thema *Wohnen und Leben* werden die Wohnsituation der Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis und die Zufriedenheit mit dieser aus sozialräumlicher Perspektive analysiert. Des Weiteren wird auf Nachbarschaftsverhältnisse und vorhandene sozialraumorientierte Integrationsangebote eingegangen. Im Anschluss daran werden unter der Überschrift *Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit* kriminalstatistische Daten über Ausländerinnen und Ausländer⁴ und Deutsche näher beleuchtet und damit verbundene Grenzen und Probleme bezüglich der Datenlage dargestellt. Das Kapitel *Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung* greift vorhandene Stereotypen und Vorurteile innerhalb der Gesellschaft seitens Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Expertinnen und Experten der Integrationsarbeit auf und stellt damit empfundene Diskriminierungserfahrungen im Alltag und in Institutionen dar. Mit dem Thema *Religion und Glaube* soll ein Überblick über Religionszugehörigkeiten im Landkreis unter Berücksichtigung der Konvertierung gegeben und der Einfluss der Religion auf den Alltag und die Integration beschrieben werden. In dem Abschnitt *Kulturelle Integration und Wertekonzepte* wird über die Häufigkeit und Bewertung biethnischer Ehen und deren Einfluss auf den Integrationsprozess berichtet. Zudem stellen die Identifikation mit Deutschland und dem

⁴ Als AusländerInnen werden diejenigen Personen bezeichnet, die in Deutschland leben, jedoch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Sollte nachfolgend der Term Ausländer verwendet werden, ist dieser, sofern nicht explizit anders ausgewiesen, als geschlechtsneutraler Begriff zu verstehen, der alle Geschlechter umfasst. Sollte im Laufe des Berichtes aus Gründen der Lesbarkeit nicht für jede Personenbezeichnung eine geschlechtsspezifische Formulierung gewählt sein, die alle Geschlechter explizit umfasst, wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Nutzung einer männlichen Bezeichnungsform stets alle Geschlechter meint, wenn dies nicht anders hervorgehoben wird.

Herkunftsland, der Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die Freizeitgestaltung von Migrantinnen und Migranten und der Medienkonsum von Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern im Vergleich Inhalte dieses Kapitels dar. Im weiteren Verlauf wird in dem Kapitel *Integrationsmotivation* die freiwillige und obligatorische Partizipation von Migrantinnen und Migranten sowie die Partizipation in etablierten Strukturen veranschaulicht. Im letzten Kapitel wird erläutert, wie sich die *Interkulturelle Öffnung* in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, der Bildungseinrichtungen, der Wohlfahrtspflege, der Altenhilfe, dem Gesundheitssystem und durch Sportvereine gestaltet und weshalb der interkulturellen Öffnung und Kompetenz eine so wichtige Rolle in der heutigen Gesellschaft zukommt. Der Integrationsbericht schließt mit einem *Fazit* ab, in dem Schlussfolgerungen und Erkenntnisse aus dem Gesamtbericht noch einmal aufgegriffen und bezüglich ihrer Bedeutung für den Landkreis Göttingen interpretiert werden.

Die anhand dieses Berichtes erfolgte Bestandsaufnahme der aktuellen Situation von Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen dient nicht dem Selbstzweck. Auf Basis der in diesem Bericht dargestellten Erkenntnisse zur sozialen Lage der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen und der aufgezeigten Probleme im Verlauf von Integrationsprozessen wird unter Leitung des Integrationsbeauftragten des Landkreises ein Integrationskonzept erstellt, das unter Berücksichtigung der eingangs dargestellten Bedingungen für die Konzeption erfolgreicher Integrationsprogramme einen Beitrag dazu leisten soll, die hohen Anforderungen an die Integrationsarbeit der deutschen Aufnahmegesellschaft zu erfüllen und Integrationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Integration darf nicht nur gefordert werden, man muss sie auch möglich machen – der Landkreis Göttingen hat diese Herausforderung angenommen.

2 Methodisches Vorgehen

Der vorliegende Integrationsbericht über die soziale Lage der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen basiert sowohl auf den Ergebnissen eigens für dieses Projekt erhobener Daten als auch auf der Auswertung von Sekundärdaten. Die sich aus den vom Landkreis hierzu in Auftrag gegebenen Studien und den genutzten Sekundärdaten ergebene Analysebasis setzt sich aus quantitativ und qualitativ gewonnenen Daten zusammen.

2.1 Quantitative Daten

Die quantitativen Daten, die als Grundlage für die Analyse der sozialen Lage der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen dienen, wurden aus sechs eigens zur Erstellung des Integrationsberichtes durchgeführten Erhebungen und den Sekundärdaten verschiedener Institutionen gewonnen.

2.1.1 Quantitative Erhebungen des Landkreises Göttingen

Der Landkreis hat zum Zwecke der Datenerhebung sechs verschiedene quantitative Erhebungen in Auftrag gegeben. Es wurden standardisierte Fragebögen an die jeweiligen Adressaten verschickt, die von diesen selbst ausgefüllt und postalisch bzw. per E-Mail oder Fax zurückgesandt wurden.

Befragungsbogen zur Lage der Menschen mit Migrationshintergrund: Der Fragebogen umfasst 43 Items, die sich auf die Bereiche Bildung, Wohnsituation, Erwerbssituation und Freizeitgestaltung, sowie Migrations-, Integrations- und Diskriminierungserfahrungen aufschlüsseln und zudem die üblichen demographischen Daten erfassen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen konnten die abgefragten Items anhand von Einfachantworten bzw. an den dafür geeigneten Stellen anhand von Mehrfachnennungen sowie mithilfe offener Texte beantworten. Die Stichprobe wurde bewusst ausgewählt, die Stichprobenpopulation setzt sich dabei aus zwei Gruppen zusammen. Die erste Gruppe besteht aus Migrantinnen und Migranten bzw. AusländerInnen, die vom Integrationsbeauftragten des Landkreises Göttingen vor Terminen bei der Ausländerbehörde angesprochen wurden. Bei der Auswahl wurde versucht, alle im Landkreis lebenden ethnischen Gruppen und möglichst alle Altersstufen, sowie beide Geschlechter möglichst nach proportionaler regionaler Verteilung zu berücksichtigen. Die zweite Gruppe

besteht aus Migrantinnen und Migranten bzw. AusländerInnen, die durch externe Kooperationspartner kontaktiert wurden, die in direktem Kontakt zu den Teilnehmenden stehen, etwa dem Moscheeverein Hann. Münden. Der Fragebogen wurde insgesamt 347 Personen ausgehändigt. Der Rücklauf umfasste 150 Fragebögen, von denen 50 nicht ausreichend ausgefüllt waren, weshalb sie nicht in die Auswertung miteinbezogen wurden, wodurch sich eine Fallzahl von $n=100$ bei einer Grundgesamtheit von geschätzten 14.500 Personen, ca. 4.800 AusländerInnen und geschätzte 9.700 Personen mit Migrationshintergrund, die im Landkreis Göttingen leben, ergibt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass aufgrund des Auswahlverfahrens keine Kongruenz zwischen angestrebter Grundgesamtheit und Stichprobenauswahl besteht, kann die zur Lage der Menschen mit Migrationshintergrund vorgenommene Erhebung nicht als repräsentativ eingestuft werden. Die auf Grundlage der anhand dieser Befragung gewonnenen Daten vorgenommenen deskriptiven Auswertungen lassen demnach keine Generalisierungen für die Gesamtheit der Migrantinnen und Migranten bzw. AusländerInnen im Landkreis Göttingen zu, können aber wichtige Hinweise auf deren Situation liefern und sind deshalb als wertvolle Informationsgrundlage zu verstehen.

Befragungsbogen zur Lage der Kinder mit Migrationshintergrund in den kreisweiten Tageseinrichtungen: Der Fragebogen umfasst acht Items, abgefragt werden neben der nach Alter differenzierten Anzahl der betreuten Kinder mit und ohne Migrationshintergrund und deren Herkunft die Nutzung von Sprachförderprogrammen und die Fortbildungsmaßnahmen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sowie die unter den Kindern vorherrschend gesprochene Sprache. Es handelt sich bei der Befragung um eine Vollerhebung, alle Kindertagesstätten (KiTas) des Landkreises Göttingen wurden angeschrieben. Von 81 KiTas haben 69 geantwortet. Die Rücklaufquote beläuft sich folglich auf 85,2%.

Befragungsbogen zur Lage der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den kreisweiten Schulen: Der Fragebogen enthält 23 Items, die neben der Anzahl der Schüler bzw. Lehrer mit und ohne Migrationshintergrund auch die Integrationsförderung, die Beteiligung der Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund, die Nachmittagsbetreuung dieser Schüler, sowie migrantenspezifische Problemstellungen und die Entwicklung der Schülerzahlen erfassen. Zudem wurde den Schulen die Möglichkeit gegeben, sich individuell zu der Situation von Schülern mit Migrationshintergrund bzw. zu ihrem Umgang mit diesen Schülern zu äußern. Die Befragung

wurde als Vollerhebung durchgeführt, alle Schulen im Landkreis Göttingen wurden angeschrieben. Von 71 Schulen haben 60 geantwortet, die Rücklaufquote beträgt somit 84,5%.

Befragungsbögen zu abgeschlossenen und laufenden Integrationsangeboten im Landkreis Göttingen: Mithilfe dieses Fragebogens wurden bereits bestehende bzw. beendete Integrationsangebote evaluiert. Es wurden verschiedene Projekte ausgewählt, der Fragebogen wurde an die Teilnehmenden der Maßnahmen ausgegeben und von diesen beantwortet. Neben der allgemeinen Zufriedenheit mit den Maßnahmen wird anhand von insgesamt 12 Items abgefragt, wie zufrieden die Teilnehmenden mit dem Wissen bzw. den Kompetenzen der Dozenten und mit den angebotenen Schulungsunterlagen waren. Es wurden 7 Angebote evaluiert, insgesamt wurden die Fragebögen von 23 Teilnehmenden beantwortet.

Befragungsbogen zu existierenden Integrationsmaßnahmen der Städte und Gemeinden im Landkreis Göttingen: Der Fragebogen richtet sich an die für die Integrationsmaßnahmen der einzelnen Städte und Gemeinden jeweils verantwortlichen Personen. Mit Hilfe von zehn Items wird erfasst, an welche Migrantengruppen bzw. Altersgruppen oder Geschlechter sich die Angebote richten, in welcher Sprache sie abgehalten werden, welche Inhalte die Angebote vermitteln und in welcher Form sie durchgeführt werden. Außerdem sind Items zu den jeweiligen Mitarbeitern und zu Erwartungen gegenüber dem Landkreis enthalten. Der Fragebogen wurde an 11 Städte und Gemeinden verschickt, die Rücklaufquote beträgt 100 %.

Befragungsbogen zu Integrationsmaßnahmen karitativer Organisationen: Der Fragebogen entspricht weitestgehend dem Fragebogen zu existierenden Integrationsmaßnahmen der Städte und Gemeinden im Landkreis Göttingen. Zusätzlich zu diesem fragt er jedoch die Einbindung ehrenamtlicher Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ab. Den Fragebogen erhielten 20 karitative Organisationen, von denen acht antworteten. Der Rücklauf beträgt somit 40%.

2.1.2 Sekundärdaten

Ergänzend zu den Daten, die aus den Erhebungen des Landkreis Göttingen gewonnen werden konnten, wurden für den vorliegenden Bericht externe Daten genutzt, sowie eigene Berechnungen auf Grundlage externer Daten durchgeführt, die von verschiedenen Institutionen zur Verfügung gestellt wurden. Die entsprechenden Daten wurden im Bereich Demographie durch das Statistische Bundesamt, die Kommunale Datenverarbeitungszentrale Südniedersachsen (KDS),

das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) und durch das Ausländerzentralregister (AZR), im Bereich Bildung durch den Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN), sowie durch das Statistische Bundesamt im Bereich Arbeit und Einkommen durch die Jobcenter des Landkreises Göttingen und die Bundesagentur für Arbeit (BA) und deren Statistik-Center Nordost, im Bereich Wohnen und Leben durch das Gesundheitsamt für die Stadt und den Landkreis Göttingen, im Bereich Kriminalität durch das Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und im Bereich Integrationsmotivation durch die Kreisvolkshochschule Göttingen (KVHS) bereitgestellt. Die Verwendung der externen Daten und die darauf beruhenden eigenen Berechnungen sind durch die Nennung der jeweiligen Quelle gekennzeichnet.

Zum besseren Verständnis der verwendeten Begriffe ist Folgendes zu beachten: Im Kontext der quantitativen Erhebungen sind mit den aufgeführten Ländern (Deutschland, Türkei, etc.) jeweils die Geburtsländer der Befragten gemeint. Befragte aus Deutschland meint im Kontext dieser Studie also Personen mit Migrationshintergrund, welche in Deutschland geboren wurden, die Bezeichnung Türken bezieht sich auf diejenigen Befragten, die in der Türkei geboren wurden.

Für alle quantitativen Daten im vorliegenden Bericht ist außerdem die Unterscheidung zwischen Personen mit Migrationshintergrund und Ausländern zu beachten. Während die Bezeichnung „Person mit Migrationshintergrund“ diejenigen Personen einschließt, die trotz ihrer nichtdeutschen Herkunft die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, beschränkt sich der Begriff „AusländerIn“ auf diejenigen, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen. Die Unterscheidung wird aufgrund rechtlicher bzw. statistischer Erwägungen getroffen, da in diesen beiden Bereichen häufig lediglich zwischen deutschen Staatsbürgern und Nichtdeutschen differenziert wird. Werden an den geeigneten Stellen bundesweite oder regionale Vergleichszahlen aufgeführt, die sich auf die Ausländerpopulation beziehen, ist stets zu beachten, dass diese lediglich einer ungefähren Einordnung der Zahlengrößen dienen, ein aussagekräftiger Vergleich zwischen Ausländerpopulation und Migrantenpopulation jedoch aufgrund der unterschiedlichen Definitionen der beiden Begriffe nicht zulässig ist.

2.2 Qualitative Daten

Die im vorliegenden Bericht verwendeten quantitativen Daten geben Aufschluss über die soziale Lage der Migrantinnen und Migranten bzw. der Ausländer im Landkreis Göttingen und liefern wichtige Hinweise auf relevante Zusammenhänge innerhalb der untersuchten Themenbereiche. Da die deskriptive Auswertung quantitativer Daten jedoch nur Zusammenhänge aufzeigen kann, jedoch nicht in die Lage versetzt, Ursachen zu ermitteln, ergänzen auf verschiedene Weise gewonnene qualitative Daten die dem Integrationsbericht zugrunde liegende Analysebasis.

2.2.1 Leitfadeninterviews

Einen Teil der vorhandenen qualitativen Daten stellen die Auswertungen von eigens für dieses Projekt durchgeführten Leitfadeninterviews dar. Es wurden sowohl Leitfadeninterviews mit Expertinnen und Experten der Integrationsarbeit als auch mit Migrantinnen und Migranten selbst geführt. Dadurch gelangen wichtige Einsichten in die Innenperspektiven aller am Integrationsprozess beteiligten Akteure, vor allem der Migrantinnen und Migranten bzw. der Ausländer selbst.

Leitfadeninterviews mit Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit: Insgesamt wurden sieben Experteninterviews durchgeführt. Die Befragten sind allesamt als Expertinnen bzw. Experten der Migrationsarbeit einzustufen. Es handelt sich bei den Interviewpartnern um Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, sowie um Integrationsexpertinnen und -experten, die durch ihre Arbeit in direktem Kontakt zu Migrantinnen und Migranten stehen, Mitarbeiter karitativer Organisationen, Beschäftigte der Städte und Gemeinden, sowie Mitarbeiter von Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten. Die gestellten Fragen umfassen die Bereiche Isolation und Mobilisierung verschiedener Migrantengruppen, Kinderförderung, Informationsangebote, strukturelle Bedingungen der Integration und politische Partizipation.

Leitfadeninterviews mit Migrantinnen und Migranten: Es wurden insgesamt 16 Personen interviewt. Der Kreis der Befragten besteht aus zehn weiblichen und sechs männlichen Interviewpartnern, die über lokale Kontaktstellen, etwa den Moscheeverein Hann. Münden oder das Café Grenzenlos in Duderstadt, gewonnen werden konnten. Die Befragten stammen aus der Türkei (3), dem Kosovo (2), dem Iran, Äthiopien, Georgien, Syrien, Polen, Tansania und

Russland. Vier Interviewpartner sind in Deutschland geboren, von diesen haben drei einen türkischen und einer einen albanischen Hintergrund. Die Befragten weisen eine heterogene Zusammensetzung hinsichtlich Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsdauer, Religion, Familienstatus, erworbener Bildung und Beschäftigungsverhältnis auf. Die gestellten Fragen lassen sich in zwei Bereiche differenzieren, einen Teil der Fragen zur persönlichen Situation des bzw. der Befragten enthält, sowie einen Teil, der Fragen zu Integrationserfahrungen des bzw. der Befragten umfasst. Der erste Teil beinhaltet Fragen zum Migrationsprozess, zum Familienstand, zur Bildung und zu persönlichen Lebenszielen. Der zweite Teil fragt nach der Einbindung in die deutsche Aufnahmegesellschaft, nach dem persönlichen Umfeld, nach den Problemlagen der Befragten und nach dem Umgang der Befragten mit Deutschen und Ausländern.

Zitate aus den Leitfadeninterviews sind durch die anonymisierte, fortlaufende Kennzeichnung „I1 - In“ gekennzeichnet.

2.2.2 Integrationsworkshops im Landkreis Göttingen:

Um die Datenbasis für den Integrationsbericht um ein partizipatives Element zu bereichern, wurden insgesamt fünf Integrationsworkshops angeboten, in denen die Teilnehmer aktiv zu der Analyse der im Bericht behandelten Themenbereiche beitragen konnten. Durch die Ausrichtung der Workshops konnte unter anderem eine zweite Möglichkeit, die Innenperspektiven der am Integrationsprozess beteiligten Akteure, besonders der Migrantinnen und Migranten bzw. der AusländerInnen hervorzuheben, realisiert werden. Die Protokolle dieser fünf Workshops komplettieren die qualitative Datenbasis des Integrationsberichtes.

Integrationsworkshops für Bürgerinnen und Bürger: Der Landkreis hat drei Integrationsworkshops für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund veranstaltet. Die Workshops fanden in Göttingen, Duderstadt und Hann. Münden statt. Nach der Vorstellung der Ergebnisse aus den quantitativen Erhebungen des Landkreises waren die Teilnehmenden dazu eingeladen, ihre Vorstellungen von gelungener Integration und ihre Ideen zur Umsetzung selbiger auszutauschen und zu präsentieren. Es nahmen insgesamt ca. 130 Personen an den Workshops teil.

Integrationsworkshop für die Amtsleitungen der Kreisverwaltung: Ein weiterer Workshop wurde für die Amtsleitungen der Kreisverwaltung angeboten. Hier sollten diejenigen Akteure im Mittelpunkt stehen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Landkreis Göttingen Migrations- bzw. Integrationsarbeit verrichten. Neben dem Leiter des Hauptamtes nahmen an diesem Workshops vier Vertreter der Ausländerbehörde, ein Mitarbeiter des Amtes für Arbeit und Soziales, zwei Vertreter der Jobcenter, sowie zwei Mitarbeiter der Kreisvolkshochschule teil. Zunächst wurden wiederum die Ergebnisse der quantitativen Ergebnisse vorgestellt, anschließend erfolgte eine Präsentation der Ergebnisse der Einwohnerworkshops. Neben dem Austausch von Erfahrungen aus der Migrations- und Integrationsarbeit des Landkreises stand die interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Mittelpunkt der Diskussion.

Integrationsworkshop für Expertinnen und Experten der Integrationsarbeit: Der letzte Workshop wurde für und mit Integrationsexpertinnen und -experten ausgerichtet. Hintergrund für dieses Angebot war die Überlegung, die Erfahrungen derjenigen in die Analyse einzubeziehen, die im Rahmen ihrer Arbeit täglich direkt mit Migrations- und Integrationsprozessen konfrontiert werden. Neben der Auseinandersetzung mit der interkulturellen Öffnung von Institutionen und Verwaltungen, sowie der Teilhabe am Arbeitsmarkt wurde vor allem der Themenbereich Frauen- und Geschlechterrollen intensiv diskutiert. Ca. 50 Personen kamen der Einladung zum Expertinnen- und Expertenworkshop nach und teilten ihre Einschätzungen miteinander.

3 Demographie

In diesem Abschnitt des Gesamtberichts wird die demographische Lage von Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen behandelt. Die Grundlage für diesen Teilbereich stellen zum einen der 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland und zum anderen die vom Landkreis Göttingen durchgeführten Erhebungen dar. Da die zur Verfügung stehenden Instrumente der eigenen Erhebungen zur Demographie im Landkreis Göttingen nicht für eine solide Datenlage ausreichen, ist auf den Zensus 2011 zu verweisen, der in Zukunft genaueren Aufschluss über die Demographie im Landkreis geben wird und, in Bezug auf das Thema Migration, die ganze Vielfalt von Menschen mit Migrationshintergrund genauer erfassen wird.

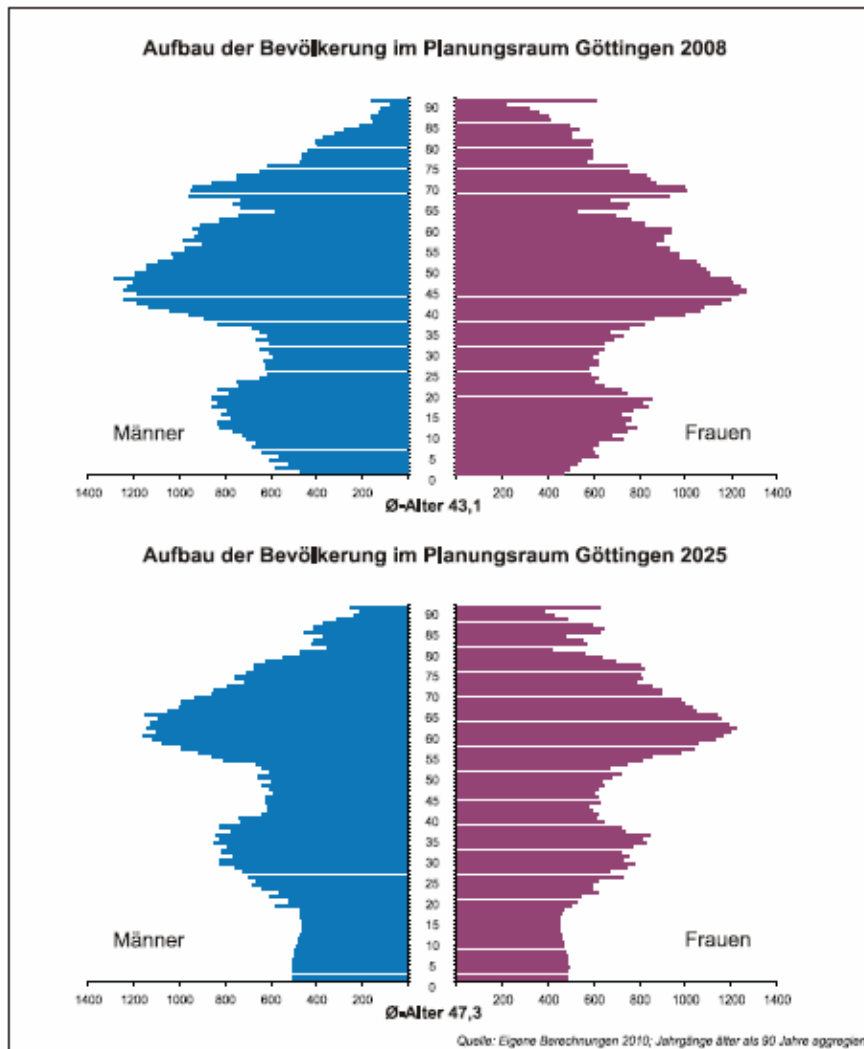
Dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland zur Folge, macht die deutsche Gesellschaft einen tief greifenden Wandlungsprozess durch. Die demographische Entwicklung trägt hier am meisten bei, genauer gesagt die Alterung und Abnahme der Bevölkerung, eine niedrige Geburtenrate und Zuwanderung. Es wird deutlich, dass die deutsche Bevölkerung weniger, älter und vielfältiger wird. Die ethnische, demographische, kulturelle und soziale Vielfalt ist jedoch regional (städtisch und ländlich) unterschiedlich ausgebildet.⁵ Alles in allem hat der demographische Wandel einen beträchtlichen Anpassungsbedarf in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im infrastrukturellen Bereich zur Folge.⁶

⁵ Vgl. Waibel, M. (2010): Endbericht zur Projektstudie Demographischer Wandel im Landkreis Göttingen Prognose 2025.

⁶ Mit Beschluss vom 17./18.11.2009 hat das Kabinett den Bundesminister des Innern beauftragt, einen interministeriellen Staatssekretärs-Ausschuss zum demographischen Wandel einzuberufen. Bis 2011 soll dem Kabinett ein Bericht vorgelegt, bis 2012 eine ressortübergreifende Demographie-Strategie entwickelt werden.

Abbildung 1: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Planungsraum Göttingen

Entwicklung der Alterspyramiden im Planungsraum Göttingen



Quelle: Waibel, M. (S. 33): Endbericht zur Projektstudie Demographischer Wandel im Landkreis Göttingen Prognose 2025, Hamburg 2010.

Es wird aus dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland deutlich, dass nur aktive Zuwanderung von außen, selbst bei steigenden Zuwanderungsraten, die Abnahme der Bevölkerung, deren Alterung und die daraus folgende Abnahme des Erwerbspotenzials nicht aufhalten könnte, sondern allenfalls leicht verlangsamernd wirken würde. Obgleich die Zuwanderung gegenwärtig vergleichsweise gering ist, wird die deutsche Gesellschaft von den Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig geprägt. Die erfolgreiche Integration von

Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Bewältigung des demographischen und gesellschaftlichen Wandels von enormer Bedeutung.⁷

Eine älter werdende Gesellschaft kann auf die Potenziale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht verzichten. Dabei gilt es nicht nur qualitativen und quantitativen Einbrüchen im Arbeitskräfteangebot entgegenzuwirken, sondern jedem in Deutschland, ungeachtet seiner Herkunft, eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt einzuräumen, um so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern: „Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt maßgeblich davon ab, ob es ihr gelingt, Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen kulturellen Prägungen und unterschiedlichem sozialen Status zu integrieren, ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln und eine Aufstiegsperspektive zu bieten.“⁸

Integration wird also mehr denn je zu einer politischen und gesellschaftlichen Aufgabe. Daher ist es von zentraler Bedeutung, den gesellschaftlichen Wandel und Umbruch auch als integrationspolitische Chance zu begreifen und zu nutzen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für die Zukunft der deutschen Gesellschaft entscheidend und von enormer Bedeutung.⁹

Dieser Teilabschnitt des Integrationsberichtes befasst sich mit der Struktur und den Kennzeichen des Anteils der deutschen Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Es wird versucht aufzuzeigen, wie sich die Struktur der deutschen Gesellschaft durch vergangene und aktuelle Zuwanderungsprozesse dauerhaft und langfristig verändert hat und weiter verändern wird. Dabei stehen die strukturellen Besonderheiten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vordergrund.¹⁰

⁷ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

⁸ Das vom Bundespräsidenten gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung gegründete Forum Demographischer Wandel befasste sich 2008 explizit mit Fragen nach der Bedeutung gesellschaftlicher Verschiedenheit (Heterogenität) und ihren Wechselwirkungen mit dem demographischen Wandel: Positionspapier des Forums Demographischer Wandel, Gütersloh, 2008, S. 2.

⁹ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

¹⁰ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

3.1 Bevölkerungszusammensetzung

Aus dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland geht hervor, dass von 82,1 Mio. Einwohnern Deutschlands im Jahr 2008 15,6 Mio. Personen einen Migrationshintergrund hatten. Folglich sind 19 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands (2005: 18,3 %, 2007: 18,7 %) seit 1950 nach Deutschland zugewandert oder sind Nachkommen von Zuwanderinnen oder Zuwanderern. Mit 7,3 Mio. Menschen besitzt weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine ausländische Staatsangehörigkeit (8,9 % der Gesamtbevölkerung), 8,3 Mio. haben einen deutschen Pass (10,1 % der Gesamtbevölkerung).¹¹

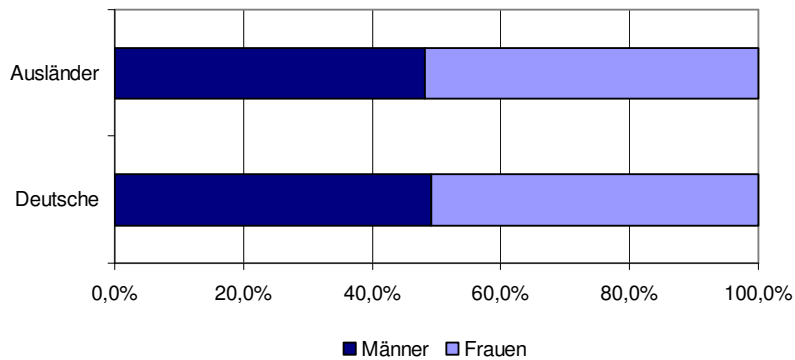
Der leichte Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Im Vergleich zu 2007 ist die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund um 277.000 auf 66,6 Mio. Personen zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch Zuwanderung und Geburten um 155.000 Personen gestiegen. Im Rahmen dieses Anstiegs ist zwar der Ausländeranteil seit 2005 relativ konstant geblieben, der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund stieg in diesem Zeitraum aber an (2005: 9,4 %, 2007: 9,9 %, 2008: 10,1 %). Der stärkste Zuwachs war bei Deutschen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung zu verzeichnen, also bei den schon in Deutschland geborenen Nachkommen von Zuwanderern.¹²

Die Ergebnisse einer sekundären Datenanalyse, die im Auftrag des Landkreises Göttingen durchgeführt wurde, zeigen deutlich die Kennzeichen und Strukturen der Situation der Personen mit Migrationshintergrund im Landkreis auf. Dabei wurde festgestellt, dass im Erhebungszeitraum 142 661 Menschen im Landkreis Göttingen lebten. Davon waren 4,5 % Ausländer. Sowohl hinsichtlich der ausländischen Frauen als auch hinsichtlich der deutschen Frauen gibt es einen kleinen Frauenüberschuss. Der Anteil der Ausländerinnen beträgt daher 4,6 %. Der Anteil der deutschen und ausländischen Frauen ist mit 51 bzw. 52 % fast gleich.

¹¹ Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008.

¹² Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008.

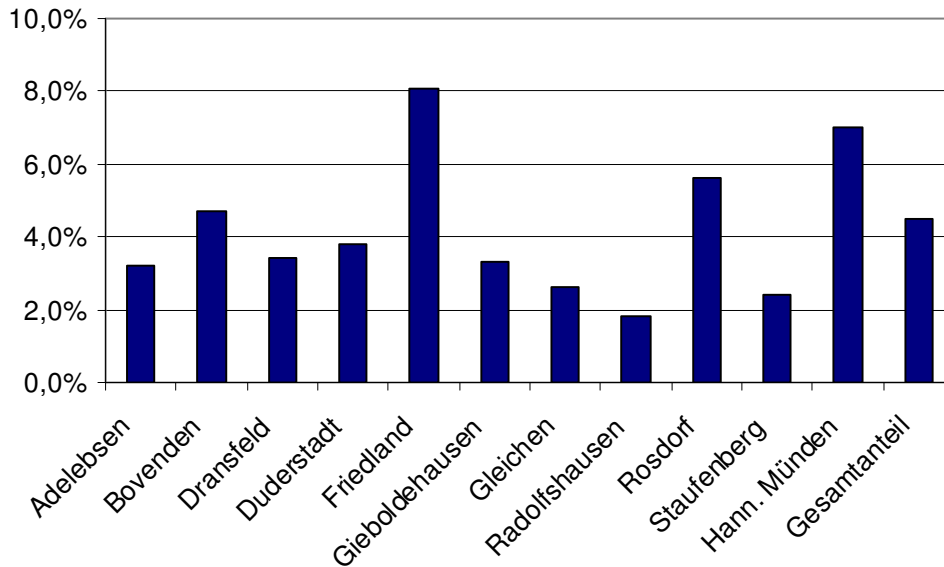
Abbildung 2: Bevölkerung nach Geschlecht



Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

Besonders niedrig ist der Ausländeranteil in der Samtgemeinde Radolfshausen mit 1,8 %. Den höchsten Anteil hat die Gemeinde Friedland mit 8,1 %. Der hohe Ausländeranteil in Friedland erklärt sich vermutlich durch das Grenzdurchgangslager. Die Ausländeranteile für die einzelnen Gemeinden sind in Abbildung 3 dargestellt:

Abbildung 3: Ausländeranteil nach Gemeinden

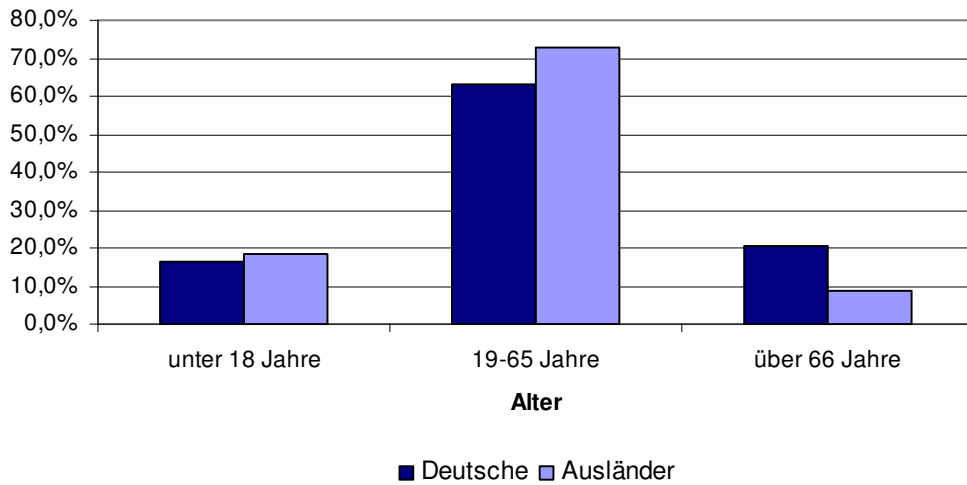


Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

3.1.1 Alter

Aus den Daten des KDS wurden drei Altersgruppen gebildet. Die unter 18-Jährigen, die 18 bis 65-Jährigen und die über 66-Jährigen. Die Altersverteilung für den Landkreis Göttingen ist in Abbildung 4 dargestellt.

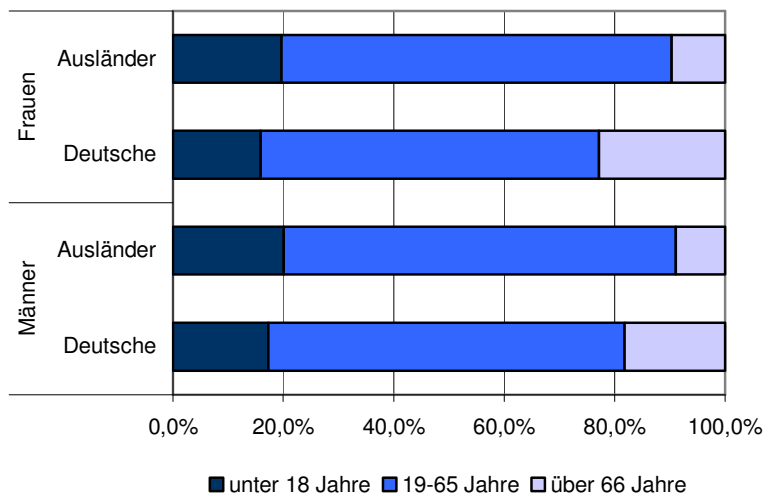
Abbildung 4: Altersklassen im Vergleich



Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

Dabei zeigt sich, dass die Ausländer etwas jünger sind als die Deutschen. Dies fällt noch nicht so sehr bei den unter 18-Jährigen auf. 16,56 bzw. 18,66 % der deutschen und der ausländischen Bevölkerung sind unter 18 Jahre alt. 72,76 % der Ausländer sind zwischen 19 und 65 Jahre alt, bei den Deutschen sind es 63,17 %. Nur 8,58 % der Ausländer sind über 66 Jahre alt, während es bei den Deutschen 20,28 % sind.

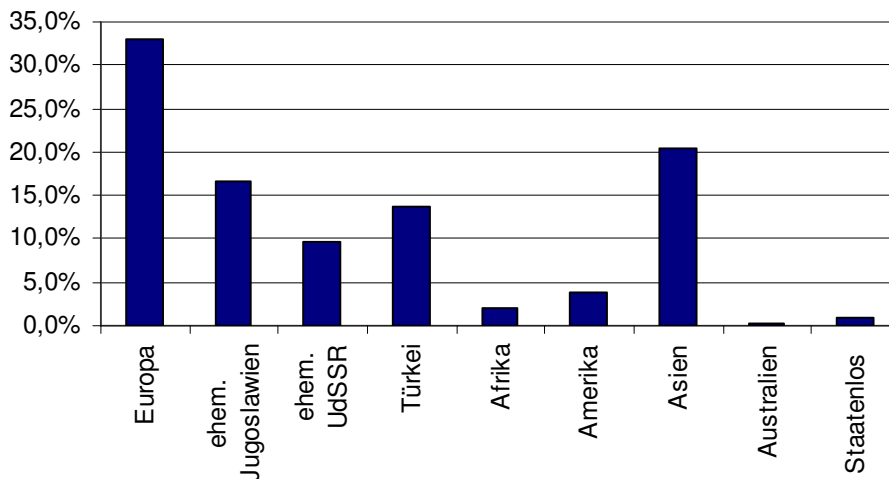
Abbildung 5: Altersklassen nach Geschlecht



Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

Die ausländischen Frauen und Männer unterscheiden sich kaum in der Altersstruktur. Die deutschen Männer sind etwas jünger als die deutschen Frauen.

Abbildung 6: Nationalitäten der Ausländer im Landkreis



Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

Die meisten Ausländer stammen aus Europa (32 %), also der EU, Skandinavien und der Schweiz. Aus Asien stammen 20 % der Ausländer, aus den ehemaligen jugoslawischen Staaten stammen 17 % und aus der Türkei stammen 14 %. 40 % der Ausländer aus asiatischen Staaten stammen aus Ländern der ehemaligen UdSSR.

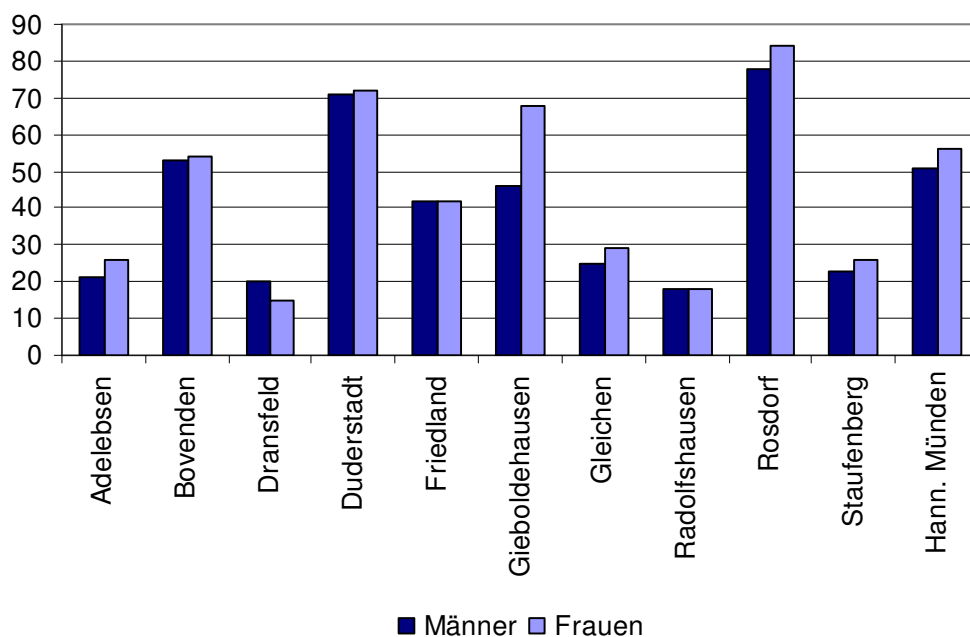
Tabelle 1: Nationalität nach Alter (nur für Hann. Münden)

	Über 65 Jahre	19-65 Jahre	Unter 18 Jahre
EU	37,93	31,61	17,07
Ehem. Jugoslawien	22,76	20,19	26,83
Türkei	23,45	28,81	33,8
Asien	4,14	9,21	10,45

Quelle: Daten aus Hann. Münden, Stichtag: 12. 8. 2010

Bei den Zahlen aus Hann. Münden zeigte sich, dass die über 65-Jährigen mehrheitlich (37,93 %) aus Ländern der heutigen EU kamen (vermutlich sogenannte Gastarbeiter), während die unter 18-Jährigen mehrheitlich (33,79 %) aus der Türkei kamen. Die 19- bis 65-Jährigen kamen jeweils zu ca. 30 % aus der EU und der Türkei. 10 % der unter 18-Jährigen kamen aus Asien, während es bei den über 65-Jährigen nur 4,14 % waren.

Abbildung 7: Anzahl der Doppelstaatler nach Geschlecht und Gemeinde



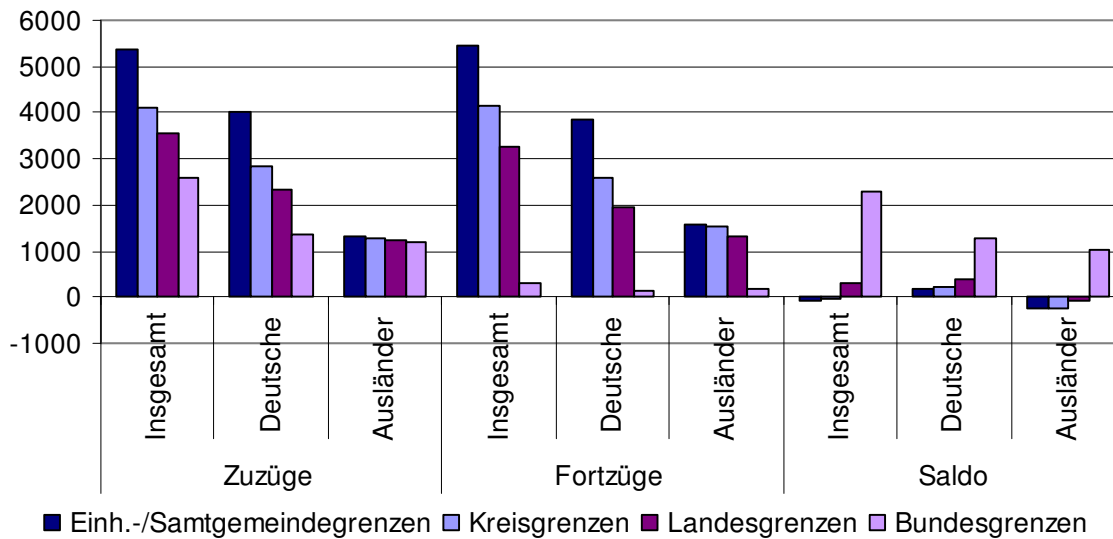
Quelle: KDS, Stichtag: 05.08.2010

Doppelstaatler haben sowohl die deutsche, als auch eine weitere Staatsbürgerschaft. Genauere Angaben über die zweite Staatsangehörigkeit sind aufgrund der Datenlage leider nicht möglich, deshalb bildet Abbildung 7 lediglich die Anzahl und das Geschlecht der Doppelstaatler ab.

3.1.2 Bevölkerungsentwicklung

Bei den Zu- und Fortzügen werden Übertretungen der Einheits- bzw. Samtgemeindegrenzen, Kreisgrenzen, Landesgrenzen und Bundesgrenzen gezählt. Abgebildet sind die gesamten Übertretungen, der Deutschen und der AusländerInnen.

Abbildung 8: Zu- und Fortzüge der Gemeinden insgesamt

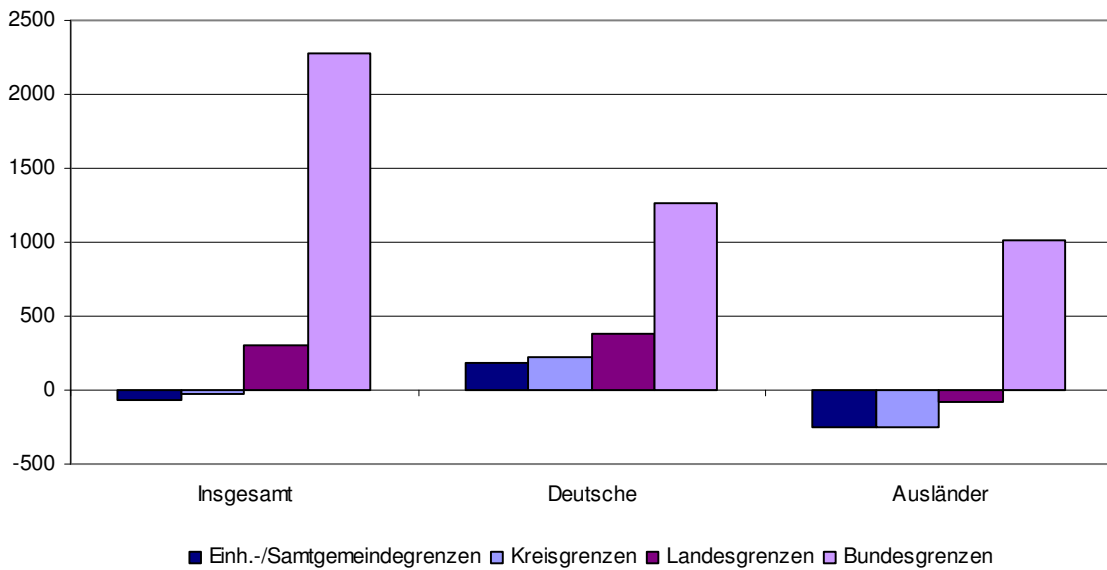


Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Tabelle K201021, Zeitraum: 2009

Insgesamt gab es 2566 Zuzüge über die Bundesgrenze in den Landkreis. Darunter waren 1381 Deutsche und 1185 Ausländern. Davon sind alleine in Friedland 1095 Ausländern zugezogen. Fortzüge gab es insgesamt 290 über die Bundesgrenze, darunter waren 168 Ausländern. Daraus ergibt sich ein positives Wanderungssaldo von 1017 Ausländern und 1259 Deutschen.

Den 1333 ausländischen Zuzügen über die Einheits- und Samtgemeindegrenzen stehen jedoch 1589 Fortzüge gegenüber. Dies ergibt ein negatives Wanderungssaldo von 256 Ausländern. Ebenso verhält es sich mit den Salden der Kreis- und Landesgrenzen (siehe Abbildung 9), das heißt, es gibt mehr Fort- als Zuzüge von Ausländern.

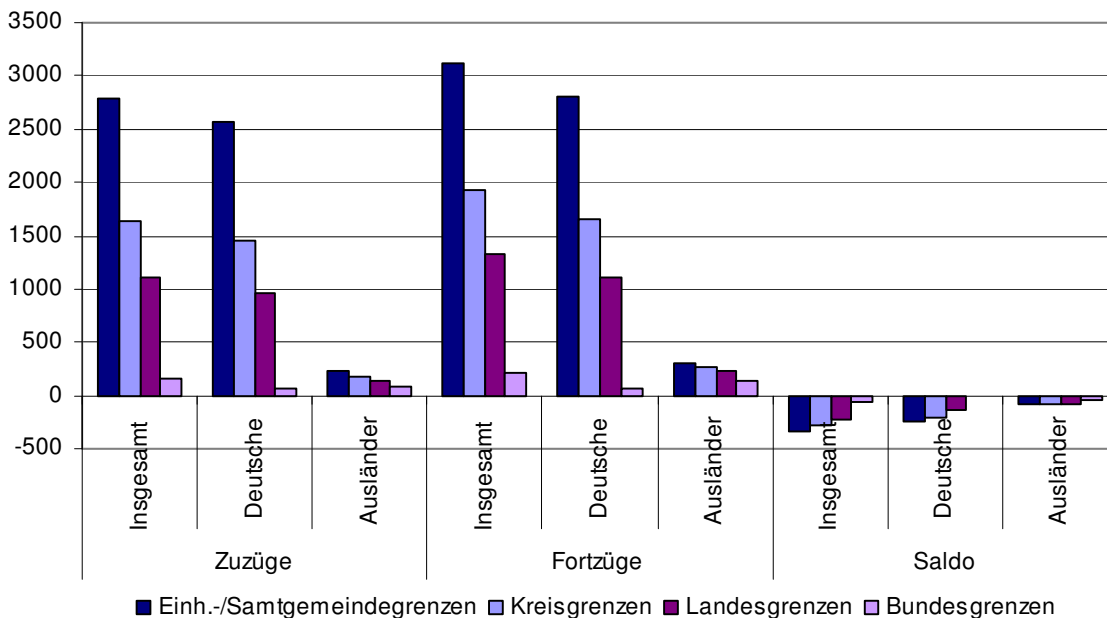
Abbildung 9: Saldo Zu- und Fortzüge für die Gemeinden insgesamt



Quelle: Landesamt für Statistik, Tabelle K201021, Zeitraum: 2009

Wenn man die besondere Situation des Auffanglagers in Friedland berücksichtigt, verändert sich natürlich besonders die Anzahl der Zuzüge in das Bundesgebiet (von 2566 zu 159 Zuzügen). Aber auch die Zuzüge über die übrigen Grenzen verminderten sich stark.

Abbildung 10: Zu- und Fortzüge der Gemeinden insgesamt (ohne Friedland)

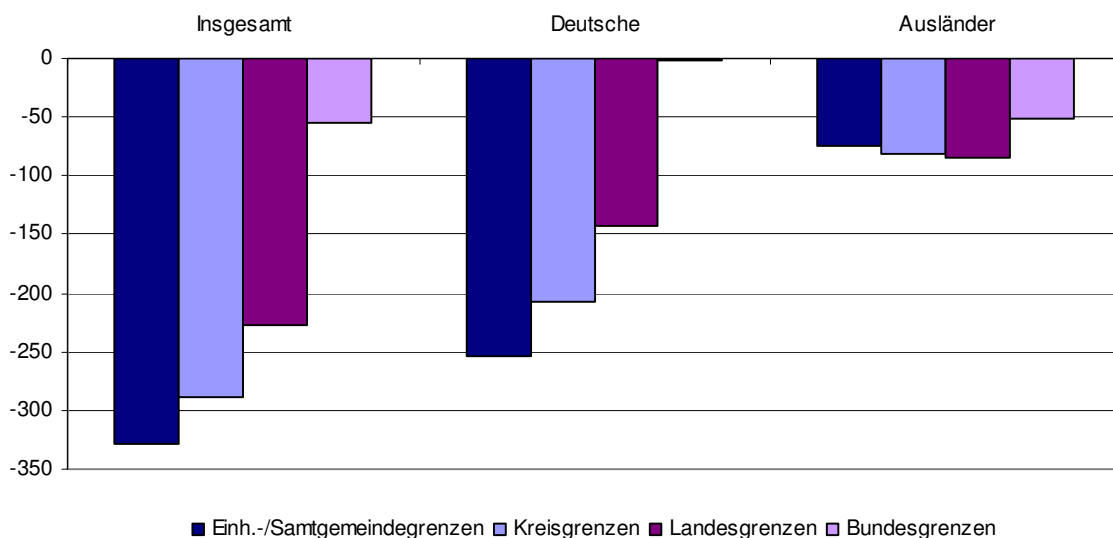


Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Tabelle K201021, Zeitraum: 2009.

Insgesamt gab es 159 Zuzüge über die Bundesgrenze in den Landkreis. Darunter waren 69 Deutsche und 90 Ausländer. Fortzüge gab es insgesamt 213 über die Bundesgrenze, davon waren 142 Ausländer und 71 Deutsche. Daraus ergibt sich ein Wanderungssaldo von 52 Ausländern und 2 Deutschen.

Den 236 ausländischen Zuzügen über die Einheits- und Samtgemeindegrenzen stehen 311 Fortzüge gegenüber. Dies ergibt ein negatives Wanderungssaldo von 75 Ausländern. Ebenso verhält es sich mit den Salden der Kreis- und Landesgrenzen (siehe Abbildung 11). Auch ohne die Fort- und Zuzüge von Friedland gibt es somit mehr Fort- als Zuzüge von Ausländern aus dem Landkreis Göttingen.

Abbildung 11: Saldo Zu- und Fortzüge für die Gemeinden insgesamt (ohne Friedland)



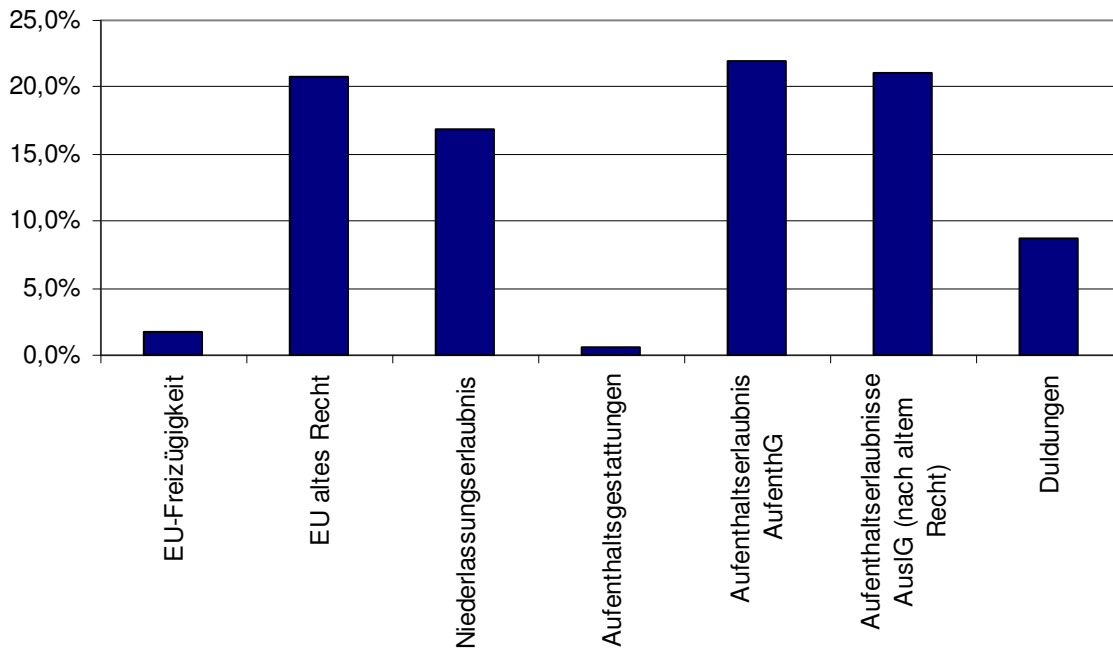
Quelle: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Tabelle K201021, Zeitraum: 2009.

3.1.3 Aufenthaltsstatus

Insgesamt gab es am 31.12.2009 laut AZR¹³ 4729 Ausländer im Landkreis Göttingen. Davon bewegten sich 23 % der Ausländer innerhalb des alten EU-Rechts und 2 % innerhalb der EU-Freizügigkeit. 18 % der Ausländer hatten eine Niederlassungserlaubnis und 1 % hatte eine Aufenthaltsgestattung. Des Weiteren hatten 23 % der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach Altem und 23 % der Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach neuem Recht. Weitere 10 % der Ausländer wurden geduldet.

¹³ Ausländerzentralregister (AZR) beim Bundesverwaltungsamt Köln. Detaillierter Informationen unter: <http://www.bva.bund.de> (Stand: Juni 2011).

Abbildung 12: Aufenthaltsstatus der Ausländer



Quelle: AZR, Zeitraum: 2009.

Laut dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland lebten im Jahr 2008 etwa drei Viertel (77,6 %) der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung seit mindestens neun Jahren in Deutschland, 38,7 % seit mehr als zwanzig Jahren und 9,3 % sogar seit 40 Jahren und länger.¹⁴ Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 20,3 Jahre. Differenziert man bei der Aufenthaltsdauer von Personen mit eigener Migrationserfahrung nach Herkunftsland, spiegelt sich die Migrationsgeschichte der Bundesrepublik wider. So zeigt sich, dass vor allem Personen aus den ehemaligen Anwerbeländern wie Griechenland (27,3 Jahre), Italien (29 Jahre), Kroatien (28,4 Jahre) und Türkei (24,7 Jahre) im Schnitt die höchste Aufenthaltsdauer aufweisen. Im Gegensatz dazu haben z. B. Zuwanderer aus Russland oder aus der Ukraine mit 11,3 bzw. 9,8 Jahren eine deutlich geringere Aufenthaltsdauer.¹⁵

Die Ergebnisse der sekundären Datenanalyse, die im Auftrag des Landkreises Göttingen durchgeführt wurde, zeigen die Situation der jährlichen Einbürgerungen im Landkreis Göttingen.

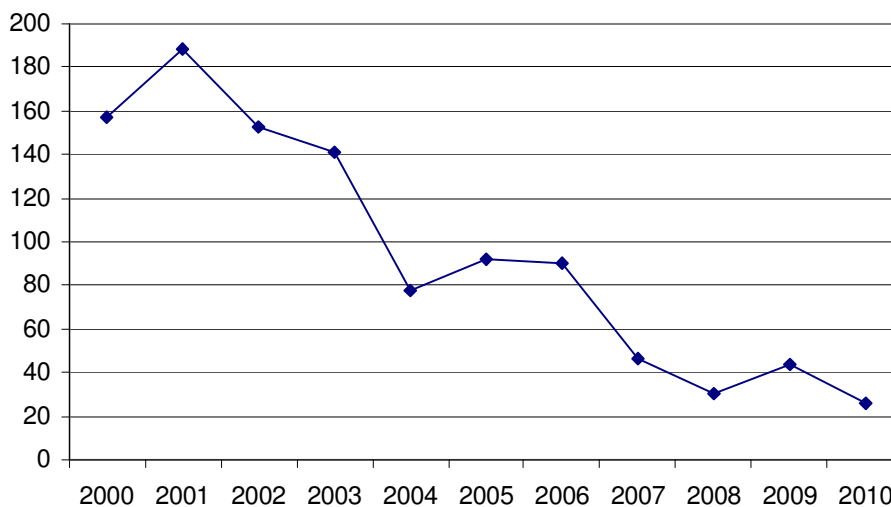
¹⁴ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland; S.52.

¹⁵ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland; S.52.

Insgesamt gab es im Jahr 2009 44 Einbürgerungen. Alleine im ersten Quartal des Jahres 2010 wurden bereits 26 Personen eingebürgert. Über die geschlechtliche Verteilung innerhalb dieser Daten können leider keine Auskünfte gegeben werden.

Abbildung 13 stellt die numerische Entwicklung der Einbürgerungen für den Zeitraum von 2000 bis zum ersten Quartal des Jahres 2010 dar. Dabei zeigt sich ein negativer Trend. Während Anfang des Jahrzehnts über 100 (bis zu 188) Menschen eingebürgert wurden, sind es 2009 nur noch 40 Personen.

Abbildung 13: Einbürgerungen im Zeitverlauf (2000-2010)



Quelle: AZR, Zeitraum 2000- 1. Quartal 2010.

3.2 Ergebnisse der quantitativen Befragung im Auftrag des Landkreises Göttingen

Hinweise auf die demographischen Charakteristika der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liefert die quantitative Studie zur Lage der Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen. Diese werden im Folgenden dargestellt. Um eine Einordnung der gewonnenen Daten zu ermöglichen, werden an den geeigneten Stellen die bundesweiten Vergleichswerte aufgeführt.

3.2.1 Geburtsland

Um differenzierte Aussagen über die einzelnen ethnischen Gruppen treffen zu können, die im Rahmen der Erhebung erfasst wurden, ist das Geburtsland der Befragten von besonderem

Interesse. Gut jeder vierte Befragte stammt aus dem ehemaligen Jugoslawien, jeder Fünfte aus der einstigen UDSSR und knapp 17 % der Untersuchten sind gebürtige Türken. Unter den Personen mit Migrationshintergrund ist jeder Achte in Deutschland geboren. Circa 10 % sind Syrer oder Iraner und nochmals 15 % verteilen sich auf diverse andere Nationalitäten (Chile, USA, Thailand, Italien, Sri Lanka, Vietnam, Kamerun, Nigeria, Libanon, Griechenland).

3.2.2 Staatsangehörigkeit

Die größte Gruppe in der Stichprobe besteht mit 21 % aller Befragten aus jenen Individuen, die die Staatsbürgerschaft eines der Länder innehaben, welches vormals zu Jugoslawien gehörte. Es folgen die Türken (19 %) und die Deutschen (18 %). Schon deutlich weniger Befragte sind Russen oder andere Osteuropäer (14 %). Jeder Zehnte ist Syrer oder Iraner. 5 % haben eine doppelte Staatsbürgerschaft, wobei eine von beiden stets die deutsche ist. Ein Befragter verfügt schließlich über keine Staatsangehörigkeit.

Interessant ist der Vergleich vom Geburtsland und der Staatsangehörigkeit. Der Fokus liegt darauf, wie häufig der deutsche Pass bei Befragten aus unterschiedlichen Geburtsländern vertreten ist. Die erstaunlichste Erkenntnis besteht darin, dass lediglich 36 % der gebürtigen Deutschen auch über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Ebenfalls 36 % sind Türken, 9 % haben den Pass eines Staates, der früher zur UDSSR gehörte und weitere 18 % verteilen sich auf eine Bandbreite von Ländern, die in der Sammelkategorie „Sonstige“, zusammengefasst wurden. Bei den Menschen aus Syrien und dem Iran, den Probanden mit sowjetischem Hintergrund und denjenigen, die aus den „sonstigen“ Staaten stammen, sind jeweils ein Viertel deutsch. Bei den Türkischstämmigen sind es 15 % und unter den Personen aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens ist keiner im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit.

3.2.3 Geschlecht

Insgesamt besteht mit 55 % ein Übergewicht bei den männlichen Befragten.

Von den in Jugoslawien bzw. im Iran/ in Syrien Geborenen ist sogar nur jeder fünfte bzw. jeder dritte Befragte weiblich. Im Kontrast dazu sind in der ehemaligen UDSSR drei von vier teilnehmenden Personen weiblich. Dieses unausgeglichene Geschlechterverhältnis ist sich bei den

folgenden Interpretationen, die auf der Aufgliederung nach dem Geburtsland basieren, stets ins Gedächtnis zu rufen.

Die Geschlechtsstruktur laut dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland zeigt sich folgendermaßen in Deutschland:

Betrachtet man die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Geschlecht, so zeigt sich, dass der Anteil der Männer etwas höher liegt als jener der Frauen (50,4 % zu 49,6 %), bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt der Frauenanteil hingegen höher (51,4 % gegenüber 48,6 %).

Bei den einzelnen Gruppen sind jedoch je nach Herkunftsland bzw. -region zum Teil deutliche Unterschiede festzustellen. So ist beispielsweise ein überproportionaler Frauenanteil bei Personen mit polnischem, rumänischem, ukrainischem und russischem Hintergrund zu verzeichnen. Die Bevölkerung afrikanischer, italienischer und griechischer Herkunft sowie Personengruppen aus dem Nahen und Mittleren Osten sind hingegen durch einen deutlich höheren Männeranteil gekennzeichnet¹⁶.

3.2.4 Alter

Die Befragten sind zwischen 20 und 68 Jahren alt. Zur übersichtlichen Darstellung der Verteilung wurden fünf Altersgruppen gebildet. In der Gesamtheit sind knapp 40 % zwischen 20 und 29 und etwa jeder Vierte zwischen 30 und 39 Jahre alt. Von dem verbleibenden Drittel der Stichprobe entfallen circa 17 % auf die Gruppe der 40- bis 49-Jährigen, knapp 13 % auf die 50- bis 59-Jährigen und 3 % auf diejenigen, die über 60 Jahre sind.

Die Verteilung für die Personen, die in einst jugoslawischen oder sowjetischen Regionen geboren wurden, ähnelt der Verteilung in der Gesamtheit. Dies erscheint plausibel, da die beiden Gruppen zusammengenommen mit knappen 45 % der Befragten den Gesamtdurchschnitt maßgeblich prägen. Für die anderen Nationalitäten lassen sich einige Besonderheiten feststellen. So sind unter den gebürtigen Deutschen ausschließlich 20- bis 39-Jährige. Die gebürtigen Türken in der

¹⁶ Für eine ausführliche Analyse vgl. Rühl, S. (2009): Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland. Working Paper 27 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Teil 6 der Reihe „Integrationsreport“.

Befragung sind allesamt unter 50 Jahre. Bei knapp der Hälfte von ihnen handelt es sich um 40- bis 49-Jährige. Bei den Iranern und Syrern sind keine 40 bis 49-Jährigen in der Stichprobe. Dafür sind 44 % von ihnen über 50 Jahre alt. Bei den sonstigen Nationalitäten ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei den Syrern: ein durchschnittlicher Anteil an 20- bis 39-Jährigen, wenige Personen in der Gruppe von 40 bis 49 Jahren und mit gut 30 % ein hoher Anteil der über 50-Jährigen.

Die Alterspyramide für Deutschland im Jahr 2008 zeigt, laut dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den jüngeren Altersstufen die größte Gewichtung hat. So haben unterdessen 34,4 % der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund, bei den Kindern bis zum Lebensalter von zehn Jahren sind es 32,7 %. Auch in der Altersstufe bis 35 Jahre beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund mit 27,3 % fühlbar über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Dagegen hat der Migrantenanteil in der Altersgruppe über 65 Jahre nur 8,5 %. Außerdem wird durch die Alterspyramide deutlich, dass durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, insbesondere bei den Kindern unter sechs Jahren, unverkennbar geringer ausfällt als bei den weiteren (jüngeren) Altersstufen.¹⁷

3.2.5 Einwanderungsjahr

Knapp 18 % der befragten Personen sind vor 1989 eingewandert. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind im Zeitraum von 1980 bis 1989 (39 %) oder in der Zeit zwischen 1990 bis 1999 (30 %) immigriert. Gut jeder Achte wurde in Deutschland geboren, ist somit nicht selbst eingewandert.

Der Schwerpunkt der Verteilung liegt in der Zeit nach 1980. Dies ist mit den Werten für die Befragten mit jugoslawischem oder sowjetischem Hintergrund zu erklären. Bei denjenigen mit jugoslawischer Herkunft fällt auf, dass der Großteil im Zeitraum von 1990 bis 1999 immigriert ist. Triebfeder hierfür können verschiedene Auseinandersetzungen sein, die den sukzessiven Zerfall Jugoslawiens vorantrieben, insbesondere der Bosnienkrieg (1992-1995; inklusive des Massakers von Srebrenica) und schließlich der Kosovokrieg (1998/1999) dürften die Emigration

¹⁷ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland; S.35.

eines Teils der Befragten begründet haben. Die Befragten aus der ehemaligen UDSSR kamen alle nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Schließlich kamen 88 % der Syrer nach 1990. Unter den Befragten Türkischstämmigen ist der Zeitraum von 1970 bis 1979 stark vertreten (21 %). Eine Erklärung hierfür können die damaligen Gastarbeiterbewegungen sein. 50 % der Befragten, die in der Türkei geboren sind, kamen zwischen 1990 und 1999 nach Deutschland. Die Menschen aus den sonstigen Staaten sind durchschnittlich am längsten wohnhaft in der Bundesrepublik. Mehr als die Hälfte von ihnen ist vor 1990 immigriert.

3.2.6 Grund Zuzug nach Göttingen

Bei der Interpretation der Migrationsmotive gilt es zu bedenken, dass Mehrfachantworten vorgenommen wurden. Während bei allen vorherigen Darstellungen die Befragten als Prozentuierungsbasis dienten, bedeutet dies, dass hier für die einzelnen Kategorien angegeben ist, welchen Anteil sie an den Gesamtnennungen ausmachen.

Mit 36 % der Nennungen ist der Zuzug im Rahmen einer Familienzusammenführung das meistgenannte Motiv. Jede achte Antwort verweist auf die Sogwirkung von Bekannten, die bereit im Landkreis Göttingen lebten. 10 % der Nennungen beziehen sich auf die Arbeitsmöglichkeiten, jede fünfte Antwort verweist darauf, dass der Wohnort zugeordnet wurde. Schließlich ist anzumerken, dass mit etwa 20 % der Nennungen die Kategorie Sonstiges stark vertreten ist. Allerdings haben die Befragten ihre sonstigen Gründe selten ausgeführt.

Bei den Türkischstämmigen ist die Familienzusammenführung mit 75 % der Nennungen der dominierende Antrieb gewesen. Bei den gebürtigen Jugoslawen ist die Zuteilung mit gut 43 % der Nennungen am stärksten vertreten. Dies hängt voraussichtlich mit den oben angesprochenen Krisen und Kriegen in der Region zusammen. Bei den Iranern/Syrern sind die Zusammenführung und die Zuteilung relevant. Bei den sonstigen Nationalitäten wurden beide Gründe (Zusammenführung, Zuteilung) unterdurchschnittlich genannt.

3.2.7 Geplante Aufenthaltsdauer

Drei von vier Befragten geben an bei ihrer Einreise bereits geplant zu haben, für immer in Deutschland zu bleiben. Fast jeder hat schließlich den Aufenthalt bis zum Rentenalter ins Auge gefasst. Etwa 5 % haben einige Jahre in der Bundesrepublik geplant.

Differenziert man die Daten nach Geburtsort der Befragten, so ergibt sich folgendes Bild: Auch bei denjenigen, die angeben in Deutschland geboren zu sein, wollen 20 % nicht für immer in Deutschland bleiben. Unter den Syrischstämmigen war die Rückkehr ins Heimatland zum Zeitpunkt der Einreise für keinen Befragten eine Option. Für die sonstigen Geburtsländer gilt, dass mit 60 %, die bis zum Lebensende in Deutschland leben wollen der geringste Wert vorliegt. Dies überrascht nicht, da in dieser Gruppe wenige Flüchtlinge sind und weil die Netzwerke für die entsprechenden Nationen nicht so stark ausgeprägt sind. Die Iraner und die Personen, die aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, wollen nahezu vollständig für immer in der BRD leben. Für die „ehemaligen Jugoslawen“ und die „Türken“ ist festzustellen, dass jeder Vierte lediglich bis zum Rentenalter zu bleiben plant.

3.2.8 Familienstand

Der Familienstand wurde über mehrere Kategorien genau erhoben. Die meisten Nennungen im Gesamtdurchschnitt hatten die Antwortmöglichkeiten ledig (28 %) und verheiratet (63 %).

Die Schwankungen zwischen den nach Geburtsland aufgeteilt Gruppen sind eher gering. Die größte Auffälligkeit ist, dass die gebürtigen Deutschen mit 36 % weitaus seltener als der Durchschnitt in einer Ehe leben. Zehn % der Deutschen beschreiben ihren Beziehungsstatus als feste Beziehung, welches überdurchschnittlich ist. Zudem ist erwähnenswert, dass bei den Iranern und Syrern die ansonsten kaum gebrauchten Antwortkategorien „zusammenlebend“ (11 %) und „getrennt lebend“ (11 %) genannt wurden.

3.2.9 Kinderzahl

Gut ein Drittel der Befragten hat kein Kind. Jeder Fünfte ist Elternteil genau eines Kindes. Mit zunehmender Kinderzahl nehmen die Anteile sukzessive ab: 16 % haben zwei Kinder, 15 % drei Kinder, 7 % vier Kinder und 6 % mehr als vier Kinder.

Die Disparitäten zwischen den Befragten unterschiedlicher Herkunft sind deutlich erkennbar. So sind unter den gebürtigen Deutschen drei Viertel keine Eltern. Die Personen, die in einem ehemaligen jugoslawischen Land geboren wurden, zeichnen sich im Kontrast dazu durch eine breite Nachkommenschaft aus. Da die in Deutschland Geborenen die im Durchschnitt jüngste Gruppe unter den Befragten bilden und weil diejenigen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien

stammen, die älteste Gruppe darstellen, liegt der Schluss nahe, dass das Alter und nicht das Geburtsland der prägende Faktor ist.

Bei der Betrachtung der Kinderzahl vor dem Hintergrund des Alters der Befragten zeigt sich, dass die Kinderzahl stark mit dem Alter zusammenhängt. Über 80 % der unter 30-Jährigen sind noch keine Eltern. Wohingegen die Befragten über 50 allesamt Kinder haben.

Auch aus dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland wird deutlich, dass unter allen demographischen Veränderungen der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Im Kontext von Zuwanderung und demographischem Wandel wird deshalb zunehmend auch das generative Verhalten von Frauen mit Migrationshintergrund behandelt und zur Debatte gestellt.

Es ist annehmbar, dass das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland starken Anpassungsprozessen an Normen und Verhalten einer durch niedrige Geburtenzahlen geprägten Gesellschaft unterworfen ist. Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) macht allerdings deutlich, dass „im Hinblick auf die Familienkonstellation und die Anzahl der Kinder zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund – auch bei durchaus bestehender Heterogenität in der Population mit Migrationserfahrung – derzeit signifikante Unterschiede bestehen.“ Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sticht zum einen durch eine deutlich höhere Anzahl von Familien mit Kindern und zum anderen durch kinderreiche Familien hervor.¹⁸

3.2.10 Religionsgemeinschaft

Die Hälfte der Befragten ist muslimisch, ein Drittel ist christlich und circa 9 % üben keine Religion aus. 6 % gehören einer anderen Religionsgemeinschaft an. Von den Christen sind 38 % katholisch, 25 % evangelisch, knapp 19 % russisch-orthodox, 13 % griechisch-orthodox und 6 % armenisch-orthodox.

¹⁸ Vgl. Bandorski, S./Harring, M./Kelleter, K. (2008): Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration: Möglichkeiten und Grenzen einer sekundäranalytischen Auswertung des Mikrozensus 2005. In: BMFSFJ, Forschungsreihe Band 4.

Die gebürtigen Deutschen sind zu fast zwei Dritteln islamisch. Jeweils 9 % sind katholisch, russisch-orthodox oder griechisch-orthodox. Weitere 9 % verweisen auf eine andere Religion (bspw. Zeugen Jehovas). Bei den Türkischstämmigen sind sieben von acht Befragten Muslime und jeweils 7 % Juden und Konfessionslose. Das Bild für die Befragten mit jugoslawischen Wurzeln ist nahezu dasselbe. Von der Konstellation bei den gebürtigen Türken weicht hier nur ab, dass knappe 10 % christlich und niemand jüdisch ist. Bei den gebürtigen Iranern und Syrern ist die Zusammensetzung weniger homogen. Zwar dominiert gleichfalls der Islam (43 %), jedoch verfügt auch jeder Vierte über keine Religion und jeweils 14 % sind katholisch oder hinduistisch. Während bei den gerade vorgestellten vier Gruppen die Muslime jeweils am stärksten vertreten sind, ist bei den Menschen mit sowjetischem Hintergrund und bei denjenigen, die aus einem der „sonstigen“ Länder kommen, das Christentum vorherrschend. Für die Befragten aus einst sowjetischen Staaten gilt, dass sieben von acht Personen christlich sind. 36 % dieser Christen sind evangelisch, 36 % russisch-orthodox, 21 % katholisch und 7 % armenisch-orthodox. Bei den Personen aus den „sonstigen“ Ländern sind 71 % Christen. Diese setzen sich zusammen aus 50 % Katholiken, 20 % Evangelien, 20 % Armenisch-Orthodoxen und 10 % Griechisch-Orthodoxen. Die verbleibenden knappen 30 % verteilen sich auf den Islam (7 %), sonstige Religionen (7 %) und keine Religionszugehörigkeit (14 %).

4 Bildung

Bildung ist der Schlüssel zur strukturellen und damit einhergehenden sozialen Integration. Die Grundvoraussetzung um sich im Bildungssystem zu integrieren, ist ein sicherer Umgang mit der deutschen Sprache. In der Integrationsdebatte wird häufig diskutiert, welche Probleme im Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund stehen und welche auf den sozialen Status zu beziehen sind.

Deutlich wird, dass mangelnde Sprachkenntnisse und geringe Kenntnisse der Eltern über das Bildungssystem, häufig auf den Migrationshintergrund zu beziehen sind. Diese Problemlagen wirken sich auf den Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund aus.

Daher ist es sinnvoll, durch schulische und außerschulische Bildungsmaßnahmen sowohl Kinder als auch Eltern mit Migrationshintergrund zu unterstützen.

Neben Förderprojekten für Kinder wie z. B. „Starke Kinder machen starke Hausaufgaben“, sollen auch die Eltern bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt werden. Hierbei können Projekte wie „Elternlotsen“, oder auch „Familienseminare“ eine Grundlage für diese Unterstützung bieten.

4.1 Einleitung

Die Rolle der Kindertagesstätten im Bildungssystem im Allgemeinen und in der Integrationsarbeit im Besonderen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Kindertageseinrichtungen gelten inzwischen nicht mehr nur als reine Betreuungsstätten, sondern insbesondere auch als Bildungsstätten, die oftmals als Familienzentren fungieren. Die Entwicklung im Landkreis Göttingen geht erfreulicherweise tendenziell auch in diese Richtung. Vor dem Hintergrund des steigenden Anteils der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen ergeben sich für die Einrichtungen und für Menschen mit Migrationshintergrund Chancen, aber auch damit verbundene Herausforderungen im Bereich der effektiveren Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und deren Familien. Diese Herausforderungen liegen vor allem in der Steigerung der Sprachkompetenz der Kinder, die es mit verschiedenen Sprachförderungs-, und Integrationsprogrammen in den kreisweiten Kindertageseinrichtungen zu bewältigen gilt. Die vom Landkreis Göttingen initiierte und von der Kindertageseinrichtung an der Anne-Frank-

Schule in Rosdorf durchgeführte Integrationsmaßnahme „Rucksackprogramm des RAA¹⁹“, das deutsche Sprachdefizite im Elternhaus der Migrantenkinder berücksichtigt und eine bilinguale Erziehung in Kooperation mit der Kindertagesstätte befürwortet, kann in diesem Bereich als beispielhafte Sprachförderungs- und Integrationsmaßnahme betrachtet werden.

Die im Rahmen der quantitativen Erhebungen gewonnenen Ergebnisse liefern Hinweise auf die Lage der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten des Landkreises Göttingen. Zunächst wird die Zusammensetzung der Kinder in den Kindertagesstätten dargestellt. Dabei wurde danach gefragt, wie viele Kinder mit und ohne Migrationshintergrund die jeweiligen Einrichtungen besuchen. Der Fragebogen wurde an 81 Tagesstätten des Landkreises Göttingen geschickt, von denen 12 bedauerlicherweise nicht geantwortet haben. Bei zwei weiteren waren die Angaben nur sehr sporadisch.

Bei der Auswertung (n=67) sind hauptsächlich die Daten aus diesem Fragebogen an die Kindertagesstätten wiedergegeben. Erklärungen mit den üblichen statistischen Verfahren sind aufgrund der geringen Fallzahl nicht möglich und müssen daher mit gewisser Vorsicht betrachtet werden.

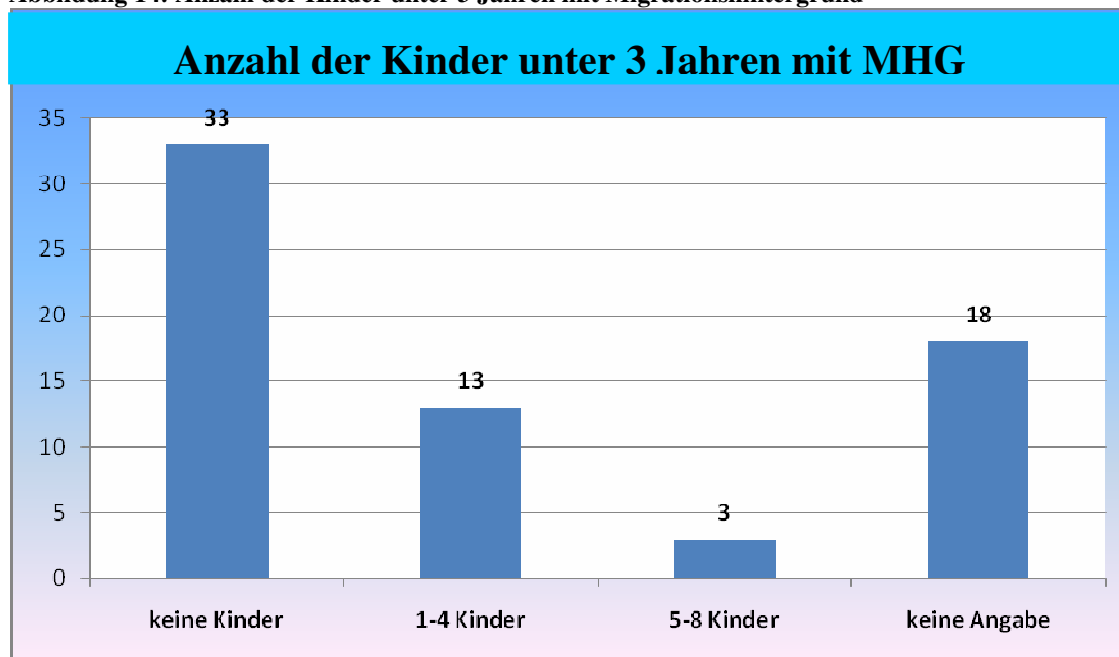
¹⁹ Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien - RAA“ ist eine Einrichtung die 1980 gegründet wurde und ihre Wurzeln in NRW hat, aber auch in anderen Bundesländern aktiv ist. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern. Nähere Informationen über diese und andere projekte von RAA unter www.raa.de.

4.2 Anzahl der Kinder in den Tagesstätten

Die Verteilung der Kinder auf die KiTas im Landkreis, die als Ausgang für die weitere Betrachtung dient, stellt sich wie folgt dar:

4.2.1 Anzahl der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund

Abbildung 14: Anzahl der Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund



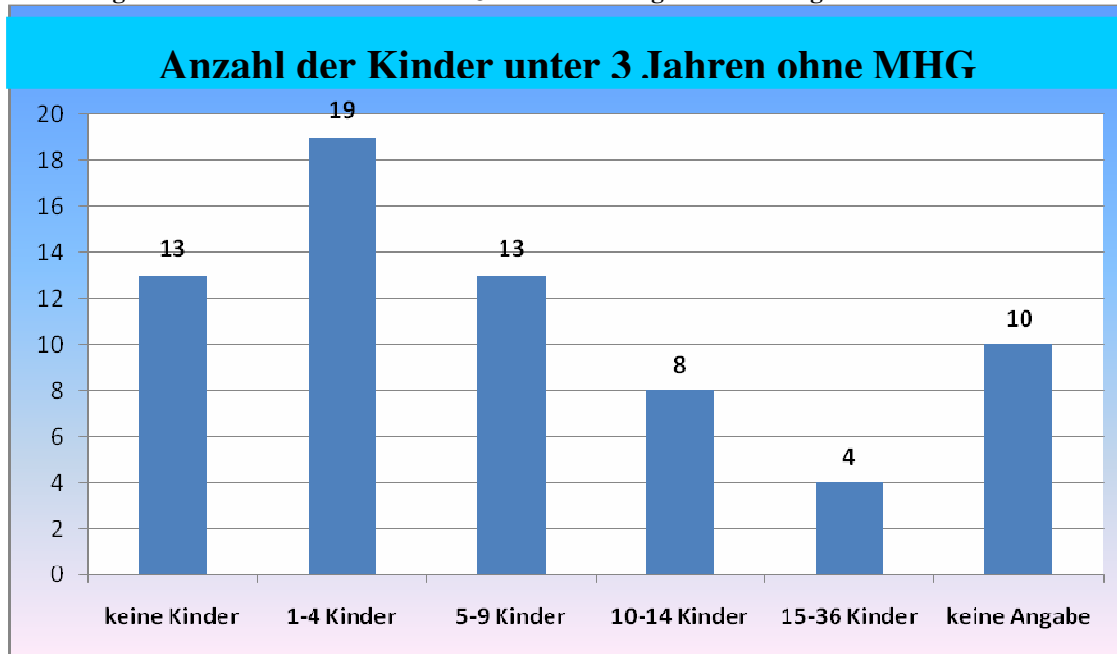
Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

In dieser Abbildung ist zunächst einmal die Anzahl der Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund aufgezeichnet. Von den 67 Kindertagesstätten haben 33 geantwortet, keine Kinder dieser Gruppe bei sich zu haben. In 13 Fällen gibt es 1-4 Kinder (9x 1 Kind, 3x 2 Kinder und 1x 3 Kinder) und dreimal 5-8 Kinder (2x 5 Kinder und 1x 8 Kinder). Zudem haben 18 Kindergärten keine Antwort gegeben. Möglicherweise kann man diese zu der Gruppe „keine Kinder“ hinzurechnen. Sicher ist dies aber nicht, da keine weiteren Angaben über den Grund gemacht wurden, warum diese KiTas auf die Frage nicht geantwortet haben. Möglich wäre daher auch, dass sie keinen Überblick über die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund haben.

Insgesamt besuchen, laut diesen Ergebnissen, 36 Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund eine Kindertagesstätte.

4.2.2 Anzahl der Kinder unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund

Abbildung 15: Anzahl der Kinder unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund



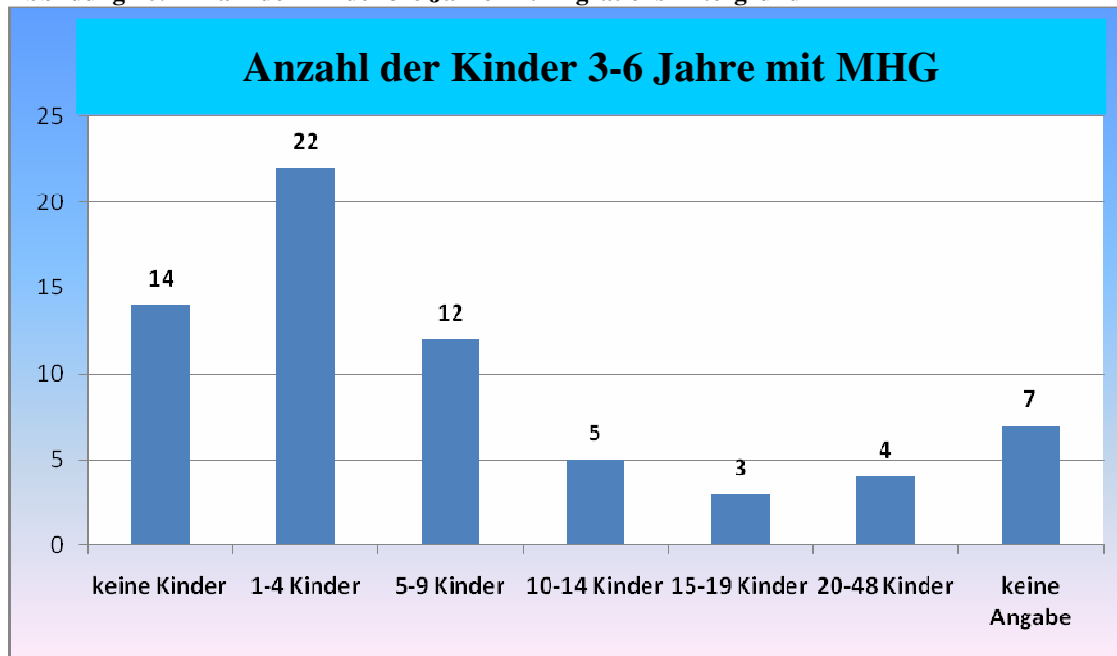
Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Als Nächstes ist die Anzahl der unter Dreijährigen ohne Migrationshintergrund zu sehen. Zu erkennen ist auf den ersten Blick, dass es deutlich mehr Kinder sind. Insgesamt gibt es 339 Kinder unter drei Jahren ohne Migrationshintergrund, die in eine KiTa gehen.

Von den insgesamt 67 KiTas haben 13 keine Kinder unter drei Jahren und zehn gaben keine Antwort. In 19 Einrichtungen gibt es 1-4 Kinder (3x 1 Kind, 1x 2 Kinder, 7x 3 Kinder, 8x 4 Kinder), in 13 Fällen sind es 5-9 Kinder (3x 5 Kinder, 2x 6 Kinder, 1x 7 Kinder, 4x 8 Kinder und 3x 9 Kinder). Acht Tagesstätten kommen auf 10-14 Kinder (3x 10 Kinder, 2x 12 Kinder, 1x 13 Kinder, 2x 14 Kinder), während in vier Einrichtungen 15 oder mehr Kinder unter drei Jahren gehen (1x 15 Kinder, 1x 20 Kinder, 1x 22 Kinder 1x 36 Kinder).

4.2.3 Anzahl der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren mit Migrationshintergrund

Abbildung 16: Anzahl der Kinder 3-6 Jahre mit Migrationshintergrund

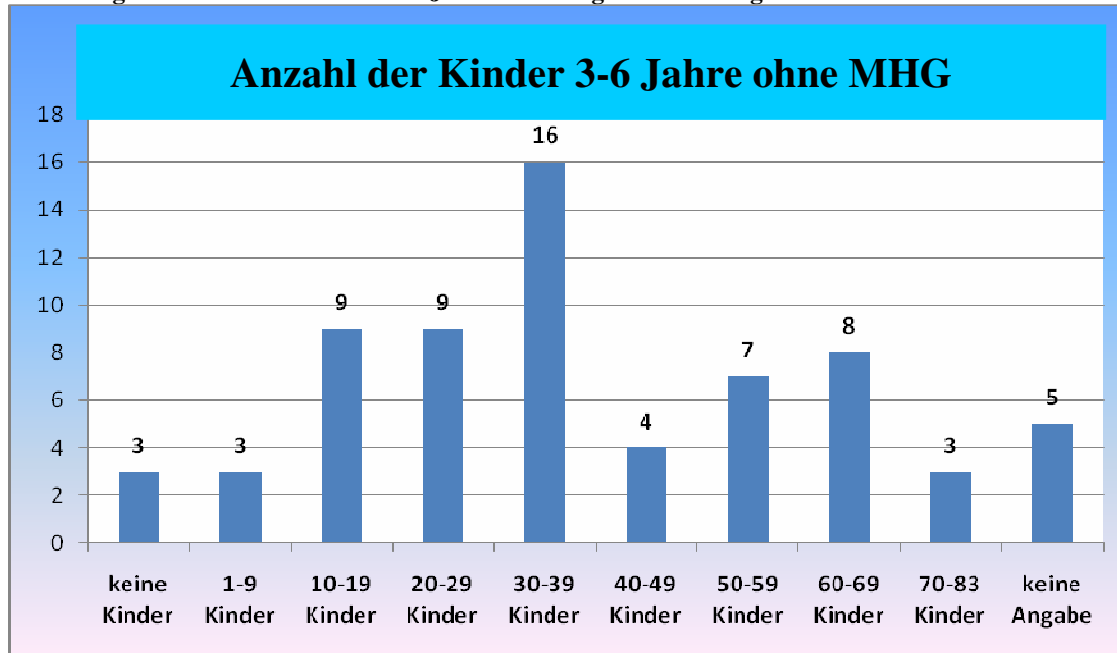


Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Nun kommen die älteren Kinder, die 3-6-Jährigen, zunächst diejenigen mit Migrationshintergrund. 359 Kinder fallen in diese Gruppe. Immerhin 14 KiTas geben an, keine Kinder mit Migrationshintergrund zu haben, sieben weitere machen hierzu keine Angabe. Eine Mehrheit der Einrichtungen antworten, dass sie nur 1-4 Kinder haben (7x 1 Kind, 9x 2 Kinder, 2x 3 Kinder und 4x 4 Kinder), zwölf haben 5-9 Kinder (4x 5 Kinder, 4x 6 Kinder, 1x 7 Kinder und 3x 8 Kinder), fünf KiTas teilen eine Anzahl von 10-14 mit (je 1x 11, 12 und 13, sowie 2x 14 Kinder), dreimal sind es 15-19 (je 1x 15, 16 und 18 Kinder) und vier Tagesstätten haben 20 oder mehr Kinder in ihrer Einrichtung, darunter je 1x 24, 25 und 27 Kinder, sowie eine KiTa, die 48 Kinder mit Migrationshintergrund bei sich betreut.

4.2.4 Anzahl der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren ohne Migrationshintergrund

Abbildung 17: Anzahl der Kinder 3-6 Jahre ohne Migrationshintergrund



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

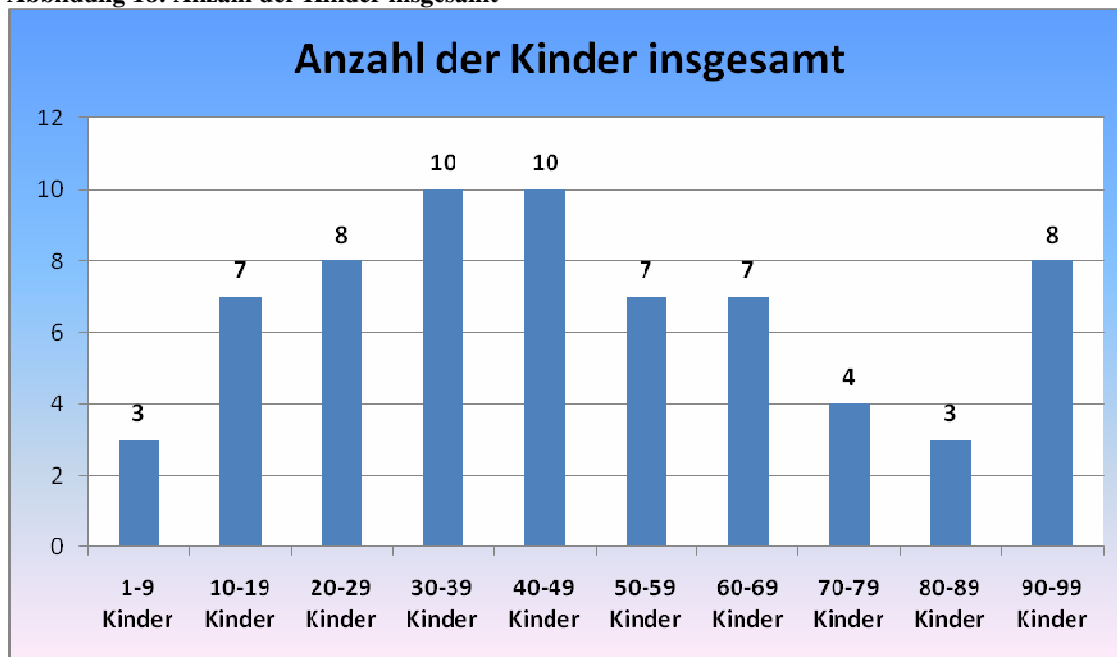
Bei den Kindern zwischen 3 und 6 ohne Migrationshintergrund ist die Einteilung der Gruppengrößen verändert, da es ansonsten zu viele Gruppen geworden wären. Es wird in diesem Fall jeweils in Zehnerschritten vorgegangen.

Drei Einrichtungen teilen mit, keine Kinder in dieser Gruppe zu betreuen, fünf geben keine Antwort. Kleinere Gruppen von 1-9 Kindern gibt es in drei KiTas (je 1x 1, 7 und 9 Kinder). Die weiteren Einteilungen: Neunmal 10-19 Kinder (je 1x 10,11, 12, 17 und 18, je 2x 15 und 19 Kinder), ebenfalls neunmal 20-29 Kinder (je 1x 22 und 27, je 2x 23 und 26, sowie 3x 25 Kinder), die größte Gruppe ist diejenige mit 30-39 Kindern, hiervon gibt es 16 (je 1x 30, 33 und 36, je 2x 32, 34 und 35, 3x 39 und 4x 38 Kinder). Des Weiteren gibt es vier Einrichtungen mit 40-49 Kindern (je 1x 42, 44, 47 und 48 Kinder), sieben mit 50-59 (je 1x 50, 51, 53, 54 und 59, sowie 2x 57 Kinder), achtmal große Tagesstätten mit 60-69 Kindern (je 1x 61, 65, 66 und 67, sowie 2x 64 und 68 Kinder). Drei KiTas mit über 70 Kindern dieser Gruppe gibt es ebenfalls, diese besuchen jeweils 1x 76, 82 und 83 Kinder.

Rechnet man alle Kinder dieser Gruppe zusammen, so kommt man auf eine Anzahl von 2271 Kindern.

4.2.5 Gesamtzahl der Kinder

Abbildung 18: Anzahl der Kinder insgesamt



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

In dieser Abbildung ist die Gesamtzahl der Kinder in den KiTas zusammengefasst. Schon auf den ersten Blick sieht man die großen Unterschiede. Es gibt sehr kleine Einrichtungen mit unter zehn Kindern sowie große Kindergärten mit bis zu 100 Kindern. In die Kleineren (1-19 Kinder) gehen zu einem Teil nur die unter Dreijährigen, zu einem weiteren Teil stehen diese möglicherweise in kleinen Gemeinden, in denen es nicht mehr Kinder gibt.

Allerdings treten auch einige Probleme auf. So wurden die Fragen nach der Anzahl der Kinder zumindest von einer KiTa offensichtlich missverstanden. Diese gab nämlich an, nur ein Kind betreuen zu müssen. Dies stimmt in diesem Fall überein mit der Angabe, die bei der Frage nach der Anzahl der Kinder mit Sprachförderbedarf gemacht wurde. Vermutlich liegt das Missverständnis in diesem Fall darin, dass sie dachten, nur die Kinder mit Sprachförderbedarf eintragen zu müssen.

Zudem gaben zwei Einrichtungen an, keine Kinder mit Migrationshintergrund in ihren Reihen zu haben und beantworteten daher keine der Fragen.

Ein weiteres Problem ist, dass teilweise nicht alle der vier Gruppen (unter 3 Jahre mit/ohne Migrationshintergrund, 3-6 Jahre mit/ohne Migrationshintergrund) ausgefüllt wurden. Möglich ist, dass es in diesen Gruppen keine Kinder gibt. Doch, wie oben schon einmal beschrieben, muss dies nicht der Fall sein.

Aus diesen Gründen ist die Gesamtzahl der Kinder in den Kindertagesstätten sicher nicht in allen Fällen korrekt.

Zum Schluss dieses Blockes noch ein paar zusammenfassende Statistiken, die noch einmal darstellen, dass von den Kindern in den Tagesstätten 13,14 % einen Migrationshintergrund haben.

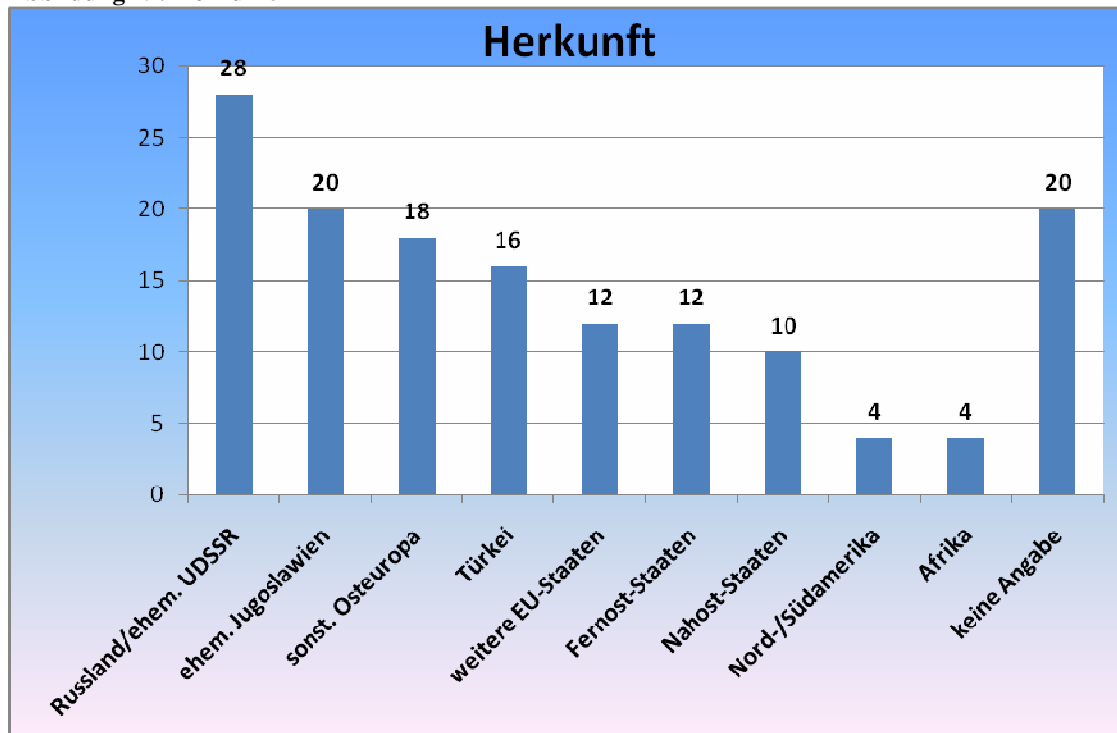
Tabelle 2: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund.

	Absolute Häufigkeit	Relative Häufigkeit
Anzahl der Kinder gesamt	3005	
Kinder unter 3 mit MHG	36	1,19 %
Kinder unter 3 ohne MHG	339	11,3 %
Kinder 3-6 mit MHG	359	12 %
Kinder 3-6 ohne MHG	2271	75,6%
Kinder mit MHG gesamt	395	13,14%
Kinder ohne MHG gesamt	2610	86,86%

Quelle: LSKN, Tabelle: K3001515, Zeitraum: 2008.

4.2.6 Herkunft der Kinder mit Migrationshintergrund

Abbildung 19: Herkunft



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Diese Abbildung beschreibt die Herkunft der Kinder mit Migrationshintergrund. Die KiTas sollten angeben, aus welchen Ländern diese Kinder stammen. Diese wurden dann in verschiedene Regionen eingeteilt. Hierbei traten einige Probleme auf, die zunächst dargestellt werden.

Nicht immer wurden konkrete Länder genannt. Angaben wie „Jugoslawien“, „Arabien“, „Kurdistan“ oder „Tschetschenien“ kann man noch einordnen. Aber wenn als Antwort „Moslem“, „Tamilen“, „Sinti“ oder „Roma“ kommen, wird es schwierig. Solche Antworten gingen letztlich nicht in die Analyse mit ein. Muslime gibt es schließlich fast überall auf der Welt, und auch wenn Sinti und Roma häufig aus osteuropäischen Ländern stammen, so kann man sich in den konkreten Fällen nicht sicher sein, dass es tatsächlich so ist.

Die Anzahl dieser Fälle war allerdings nicht so gravierend, als dass es die gesamte Analyse beeinträchtigen würde. Insgesamt waren es nicht mehr als ein halbes Dutzend.

Insgesamt 20 KiTas haben keine Angabe zur Herkunft gemacht, in der Regel gibt es in diesen Einrichtungen keine Kinder mit Migrationshintergrund. Mit Ausnahme von zwei Fällen wurde auch bei den Fragen nach der Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund mit „null“ oder keiner Angabe geantwortet.

Die Tabelle ist folgendermaßen zu verstehen: In 28 der 67 antwortenden KiTas gibt es Kinder mit russischem/ehem. UDSSR Migrationshintergrund. Es folgen die Länder des ehemaligen Jugoslawiens mit Kindern in 20 Einrichtungen sowie sonstige osteuropäische Länder wie Polen, Tschechien oder Rumänien.

Als Einzelstaat steht Russland an der Spitze, wobei einige Angaben „Russland-deutsch“ sind und es nicht sicher ist, ob diese Kinder direkt aus Russland kommen, oder möglicherweise aus Staaten der ehemaligen UDSSR. Zu Russland wurde auch „Tschetschenien“ mit zwei Nennungen gezählt. Mit 25 Nennungen ist der Abstand zum zweitplatzierten Land Türkei mit 16 Nennungen groß. Auf dem dritten Platz folgt Polen, welches in 13 Fällen genannt wurde.

Nicht schließen kann man aus dieser Tabelle, dass Kinder mit russischem Migrationshintergrund insgesamt den größten Anteil aller Kinder mit Migrationshintergrund stellen. Möglich wäre auch, dass in allen 25 Einrichtungen, in denen diese Gruppe zu finden ist, nur jeweils ein Kind aus Russland die Einrichtung besucht, während im Schnitt drei oder vier Kinder in jeder Einrichtung einen türkischen Migrationshintergrund haben. Eine genaue Abfrage, wie viele Kinder jeder Gruppe in eine KiTa gehen, wurde nicht gemacht.

Insgesamt kann man sagen, dass gegenüber den Kindern ohne Migrationshintergrund deutlich weniger Kinder mit Migrationshintergrund (13,14%) eine Kindertagesstätte besuchen. Diese eher niedrige Prozentzahl muss unter Berücksichtigung einiger Faktoren interpretiert werden, die oftmals mit dem Merkmal Migrationshintergrund einhergehen. So könnte eine mögliche Ursache für diesen niedrigen Wert der Umstand sein, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger einen niedrigeren sozioökonomischen Status aufweisen. Wie auch dem Bundesintegrationsbericht zu entnehmen, neigen eher Eltern mit höherem Bildungsniveau dazu, ihre Kinder in eine Tagesstätte zu schicken, als Eltern mit einem Hauptschulabschluss.²⁰ Ebenfalls relevant für die

²⁰ 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2010, S. 46.

Entscheidung, ein Kind in einer KiTa betreuen zu lassen, sind die Kosten einer solchen Unterbringung. Eltern mit einem niedrigen ökonomischen Status sind oftmals nicht in der Lage, für diese Kosten aufzukommen. Eine zweite mögliche Erklärung für den vergleichsweise niedrigen Anteil der durch KiTas betreuten Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund bieten sozialkapitaltheoretische Ansätze. Ausgehend von dem Befund, dass Personen mit Migrationshintergrund, die über Verwandtschaftsstrukturen im Zielland verfügen, häufig intensivere Verwandtschaftsbeziehungen pflegen als Einheimische, ist es möglich, dass die vorhandenen Verwandtschaftsbeziehungen als familieninterne Ressource zur Kinderbetreuung mobilisiert werden, wodurch eine freiwillige familiäre Betreuung gegenüber einheimischen Familien öfter realisiert werden kann.

Weiterhin muss im Hinblick auf die geringe Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund darauf hingewiesen werden, dass in den ländlichen Gebieten konfessionelle Kindertagesstätten dominieren, die entweder keine Kinder anderer Konfessionen aufnehmen oder zu denen Kinder von zum Beispiel muslimischen Eltern nicht geschickt werden.

Ausschließlich familiäre Betreuung stellt sich aber für die Förderung eines Kindes mit Migrationshintergrund nicht als ausreichend dar, insbesondere nicht, wenn die Eltern über keine oder geringe deutsche Sprachkenntnisse verfügen. In diesem Fall ist der Besuch einer Kindertagesstätte bezüglich Sprachförderung von äußerster Bedeutung.

4.3 Schulische Bildung

Gute Bildung gilt als Schlüssel zur strukturellen, aber auch zur sozialen Integration. Nur durch gute Bildung kann gesellschaftliche Teilhabe garantiert werden. Somit hat das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem eine Schlüsselfunktion in der Integration von Zuwanderern. Schulerfolg kann somit im Umkehrschluss ein Indikator für gelungene bzw. weniger gelungene strukturelle und auch soziale Integration sein.

Die Schule ist neben ihrer Funktion als Bildungsstätte auch Ort der Begegnung. In der Schule treffen viele Menschen (Schüler, Lehrer, Eltern, Sozialarbeiter, etc. pp.) mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Wertekonzepten aufeinander. Dadurch wird die Schule zu einem Ort, an dem Integration „im Kleinen“ beobachtet werden kann. Es ist ein Ort, an dem Miss-

verständnisse und Konflikte entstehen sowie ein Ort, an dem Vorurteile abgebaut werden können und ein Miteinander erlernt werden kann.

Im Folgenden werden die Auswertungen zum Thema Schulbildung dargestellt:

4.3.1 Schulformen und Trägerschaft

Für die vorliegende Studie im Auftrag des Landkreis Göttingen wurden 71 Schulen im Kreisgebiet befragt, von denen 60 antworteten. Die Grundschulen bildeten in ihrer Anzahl den Großteil der befragten Schulen mit 62% (37 Schulen). Neun Haupt- und Realschulen und damit 15% stellten hier die zweitgrößte Gruppe der Studienbefragung dar. Drei Gesamtschulen (IGS, KGS), vier Förderschulen und fünf Berufsbildende Schulen stellten die übrigen 23% der Befragung.

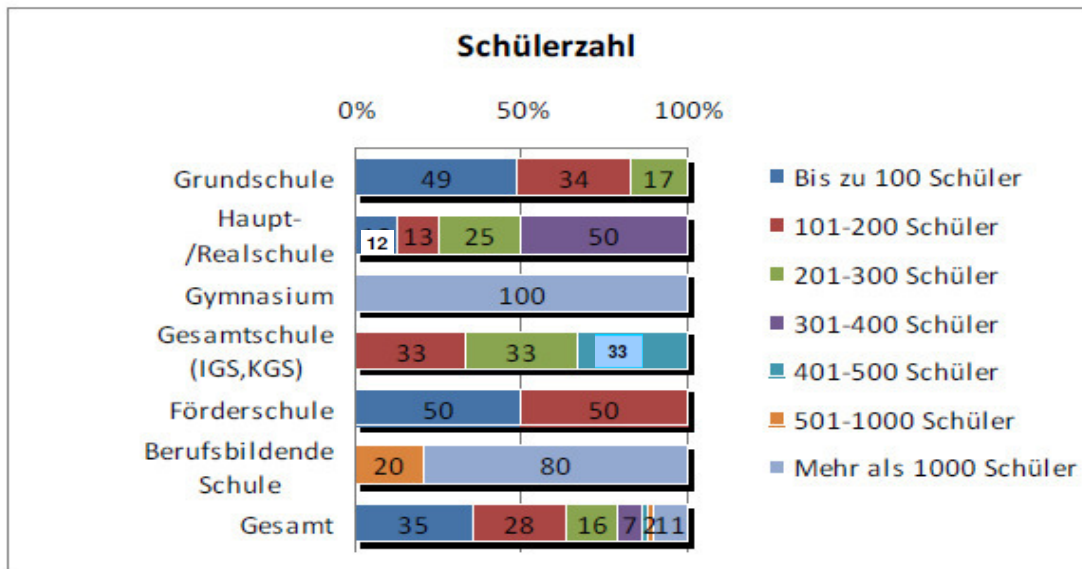
Der Landkreis agiert zu 37% als Träger der Schulen, was 22 Schulen im gesamten Landkreis umfasst. Mit jeweils 12% sind die beiden größten Teile des Landkreises, Duderstadt und Hann. Münden, Träger von jeweils sieben Grundschulen. Die Gemeinden sind die Träger von Grundschulen. Der Landkreis Göttingen ist somit der alleinige Träger von Haupt- und Realschulen, Gymnasien und Berufsbildenden Schulen. Der Landkreis übernimmt ebenso zu 68% die Trägerschaft der Gesamtschulen (IGS, KGS) und hat 50% der Förderschulen als Trägerschaft inne. Damit ist der Landkreis der dominierende Träger der Schulen im gesamten Landkreis Göttingen.

4.3.2 Schulstandorte

Die befragten Schulen umfassten Einrichtungen im gesamten Landkreis Göttingen. Dabei machten Schulen aus Hann. Münden mit 22,4% (13 Schulen) den größten Anteil aus. Darauf folgten Duderstadt mit 20,7% (12 Schulen) und Gieboldehausen mit 12,1% (7 Schulen). Schulen aus Bovenden mit 10,3% (6), aus Rosdorf mit 6,9% (4), Gleichen und Radolfshausen mit jeweils 5,2% (3) und schließlich aus Staufenberg, Friedland, Adelebsen, Dransfeld und Göttingen mit jeweils 3,4 % (2) folgten.

4.3.3 Schülerschaft und Lehrkörper an den Schulen

Abbildung 20: Schülerzahl



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.3.1 Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund

Die Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund an den befragten Schulen fällt schwerpunktmäßig in das untere Spektrum der Verteilung. Ein Großteil der befragten Schulen hat bis zu 10 Schüler mit Migrationshintergrund an ihren Schulen. 42,1% (24) der befragten Schulen ordneten sich dieser Kategorie zu. Innerhalb dieser Kategorie stellen die Gesamtschulen mit 66,7% (2) die größte Gruppe dar, gefolgt von den Grundschulen mit 50% (18), den Förderschulen mit 50% (2) und schließlich den Haupt- und Realschulen mit 22,2% (2).

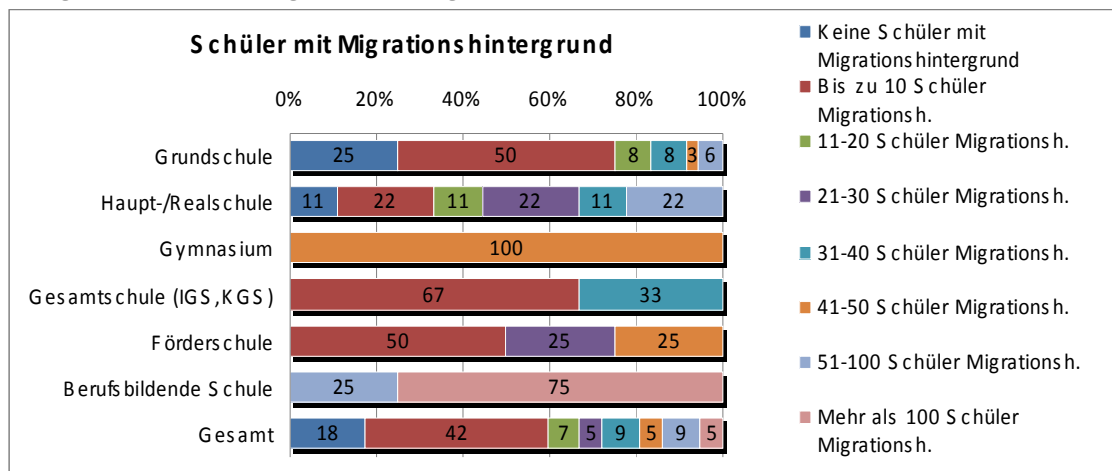
Darauf folgen die Schulen ohne Schüler/innen mit Migrationshintergrund. 17,5% (10) der befragten Schulen gaben an, keinerlei Schüler/innen mit Migrationshintergrund an ihrer Schule zu unterrichten. Hier finden sich 25% (9) der Grundschulen, gefolgt von einer Haupt- und Realschule.

In die Kategorie Schulen mit 11-20 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ordneten sich insgesamt 7% (4) der befragten Schulen zu. Hier finden sich eine Haupt- und Realschule und 8,3% (3) der Grundschulen. Eine ähnlich geringe Besetzung weist die Kategorie

„21-30 Schüler/innen mit Migrationshintergrund“ auf. Insgesamt haben sich 5,3% der befragten Schulen hier zugeordnet. Eine Differenzierung nach Schulformen zeigt eine Förderschule und zwei der Hauptschulen in dieser Kategorie. Die folgende Kategorie umfasst 31 bis 40 Schüler mit Migrationshintergrund. Hier sind 8,8% (5) der befragten Schulen zu finden. Eine Gesamtschule und eine der Haupt- und Realschulen lassen sich hier finden, sowie 8,3% (3) der Grundschulen. Die Größenordnung 41 bis 50 Schüler/innen mit Migrationshintergrund gaben 5,3% (3) der befragten Schulen an. Hier finden sich eins der beiden Gymnasien, sowie jeweils eine Schule der Förderschulen und der Grundschulen.

In die Kategorie „51-100 Schüler/innen mit Migrationshintergrund“ haben sich 8,8% (5) der befragten Schulen eingeordnet. Hier finden sich eine der Berufsbildenden Schulen, 22,2% (2) der Haupt- und Realschulen und 5,6% (2) der Grundschulen. Der größten Kategorie mit mehr als 100 Schülern mit Migrationshintergrund lassen sich 5,3% (3) der befragten Schulen zuordnen. Hier sind mit 75% (3) nur Berufsbildenden Schulen vertreten.

Abbildung 21: Schüler mit Migrationshintergrund



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Da die absoluten Zahlen keine Auskunft über das numerische Verhältnis zwischen Schülern ohne Migrationshintergrund und Schülern mit Migrationshintergrund geben, wird dieses gesondert dargestellt.

Tabelle 3: Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Gesamtschülerzahl und Anzahl der entsprechenden Schulen nach Schulform

	0%	0,1%-5%	5,1%-10%	10,1%-20%	20,1%-30%	30,1%-40%	40,1%-50%	>50%	Gesamt
Grundschule	7	17	3	1	2	3	0	1	34
Haupt-/Realschule	0	3	1	1	2	1	0	0	8
Gymnasium	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Gesamtschule	0	2	0	1	0	0	0	0	3
Förderschule	0	1	1	1	0	1	0	0	4
BBS	0	0	1	3	0	0	0	0	4
Gesamt	7	24	6	7	4	5	0	1	54

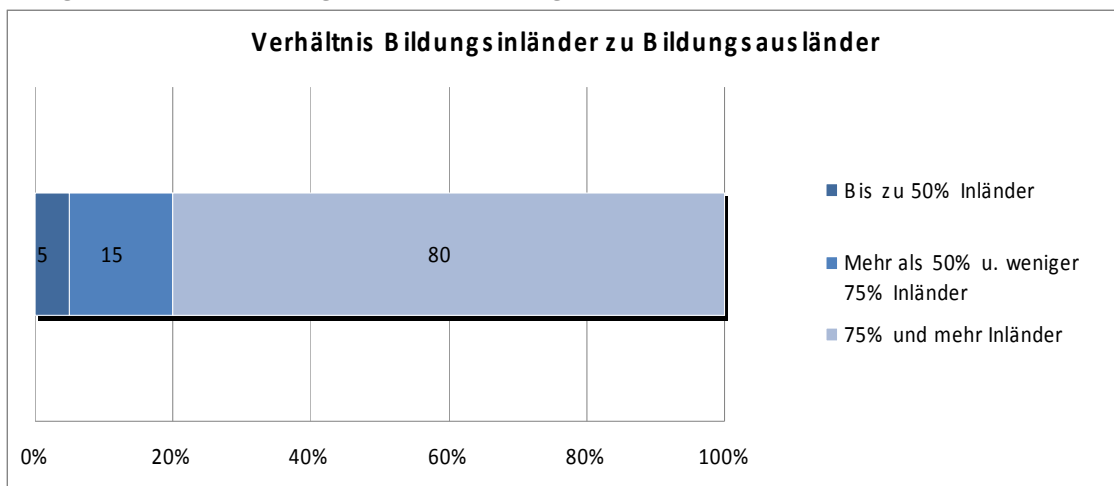
54 Schulen haben sowohl die Anzahl ihrer Schüler mit Migrationshintergrund als auch die Gesamtzahl ihrer Schüler angegeben. Von 14773 Schülern haben demnach 1811 einen migrantischen Hintergrund. Der Anteil dieser Schüler an der Gesamtzahl der Schüler beläuft sich an den 54 Schulen im Durchschnitt also auf 12,3%. Die einzelnen Schulen und Schulformen variieren dabei hinsichtlich des Anteils von Schülern mit Migrationshintergrund. So weisen 31 der 54 Schulen und damit mehr als die Hälfte einen Anteil von höchstens 5% oder gar keinen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund auf. Lediglich 17 Schulen weisen Werte von über 10% auf, nur eine einzige davon kommt mit 55,7% über die 40%-Marke hinaus. Auffällig ist dabei, dass unter den Berufsbildenden Schulen keine der vier Schulen, für die die nötigen Zahlen vorliegen, einen Anteil von weniger als 5% an Schülern mit Migrationshintergrund aufweist.

Bei dem größten Teil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund handelt es sich laut Ergebnis der Umfrage um Bildungsinländer und somit um solche Schüler/innen, die die vorangegangene Schule in Deutschland besucht haben. 95% (19) der 20 Schulen, die auf diese Frage geantwortet haben, gaben an, dass 50% und mehr Bildungsinländer sich unter den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund befinden. Eine detaillierte Aufgliederung zeigt folgendes Bild: 80% (16) derjenigen Schulen, die die Frage beantworteten, verfügten über 75% und mehr Bildungsinländer und 15% (3) der entsprechenden Schulen über mehr als 50% und weniger als 75%. Lediglich eine Schule gab an, über bis zu 50% Bildungsinländer zu verfügen. Somit ist der größte Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund an den Schulen im Landkreis Bildungsinländer und besuchte somit die vorangegangene Schule in Deutschland.

Es lässt sich somit anhand der Daten sagen, dass sich Schüler/innen mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen zahlenmäßig verstärkt in den Berufsschulen und den Haupt- und

Realschulen konzentrieren. So gaben 55,6% (5) der Haupt- und Realschulen an, über 21 bis 100 Schüler/innen mit Migrationshintergrund zu verfügen. Die Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund am antwortenden Gymnasium ist vergleichsweise gering ausgeprägt. Die Schule gab 41 bis 50 Schüler/innen an, was einen Anteil von 4,1% ausmacht. Im Vergleich dazu verwiesen 80% (4) der Berufsschulen auf mehr als 1000 Schüler/innen an ihrer Schule und 50% (4) der Haupt- und Realschulen auf 301- 400 Schüler. Somit sind Schüler/innen mit Migrationshintergrund in absoluten Zahlen an den Berufs- sowie Haupt- und Realschulen am stärksten und am Gymnasium am schwächsten vertreten. Auch bezüglich der Relation zwischen Schülern mit und Schülern ohne Migrationshintergrund sind die Berufsschulen hervorzuheben. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerschaft liegt bei den vier Berufsbildenden Schulen für die die nötigen Zahlen vorliegen bei 15,6% und damit über dem Durchschnitt. Auch die Förderschulen liegen mit 19% an Schülern mit Migrationshintergrund über dem Durchschnitt, während die Haupt- und Realschulen diesen mit genau 12,3% treffen.

Abbildung 22: Verhältnis Bildungsinländer zu Bildungsausländer



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.3.2 Anzahl der Lehrer

Im Folgenden gaben die Schulen Auskunft über die Anzahl der bei ihnen tätigen Lehrkräfte. Die größte Gruppe hierbei stellen mit 44,6% (25) der befragten Schulen die Einrichtungen mit bis zu 10 Lehrkräften dar. Hier finden sich die Grundschulen mit 67,6% (23), sowie jeweils eine Förder- und Haupt- und Realschule. In die darauf folgende Kategorie „11-20 Lehrkräfte“ haben sich insgesamt 37,5% (21) der befragten Schulen eingeordnet. Hier findet man als größte Gruppe die

Förderschulen mit 75% (3), gefolgt von den Gesamtschulen mit 66,7% (2), den Haupt- und Realschulen mit 62,5% (5) und schließlich den Grundschulen mit 32,4% (11). Die darauf folgenden Kategorien weisen eine geringere Besetzung auf. So gaben 5,4% (3) der befragten Schulen an, über 21-30 Lehrkräfte zu verfügen, wobei sich in dieser Kategorie eine Gesamtschule und zwei Haupt- und Realschulen finden. Die Kategorie „41- 50 Lehrkräfte“ wurde von 7,1% (4) der Schulen und „51- 100 Lehrkräfte“ von 5,4% (3) der Schulen gewählt. In der Erstgenannten finden sich die Berufsbildenden Schulen mit 60% (3) der entsprechenden Schulen und eins der beiden Gymnasien. Die letzte Kategorie schließlich umfasst das andere Gymnasium und zwei Förderschulen.

4.3.3.3 Anzahl der Lehrer/innen mit Migrationshintergrund

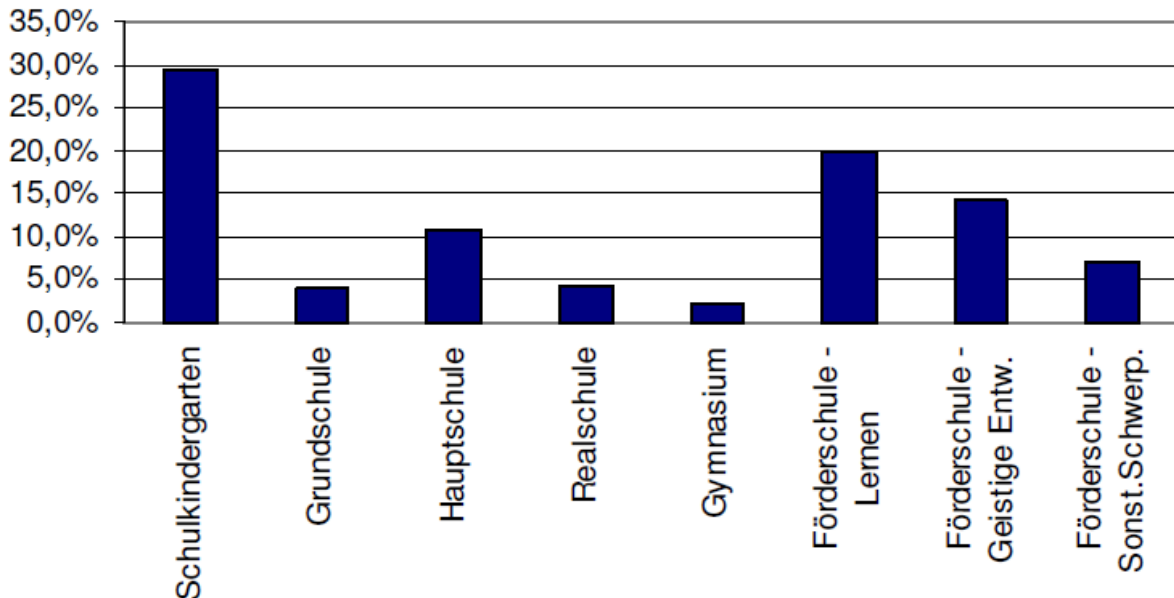
Die Anzahl der Lehrer/innen mit Migrationshintergrund an den befragten Schulen fällt sehr gering aus. 47 Schulen gaben bei der Befragung an, über keine Lehrer/innen mit Migrationshintergrund zu verfügen. Die restlichen 10 Schulen weisen lediglich einen relativ geringen Anteil auf. Die Grundschule Gieboldehausen verfügt dabei mit 18,18% des Lehrkörpers über den größten Anteil, gefolgt von der Grundschule Hedemünden mit 16,67%. Den geringsten Anteil bei der Befragung lässt sich an der BBS Ritterplan mit einem Anteil von 1,6% feststellen. Dazwischen finden sich die Grundschule Seeburg-Seulingen mit einem Anteil von 9,09%, die Heinrich-Sohnrey-Realschule mit 8,33%, die Grundschule am Wall mit 7,14%, die Schule am Botanischen Garten mit 4,55%, die BBS Münden mit 3,08%, das Grotefeld-Gymnasium Münden mit 3,7% und schließlich die Berufsbildende Schule Duderstadt mit 1,72%.

Somit lässt sich eine eindeutige Unterrepräsentation von Lehrerinnen und Lehrern mit einem Migrationshintergrund feststellen. Darüber hinaus wird deutlich, dass an den Schulen wie zum Beispiel an den Berufsbildenden Schulen, wo der Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund am höchsten ist, sich am geringsten Lehrer mit Migrationshintergrund befinden. Dies sollte genau der umgekehrte Fall sein, um einen besseren Umgang mit Schülern mit Migrationshintergrund sicherzustellen.

Die folgende Sekundärdatenanalyse bezieht sich auf den Ausländeranteil an Schulen im Landkreis. Insgesamt beträgt der Ausländeranteil an allen Schulen (öffentliche und private Träger) 5 %.

4.3.3.4 Ausländeranteil nach Schulform

Abbildung 23: Ausländeranteil nach Schulform



Quelle: LSKN, Tabelle: K3001515, Zeitraum: 2008.

Bei dem Ausländeranteil nach Schulform fallen besonders die hohen Anteile bei den Förderschulen, der Hauptschule und dem Schulkindergarten auf. Während der Anteil der Ausländer in den Grundschulen, den Realschulen und den Gymnasien bei unter 5 % liegt, beträgt der Anteil in den übrigen Schulformen zwischen 7 und 29 %.

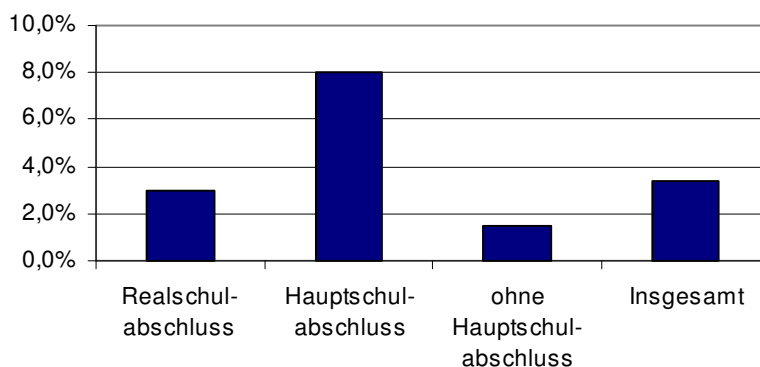
Tabelle 4: Schüler/innen nach Schulform und nach Geschlecht

	Deutsche Schülerinnen	Ausländische Schülerinnen
Insgesamt	48,0%	48,3%
Schulkindergarten	58,3%	20,0%
Grundschule	48,7%	50,5%
Hauptschule	39,3%	34,5%
Realschule	48,3%	58,2%
Gymnasium	54,3%	57,1%
Förderschule – Lernen	33,5%	50,0%
Förderschule - Geistige Entwicklung	34,7%	58,3%
Förderschule - Sonstiger Schwerpunkt	17,4%	33,3%

Quelle: LSKN, Tabelle: K3001515, Zeitraum: 2008.

Nur 20% der ausländischen Kinder in Schulkindergärten sind weiblich. Bei den deutschen Kindern sind es hingegen 58%. Fast 60% der ausländischen Schüler an den Realschulen, Gymnasien und den Förderschulen für Geistige Entwicklung sind weiblich. Bei den deutschen Schülern sind es bei den Realschulen und Gymnasien etwa 50% und bei den Förderschulen für geistige Entwicklung nur 35%. Die ausländischen Förderschülerinnen in sonstigen Schwerpunkten stellen ein Drittel dar. Bei deutschen Schülerinnen sind es nur 17%. Insgesamt ist der Anteil an ausländischen Förderschülerinnen höher als bei deutschen Förderschülerinnen.

Abbildung 24: Ausländische Absolventinnen und Absolventen nach Art des Abschlusses



Quelle: Tabelle K3002519, Schuljahr 2007/2008, Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen.

Tabelle 5: Vergleich ausländische Schülerzahlen Landkreis und Deutschland insgesamt

Schulform	Deutschland	Landkreis
Grundschule	8,9%	4,8 %
Hauptschule	19,5%	10,5 %
Realschule	8,1%	4,9 %
Gymnasium	4,4 %	2,0 %

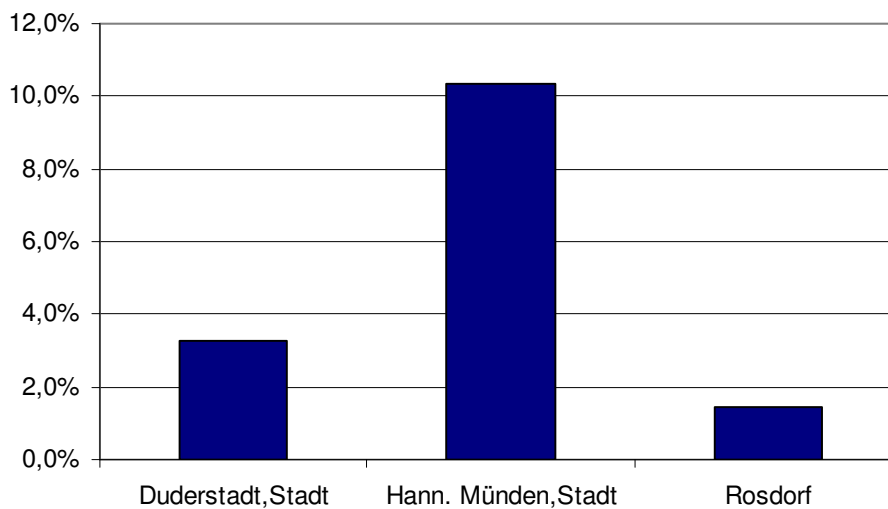
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1, 2008/2009 und LSKN, Tabelle: K3001515, Zeitraum: 2008.

Im Schuljahr 2007/2008 waren unter den Absolventinnen und Absolventen 3,3% Ausländer/innen. 8% der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss waren Ausländer/innen. 3% der Absolventinnen und Absolventen mit Realschulabschluss waren Ausländer/innen und nur 1,5% waren ausländische Abgänger/innen ohne Abschluss. Es gab keine ausländischen Absolventinnen und Absolventen mit Fach- oder Hochschulreife. Eine Differenzierung nach Geschlecht war aufgrund der Datenlage leider nicht möglich.

Von den Ausländerinnen und Ausländern absolvierten 51% einen Realschulabschluss, 46% machten einen Hauptschulabschluss und nur 2,7% erreichten keinen Abschluss. Bei den deutschen Schülerinnen und Schülern haben 16% die Hochschulreife gemacht, 59% haben einen Realschulabschluss geschafft, 18% einen Hauptschulabschluss und 6,2% haben keinen Abschluss erreicht.

4.3.3.5 Ausländeranteil an Berufsschulen

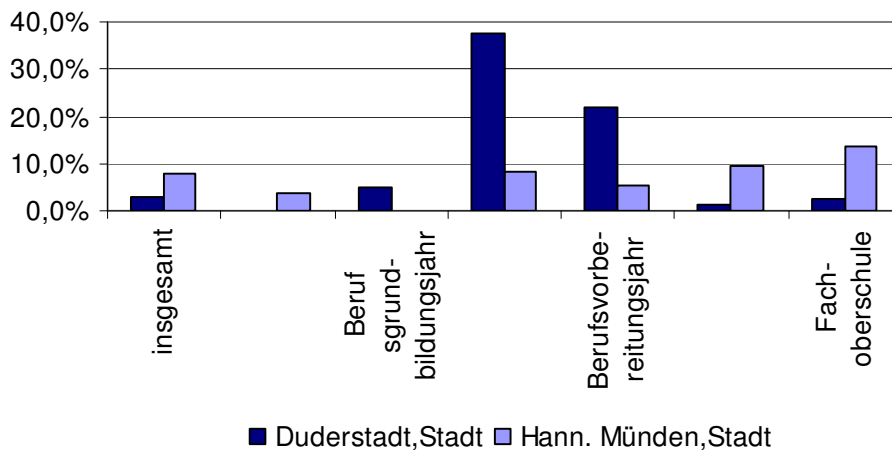
Abbildung 25: Ausländeranteil an Berufsschulen



Quelle: LSKN, Tabelle: K3050111, Zeitraum: 2009.

Bei den Berufsbildenden Schulen beträgt der Ausländeranteil in Hann. Münden knapp 10%, in Duderstadt, knapp 3% und in Rosdorf circa 1%. In Duderstadt beträgt der Anteil der weiblichen Ausländer unter den Ausländern 36% und in Hann. Münden 47%.

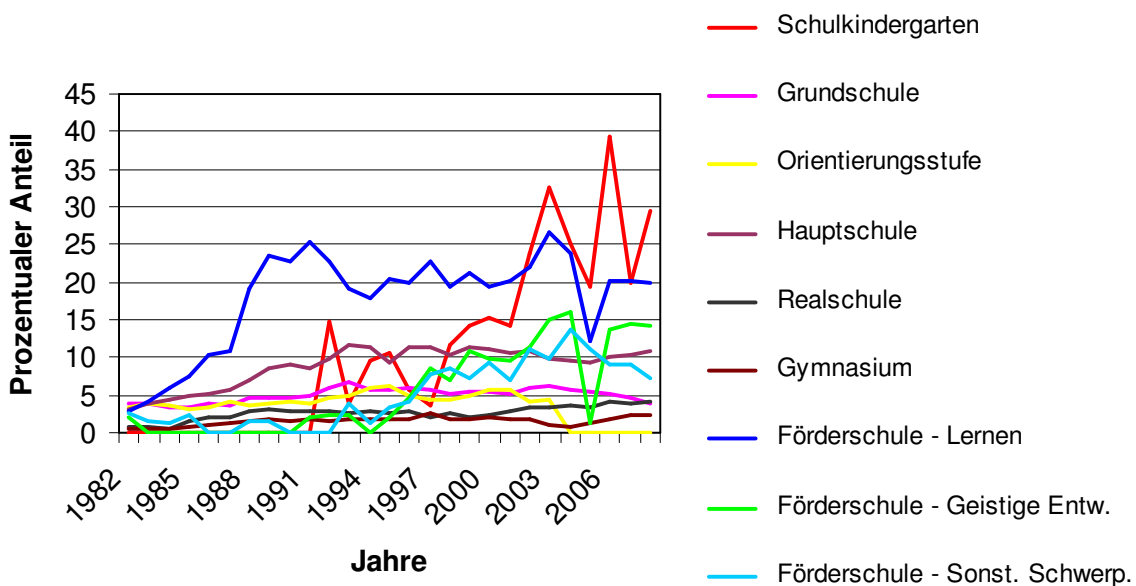
Abbildung 26: Ausländeranteil an Berufsschulabsolventinnen und -absolventen



Quelle: LSKN, Tabelle: K3050613, Zeitraum: 2008/2009.

Fast 40% der Schüler/innen der Berufseinstiegsklasse in Duderstadt waren Ausländer/innen. Der Ausländeranteil des Berufsvorbereitungsjahrs betrug etwa 20%. 5% der Schüler/innen des Berufsgrundbildungsjahrs waren Ausländer/innen, die Berufsfachschule hatte einen Ausländeranteil von 3% und die Fachoberschule von 4%. In Hann. Münden betrug der Ausländeranteil zwischen 14 und 4%. Es gab keine Ausländer/innen in der Berufsoberschule, dem Fachgymnasium und der Fachschule.

Abbildung 27: Ausländeranteil nach Schulformen im Zeitverlauf (1982-2008)



Quelle: LSKN, Tabelle: Z3001514, Zeitraum: 1982-2008.

Im Zeitverlauf kann man beobachten, dass der Ausländeranteil besonders bei den Schulkindergärten stark gestiegen ist und auch bei der Förderschule für geistige Entwicklung ist ein positiver Trend zu verzeichnen. Die übrigen Schulformen befinden sich ungefähr konstant auf einem Level.

Die Schuleinstufung der Kinder hat starken Einfluss auf deren weiteren Bildungserfolg, so die Aussage von vom Landkreis befragten Experten. Die Kinder werden oft aufgrund ihrer mangelnden Sprachkenntnisse auf Förderschulniveau eingestuft. Die reinen Sprachkenntnisse sind wenig aussagekräftig hinsichtlich Einschätzungen der Intelligenz eines Kindes. Jedoch ist der Schulwechsel nach dem Erwerb besserer Sprachkompetenzen oft schwierig. Laut Aussage des Experten müssen die Schulen ihre Schülerzahlen halten und erschweren somit einen Wechsel auf andere Schulformen.

Die institutionellen Vorschriften besiegeln die Laufbahnen der Kinder. Neben mangelnder Sprachkompetenz korreliert auch ein niedriger sozioökonomischer Status häufig mit einer niedrigen Schuleinstufung, da Eltern mit einem solchen niedrigen Status vergleichsweise oft die nötigen Kenntnisse über das Bildungssystem bzw. die nötige Motivation fehlen, um ihre Kinder beim Schulübergang zu unterstützen. Da Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt einen niedrigeren sozioökonomischen Status aufweisen als Einheimische werden ihre Kinder bei der Schuleinstufung strukturell benachteiligt. Um die Leistung der Kinder schon beim Wechsel zur weiterführenden Schule besser einschätzen und eine faire Gleichbehandlung aller Kinder gewährleisten zu können, müssten nicht nur andere Leistungsmerkmale neben der Sprachkompetenz mit in die Bewertung der Fähigkeiten einbezogen werden, Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status (unabhängig von ihrem ethnischen Hintergrund) müssten außerdem gezielte Unterstützung bei der Stärkung ihrer bildungsrelevanten Kompetenzen erhalten.

Besonders Kinder mit Migrationshintergrund benötigen Hilfestellungen, weil sie häufig vor der speziellen Herausforderung stehen, sich in unterschiedlichen kulturellen Systemen und unterschiedlichen Sprachen zurechtfinden zu müssen. Häufig bekommen die Kinder wenig Unterstützung zu Hause, weil die Eltern nicht über die nötigen Ressourcen verfügen oder sich mit anderen Problemen wie dem Aufenthaltsstatus auseinandersetzen müssen, wie ein weiterer Experte äußerte. In diesen Fällen muss es als Aufgabe der Institution Schule bzw. der darin

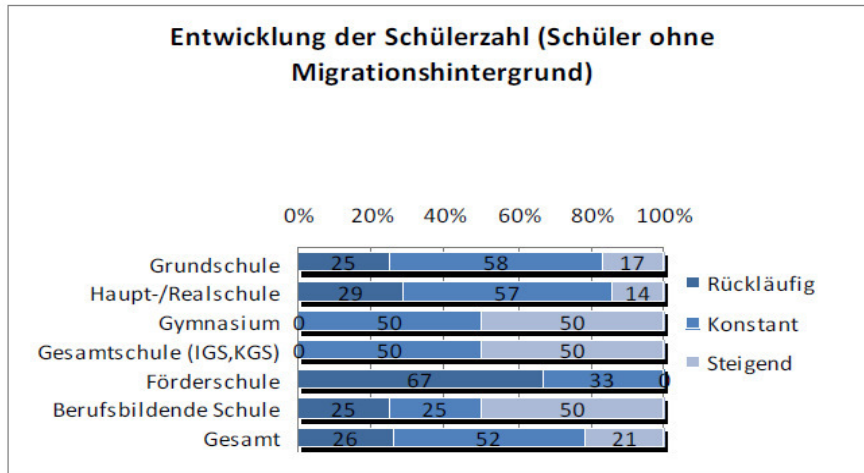
tätigen Lehrkräfte betrachtet werden, die fehlende Unterstützung zu kompensieren. Der Grad der dort vorhandenen interkulturellen Kompetenz dürfte hierbei von entscheidender Bedeutung für die Frage sein, ob den Kindern, die aus Familien mit Migrationshintergrund stammen Chancengleichheit gewährt wird, oder ob sich die bekannten Befunde zur Korrelation von Sprachkompetenz bzw. sozioökonomischem Status und niedriger Schuleinstufung für diese Kinder ungeachtet ihrer Fähigkeiten und Begabungen als selbsterfüllende Prophezeiung erweisen.

4.3.4 Entwicklung der Schülerzahlen an den Schulen

Im Rahmen der Befragung wurde die Entwicklung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren erhoben. Bei den Antwortmöglichkeiten wurde zwischen „rückläufig“, „konstant“ und „steigend“ differenziert. Die Befragung über die Entwicklung der Anzahl der Schüler/innen ohne Migrationshintergrund ergab folgendes Bild: Der Schwerpunkt der Antworten liegt in der Kategorie „konstant“, in die sich 52,4 % (22) der befragten Schulen einordneten. Eine rückläufige Schülerzahl an ihren Schulen gaben 26,2 % (11) der Schulen an und 21,4 % (9) der Schulen beschrieben ihre Schülerzahl als „steigend“. In der Kategorie „konstant“ stellen die Grundschulen mit 58,3 % (14) die größte Gruppe dar, gefolgt von den Haupt- und Realschulen mit 57,1% (4). In der Kategorie „rückläufig“ sind die Förderschulen mit 66,7 % (2) der befragten Förderschulen die größte Gruppe und die Haupt- und Realschulen folgen ihnen mit einem relativ großen Abstand mit 28,6 % (2). Die verbleibende Kategorie „steigend“ wird von den Gymnasien, den Gesamtschulen und den Berufsbildenden Schulen mit jeweils 50 % bestimmt, was einem Gymnasium, einer Gesamtschule und zwei Berufsbildenden Schulen entspricht.

Somit lässt sich bei der Entwicklung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund schwerpunktmäßig eine konstante Entwicklung feststellen. Auch die Entwicklung der Schülerzahlen an den Grundschulen lässt für die nahe Zukunft eine stabile Entwicklung der Schülerzahlen von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen erwarten.

Abbildung 28: Entwicklung der Schülerzahl (Schüler ohne Migrationshintergrund)



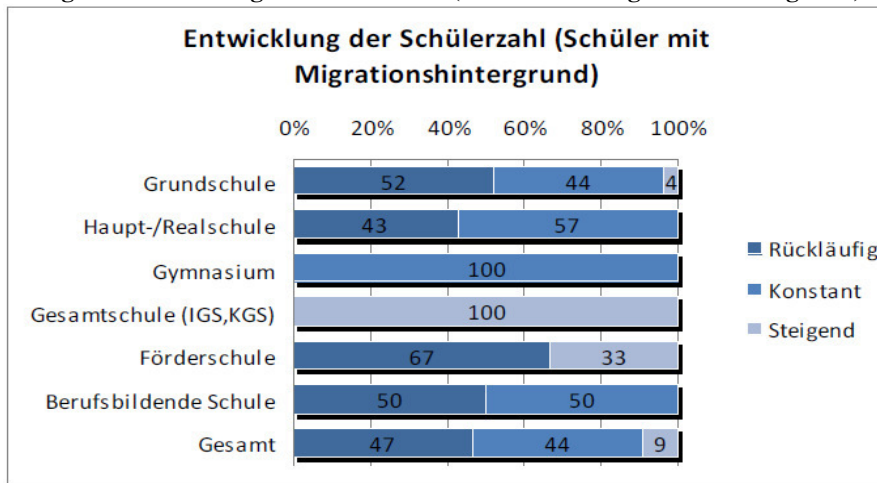
Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Eine Betrachtung der Entwicklung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ergibt stellenweise ein ähnliches Bild wie in der vorangegangenen Darstellung. Hierbei bestimmt jedoch eine rückläufige Entwicklung die Antworten der befragten Schulen. 46,5 % (20) der befragten Schulen gaben an, dass sich die Schülerzahl von Schülern mit Migrationshintergrund in den fünf Jahren rückläufig entwickelt hat. Eine konstante Entwicklung der Schülerzahlen gaben 44,2 % (19) an und lediglich 9,3 % (4) meldeten steigende Schülerzahlen.

In der Kategorie „rückläufig“ stellen die Förderschulen mit 66,7 % (2) der befragten Förderschulen die größte Gruppe dar, gefolgt von den Grundschulen mit 52 % (13) der befragten Grundschulen. Die Kategorie „konstant“ wird von den Gymnasien mit 100 % (2) der befragten Gymnasien bestimmt. Die Haupt- und Realschulen folgen ihnen mit 57,1 % (4). Die Gesamtschulen schließlich stellen mit 100 % (2) die Gruppe mit dem größten Anteil in der Kategorie „steigend“.

Wie bereits in der Darstellung zu der Entwicklung der Schülerzahlen von Schülern ohne Migrationshintergrund lässt sich hier eine Tendenz zu einer konstanten bis rückläufigen Entwicklung der Schülerzahlen von Schülern mit Migrationshintergrund feststellen.

Abbildung 29: Entwicklung der Schülerzahl (Schüler mit Migrationshintergrund)



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.5 Integrationsförderung an den Schulen

Nachdem der vorhergehende Teil dieses Teilabschnitts des Integrationsberichts der numerischen Entwicklung der Migrantenanteile in den KiTas und Schulen des Landkreises Göttingen gewidmet war, soll im Folgenden nun darauf eingegangen werden, welche Programme es derzeit bereits zu Integration und Förderung dieser gibt und an welchen Stellen noch Förderungsbedarf besteht.

4.3.5.1 Integrationsfördernde Programme

Eine direkte Förderung der Integration an den Schulen ist vergleichsweise gering ausgeprägt. Insgesamt gaben 67,3% (37) der befragten Schulen an, keinerlei Integrationsprogramme an ihrer Schule anzubieten. Den größten Anteil nahmen hierbei die Grundschulen mit 73,5% (25) ein. Ihnen folgen die Haupt und Realschulen mit einem Anteil von 71,4% (5).

Mit 75% (3) der befragten Förderschulen stellen diese die größte Gruppe dar, die integrationsfördernde Programme anbietet. Insgesamt gaben lediglich 32,7% (18) der befragten Schulen an, integrationsfördernde Programme an den Schulen anzubieten.

Es wird ersichtlich, dass integrationsfördernde Programme am häufigsten an Förderschulen und Gymnasien angeboten werden. Die Berufsbildenden Schulen, als die Schulform mit dem größten

Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, liegen mit 40% (2) der befragten Schulen im Mittelfeld.

4.3.5.2 Ausgestaltung der integrationsfördernden Programme

Weiterhin wurden die Schulen, die über integrationsfördernde Programme verfügten, über ihre genaue Ausgestaltung befragt. Die Antworten konzentrierten sich auf die Maßnahmen Sport, Musik und Kunst, interkulturelles Training, die Einrichtung einer Ganztagschule sowie sonstige Maßnahmen. 75 % (12) der Schulen gaben an, mithilfe sonstiger Maßnahmen die Integration der Schüler/innen mit Migrationshintergrund zu fördern. Hier findet sich ein Großteil der befragten Schulen, die über derartige Programme verfügen, wieder. Beide Haupt- und Realschulen und das Gymnasien, beide Förderschulen und Berufsbildenden Schulen sowie 62,5% (5) der Grundschulen sind hier präsent. Weitere oft genutzte Maßnahmen zur Förderung der Integration sind sportliche Aktivitäten und die Kooperation mit Sportvereinen und -schulen. 37,5 % (6) der befragten Schulen ordneten sich dieser Maßnahme zu. Den größten Anteil in dieser Gruppe stellen die Integrierten Gesamtschulen mit 100% der befragten Einrichtungen dar, gefolgt von 50% (4) der Grundschulen und einer Berufsbildenden Schule.

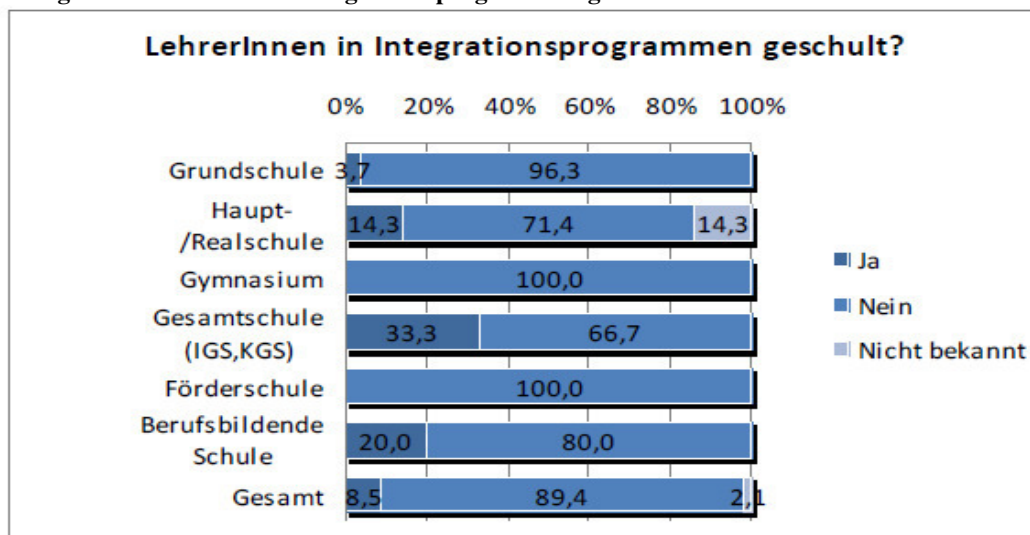
Die Maßnahme Musik und Kunst wird von 25 % (4) und interkulturelles Training von 12,5 % (2) der Schulen, die integrationsfördernde Programme anbieten, als integrationsförderndes Instrument angewendet. In der Kategorie „Musik und Kunst“ finden sich eine Haupt- und Realschule und 37,5% (3) der Grundschulen und in der Kategorie „interkulturelles Training“ finden sich jeweils eine Berufsbildende Schule sowie eine Grundschule. Die Einrichtung einer Ganztagschule geben zwei befragte Schulen als integrationsfördernde Maßnahme an. Hierbei muss beachtet werden, dass die Ganztagschule in den Gesamtschulen obligatorisch ist. An diesen Maßnahmen wäre zu bemängeln, dass sie nicht als ausreichende Integrationsmaßnahmen angesehen werden können, da diese keine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Problemen der Kinder mit Migrationshintergrund ermöglichen und diese somit nicht beheben können.

4.3.5.3 Schulungen der Lehrer/innen in Integrationsprogrammen

Die Ausbildung von Lehrkräften für den Umgang mit einer zunehmenden kulturell durchmischten Schülerschaft stellt eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund dar. Auf die Frage, ob die befragten Schulen ihre Lehrkräfte im Rahmen von Integrationsprogrammen schulen, bejahten lediglich 8,5% (4) dies, eine Gesamtschule, eine Förderschule, eine Haupt- und Realschule und eine Grundschule. Die in dieser Kategorie nicht auftauchenden Gymnasien und Förderschulen stellen die größte Gruppe der Schulen dar, die keinerlei Schulungen für ihre Lehrkräfte in integrations-spezifischen Themen anbieten. Die beiden befragten Gymnasien und die Förderschulen bieten keine Schulungen für die Lehrkräfte in Integrationsprogrammen an. In dieser Kategorie finden sich zudem die Grundschulen mit 96,3 % (26), die Berufsbildenden Schulen mit 80% (4), die Haupt- und Realschulen mit 71,4% (5) und zwei Gesamtschulen. Ferner konnte eine der befragten Haupt- und Realschulen keine Aussage über integrations-spezifische Schulungen der Lehrkräfte machen. Insgesamt verneinten 84,4% (42) der befragten Schulen diese Frage.

Hierbei sind die geringen Schulungen der Lehrer/innen in Integrationsprogrammen hervorzuheben, wenn man ebenfalls davon ausgeht, dass auch eine geringe Anzahl an Lehrern mit Migrationshintergrund an den Schulen des Landkreises vorherrscht. Die Schulen sind über integrationsfördernde Programme für Lehrer/innen informiert, nutzen diese aber sehr selten.

Abbildung 30: Lehrer/innen in Integrationsprogrammen geschult?



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

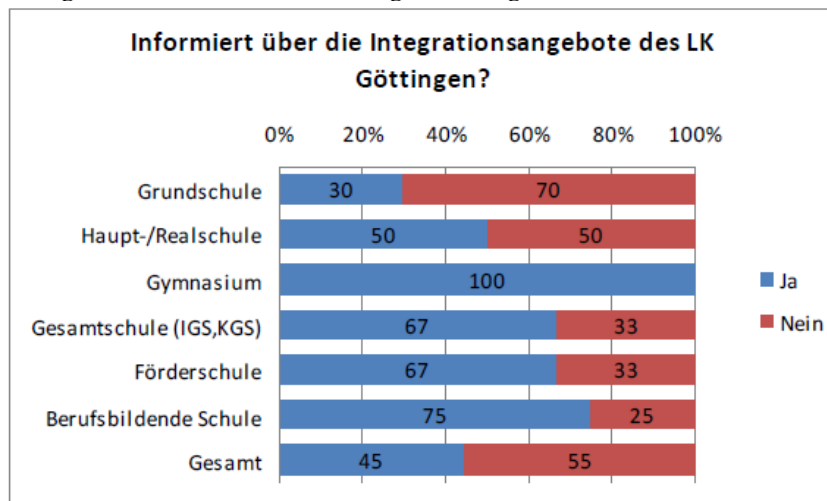
Eine detaillierte Auskunft über integrationspezifische Schulungen der Lehrkräfte gaben vier Schulen. Diese waren die Carl-Friedrich-Gauß Schule, die BBS Ritterplan, die IGS Bovenden und die Heinrich-Grupe-Schule in Rosdorf. Die Carl-Friedrich-Gauß Schule gab die Teilnahme an Fortbildungsangeboten des Niedersächsischen Kultusministeriums, NiLS (*Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung*) und der Landesschulbehörde an. Zudem sollen Willkommenskurse, die Schulung in der interkulturellen Didaktik an der Universität Göttingen sowie hausinterne Fortbildungen die Lehrer beim Umgang mit interkulturellen Aspekten ihrer Arbeit unterstützen. Die BBS Ritterplan bietet ein interkulturelles Kompetenztraining durch „FairBleib“ im Berufsvorbereitungsjahr an. Die IGS Bovenden und die Heinrich-Grupe-Schule haben ihre Lehrkräfte in Kooperation mit den Integrationsbeauftragten des Landkreis Göttingen integrationspezifisch weitergebildet und die Heinrich-Grupe-Schule gibt ergänzend dazu ein interkulturelles Training in Kooperation mit dem Gustav-Stresemann-Institut an.

4.3.5.4 Informiert über die Integrationsangebote des Landkreises Göttingen?

Inwiefern die Schulen über die Integrationsangebote des Landkreises Göttingen informiert sind, wurde in der folgenden Frage erhoben. Hier liegt der Schwerpunkt auf einer Verneinung der Frage. So gaben 55,3 % (26) der Schulen an, nicht über die Angebote des Landkreises informiert zu sein. Die größte Gruppe in dieser Kategorie stellen die Grundschulen mit 70,4 % (19) der befragten Grundschulen dar. Dieser folgten die Haupt- und Realschulen mit 50 % (4) der befragten Schulen dieser Schulform, sowie eine Gesamtschule und eine Förderschule. Die Berufsbildenden Schulen sind der Erhebung zufolge am besten über die Integrationsangebote informiert. Lediglich eine der befragten Berufsbildenden Schulen verneinte die Frage. Zugleich stellen sie, zusammen mit den Gymnasien, die größte Gruppe der Schulen dar, die Kenntnisse über die Integrationsangebote des Landkreises Göttingen hatten. Beide Gymnasien und 75 % (3) der Berufsbildenden Schulen finden sich hier wieder. Es folgen zwei Gesamt- und Förderschulen, die Haupt- und Realschulen mit 50 % (4) und die Grundschulen mit 29,6 % (8).

Somit lässt sich festhalten, dass die befragten Grundschulen kaum und die befragten Berufsbildenden Schulen und Gymnasien zum Zeitpunkt der Erhebung sehr umfangreich über die Integrationsmaßnahmen des Landkreis Göttingen informiert waren.

Abbildung 31: Informiert über die Integrationsangebote des Landkreises Göttingen?



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

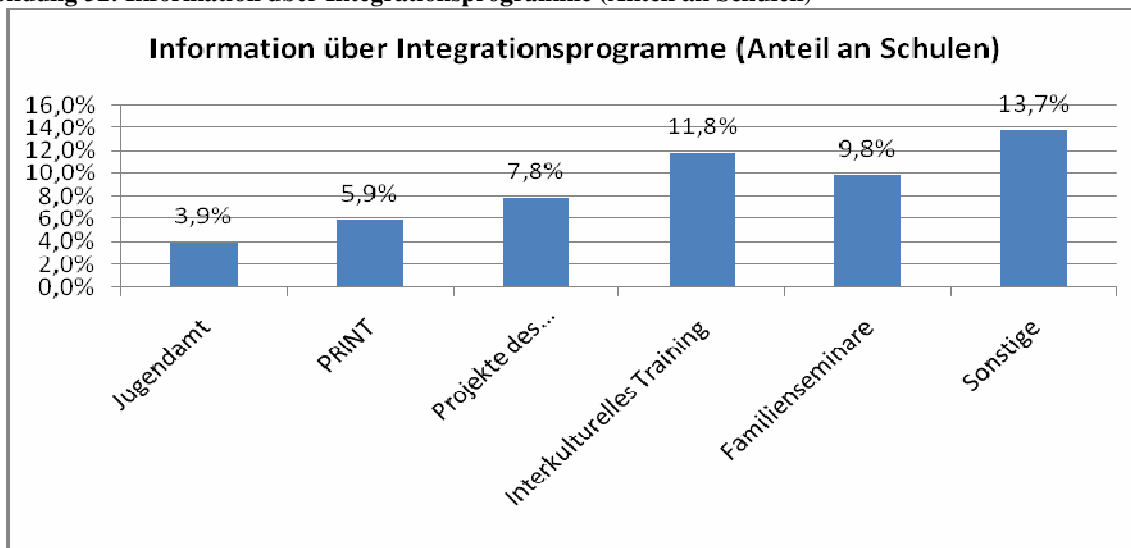
4.3.5.5 Welche Integrationsangebote sind bekannt?

Im Folgenden haben die Schulen Auskunft darüber gegeben, welche Integrationsangebote des Landkreises ihnen genau bekannt sind. Die Ergebnisse beziehen sich nicht nur auf die Schulen, denen die Integrationsangebote des Landkreis Göttingen bekannt waren, sondern auf alle, an der Umfrage beteiligten, Schulen. Dies führt dazu, dass die prozentualen Anteile bei den einzelnen Angeboten relativ gering ausfallen. Die meisten Schulen gaben sonstige Integrationsangebote als bekannt an, die sie nicht weiter konkretisierten. 13,7% (7) aller befragten Schulen ordneten sich dieser Kategorie zu. In dieser Kategorie sind die beiden Gymnasien zu finden, sowie eine Berufsbildende Schule, eine Förderschule und drei Grundschulen. Der Kategorie „sonstige Maßnahmen“ folgt das interkulturelle Training. 11,8% (6) der befragten Schulen war dieses Integrationsangebot des Landkreises Göttingen bekannt. Lediglich eins der beiden Gymnasien, vier Grundschulen und eine Haupt- und Realschule gaben an, Kenntnis über dieses Angebot zu haben. Die Familienseminare und Projekte des Integrationsbeauftragten des Landkreises wurden als weitere bekannte Integrationsangebote von den befragten Schulen genannt. 9,8% (5) der befragten Schulen äußerten Kenntnisse über das Bestehen der Familienseminare und 7,8% (4) waren die Projekte des Integrationsbeauftragten des Landkreises bekannt. Beiden befragten Gymnasien waren die Familienseminare und einem der beiden die Projekte des Integrationsbeauftragten bekannt. In der Kategorie Familienseminare sind die Grundschulen mit 6,9% (2) der

befragten Grundschulen am schwächsten vertreten. Neben den Gymnasien und den Grundschulen finden sich in dieser Kategorie lediglich noch eine Haupt- und Realschule. In der Kategorie „Projekte des Integrationsbeauftragten“ sind jeweils eine Haupt- und Realschule, eine Gesamtschule und eine Berufsbildende Schule vertreten.

Kaum bekannt waren den befragten Schulen die Integrationsangebote des Jugendamtes. Lediglich 3,9% (2) der Schulen gaben an, diese zu kennen, ein Gymnasium und eine Grundschule. Knapp vor den Angeboten des Jugendamtes findet sich das PRINT-Programm. Dieses Programm war 5,9% (3) der befragten Schulen ein Begriff, einem Gymnasium und einer Gesamt- und Förderschule.

Abbildung 32: Information über Integrationsprogramme (Anteil an Schulen)



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Im weiteren Verlauf wurden 51 Schulen nach externen Kooperationspartnern befragt. Davon gaben 32 Schulen an, über eine derartige Zusammenarbeit zu verfügen, was einem Anteil von 63% entspricht. Die Basis für die folgende prozentuale Darstellung stellt die Anzahl der Schulen dar, die mindestens einen Kooperationspartner bei der Befragung angaben.

Die intensivste Kooperation der Schulen lässt sich mit dem Jugendamt bzw. der Jugendhilfe feststellen. 59,4% (19) der befragten Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner kooperierten zum Zeitpunkt der Befragung mit den entsprechenden Stellen, darunter beide Gymnasien und alle drei Förderschulen, die über Kooperationspartner verfügen. Außerdem trifft

dies für fünf Haupt- und Realschulen, eine Gesamtschule, zwei Berufsbildende Schulen und sieben Grundschulen zu.

Dem Jugendamt und der Jugendhilfe folgt die AWO als externe Kooperationsstelle der Schulen. 28,1% (9) der Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner gaben an, mit der AWO zu kooperieren. Die größte Gruppe in dieser Kategorie sind die Haupt- und Realschulen mit 42,9% (3) der jeweiligen Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner, gefolgt von den Grundschulen mit 33,3% (5) und einer Berufsbildenden Schule.

Die Polizei ist der Kooperationspartner mit der häufigsten Besetzung nach dem Jugendamt/Jugendhilfe und der AWO. Von den sechs Schulformen kooperierten fünf mit der Polizei. Insgesamt ordneten sich 25% (8) der befragten Schulen dieser Kategorie zu. Beide Gymnasien, drei Haupt- und Realschulen, eine Förderschule, eine Berufsbildende Schule und zwei Grundschulen sind hier zu finden.

Nach der Polizei ist die Psychologische Beratung²¹ ein weiterer oft genutzter Kooperationspartner. Insgesamt gaben 25% (8) der Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner an, mit den entsprechenden Stellen zu kooperieren. Die Differenzierung der Antworten anhand der Schulformen ergibt dabei folgendes Bild: Jeweils 33,3% der Grund- und Förderschulen finden sich in dieser Kategorie, was fünf Grundschulen und einer Förderschule entspricht, wieder sowie eine Berufsbildende Schule und eine Haupt- und Realschule. Die Beratungseinrichtungen PACE und konTur sind weitere Kooperationsstellen, die die befragten Schulen angaben. Beide Einrichtungen bzw. Maßnahmen unterstützen Jugendliche bei dem Übergang von der Schule in den Beruf, wobei konTur sich auf Jugendliche zwischen 15-17 Jahren und PACE zwischen 14-27 Jahren konzentriert. Von den befragten Schulen mit mindestens einer externen Kooperationsstelle gaben 18,8% (6) an, mit dem PACE-Programm zu kooperieren, eine Gesamtschule, zwei Berufsbildende Schulen, sowie drei der befragten Haupt- und Realschulen. 12,5% der Schulen kooperieren mit KonTur, wobei diese Kooperation eine ähnliche Verteilung aufweist. Jeweils eine Gesamtschule zwei Berufsbildende Schulen, sowie eine Haupt- und Realschule finden sich hier wieder.

²¹ Es kann vermutet werden, dass mit der Angabe „*Psychologische Beratung*“ höchstwahrscheinlich die örtlichen Beratungsstellen der karitativen Organisation „für Kinder, Jugendliche und Eltern (*Erziehungsberatung*)“ gemeint ist.

Das untere Spektrum der Verteilung bilden die Caritas mit 6,3% (2) und das „FairBleib“-Programm sowie die Arbeitsagenturen mit jeweils 3,1% (1) der befragten Schulen mit mindestens einer externen Kooperationsstelle. Mit der Caritas kooperieren eine Berufsbildende Schule sowie eine Grundschule. In beiden letztgenannten Kategorien ist jeweils eine Berufsbildende Schule vertreten.

4.3.5.6 Konkrete Kooperationsbereiche

Im Anschluss wurden die Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner nach konkreten Kooperationsbereichen befragt. Ein Großteil der befragten Schulen kooperierte in den Bereichen Sport/Kunst mit externen Stellen. In dieser Kategorie finden sich 57% (17) der befragten Schulen wieder. Nach Schulformen differenziert ergibt sich folgendes Bild: Die Grundschulen sind hier mit 69% (11) der befragten Grundschulen am stärksten vertreten, gefolgt von den Haupt- und Realschulen mit 50% (3), einer Gesamt- und Förderschule und einer Berufsbildenden Schule. Das Jugendamt wurde von den Schulen als weiterer Kooperationsbereich angegeben. 47% (14) der Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner arbeiteten konkret mit dem Jugendamt zusammen. Vier der fünf Schulformen ordneten sich hier zu, eins der beiden befragten Gymnasien, die Grundschulen mit 62,5% (10), jeweils eine Gesamt- und Förderschule und zuletzt eine der Haupt- und Realschulen. Die Kooperation beim Übergang von Schule in den Beruf sowie sonstige Kooperationsbereiche, die nicht weiter konkretisiert wurden, wurden ebenfalls von den befragten Schulen genannt. In der Kategorie „sonstige Kooperationsbereiche“ findet sich eine Gesamtschule, eine Berufsbildende Schule, vier Grundschulen und eine Haupt- und Realschule. Der Kooperationsbereich „Übergang Schule/ Beruf“ wird von zwei Berufsbildenden Schulen, drei Haupt- und Realschulen sowie einer Förderschule besetzt.

Schließlich weisen die befragten Schulen die geringsten Kooperationsbereiche mit dem Präventionsrat auf. Lediglich 6,7% (2) der befragten Schulen mit mindestens einem Kooperationspartner arbeiten mit dem Präventionsrat in konkreten Bereichen zusammen. In diese Kategorie haben sich ausschließlich eine Berufsbildend Schule und eine Haupt- und Realschule eingeordnet.

In der Auswertung der Projekte des Landkreises wurde deutlich, dass besonders die Maßnahme „Starke Kinder machen starke Hausaufgaben“ gut bei den Schulen und auch den Kindern angenommen wurde.

Das Projekt umfasste jeweils zwei Stunden Hausaufgabenbetreuung für Kinder verschiedener Altersstufen. Die Kinder aus den Gruppen kamen aus den unterschiedlichsten Beweggründen zu dem Angebot. Während ein Teil explizit von den Lehrerinnen und Lehrern aufgrund von Schwierigkeiten bei der alleinigen Bewältigung der Hausaufgaben zur Betreuung geschickt wurde, kam ein kleiner Teil auch freiwillig zum Projekt. Während manche Eltern keine Zeit hatten, um die Kinder selber bei den Hausaufgaben zu betreuen, verfügten wiederum andere, laut Aussagen der Kinder, nicht über die nötigen Kenntnisse, um sie zu unterstützen.

Das Projekt „Starke Kinder machen starke Hausaufgaben“, bietet den Kindern neben Hilfestellungen bei Mathe- und Deutsch-Hausaufgaben auch die Möglichkeit, in einer ruhigen Umgebung, individuell betreut, Selbstsicherheit zu sammeln, um danach gestärkt in den Schulalltag zu gehen.

Laut Aussagen einer Hausaufgabenbetreuerin haben die Kinder oft schon in jungen Jahren Selbstzweifel oder halten sich für „dumm“, da sie aufgrund ihrer mangelnden Sprachkenntnisse nicht mit den anderen Kindern im Unterricht mithalten können. Allein diese zwei Stunden Unterstützung in der Woche können den Kindern Ängste und Unsicherheiten nehmen und ihnen zeigen, dass sie eben so gute Leistungen bringen können wie die anderen Kinder.

4.3.6 Beteiligung der Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund

Dass Eltern eine zentrale Vorbildfunktion für ihre Kinder übernehmen ist weithin bekannt. Auch in Bezug auf die Integration der Kinder und Jugendlichen im Landkreis kommt den Eltern dieser eine wichtige Rolle zu. Daher ist es auch hier wichtig, zunächst den Ist-Zustand darzulegen.

4.3.6.1 Elternabendbesuche

Bei dieser Befragung sollte herausgefunden werden, in welchem Maße sich die Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund an den Elternabenden beteiligen. Die Skala wurde nach der Häufigkeit der Besuche aufgeteilt, angefangen bei „immer“ bis hin zu „sehr selten“. 12,2% (5) der befragten Schulen gaben an, dass Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund immer an

den Elternabenden teilnehmen würden. Hier stellen die Grundschulen die größte Gruppe mit 23,8 % (5) der befragten Grundschulen dar. Immerhin auch 28,6% (6) der Grundschulen gaben die Elternabendbesuche der Eltern jener Kinder mit Migrationshintergrund als häufig an. 14,3% (3) der Grundschulen gaben an, die Eltern würden sehr häufig anwesend sein. Damit ist die Beteiligung der Eltern bei den Grundschulen eher hoch, 14 von insgesamt 21 Grundschulen haben damit eine Teilnahme der Eltern zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen 19% (4) der befragten Grundschulen, welche die Elternabendbesuche der Eltern als selten und 4,8 % (1) sogar als sehr selten angeben. 9,5 % (2) geben eine mittlere Teilnahme an.

Die beiden befragten Gymnasien schätzen die Elternabendbesuche der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund als sehr häufig ein. Hier kann also festgehalten werden, dass 66,7% (14) der Grundschulen eine häufige bis permanente und die Gymnasien eine sehr häufige Teilnahme der Eltern verzeichnen und damit die größte Elternbeteiligung unter allen befragten Schulformen aufweisen.

Die Berufsbildenden Schulen bilden den Gegensatz zu Grundschulen und Gymnasien, die Beteiligung an Elternabenden ist hier von allen Schulformen am geringsten. Von den befragten Berufsbildenden Schulen gaben 40 % (2) an, die Eltern würden selten und 20% (1) sehr selten an den Elternabenden teilnehmen. Hier ist anzumerken, dass viele Schüler bereits volljährig sind und somit die Eltern nicht mehr zu den Sprechzeiten in der Schule eingeladen werden.

Die Haupt- und Realschulen zeigen ein eher durchwachsendes Bild der Beteiligung. Drei von sieben Schulen geben häufige Elternabendbesuche, eine Schule sehr häufige Beteiligung am Elternabend an. Aber auch zwei der Haupt- und Realschulen geben die Elternabendbesuche der Eltern als selten an, was immerhin zwei von sieben Schulen entspricht. Eine gab sehr seltene Elternabendbesuche an.

Die Gesamtschulen (IGS, KGS) wie auch die Förderschulen geben zu jeweils einem Anteil von 33,3% einen häufigen Besuch der Eltern auf den Elternabenden an. Zwei Gesamtschulen (IGS, KGS) meldeten eine seltene Beteiligung. Bei den Förderschulen lässt sich eine vergleichsweise geringere Beteiligung feststellen. Jeweils eine der befragten Förderschulen verzeichnet eine seltene bzw. sehr seltene Teilnahme. Hier lässt sich anhand der Angaben erschließen, dass die Daten eher heterogen sind, der Trend ist aber ersichtlich, dass die Eltern mit zunehmendem Alter

der Schüler tendenziell weniger Anteil an den Elternabenden haben. Dies lässt sich gerade bei der Gegenüberstellung der Daten von Grundschulen und Berufsbildenden Schulen deutlich erkennen. Einschränkend muss darauf hingewiesen werden, dass anhand der vorhandenen Daten keine Aussagen darüber gemacht werden können, wie hoch der Anteil der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund, die an den Elternabenden teilnehmen im Verhältnis zur Gesamtheit der Eltern mit Migrationshintergrund an den einzelnen Schulen ist, da in der Erhebung diesbezüglich keine exakten Zahlen abgefragt wurden.

Die Nicht-Teilnahme der Eltern mit Migrationshintergrund an den Elternabenden kann zum einen aus sprachlichen Defiziten resultieren, aber auch aus Desinteresse gegenüber der Bildungseinrichtung.



Quelle: Integrationsworkshop für Einwohner, Landkreis Göttingen 2011. LEIP-PATE

Auch in den verschiedenen Workshops fand das Thema Partizipation der Eltern im schulischen Bereich, Raum. Betont wurde von den Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmern, dass die Eltern mit Migrationshintergrund im Landkreis häufig über wenig Wissen hinsichtlich des deutschen Bildungssystems verfügen. Somit wird die Wahl einer optimalen Schulform, oder auch passender

Fördermöglichkeiten zu einer Herausforderung. Auch belasten der Meinung der Teilnehmer/innen nach andere Probleme sozial schwache Familien zusätzlich und erschweren den Kindern somit den Einstieg in das Schulleben. Auch die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung haben in den Workshops darüber diskutiert, dass die Kinder nicht erreicht werden können, wenn die Eltern die Zusammenarbeit verweigern. Die Zugänge werden aber benötigt, da Unterstützung der Kinder der ganzen Familie zur Gute kommt.

Das Problem der mangelnden Partizipation der Eltern mit Migrationshintergrund wurde auch von den Expertinnen und Experten, in den im Auftrag des Landkreises durchgeführten Befragungen, als eine mögliche Ursache für den geringen Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund in Betracht gezogen.

Eine der Befragten erläutert, dass die Eltern zu wenig Wert auf die Ausbildung ihrer Kinder legen würden. An Stellen, wo sie die Kinder eventuell noch selber unterstützen könnten, z. B. bei den

Hausaufgaben gäben sie die Verantwortung zu schnell an die Institutionen ab. Auch Elternsprechtag und Elternabenden in den Schulen würden oft nicht wahrgenommen werden. Das Interesse der Eltern an der schulischen Bildung ihrer Kinder müsste oftmals erst geweckt werden. Nach Meinung des Experten könnte mehr Engagement der Eltern eine Motivationshilfe für die Kinder sein. Diese sähen dann, dass den Eltern die Schule wichtig ist, was dann auch das Verhältnis der Kinder zur Schule positiv bestärken würde. Die Schule soll Lebensraum für die Kinder sein und nicht nur wie eine lästige Angelegenheit behandelt werden.

Auch in den Interviews mit den Migrantinnen und Migranten wurde erwähnt, dass häufig die Kommunikation zwischen Schule und Eltern problematisch sei. So habe eine befragte Mutter beispielsweise nicht von der Schule mitgeteilt bekommen, dass Ihr Sohn häufig im Unterricht fehle und deshalb die Schule mit einem schlechten Abschluss verließ. Anhand ihrer Aussage wird deutlich, dass sie sich für ihren Sohn einen besseren Schulabschluss erhofft hatte und Interesse an einer guten Bildung für ihre Kinder hat.

Um die Beteiligung der Eltern am schulischen Leben zu erweitern und die Kommunikation zwischen Schule und Eltern zu verbessern wurden in den Workshops Ideen diskutiert, die den Eltern ein besseres Wissen über das Bildungssystem vermitteln können. Zum Beispiel wurde über die Einführung von verpflichtenden Elternabenden gesprochen. Damit sollen die Eltern für die Notwendigkeit ihrer Mitwirkung in der Schule sensibilisiert werden.

Neben den entwickelten Ideen bewerteten die Workshopteilnehmer/innen auch schon vorhandene Projekte als positiv, wie zum Beispiel das seit 2010 laufende Projekt „Elternlotsen“.

In diesem Projekt wurden in einer ersten Phase Elternlotsen mit Migrationshintergrund für ihre künftigen Aufgaben qualifiziert. Die Ausbildung dauerte sechs Monate und wurde vom Integrationsbeauftragten des Kreises, Isa Sandiraz, durchgeführt.

In der nachfolgenden zweiten Stufe werden die ausgebildeten Elternlotsen ehrenamtlich als Vermittler und als Vorbilder zwischen Bildungseinrichtungen und Familien mit Migrationshintergrund eingesetzt. Sie sollen Familien mit Migrationshintergrund vor allem bei der Orientierung in einer für sie fremden Umgebung betreuen und diese vorrangig bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen oder gesellschaftlichen Integration unterstützen. Andererseits können die Elternlotsen

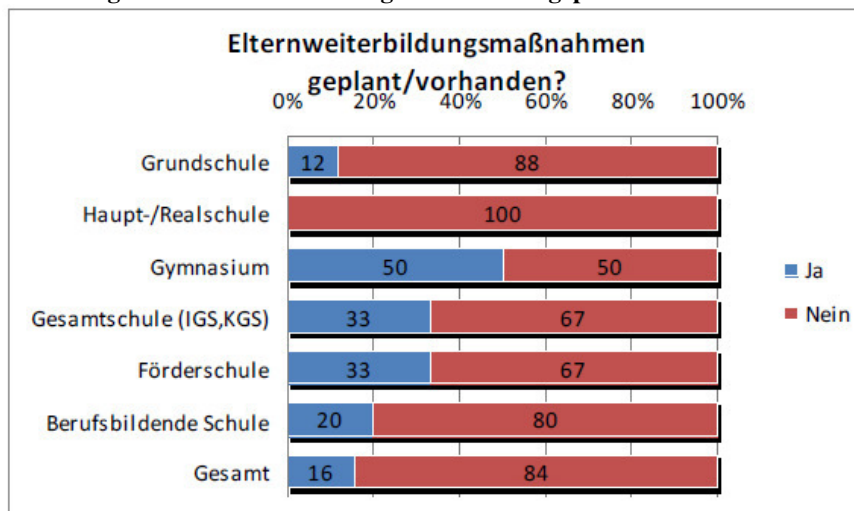
den Schulen wichtige Impulse und Anregungen geben, um sich stärker als bisher den Belangen der zugewanderten Eltern zu öffnen. Insbesondere können Elternlotsen mit eigenen Migrationserfahrungen dazu beitragen, Familien über Erziehungs- und Bildungswege zu informieren und andere Eltern motivieren, sich aktiv für die Bildungsbelange ihrer Kinder zu engagieren.

4.3.6.2 Angebotene Elternweiterbildungsmaßnahmen

Insgesamt bieten sieben von 45 Schulen Elternweiterbildungsmaßnahmen an, was einen Anteil von 15,6% der befragten Schulen entspricht. In diese Kategorie fallen eins der beiden Gymnasien, jeweils eine Gesamt- und Förderschule, eine Berufsbildende Schule und drei Grundschulen.

Der Großteil der befragten Schulen verneinte Elternweiterbildungsmaßnahmen. Insgesamt 84,4% (38) der befragten Schulen bieten laut eigener Aussage keine Elternweiterbildungsmaßnahmen an. Hier finden sich 100% (7) der befragten Haupt- und Realschulen, 88% (22) der Grundschulen, 80% (4) der Berufsbildenden Schulen, jeweils 66,7% (2) der Gesamt- und Förderschulen eins der beiden Gymnasien.

Abbildung 33: Elternweiterbildungsmaßnahmen geplant/vorhanden?



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.6.3 Art der Elternweiterbildungsmaßnahmen

Die Schulen gaben hier genauere Auskunft über Form und Angebot der Weiterbildungsmaßnahmen für Eltern. Das Eichsfeld-Gymnasium in Duderstadt gab eine Vortragsreihe an,

ebenso wurde ein Themenabend für Eltern von einer Schule (keine Angabe des Namens) angeboten. Die Schule im Auefeld hat im Bereich der Hauswirtschaft mit dem Thema Kochen eine Maßnahme durchgeführt. Die IGS Bovenden nahm ein Angebot des hiesigen Integrationsbeauftragten in Anspruch, ebenso soll mittelfristig das Rucksackmodell von der RAA für Mütter an der Heinrich-Grube-Schule eingeführt werden. Die BBS Münden bietet einen Informationsabend bzw. eine Fortbildung für den Schulleiternrat an. Bei den Weiterbildungsmaßnahmen ist bis auf beim Rucksackprojekt jedoch nicht ersichtlich, ob es sich um kurzfristige Angebote für Eltern handelt oder ob sie mittel- bis langfristig in das Schulangebot eingegliedert werden sollen. Bei einigen Maßnahmen, wie Themenabende oder Vorträge, scheint es sich um kurzfristige Maßnahmen zu handeln. Dies wird jedoch aus der Beschreibung der Schulen nicht deutlich.

4.3.7 Nachmittagsbetreuung der Schulen

Die Nachmittagsbetreuung kann als integrationsfördernde Maßnahmen gesehen werden, da sich die Kinder mit Migrationshintergrund auch nach der Schule in einer heterogenen Gruppe befinden und somit einer Segregation in die unterschiedlichen sozialen Milieus vorgebeugt wird.

Optimale Hausaufgabenbetreuung und der freizeitleiche Kontakt mit Kindern, deren Muttersprache deutsch ist, können positiven Einfluss auf eine erfolgreiche Integration auf schulischer, aber auch auf sozialer Ebene fördern.

4.3.7.1 Angebot der Nachmittagsbetreuung an Schulen

Die Frage nach einer Nachmittagsbetreuung für Schüler wurde von insgesamt 47 Schulen beantwortet. Demnach gaben 25 Schulen und damit 53,2% an, eine Nachmittagsbetreuung eingerichtet zu haben. Hierbei stellen die Gesamtschulen mit 100 % (3) der entsprechenden Schulen den größten Anteil in der Gruppe dar. Darauf folgen die Grundschulen mit 59,3% (16) und die Haupt- und Realschulen mit 57,1 % (4). Zudem bieten eins der beiden befragten Gymnasien und eine der Förderschulen eine Betreuung für Schüler am Nachmittag an.

Lediglich die Berufsbildenden Schulen verfügen über keine Nachmittagsbetreuung für ihre Schüler, was sich allerdings auch auf das Alter der Schüler zurückführen lassen kann. Diese sind in der Regel volljährig und somit ist die Notwendigkeit einer Nachmittagsbetreuung nicht gegeben.

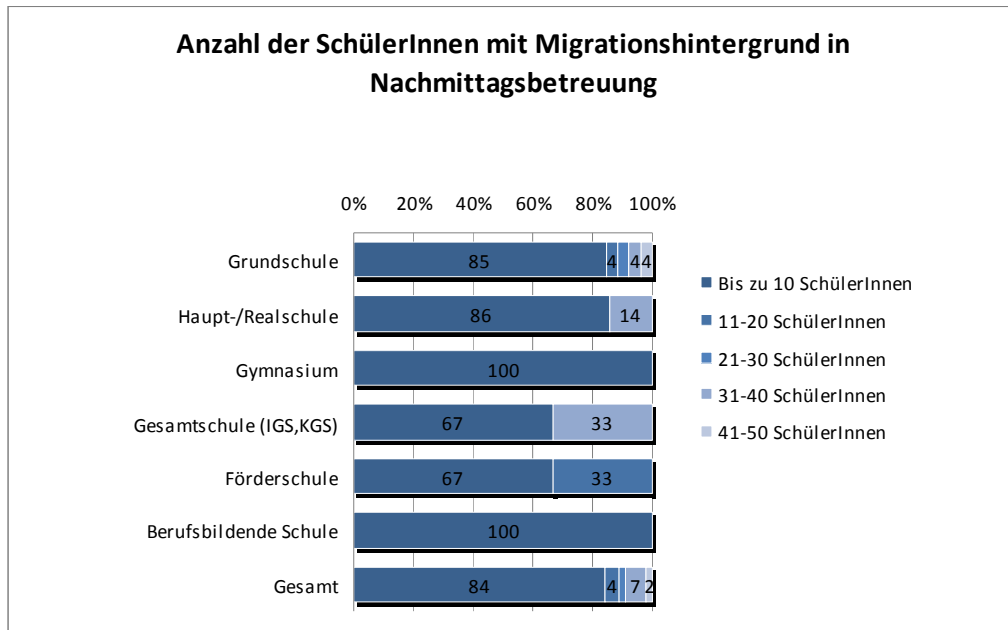
Damit stellen die Berufsbildenden Schulen keinerlei Nachmittagsbetreuung für die Schüler zur Verfügung, die Gesamtschulen (IGS, KGS) tun dies hingegen zu 100 %.

4.3.7.2 Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in der Nachmittagsbetreuung

Die Schulen wurden danach befragt, wie viele Schüler mit Migrationshintergrund an einer Nachmittagsbetreuung teilnehmen. Dabei gab der Großteil aller Schulen mit einer Nachmittagsbetreuung an, bis zu 10 Schülerinnen und Schüler in der Nachmittagsbetreuung zu haben. Der Anteil beläuft sich hierbei auf 84,4 % (38) der befragten Schulen. Eine Differenzierung nach den einzelnen Schulformen zeigt, dass sich der Großteil der Schulen dieser Kategorie zugeordnet hat. So findet sich hier sowohl das Gymnasium, das die Anzahl seiner SchülerInnen mit Migrationshintergrund angegeben hat, wieder als auch 85,7 % (6) der Haupt- und Realschulen, 84,6 % (22) der Grundschulen und jeweils zwei der Gesamt- und Förderschulen.

Die weiteren Kategorien hingegen weisen eine erheblich geringere Besetzung auf. So gaben lediglich 4,4% (2) der Schulen an, dass 11-20 Schüler mit Migrationshintergrund die Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen. In dieser Kategorie findet sich eine der Förderschulen und eine Grundschule. Dieser Trend setzt sich in den oberen Größenordnungen fort. Eine der befragten Schulen verwies auf 21- 30 Schüler, drei auf 31- 40 Schüler und wiederum eine auf 41- 50 Schüler mit Migrationshintergrund in der Nachmittagsbetreuung. In der Kategorie 21- 30 Schüler findet sich lediglich eine der befragten Grundschulen. Das Gleiche gilt für die Kategorie 41- 50 Schüler. Die Kategorie 31- 40 Schüler umfasst zudem eine Gesamtschule sowie eine Haupt- und Realschule sowie eine Grundschule.

Abbildung 34: Anzahl der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in Nachmittagsbetreuung



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.8 Migrantenspezifische Problemstellungen

In der Befragung wurde auch auf Probleme die sich spezielle bei Schüler/innen mit Migrationshintergrund in den Bildungseinrichtungen ergeben eingegangen.

4.3.8.1 Geschlechterspezifische Probleme

Die wiederkehrenden Aussagen in der öffentlichen Diskussion, dass geschlechterspezifische Problemstellungen in Migrantenmilieus stark vertreten seien, machte eine Überprüfung dieser Annahme notwendig. In der Tat lassen die erhobenen Daten einen derartigen Rückschluss zu. Von den befragten Schulen gaben 61,8 % (21) an, geschlechterspezifische Probleme bei Schülern mit Migrationshintergrund zu beobachten. Lediglich 38,2 % (13) konnten keinerlei Probleme dieser Art bei ihren Schülern erkennen. Geschlechterspezifische Probleme sind bei den Berufsbildenden Schulen mit 100 % (5) der entsprechenden Schulen am stärksten ausgeprägt. Den Berufsbildenden Schulen folgen die Gesamtschulen mit 66,7 % (2). Weitere Schulen in dieser Kategorie sind die Haupt- und Realschulen mit 60% (3), die Grundschulen mit 58,8% (10) und eine Förderschule.

Das Ausbleiben von geschlechterspezifischen Problemen bei Schülern mit Migrationshintergrund wurde von 38,2% (13) der befragten Schulen angegeben. Hier finden sich die beiden Gymnasien, sowie eine Förderschule, sieben Grundschulen eine Gesamtschule.

Die Existenz des Phänomens der geschlechterspezifischen Probleme bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wird von den Daten belegt. Jedoch muss bei diesen Ergebnissen beachtet werden, dass die Daten keinerlei Aussagen über Ursachen für die geschlechtsspezifischen Probleme machen.

In einem der Interviews für die qualitative Studie wurde von einem Migranten erwähnt, dass Mädchen häufig weniger erfolgreich in der Schule seien als Jungen. Fuads Sohn fügt hinzu, dass der religiöse Fanatismus einhergeht mit einem niedrigen Bildungsgrad. Schule wird vor allem für Mädchen als konträr zur religiösen Erziehung angesehen, da sie an diesem Ort in Kontakt mit Männern und dem Thema der Sexualität in Kontakt kommen. Rahim ist der Ansicht, dass türkische Frauen von der Öffentlichkeit ferngehalten werden: „Meiner Meinung nach ist das Angst, dass die Frau selbstständig wird“. Der Wissensvorteil der Männer erhöht die Abhängigkeit der Frauen. Auch die Töchter trifft dieser erzwungene Rollenunterschied: sie werden nach ihrem Schulabschluss zügig verheiratet und können keine Ausbildung machen. Dadurch bleiben sie in ihrem Wissen dem Vater unterlegen. Der höhere Bildungsgrad der Tochter würde Scham über den Vater bringen.

Diese Aussage lässt sich mit den quantitativen Daten nicht belegen. Vielmehr ist es so, dass ausländische Mädchen eher erfolgreich im Bildungssystem sind als ausländische Jungen. Diese Äußerung des Befragten zeugt eher von einem stereotypen Bild bezüglich des muslimischen Glaubens. Hier wären weitere Untersuchungen notwendig, um die genauen Hintergründe derartiger Probleme an Schulen im Landkreis Göttingen zu erforschen und auslösende Faktoren dafür zu bestimmen.

Eine Befragung der Lehrkräfte nach Mädchenspezifischen und jungenspezifischen Problemlagen wurde nur von einem Teil der befragten Schulen konkret beantwortet. Von den 34 Schulen, die bei der Befragungangaben geschlechtsspezifische Probleme bei den Schülern mit Migrationshintergrund zu beobachten, gaben 12 Auskünfte über Mädchenspezifische und 19 über jungenspezifische Probleme.

In der Kategorie mädchenspezifische Probleme dominieren die Aussagen über ein spezifisches bzw. angepasstes Rollenverhalten. Vier Schulen äußerten Beobachtungen in eine derartige Richtung. Ebenfalls vier Schulen gaben sonstige bzw. unspezifische Probleme an und 3 Schulen beobachteten häusliche Gewalt oder die Angst vor einer Zwangsheirat²² bei den Schülerinnen mit Migrationshintergrund. Schließlich verwiesen zwei Schulen auf Pöbeleien bzw. Gewaltbereitschaft unter den Schülerinnen mit Migrationshintergrund an ihrer Schule. Die jungenspezifischen Probleme an den Schulen ähneln denen der Mädchen. Bei den Jungen fällt das beobachtete Machoverhalten am meisten ins Gewicht. Von den 19 Schulen äußerten fünf diesbezüglich Probleme im Schulalltag. Dem folgten jeweils vier Schulen, die über Probleme hinsichtlich einer ausgeprägten Gewaltbereitschaft der Schüler, wiederholt auftretenden Regelverletzungen und Problemen beim Umgang mit weiblichen Lehrkräften berichteten. Schließlich äußerten vier weitere Schulen Probleme sonstiger Art, die sie nicht genauer konkretisierten.

4.3.8.2 Allgemeine Probleme in den Schulen mit Schülern mit Migrationshintergrund

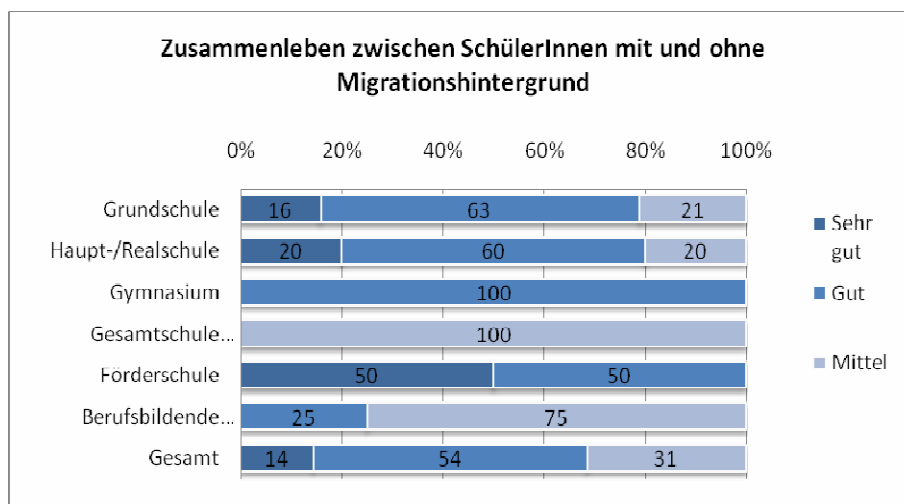
Im Rahmen der Befragung konnten die Schulen auch Angaben über Probleme allgemeiner Art bei der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund äußern. Vier der befragten Schulen äußerten sich detailliert zu dieser Fragestellung. So stellt die Grundschule am Wall ein übertriebenes Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl bei ihren Schülern mit Migrationshintergrund fest. Die Grundschule Uschlag in Staufenberg gab an, allgemeine Probleme in Zusammenhang mit der Teilnahme von Schülern mit Migrationshintergrund an den Klassenfahrten zu haben. Eine weitere Schule, die sich zu allgemeinen Problemen geäußert hatte, war die BBS Ritterplan. Die Schule merkte eine soziale Benachteiligung sowie Lerndefizite aufgrund mangelnder Sprachförderung an. Ferner muss die Beschulung zur Aufenthaltssicherung in Deutschland genutzt werden. Zuletzt gab die BBS Münden an, dass die Schüler Probleme in Hinblick auf die Trennung der deutschen von der Muttersprache im Rahmen des Schulunterrichts haben.

²² Zu beachten ist an dieser Stelle der oftmals vernachlässigte Unterschied zwischen Zwangsehen und arrangierten Ehen. Arrangierte Ehen können in bestimmten Milieus einiger Kulturkreise die übliche Verheiratungspraxis darstellen. Sie beruhen lediglich auf Partnervorschlägen der Eltern bzw. der Familien, die Auswahl des Ehepartners geschieht auf freiwilliger Basis. Zwangsehen hingegen stellen die absolute Ausnahmeform eines Ehearrangements dar, in dem die Ehepartner ohne Berücksichtigung ihres persönlichen Willens verheiratet werden. Hier wird davon ausgegangen, dass sich die Schulen dieses fachlichen Unterschiedes bewusst sind.

4.3.8.3 Zusammenleben zwischen Schülern/ innen mit und ohne Migrationshintergrund

Das Zusammenleben von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund wurde im Rahmen der nächsten Frage thematisiert. Die Verteilung der gegebenen Antworten konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die Antwortmöglichkeit „gut“, mit 54,3 % (19) der befragten Schulen. Insgesamt schätzten 31,4 % (11) der befragten Schulen das Zusammenleben zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund als „mittel“ ein. Die Antwortmöglichkeit „sehr gut“ ist mit 14, 3 % (5) besetzt. Die Antwortkategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ wurden von keiner der befragten Schulen gewählt.

Abbildung 35: Zusammenleben zwischen Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

4.3.9 Anteil der Schülerinnen und Schüler mit anschließender Ausbildung

Eine berufliche Ausbildung im Anschluss an den Schulbesuch stellt eine wichtige Voraussetzung für die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund in die hiesige Gesellschaft dar. Eine Auskunft über den Verbleib der Schüler/ innen mit und ohne Migrationshintergrund nach ihrem Schulabschluss haben 10 der 23 weiterführenden Schulen gemacht. So gab die Carl-Friedrich-Gauß-Schule an, dass jeweils 100% der Schüler/ innen mit und ohne Migrationshintergrund im Anschluss an den Schulabschluss eine Ausbildungsstelle finden konnten. Die Schüler/ innen der Schule im Auefeld mit und ohne Migrationshintergrund gehen laut Auskunft der Schule in der Regel nach dem Schulabschluss zur BBS Münden. Eine derartige Gleichverteilung der weiteren Schullaufbahn ihrer Schüler weist die BBS Ritterplan hingegen nicht auf. Nach Aussage der

Schule sind Schüler ohne Migrationshintergrund bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolgreicher, als dies bei Schülern mit Migrationshintergrund der Fall ist. Ein gegenteiliges Bild zeigt sich an der St.Ursula-Schule. Dort finden 60 % der Schüler mit und 50 % der Schüler ohne Migrationshintergrund nach dem Schulabschluss eine Ausbildungsstelle. Bei der Werra-Realschule liegt der Anteil in den beiden Gruppen bei jeweils 20%- 30%. Die Heinrich-Sohnrey-Realschule konnte aufgrund der geringen Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund keine Antwort auf diese Frage geben, bei den Schülern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil bei 20 %. Das Grotefeld-Gymnasium Münden, die Schule am Osterberg in Bovenden und die BBS Münden konnten keine Auskunft über den Verbleib der Schüler/innen nach ihrem Schulabschluss geben.

4.4 Fazit

Unübersehbar ist, dass im Landkreis Göttingen ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihres Bildungserfolges besteht. Die geringe Anzahl an Schülern mit Migrationshintergrund an Gymnasien und der sehr hohe Anteil an Haupt- und Förderschulen im Landkreis sind besonders auffällig.

Die Ursachen hierfür sind komplex und nicht immer nur auf den Status Migrant zu beziehen, sondern oft auch aus dem sozialen Milieu resultierende Faktoren.

Mögliche Gründe für den geringeren Erfolg von Kindern/ Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind nach Meinung der Interviewpartner, aber auch der Teilnehmer an den Integrationsworkshops, zum einen die mangelnden Kenntnisse über das deutsche Bildungssystem, aber auch die geringe Partizipation der Eltern im Schulleben.

Aber vor allem scheinen die mangelnden Sprachkenntnisse der Schüler mit Migrationshintergrund in der Phase des Übergangs von der Grundschule zur weiterführenden Schule ein Hindernis für den Bildungserfolg zu sein.

Diese mangelnden Sprachkenntnisse können zum einen auf die geringe Bereitschaft die deutsche Sprache erlernen zu wollen zurückgeführt werden und zum anderen sind institutionelle Bedingungen, die die Sprach- und Bildungsförderung behindern, nicht zu vernachlässigen. Wie

zuvor schon einmal erwähnt, versuchen zum Beispiel Förderschulen ihre Schülerzahlen zu halten, was sich wiederum konträr zu dem Versuch verhält, die Sprachkompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund steigern zu wollen. Darum gilt es diese institutionellen Zwänge abzubauen, um eine schulische Integration zu gewährleisten.

Wenig fördernd sind auch der geringe Anteil an Lehrern mit Migrationshintergrund und die geringe Anzahl an integrationsfördernden Schulungen für die Lehrkräfte. Schulen müssten solche vorhandenen Angebote mehr wahrnehmen und darauf zurückgreifen.

Positiv auf die Bildungs- sowie Sprachförderung wirkt sich in jedem Fall auch die starke Beteiligung der Eltern im Bildungsprozess ihrer Kinder aus. Projekte, wie das der „Elternlotsen“, machen eine solche Beteiligung möglich, indem Elternlotsen mit Migrationshintergrund als Vermittler zwischen Bildungseinrichtungen und Familien mit Migrationshintergrund fungieren. Um Kinder auch durch Projekte wie das der Hausaufgabenbetreuung „Starke Schüler machen starke Hausaufgaben“ kontinuierlich unterstützen zu können, ist eine langfristige Förderung notwendig. Das heißt, es muss weiterhin in solche Förderprogramme investiert werden, um eine erfolgreiche Integration ins Bildungssystem zu ermöglichen.

5 Sprachförderung

Immer wieder wird in Integrationsdebatten betont, dass die Sprache ein wichtiger Schlüssel für die erfolgreiche Integration ist. Sprache ist nicht nur Mittel zur alltäglichen Kommunikation, sondern auch wichtiges Hilfsmittel insbesondere bei der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Wer die Landessprache nicht beherrscht, der kann mitgebrachte wertvolle Ressourcen nicht optimal nutzen. Durch Sprache wird es erst möglich, sich in der Aufnahmegesellschaft zu orientieren und zu integrieren.

Das Lernen der Sprache erfolgt über den Kontakt zur Außenwelt, daher baut sich eine Barriere für all diejenigen auf, die aufgrund verschiedener Umstände zurückgezogen im familiären oder im ethnischen Kreis leben. Der Spracherwerb ist Voraussetzung für ein selbständiges Leben. Sprache eröffnet die Möglichkeit zum Wissenserwerb und kann daher in Geschlechterbeziehungen ein Machtfaktor sein.

Vor diesem Hintergrund wurde das Thema Sprachförderung bei allen partizipativ gestalteten Integrationsworkshops im Landkreis Göttingen diskutiert. Die Diskussionen wurden vor allem unter dem Aspekt der Möglichkeiten einer effizienten und zielführenden Gestaltung von Sprachförderungsprogrammen für Kinder mit Migrationshintergrund sowie deren Installierung im Bildungssystem, geführt.

Es wurde mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass die Sprachförderung für Kleinkinder und Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an den Kindertageseinrichtungen und Schulen des Landkreises nicht als ausreichend angesehen werden kann.

5.1 Frühkindliche Sprachförderung

Bezüglich Kindern mit Migrationshintergrund stellt sich zunächst die Frage, was zuerst gelernt werden soll: die Muttersprache oder die deutsche Sprache. Darüber ist man sich unter den im Landkreis Göttingen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nicht ganz einig. So sagt zwar der Großteil der Befragten, dass auf der deutschen Sprache der Hauptfokus liegen sollte, es gibt aber auch Stimmen, die dagegen sprechen. In den qualitativen Leitfadenterviews kommen unterschiedliche Ansichten der Adressaten der Migrations-/Integrationsarbeit zu diesem Thema, zum Vorschein.

So sagt I3:

„... es ist sowieso wichtig, dass man erst die eigene Sprache kennt, viele Kinder können weder die Muttersprache noch die deutsche Sprache richtig.“ (I3 238-242).

Demnach soll die Muttersprache als Ausgangs- und Orientierungsgrundlage zum Erwerb der deutschen Sprache gelten.

Das Rucksackprogramm des RAA geht davon aus, dass Kinder, die in ihrer Muttersprache über ausgebildete Sprachstrukturen verfügen, auch eine Zweitsprache erfolgreich erlernen können. Aufgrund dessen möchte das Rucksackkonzept allgemeine Sprachkompetenzen der Kinder im Elementarbereich und Erziehungskompetenzen ihrer Eltern fördern. Das Projekt ist insbesondere für Migrantenfamilien, bei denen im Alltagsleben eher die Herkunftssprache als Kommunikationsmittel bevorzugt wird, konzipiert.

Zur Steigerung der Sprachkompetenzen der Kinder mit Migrationshintergrund wird der frühkindlichen Spracherziehung in den Kindertageseinrichtungen und im Elternhaus eine enorme Bedeutung zugeschrieben. Damit die schulischen Integrationschancen der Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich verbessert werden können, sollten die Sprachkompetenzen dieser Kinder bereits im Kindergarten mit gezielten Maßnahmen gefördert werden.

Die erfolgreiche Implementierung des Rucksackprojektes in der KiTa an der Anne-Frank-Schule in Rosdorf kann als wichtiger Meilenstein dieser Bestrebungen des Landkreises angesehen werden. Das Projekt beabsichtigt eine gezielte Frühförderung der allgemeinen Sprachkompetenz der Kinder, die Frühförderung der deutschen Sprache sowie der allgemeinen kindlichen Entwicklung. Zudem soll eine Bildungsbewusstseinsänderung bei den Eltern mit Migrationshintergrund durch die strukturierte Zusammenarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kindertageseinrichtungen mit ausgebildeten Elternbegleiterinnen und betroffenen Eltern im Landkreis Göttingen erreicht werden.

Diese Idee des Rucksackprojektes ist naheliegend, da in vielen Familien mit Migrationshintergrund zuhause oft nicht Deutsch gesprochen wird. Wie es im Workshop in Duderstadt debattiert wurde, kann dies an der Gewohnheit liegen oder aber auch daran, dass die Eltern selbst die deutsche Sprache nicht gut beherrschen. Die Kinder müssen aber deutsche Schulen besuchen

und sich in der deutschen Gesellschaft zurechtfinden. Daher sollte der Hauptfokus des Spracherwerbs, aber erst nach Aneignung von Grundstrukturen einer beliebigen Weltsprache in der primären Sozialisation, auf der deutschen Sprache liegen. Die richtige Mischung zwischen Herkunftssprache und deutscher Sprache sollte im Einzelfall in enger Abstimmung zwischen Elternhaus und Bildungseinrichtung bestimmt werden. Die Bilingualität sollte auch für die nachhaltige Interaktionsfähigkeit zwischen Eltern und Kind dennoch als Option bestehen bleiben.

Als Kind hat man in der primären bzw. danach in der sekundären Sozialisation die Möglichkeit, eine oder mehrere Sprachen sehr schnell zu internalisieren und diese Chance sollte genutzt werden. Das betont auch I4 in seinen Ausführungen. Wenn die Kinder von neu zugewanderten Familien im Grenzdurchgangslager ankommen, sprechen sie meist kein Deutsch. Durch ihre schnelle Lernfähigkeit wäre es möglich, dass die Kinder innerhalb von sechs Monaten so gute Sprachkenntnisse erwerben, dass sie auf die Regelschule gehen können. Es werden keine weiteren Sprachkurse mehr benötigt, wodurch auch keine weiteren Kosten entstehen. Dieser von ihm beschriebene Synergieeffekt müsse zum Vorteil der Kinder, derer Eltern, zum Vorteil der Institutionen und auch zum Vorteil der Steuerzahler genutzt werden. Ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde unterstützt mit seiner Aussage diese Beobachtung:

„... egal jetzt, wie die Antragslage ist, kommen die Kinder mit. Weil die Kinder einfach, die nehmen, ich sag mal die saugen die deutsche Sprache in kürzester Zeit auf - sei es über Kindergarten, Schule - und die dienen dann tatsächlich als Sprachmittler für komplizierte Themen bei ihren Eltern“ (I7:205-208).

Das heißt, der Spracherwerb fällt Kindern nicht nur besonders leicht, sondern viele Eltern sind auch darauf angewiesen, dass ihre Kinder für sie die Sprachbarrieren überbrücken.

Der Ort, an dem sich frühkindliche Sprachförderung am besten realisieren lässt, kann eine Tagesstätte sein, wo Kinder in Kontakt mit anderen kommen. Daher werden die Bestrebungen des Landkreises Göttingen begrüßt, ausgesuchte Kindertageseinrichtungen künftig als sogenannte Familienzentren mit vielfältigen zielgruppenspezifischen Familienbildungsangeboten aufzuwerten. Um die aktuelle Lage des Landkreises Göttingen hinsichtlich der Sprachförderung von Kindern abzubilden, wird als nächstes auf die KiTa-Umfrage zurückgegriffen.

Aus dieser Umfrage wird deutlich, dass in den Kindertagesstätten des Landkreises die Kinder mit Migrationshintergrund lediglich 13,14% stellen, im Gegensatz zu den Kindern ohne Migrationshintergrund, die 86,86% der Kinder ausmachen.

Dabei sind gerade der Besuch einer Tagesstätte und eine vorschulische Förderung, wie z. B. eine frühzeitige Sprachförderung, für die schulische Bildung und damit folglich für die strukturelle und soziale Integration immens wichtig. Insbesondere müssen dabei Kinder aus Migrantenfamilien durch verpflichtende Sprachfördermaßnahmen unterstützt werden, um die Sprachkompetenz der Kinder zu gewährleisten. Neben dem Einsatz von Fachkräften und Sprachförderprogrammen in den Tagesstätten wurde in Niedersachsen im Jahr 2007 das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung eingeführt, um einen erfolgreichen Übergang von der KiTa in die Schule zu garantieren.²³

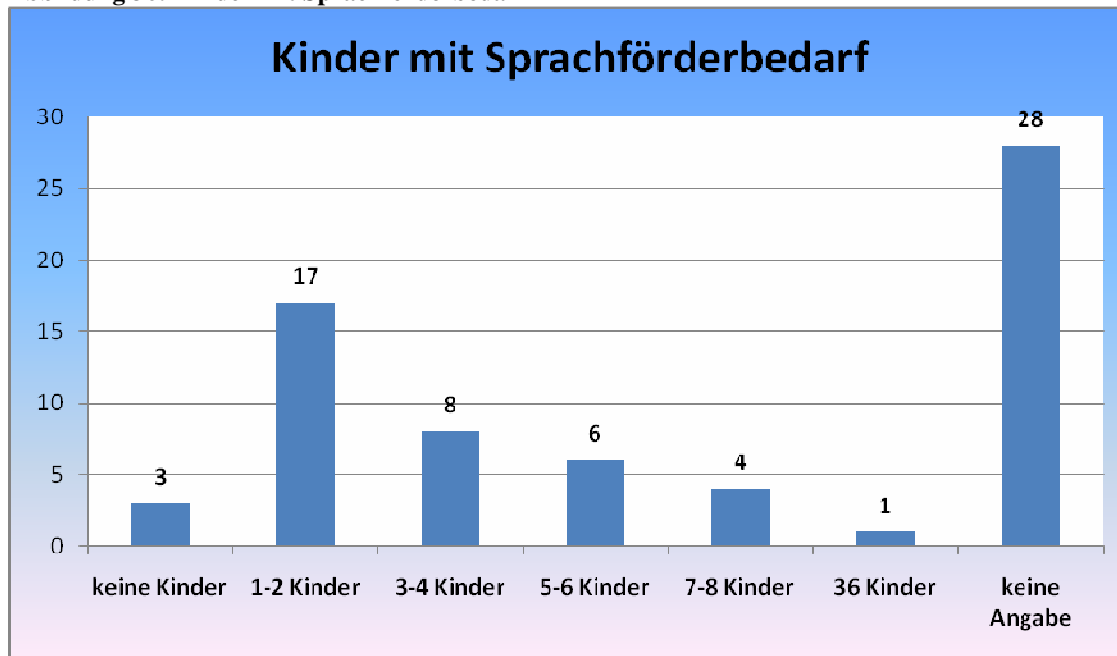
Vor dem Hintergrund der Sprachfähigkeit sollte von den befragten KiTas des Landkreises Göttingen angegeben werden, ob, und wenn ja, wie viele Kinder im Vorschulalter Sprachförderung benötigen. Gefragt wurde zudem, ob es extra ausgebildete Kräfte oder spezielle Programme für die Sprachförderung gibt und in welcher Form diese durchgeführt werden.

Wenn im Folgenden von „Kindern mit Sprachförderbedarf“ gesprochen wird, so sind damit stets nur diejenigen Kinder gemeint, die bereits im Vorschulalter sind. Nach förderbedürftigen Kindern, die jünger sind, wurde bei dieser Umfrage nicht gefragt.

²³ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung.

5.1.1 Anzahl der Kinder im Vorschuljahr mit Sprachförderbedarf

Abbildung 36: Kinder mit Sprachförderbedarf



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Zunächst wurde gefragt, wie viele Kinder im letzten Jahr vor der Schule Sprachförderung brauchen. Auffällig ist die hohe Anzahl an KiTas, die auf die Frage gar keine Antwort gab. 28 Mal wurde keine Angabe gemacht, dies sind immerhin gut 40% aller Teilnehmer. Lediglich in drei Fällen ist dies verständlich, da diese KiTas nur Kinder unter drei Jahren betreuen. Bei den restlichen 39 Einrichtungen sind in der Regel nur wenige Kinder mit Sprachförderbedarf vorhanden. Nur einmal ist die Anzahl mit 36 Kindern hoch, ansonsten liegt sie immer unter zehn. 17 Mal gab es die Antwort 1-2 Kinder, es folgen 3-4 Kinder (8x), 5-6 Kinder (6x) und 7-8 Kinder (4x). Drei KiTas haben sogar gar keine Kinder mit Förderbedarf.

Insgesamt beträgt die Zahl der Förderbedürftigen 151 Kinder, natürlich unter der Voraussetzung, dass eine große Zahl an KiTas keine Angaben gemacht hat.

Eine weitere Analyse ergab, dass nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund einer Sprachförderung bedürfen, sondern dieses Problem auch Kinder ohne Migrationshintergrund betrifft.

Denn in mehreren KiTas liegt die Anzahl der Förderbedürftigen über der Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund.

Nach dem Handlungsprogramm Integration des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration erhalten die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe eine Zuwendung, wenn ein Sprachförderungskonzept vorliegt und eine zuständige Fachkraft eingestellt wird. Mit der Finanzierung dieser Sprachförderungsprogramme und der Fortbildungen pädagogischer Fachkräfte wird gesichert, dass die bedürftigen Kinder gefördert werden.²⁴

Laut Informationen des Jugendamtes/Fachberatung Kindertagesstätten Göttingen erhielten im Jahr 2010 9 Kindertagesstätten Landeszuwendungen gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache im Elementarbereich.

Diese Zuwendungen beliefen sich für den Landkreis Göttingen auf 60.365,16 € für das Jahr 2010. Dabei wurden keine landkreiseigenen Mittel eingesetzt, bis auf zwei Veranstaltungen im Fortbildungsprogramm. Nur eine von diesen Veranstaltungen fand mit 10 Teilnehmern statt, wobei die zweite Veranstaltung wegen geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden musste. Zusätzlich kam ein Reflexionstreffen mit 11 Teilnehmern zum Sprachförderprogramm „Kon-Lab“²⁵ zustande. Darüber hinaus stellten die Kindertagesstätten Integrationsplätze zur Verfügung, wobei es insgesamt 15 Integrationsgruppen und 11 Einzelintegrationen gab.

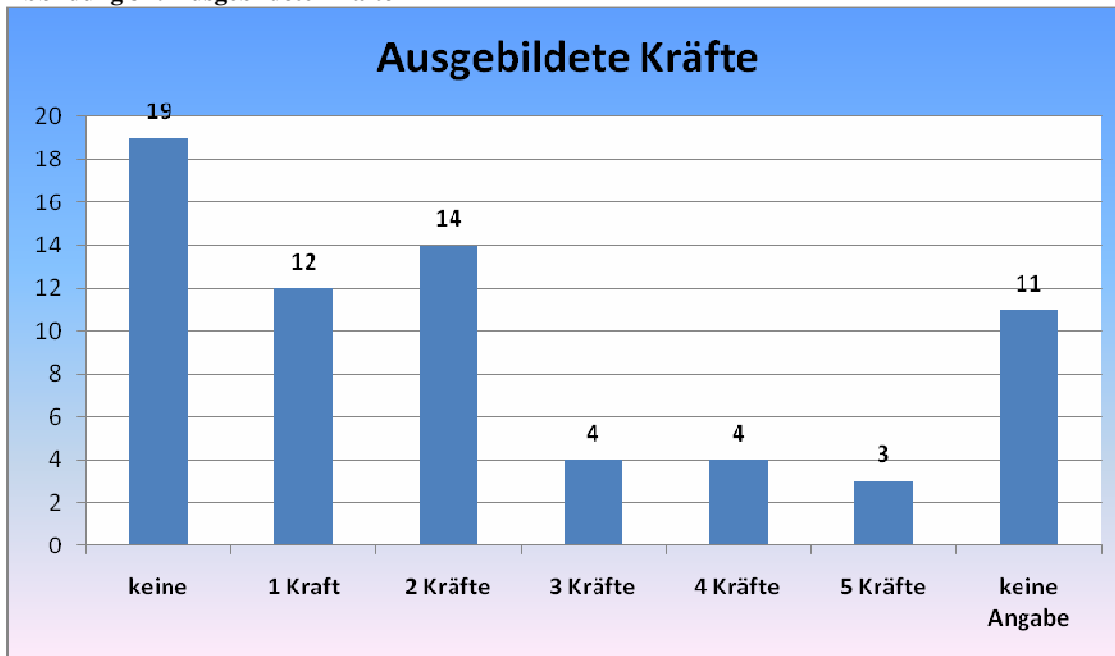
Weiterhin wurden durch die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung, Projekte im Bereich der Interkulturellen Öffnung/Kompetenz an Schulen und Kindertagesstätten im Landkreis Göttingen gefördert. Zielgruppen dieser Projekte sind Pädagogen/innen sowie Schüler/innen aus den Bildungseinrichtungen. Seit 2010 wurden schon mehrere Trainings an Bildungseinrichtungen vorgestellt und durchgeführt und es lassen sich weiterhin Einrichtungen für dieses Projekt gewinnen.

²⁴ Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. S.14.

²⁵ siehe: www.kon-lab.com.

5.1.2 Anzahl der zur Sprachförderung ausgebildeten Kräfte

Abbildung 37: Ausgebildete Kräfte



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

In der obigen Abbildung ist aufgelistet, wie viele Kräfte in den letzten drei Jahren zur Sprachförderung ausgebildet worden sind. Die Tabelle ist selbsterklärend, aber die reine Anzahl der ausgebildeten Mitarbeiter ist noch nicht sehr aussagekräftig. In einer Kreuztabelle wird daher nun die Anzahl der Kräfte mit der Zahl der förderbedürftigen Kinder verglichen.

Tabelle 6: Anteil der Kinder mit Förderbedarf und ausgebildete Kräfte

Anteil der Kinder mit Förderbedarf * Ausgebildete Kräfte Kreuztabelle

Anzahl

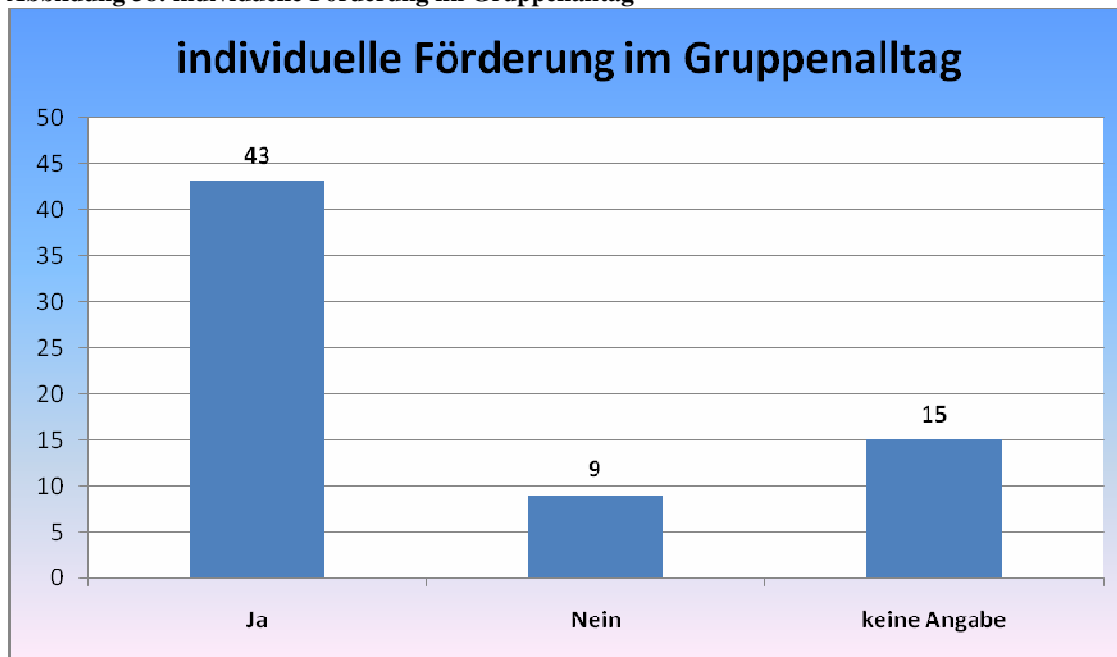
		Ausgebildete Kräfte							Gesamt
		0	1	2	3	4	5	k.A.	
Anteil der Kinder mit Förderbedarf	0	2	0	0	1	0	0	0	3
	1	2	0	4	0	2	0	1	9
	2	4	2	0	0	0	2	0	8
	3	0	1	0	0	1	1	2	5
	4	1	1	1	0	0	0	0	3
	5	1	1	1	0	0	0	0	3
	6	0	2	0	1	0	0	0	3
	7	0	0	1	0	0	0	1	2
	8	0	0	0	1	0	0	1	2
	36	0	1	0	0	0	0	0	1
	k.A.	9	4	7	1	1	0	6	28
Gesamt		19	12	14	4	4	3	11	67

Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Hier sieht man, dass es zum Teil mehr ausgebildetes Personal als Kinder mit Förderbedarf gibt (0 Kinder – 3 Kräfte, 1 Kind – 4 Kräfte). Auf der anderen Seite arbeitet in der KiTa, in der es 36 förderbedürftige Kinder gibt, nur eine ausgebildete Kraft und in einigen Einrichtungen gibt es zwar Kinder, die Förderung benötigten, aber gar keine ausgebildeten Mitarbeiter vorhanden sind.

5.1.3 Art der Sprachförderung

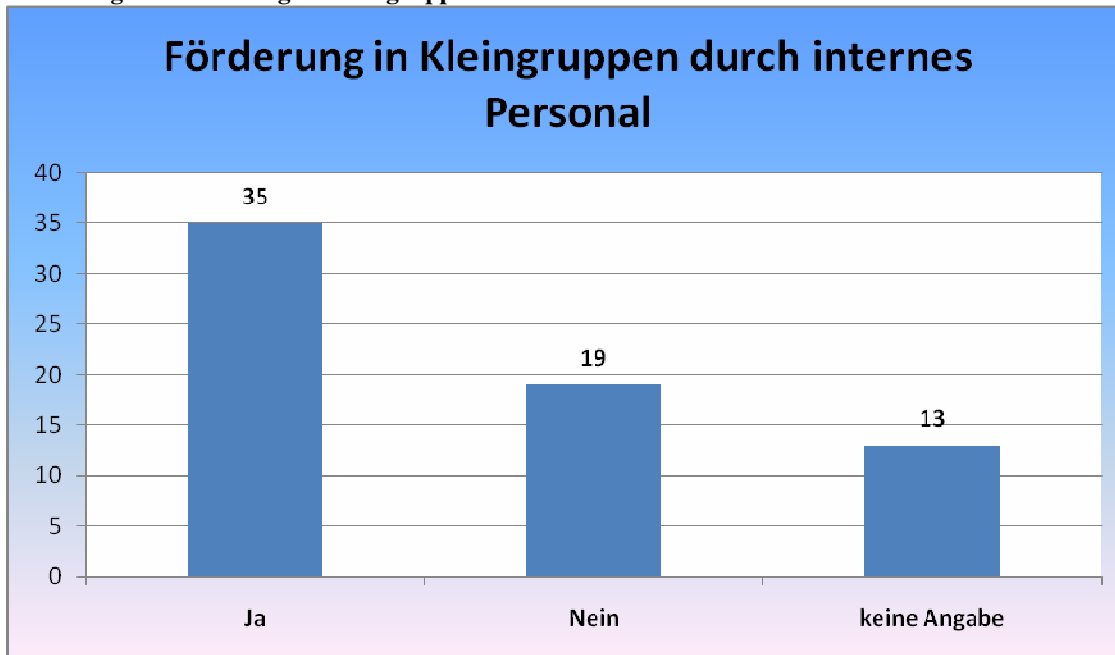
Abbildung 38: individuelle Förderung im Gruppenalltag



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Im nächsten Bereich wurde nun abgefragt, wie die Sprachförderung vonstatten geht. Zunächst ist aufgelistet, ob die Kinder individuelle Förderung im Gruppenalltag erhalten, was in 43 Einrichtungen der Fall ist, nur neunmal wird dies nicht getan.

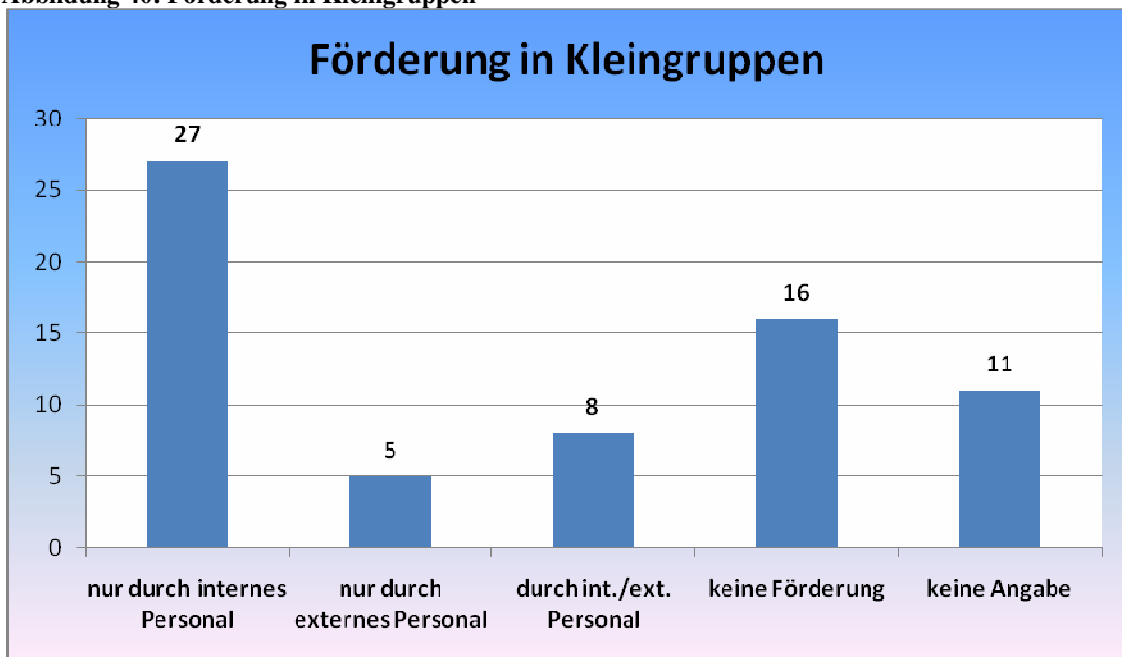
Abbildung 39: Förderung in Kleingruppen durch internes Personal



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Neben der Unterstützung im Gruppenalltag wurde auch danach gefragt, ob eine weitere Förderung in Kleingruppen geleistet und ob dies durch interne oder externe Kräfte getätigt wird. Diese beiden Tabellen zeigen beide Formen nun erst einmal getrennt voneinander auf. Man sieht, dass wesentlich häufiger auf interne Mitarbeiter zurückgegriffen wird.

Abbildung 40: Förderung in Kleingruppen



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Nun wurde die Förderung durch interne und externe Kräfte nebeneinander gestellt und es kam heraus, dass in acht Einrichtungen sowohl internes als auch externes Personal diese Arbeit leistet. Insgesamt 16 KiTas bieten gar keine solche Unterstützung an.

Tabelle 7: Förderung durch internes/externes Personal und ausgebildete Kräfte
Förderung durch internes/externes Personal * Ausgebildete Kräfte Kreuztabelle

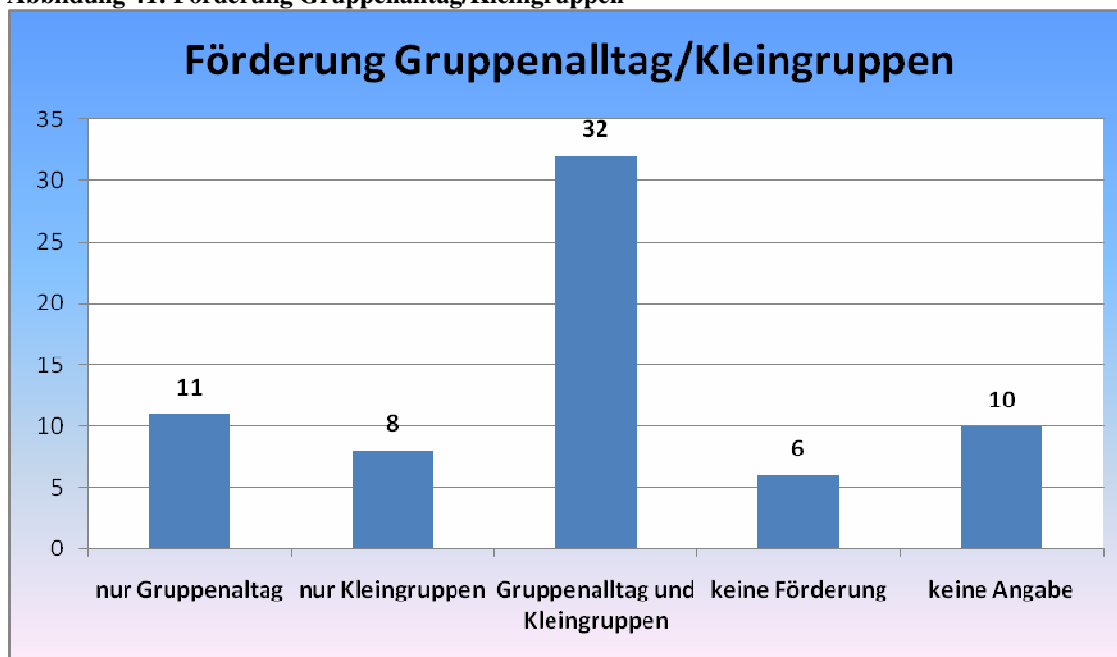
Anzahl

		Ausgebildete Kräfte						Ge- samt	
		0	1	2	3	4	5		k. A.
Förderung durch internes/externes Personal	nur internes P.	6	6	10	2	1	2	0	27
	nur externes P.	1	3	0	0	1	0	0	5
	Int. + ext. P.	2	2	1	1	1	1	0	8
	keine Förderung	9	1	3	0	1	0	2	16
	keine Angabe	1	0	0	1	0	0	9	11
Gesamt		19	12	14	4	4	3	11	67

Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

In dieser Tabelle ist zu erkennen, dass nicht alle KiTas, die Kleingruppenförderung nur durch internes Personal anbieten, auch Kräfte haben, die in den letzten drei Jahren dafür ausgebildet wurden. Insgesamt ist dies in sechs Einrichtungen der Fall (Zelle ganz oben links). Andererseits gibt es auch neun KiTas die zwar über ausgebildete Mitarbeiter verfügen, aber keine Kleingruppenförderung anbieten bzw. dies nur über externe Kräfte tun.

Abbildung 41: Förderung Gruppenalltag/Kleingruppen



Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Hier sind nun beide möglichen Förderungsformen nebeneinander gestellt. Ein Großteil der KiTas bietet sowohl die Förderung im Gruppenalltag als auch in Kleingruppen an. Interessant wäre zu wissen, ob die sechs Einrichtungen, die keine Förderung anbieten, förderbedürftige Kinder haben. Allerdings haben fünf von diesen dazu keine Angabe gemacht, bei der Sechsten wurde eine Zahl von vier Kindern genannt.

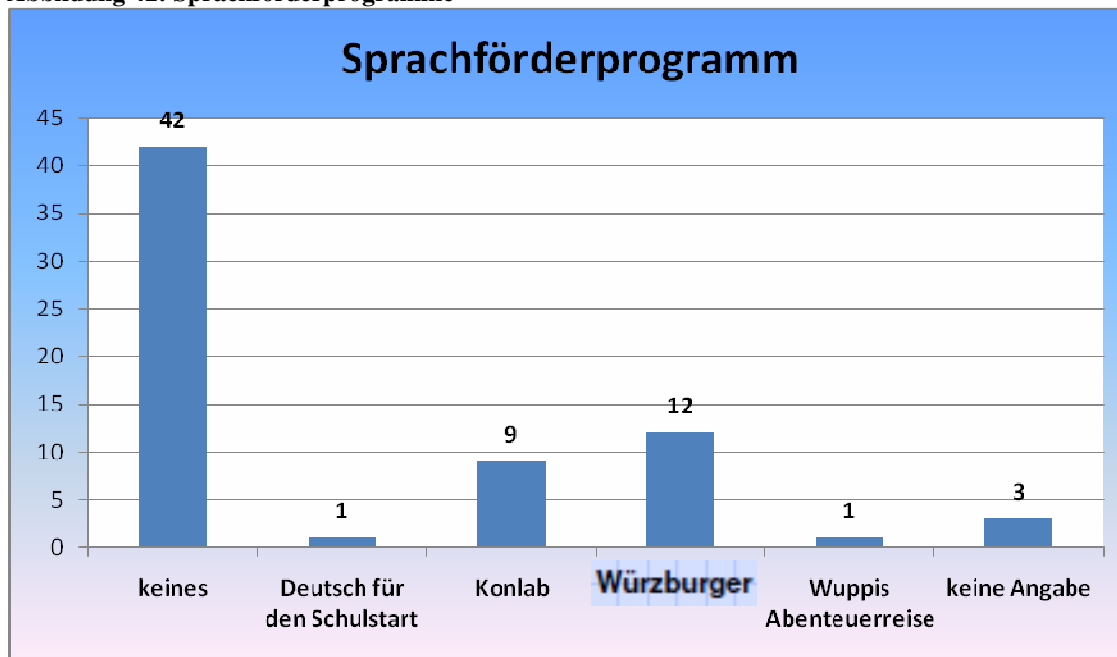
Tabelle 8: Förderung Gruppenalltag/Kleingruppen und Anzahl der Kinder mit Förderbedarf
Förderung Gruppenalltag/Kleingruppen * Anzahl der Kinder mit Förderbedarf
Kreuztabelle

Anzahl		Anzahl der Kinder mit Förderbedarf											Gesamt
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	36	k. A	
Förderung	nur Gruppenalltag	2	1	1	1	0	0	1	0	0	0	5	11
Gruppenalltag/Kleingruppen	nur Kleingruppen	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	5	8
	Gruppenalltag/Kleingruppen	1	6	6	1	3	3	1	1	1	1	8	32
	keine Förderung	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	5	6
	keine Angabe	0	1	0	2	0	0	0	1	1	0	5	10
Gesamt		3	9	8	5	3	3	3	2	2	1	28	67

Quelle: KiTa-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Diese Tabelle zeigt die Art der Förderung im Vergleich mit der Anzahl der Kinder mit Förderbedarf. Interessant sind hier vor allem die KiTas, die keine Förderung anbieten bzw. keine Angaben machen. Dies betrifft immerhin 16 Einrichtungen, von denen sechs auch förderbedürftige Kinder betreuen, die zehn weiteren haben keine Angaben zur Anzahl der Kinder mit Förderbedarf gemacht. Die 18 weiteren KiTas, die keine Angabe zur Anzahl gemacht haben, bieten eine oder beide Formen der Förderung an.

Abbildung 42: Sprachförderprogramme



Quelle: KiTA-spezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Diese Abbildung stellt dar, ob die KiTas standardisierte Sprachförderprogramme nutzen. Eine große Mehrheit von 42 Einrichtungen tut dies nicht. Am häufigsten wird jedoch das Sprachprogramm „Würzburger“ und am zweithäufigsten das Programm „Kon-Lab“ eingesetzt. Dahinter folgen die Programme „Deutsch für den Schulstart“ und „Wuppis Abenteuerreise“ mit jeweils einer Nennung. Des Weiteren machten drei Kindertagesstätten hierzu gar keine Angabe.

5.1.4 Fazit zur frühkindlichen Sprachförderung

Laut den Angaben der Kindertagesstätten gibt es 151 Kinder im Vorschulalter mit Sprachförderbedarf. Wenn man die Zahl der dafür ausgebildeten 83 Mitarbeiter dagegensetzt, dann könnte man denken, dass es eigentlich keine Probleme geben dürfte. Zudem einige Einrichtungen zusätzlich noch auf externes Personal zurückgreifen. Doch diese Zahlen sind nicht sehr zuverlässig. Es gibt KiTas, die tatsächlich sehr gut ausgestattet sind. Diese haben ausreichendes Personal und nutzen verschiedene Wege um die förderungsbedürftigen Kinder zu unterstützen. Daneben gibt es jedoch andere Einrichtungen, die zwar ebensolche Kinder in ihren Reihen haben, jedoch nicht auf ausgebildete Kräfte zurückgreifen können und auch keine spezielle Förderung anbieten (können). Wiederum andere KiTas hätten zwar die Möglichkeit zur Förderung, nutzen diese aber nicht vollständig aus.

Nicht sehr beliebt scheinen die standardisierten Sprachförderprogramme zu sein. Zwei Drittel aller Tagesstätten verzichten auf ihre Nutzung. Eingesetzt werden sie bevorzugt von Einrichtungen, die insgesamt eine große Zahl von Kindern zu betreuen haben. Kleinere Kindergärten hingegen setzen nur selten auf diese Programme.

Nicht beobachtet werden kann hingegen, dass eine höhere Gesamtzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Tagesstätte auch gleich zu einem höheren Anteil an Kindern mit Sprachförderbedarf führt. Ein solcher Zusammenhang ist aus diesen Daten nicht zu erkennen.

Alle diese Aussagen müssen jedoch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass 28 Kindertagesstätten, und somit gut 40% aller Umfrageteilnehmer, keine Angabe zur Anzahl der Kinder mit Sprachförderbedarf gemacht haben. Ob diese alle keine solchen Kinder in Betreuung haben, kann natürlich nicht gesagt werden, darf aber zumindest angezweifelt werden.

Um die Sprachfähigkeit der Kinder zu fördern, müssen letztlich Eltern in den Bildungsprozess ihrer Kinder stärker miteinbezogen werden, um ihre Kinder diesbezüglich auch unterstützen zu können.

Den Weg der frühkindlichen Bildung geht beispielsweise das Modellprojekt „Rucksack“ an der KiTa „An der Anne-Frank-Schule“ in Rosdorf, initiiert vom Landkreis Göttingen nach Vorgaben des RAA Essen. Dabei soll die Sprachkompetenz der Kinder durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Kindern, den Müttern und den Erziehern in der KiTa gefördert werden, wodurch eine Förderung der Kinder bereits vor der Einschulung ermöglicht wird. In diesem Projekt wird sowohl die deutsche als auch die Familiensprache der Kinder gefördert. Durch die Beteiligung der Eltern, meistens der Mütter, stellt „Rucksack“ auch ein Elternbildungsprogramm dar, indem diese lernen, wie ihre Kinder am besten gefördert werden.²⁶ Dieses Projekt läuft im Landkreis Göttingen seit 2010, und wird vom selbigen gefördert.

²⁶ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. S.20.



Um einen fließenden Übergang vom Kindergarten in die Grundschule zu schaffen, ist eine Kooperation zwischen Eltern, Erzieher/innen und Grundschullehrkräften notwendig. So sorgt das auslaufende Projekt „Brückenjahr“ für diesen

Übergang, indem im letzten Kindergartenjahr auch Erzieher/innen mit Grundschullehrkräften zusammenarbeiten. Hier werden Kinder auf Basis eines gemeinsamen Bildungsverständnisses optimal gefördert und in das erste Schuljahr eingegliedert.²⁷ Ferner müssen weiterhin Bestrebungen auf Seiten der Träger unternommen werden, die Anteile von PädagogInnen mit Migrationshintergrund unter den MitarbeiterInnen in den Kindertageseinrichtungen dringend zu erhöhen.

5.2 Schulische Sprachförderung

Eine Fortsetzung der sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist in der schulischen Bildung weiterhin von großer Bedeutung. Um förderbedürftige Kinder zu berücksichtigen, wird anhand einer Sprachstandsfeststellung überprüft, ob eine Maßnahme zur Verbesserung der Sprachfähigkeit neben dem normalen Unterricht, notwendig ist.²⁸ Die Sprachfähigkeit der Kinder soll weiterhin ausgebaut werden, um eine erfolgreiche Schulbildung und die damit einhergehende strukturelle sowie soziale Integration sicherzustellen. Denn, wie auch die Zahlen aus der eigenen Studie belegen, befinden sich Schüler/innen mit Migrationshintergrund häufig auf den Berufs- sowie Haupt- und Realschulen und am wenigsten auf den Gymnasien. Häufig verlassen diese auch die Schulen ohne Schulabschluss. Um diesen Trends entgegen-

²⁷ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. S.15.

²⁸ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. S.16.

zuwirken sind eine Förderung durch Sprachförderprogramme an den Schulen und die Anerkennung von Zweisprachigkeit als Potenzial von enormer Bedeutung. Darüber hinaus wurde zudem in den Workshops oft vermerkt, dass eine Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindern und Lehrkräften für die Sprachförderung sowie allgemein für die schulische Bildung der Kinder notwendig ist. Wie später noch ausführlicher diskutiert wird, ist dabei die Aufhebung des Informationsdefizits bezüglich Schule und Bildung durch Elternbildungsmaßnahmen enorm wichtig.

Um die Ausgangslage der Schulen des Landkreises Göttingen im Bereich Sprachförderung aufzuzeigen, wird im Folgenden anhand der landkreiseigenen Befragung die Zusammensetzung der gesprochenen Sprachen an den Schulen dargestellt.

5.2.1 Verwendete Sprachen in der Schule

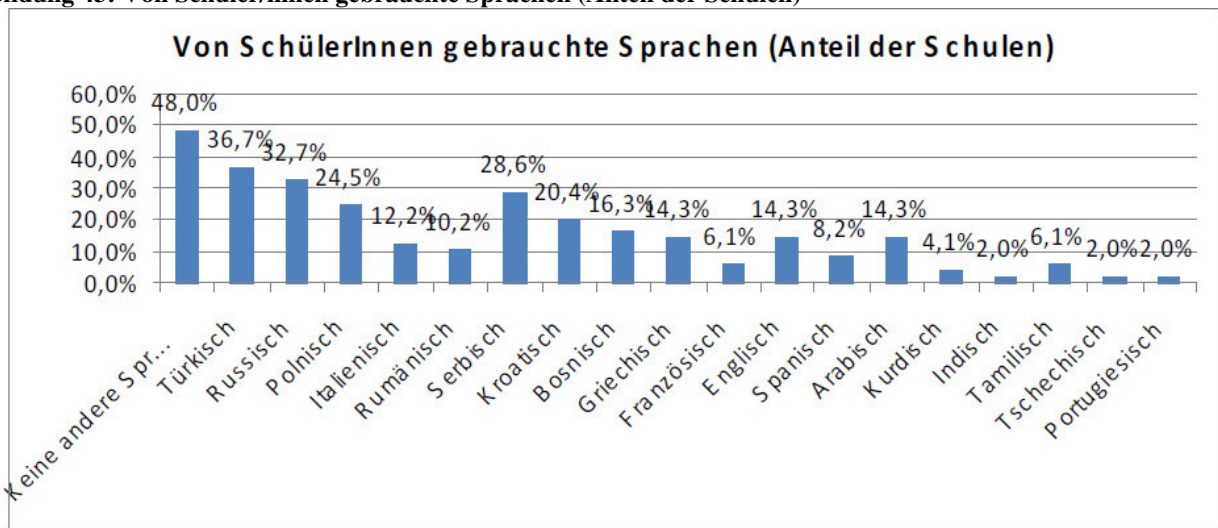
Bei der Frage nach von den Schülern in der Schule gesprochenen Sprachen wurden insgesamt neben der deutschen Sprache noch 18 weitere Sprachen von den Schulen genannt. Um die Übersichtlichkeit der Ausführungen zu bewahren, soll hier lediglich auf die drei Sprachen mit dem größten Anteil eingegangen werden.

Den größten Anteil bei dieser Frage nehmen die Schulen ein, an denen keine weitere Sprache außer der Deutschen gesprochen wird. Insgesamt gaben dies 48% (24) der befragten Schulen an. Der größte Anteil in dieser Kategorie liegt bei den Gesamt- und Förderschulen mit jeweils 66,7% (2). Dem folgen die Grundschulen mit 57,1% (16), die Gymnasien mit 50% (1) und schließlich die Haupt- und Realschulen mit 33,3% (3) der entsprechenden Schulform. Die Berufsbildenden Schulen finden sich in dieser Kategorie nicht, weisen gleichzeitig von allen befragten Schulformen die höchste Konzentration einzelner Sprachen auf. Insgesamt finden sich an den Berufsbildenden Schulen 14 unterschiedliche Sprachen, mit einer starken Konzentration auf der türkischen, russischen und polnischen Sprache. Den größten Anteil macht mit 100% (5) die russische Sprache aus, gefolgt von der türkischen Sprache mit 80% (4) und der polnischen Sprache mit ebenfalls 80% (4). Betrachtet man die Antworten der Schulen über alle Schulformen und Sprachen hinweg, fällt auf, dass die türkische und die russische Sprache bei den Antworten der Schulen dominieren. 36,7% (18) aller Schulen gaben Türkisch als eine in den Schulen verwendete Sprache an. So wird die türkische Sprache außer von 80% (4) der Berufsbildenden

Schulen auch von 50% (1) der Gymnasien, von 44,4% (4) der Haupt- und Realschulen, jeweils 33,3% (1) der Gesamt- und Förderschulen und 25,9% (7) der Grundschulen als von den Schülern in der Schule verwendete Sprache angegeben. Mit 32,7% (16) aller befragten Schulen weist die russische Sprache eine ähnliche Häufigkeit an den Schulen auf. Hier finden sich neben 100% (5) der befragten Berufsbildenden Schulen auch 50% (1) der Gymnasien, 44,4% (4) der Haupt- und Realschulen, 33,3% (1) der Gesamtschulen und 18,5% (5) der Grundschulen. Den größten Anteil nach Türkisch und Russisch an den Schulen hat mit 24,5% (12) die polnische Sprache. Sie ist zu 80% (4) an den Berufsbildenden Schulen, 50% (1) an den Gymnasien, 22,2% (2) an den Haupt- und Realschulen und 18,5% (5) an den Grundschulen vertreten.

Es lässt sich erkennen, dass die türkische, die russische und die polnische Sprache an den Berufsbildenden Schulen mit 80% (4), 100% (5) und 80% (4) am stärksten konzentriert sind. Die größte Sprachenvielfalt hingegen findet man an den Grundschulen. Insgesamt finden sich hier neben der deutschen 16 weitere Sprachen. Sie weisen jedoch keine derartige Konzentration bestimmter Sprachen auf, wie dies bei den Berufsbildenden Schulen der Fall ist. Die größte Gruppe stellen hier mit 57,1% (1) der befragten Grundschulen diejenigen Einrichtungen, in denen keine weitere Sprache gesprochen wird. Darauf folgen mit einigem Abstand die türkische Sprache mit 25,9% (7) und die russische und polnische Sprache mit jeweils 18,5% (5).

Abbildung 43: Von Schüler/innen gebrauchte Sprachen (Anteil der Schulen)



Quelle: Schulspezifische quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

5.2.2 Fremdsprachenunterricht

Im Rahmen der folgenden Frage wurde der Fremdsprachenunterricht an den Schulen erfasst. Von den befragten Schulen gaben 82,4% (42) Schulen an, Englisch als Fremdsprache zu lehren. Hier findet sich der Großteil der befragten Schulen wieder. Mit Ausnahme der befragten Grund-, Haupt- und Realschulen, die zu 75,9% (22) bzw. 77,8% (7) angaben, Englisch an ihrer Schule zu unterrichten, finden sich alle weiteren Schulen mit bis zu 100% hier vertreten. Der Französischunterricht hingegen wird seltener angeboten. 25,5% (13) der befragten Schulen bieten ihn an. Hier finden sich 100% (2) der Gymnasien, 66,7% (2) der Gesamtschulen, 60% (3) der Berufsbildenden Schulen, 55,6% (5) der Haupt- und Realschulen sowie eine Grundschule. Die zwei weiteren Sprachen weisen im Vergleich zu den vorangegangenen die geringste Besetzung auf. Lediglich 7,8% (4) der befragten Schulen bieten Spanischunterricht an. Hier finden sich 100% (2) der Gymnasien und 40% (2) der Berufsbildenden Schulen. Schließlich bieten einige der befragten Schulen Latein an. Mit 3,9% (2) weist diese Sprache jedoch die geringste Besetzung auf, in der sich lediglich beide Gymnasien wieder finden.

Deutlich wird hier, dass Schulen Standardsprachen wie Englisch, Französisch oder Spanisch als Fremdsprache anbieten. Jedoch werden Türkisch, Russisch oder Polnisch, die die Muttersprache von vielen Schülern an den Schulen darstellen, nicht angeboten. Das kann sich als Nachteil darstellen, wenn man bedenkt, dass Bilingualität mittlerweile als große Ressource angesehen wird. Deswegen sollten die Sprachförderungsprogramme nicht nur darauf hinzielen die deutsche Sprache der Kinder mit Migrationshintergrund zu optimieren, sondern ebenfalls ihre Kompetenzen in der Muttersprache zu steigern, sei es auch nur zur besseren Verständigung im Elternhaus.

5.2.3 Sprachförderungsprogramme

Aufgrund der großen Vielfalt der Schüler mit Migrationshintergrund, welche man vor allem an den gesprochenen Sprachen festmachen kann, stellen sich große Herausforderungen bezüglich der Sprachförderung.

Vom Land Niedersachsen werden darum vielerlei Maßnahmen bereitgestellt, die zum Erlernen der deutschen Sprache führen sollen. Zum Beispiel werden neu migrierte Schüler/innen in sogenannte Sprachlernklassen aufgenommen, in denen sie ihre unzureichenden Deutschkenntnisse

optimieren können. Diese Sprachlernklassen sind schulformübergreifend und an zentralen regionalen Standorten ansässig.²⁹

Im Landkreis Göttingen finden ebenfalls Förderungsangebote im Bereich der Bildung statt, wie zum Beispiel das Projekt „Starke Schüler/innen machen starke Hausaufgaben“, welches vom Landkreis Göttingen gefördert wird. Zielgruppe hier sind Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, für die Deutschsprachförderung und Hausaufgabenunterstützung notwendig sind. Das Projekt läuft bereits erfolgreich seit 2010 in Hann. Münden, Duderstadt, Rosdorf, Bovenden, Friedland und Adelebsen.

Um auf die Umfrage zur Ausgangslage der Sprachförderung im Landkreis Göttingen zurückzukommen, wird im nächsten Abschnitt ein Überblick über Angebot und Form von Sprachförderungsprogrammen an den befragten Schulen gegeben.

In der folgenden Frage ging es darum, herauszufinden, ob an den Schulen des Landkreises Sprachförderungsprogramme vorhanden sind. Mit 63,8% (30) der befragten Schulen verfügte der Großteil über derartige Programme. Nach Schulformen differenziert lässt sich feststellen, dass die Grundschulen mit 77,8% (21) der befragten Schulen hier die größte Gruppe darstellen. Ihnen folgen die Förderschulen mit 66,7% (2), die Haupt- und Realschulen mit 57,1% (4) und die Gymnasien mit 50% (1). Die zwei kleinsten Gruppen umfassen hier die Gesamtschule mit 33,3% (1) und die Berufsbildenden Schulen mit 20% (1). 80% (4) der befragten Berufsbildenden Schulen verneinten dies bei der Umfrage. Die kleinste Gruppe in der Kategorie der Schulen ohne Sprachförderungsprogramme stellen mit 22,2% (6) die Grundschulen. Vor ihnen liegen die Förderschulen mit 33,3% (1), die Haupt- und Realschulen mit 42,9% (3), die Gymnasien mit 50% und die Gesamtschulen mit insgesamt 66,7% (2) der befragten Gesamtschulen.

Die Befragung nach Art der Sprachförderungsmaßnahmen an Schulen des Landkreises ergab folgendes Ergebnis: 11 Grundschulen bieten vorschulische Sprachkurse und begleitende Sprachförderung an, sechs Grundschulen machten bei der Befragung keine Angabe. Zwei Förderschulen sowie zwei Haupt-/bzw. Realschulen bieten begleitende Sprachförderung an, was bei den Haupt- und Realschulen einen Anteil von 50% aller befragten Schulen dieser Form

²⁹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. S.16.

ausmacht. Da nur zwei Förderschulen befragt wurden, ist der Anteil hier natürlich hoch mit 100%. Eine Haupt- und Realschule und eine Gesamtschule (IGS, KGS) gaben Sonstiges an. Insgesamt machten 20% aller befragten Schulen keine genaueren Angaben zur Art der sprachfördernden Maßnahmen.

Laut den Teilnehmern im Workshop in Hann. Münden wären mehr Projekte zur Sprach- und Bildungsförderung für Kinder und Jugendliche wünschenswert, die vor allem strategisch auf der Beziehungsebene angesiedelt sind. Dabei sollten angstfreie Räume geschaffen werden, um die Kinder mit Migrationshintergrund bestmöglich zu unterstützen. In diesen Förderungsprojekten könnten Musik und Theater als Motivatoren mit ins Spiel gezogen werden. Dadurch könnte man erreichen, dass die Kinder Ängste abbauen, sich öffnen und sich über eigene Probleme bewusst werden. Die Schule solle den Kindern als Lebensraum und nicht als eine lästige Angelegenheit vorgestellt werden. Zudem sollte die Förderung nicht nur auf die Schule beschränkt, sondern auch außerhalb der Schule stattfinden, wo es zum Kontakt mit der Aufnahmegesellschaft kommt, wie zum Beispiel in Schwimmkursen.

5.2.4 Fazit zur schulischen Sprachförderung

Zusammenfassend lässt sich hier festhalten, dass eine frühkindliche Sprachförderung enorm wichtig für den weiteren schulischen Verlauf eines Kindes ist. Die Sprachkompetenz der Kinder mit Migrationshintergrund lässt sich dementsprechend steigern, wenn Sprachförderungsmaßnahmen in den Tages- und Bildungseinrichtungen vorhanden sind und eine parallele Sprech-erziehung in der Familie herrscht.

Aus den Umfragen des Landkreises Göttingen wird deutlich, dass die Bildungseinrichtungen Maßnahmen zur Sprachförderung anbieten, jedoch wird die Frage nach Art der Maßnahme nur geringfügig beantwortet. Dies passt mit der Beobachtung in den Workshops zusammen, in denen die Teilnehmer/innen die Angebote zur Sprachförderung in den Bildungseinrichtungen als unzureichend empfinden. Es sollten im Hinblick darauf auch mehr kreative Angebote zur Sprach- und Bildungsförderung entstehen und ebenso sollten die Eltern stärker in diesen Prozess miteinbezogen werden.

Inwieweit Eltern und allgemein Erwachsene mit Migrationshintergrund mit Sprachförderungsmaßnahmen versorgt sind, soll der nächste Abschnitt zeigen.

5.3 Sprachförderung Erwachsene

Für Personen, die nicht in der Jugend nach Deutschland migriert sind, sondern erst im Erwachsenenalter ist der Spracherwerb häufig wesentlich schwieriger als für Kinder.

Die Problemlagen der Erwachsenen im Spracherwerb unterscheiden sich. Ein Teil kann sich vielleicht auf Deutsch ausdrücken, aber nicht schreiben, die anderen haben Schwierigkeiten die Sprache zu erlernen, weil sie nicht über die Grundlagen wie Lesen und Schreiben verfügen, bei wieder anderen beschränkt sich das Problem auf die komplexe Behördensprache. Demnach ist es wichtig, die Sprachförderprogramme individuell auf Migrantinnen und Migranten anzupassen. Die Bedürfnisse, Vorkenntnisse, Ziele und auch der Bildungsstand der Teilnehmer dieser Kurse variieren stark. Sprache dient als Grundstein der Kommunikation zwischen Einheimischen und Migranten, aber auch zwischen Migranten unterschiedlicher Herkunft. Im Aufnahmeland muss eine ethnien- und kulturübergreifende sprachliche Grundbasis geschaffen werden, um gegenseitige Vorurteile und Ängste abzubauen sowie Sorgen und Nöte miteinander teilen zu können:

„... zumindest elementare Sprachvermittlung auch für die Analphabeten stattfinden zu lassen, damit die Frauen die Angebote der Stadt wie z. B. Erzählcafés wahrnehmen können und auch Kontakte zu den Einheimischen aufbauen können.“ (II:195).

Natürlich gibt es auch Möglichkeiten über andere Kommunikationswege neben der Sprache mit seinen Mitmenschen in Kontakt zu treten. So bietet ein Treffpunkt für Migrantinnen internationale Tänze an. Ein nonverbales Mittel der Kommunikation zur ersten Kontaktaufnahme. Dadurch entwickelten die Migranten nach der ersten Kontaktaufnahme, laut der Projektleitung, selbst das Bedürfnis die deutsche Sprache zu erlernen. „Der Wille, die Kommunikation auch auf eine andere Ebene zu übertragen entstand so von ganz alleine.“ Die Sprachkursinitiative entstand in diesem Treffpunkt somit aus der eigenen Motivation der Teilnehmerinnen.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich im Kontakt mit anderen, ob nun mit Einheimischen, oder Migrantinnen und Migranten, das Bedürfnis nach Sprachfertigkeit von selbst entwickelt kann. Das Erlernen einer Sprache wird einfacher, wenn ein individueller Anlass dafür gesehen wird und nicht nur struktureller Zwang dahinter steht.

In den meisten vom Landkreis durchgeführten qualitativen Studien wird das Problem des Spracherwerbs am Beispiel von Frauen erläutert. Dies kann damit im Zusammenhang stehen, dass je weniger die Migrantinnen und Migranten in gesellschaftliche Strukturen integriert sind, sie umso eher Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache brauchen. Da die Männer meistens arbeiten gehen, sind sie in den meisten Fällen sofort mit der deutschen Sprache konfrontiert. Frauen hingegen stehen häufiger nur im Kontakt mit Familienmitgliedern oder Landsleuten. In ländlichen Regionen verschärft sich die Isolationssituation häufig, sodass die Frauen in manchen Fällen keinen Kontakt zu Personen außerhalb der Familie haben. Daher besteht weder die Möglichkeit, noch wird die Notwendigkeit des Spracherwerbs ersichtlich.

„... die Frau hat sechs jahrelang mit niemandem gesprochen, mit dem sie mal ein persönliches Gespräch und wenn es nur das Austausch eines Backrezeptes gewesen wäre, hätte führen können“ (II: 70-73).

Diese Aussage einer Interviewpartnerin, die täglich mit Migranten zusammenarbeitet, verdeutlicht die Einschätzung, dass Frauen mit Migrationshintergrund, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und zusätzlich im ländlichen Raum wohnen, häufig isoliert leben. Und auch einer der interviewten Migranten bestätigt dies mit seinen Aussagen. Ali (23) war ein Jahr alt, als seine Familie aus der Türkei nach Deutschland migrierte. Seine Mutter verfügt auch heute noch über sehr schlechte Deutschkenntnisse, hat daher kaum Kontakt zu Deutschen. Ihr Freundes- und Bekanntenkreis setzt sich fast ausschließlich aus Türken zusammen. Alis Vater hingegen, der die deutsche Sprache ganz gut beherrscht, hat sowohl Türken als auch Deutsche in seinem sozialen Umfeld.

Auch andere befragte Migrantinnen und Migranten machten Beobachtungen hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede im Spracherwerb und versuchten diese zu begründen. Valentina ist der Ansicht, dass türkische Frauen keine Rechte haben. Sie leben seit Jahren in Deutschland und können sich trotzdem kaum verständigen. Valentina sieht die Ursache dieser Diskrepanz in der türkischen Tradition. Rahim sagt zum selben Thema: „Meiner Meinung nach ist das die Angst, dass die Frau selbstständig wird“ und um das zu verhindern, werden muslimische Frauen aus der Öffentlichkeit ferngehalten. Der Wissensvorteil der Männer hält die Frauen in der Abhängigkeit von ihnen. Leotrim (m, 22), der Muslim ist, begründet diese Umgangsweisen mit mangelnder Bildung. Die Begründungen der Befragten für den geschlechts-

spezifischen Unterschied in der Sprachkompetenz bei Menschen mit Migrationshintergrund variieren von strukturellen, über traditionelle bis hin zu religiösen Ursachen. Man kann davon ausgehen, dass alle Faktoren mit in die Problemlage einspielen. Jedoch ist zu beachten, dass besonders im ländlichen Raum, zu dem auch der Landkreis Göttingen gehört, der mangelnde Kontakt zu Migranten anderer Herkunft und auch zu Einheimischen, den Erwerb der deutschen Sprache erheblich erschwert.

Weitere Faktoren, die den erfolgreichen Spracherwerb von erwachsenen Migrantinnen und Migranten bestimmen, sind die rechtlichen und auch strukturellen Voraussetzungen.

Migranten haben je nach Aufenthaltsstatus die rechtliche Verpflichtung einen Integrations-/ Sprachkurs zu besuchen, oder er ist nicht verpflichtet, der Betroffene hat aber die Möglichkeit einen solchen Kurs zu besuchen. Nach Aussage eines Experten komme es zum Beispiel häufig vor, dass jemand, der alle anderen Voraussetzungen erfüllt, nur aufgrund der mangelnden Sprachkenntnisse nicht eingebürgert werden kann.

„Da sind Frauen dabei, die hätten sich vor fünfzehn Jahren eigentlich schon eingebürgern lassen können. Erfüllen alles, mit Ausnahme der Sprachkenntnisse. Und da ist das Problem“ (I7:195-200).

Die Frauen sehen seit 15 Jahren nicht die Notwendigkeit oder haben nicht die Möglichkeit Deutsch zu lernen. Die Gründe dafür werden aus dem Gespräch nicht eindeutig ersichtlich. Vielleicht verlassen sich diese Frauen teilweise darauf, dass die Kinder in komplexeren Gesprächssituationen übersetzen. Ein anderer Punkt ist die eben schon erwähnte Isolation von der Aufnahmegesellschaft, da der Nutzen der Sprache für diese Frauen nicht erkenntlich ist. Hierbei handele es sich meistens um Frauen, die in den 60ern bzw. in den 70ern im Rahmen der Anwerberphase sowie aufgrund der Familienzusammenführung nach Deutschland gekommen sind.

Die mangelnde Teilnahme an den angebotenen Sprachkursen wurde auch im Workshop für Kreismitarbeiter besprochen. Es bemerkte ein Workshopteilnehmer, dass es schwierig sei, die geduldeten Personen zu erreichen. Es gebe zwar zahlreiche Sprachkursangebote für diese Gruppe, aber trotzdem käme die Mehrzahl der Geduldeten nicht zu diesem Angebot. Ein Workshop Teilnehmer erwähnt in diesem Zusammenhang, dass selbst Leute, die seit Anfang der 90er Jahre in



Deutschland leben, oft kein Deutsch können. Deren Einstellung sei für ihn aber nachvollziehbar, weil sie jederzeit abgeschoben werden könnten.

Schnell erreichbar sind nach Aussage einer Interviewten z. B. die Migranten, die im Grenzdurchgangslager Friedland ankommen. Dort gibt es Pflichtsprachkurse, die jeden Tag stattfinden. Fehlzeiten sind in diesen Kursen selten, da es wahrscheinlich an Möglichkeiten zu alternativen Beschäftigungen fehlt. Demnach scheint eine gewisse Isolation während des Spracherwerbs erfolgsfördernd zu sein. Als Problem bei den Sprachkursen stellt

sich aber auch hier wieder die unterschiedliche Lernstärke, oder auch das Vorwissen der Teilnehmer dar. Zum Teil wird die Leistungsfähigkeit der Ausländer unterschätzt, teilweise auch überschätzt. Die Sprachkursteilnehmer variieren dann zwischen dem Bestreben deutsch für die Universität bzw. andere Ausbildungen zu erlernen, oder die deutsche Sprache nur für den alltäglichen Gebrauch zu nutzen. Um die Kurse effektiver zu gestalten und um zu verhindern, dass sich die Teilnehmer nicht gegenseitig ausbremsen, müsste man die Stärken und Schwächen der Klientel genauer begutachten und diese in unterschiedliche Kurse einteilen.

In einem Punkt sind sich fast alle Befragten einig. Die deutsche Sprache ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in die Aufnahmegesellschaft, sowohl im Bereich Arbeit und Ausbildung als auch in sozialen Bereichen. Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben in Göttingen führt seit 2009 zur Erweiterung der beruflichen Sprachkenntnisse und der Berufserfahrung durch geeignete Praktika das Projekt „Berufspraktikum für Menschen mit Migrationshintergrund“ durch. Dieses Projekt richtet sich an Migrantinnen und Migranten mit mangelnden Deutschkenntnissen, die aber sonst keine weiteren Vermittlungshemmnisse haben.

Ein weiteres Projekt zur Verbesserung der sprachlichen und fachlichen Qualifikation von Personen mit Migrationshintergrund, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund von Defiziten in der deutschen Sprache erschwert wird, ist das seit 2009 laufende Projekt „Berufsbezogene Sprachförderung“, das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert wird. Getragen wurde dieses Projekt in den Jahren 2009 und 2010 von den Kreisvolkshochschulen in Göttingen und Duderstadt und seit 2011 von der Deutschen Angestellten Akademie (DAA) und dem Internationalen Bund (IB) in Göttingen, Hann. Münden und Duderstadt.

Auch wenn Deutsch teilweise im Wort beherrscht wird, muss auch die schriftliche Ausdrucksweise gefördert werden, um zum einen behördliche Anliegen regeln zu können, aber auch um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

"Also es muss wirklich mehr mit der deutschen Sprache gearbeitet werden, viel intensiver, und also da sehe ich eine ganz große Barriere, weil die können zwar deutsch sprechen, aber wenn sie dann deutsch schreiben, das ist eine mittlere Katastrophe." (I5:291-294)

Vor allem müssen Konzepte entwickelt werden, wie man die Migranten, die bereits selektive Integrationsleistungen erbracht haben, zum nachholenden Spracherwerb motivieren kann, wenn sie rechtlich nicht dazu verpflichtet sind. Für die Anderen gibt es obligatorische Integrations- bzw. Sprachkurse, welche aber spezifischer auf die Bedürfnisse der Teilnehmer abgestimmt werden müssen.

In den Interviews mit den Migrantinnen und Migranten wird auch das Thema, der behördlichen Probleme nochmals erläutert. „Das ist das A. und O. Ohne Sprache funktioniert gar nichts“ meint Rahim (m, 59) aus Tansania. Und weiter: Ohne eine gemeinsame Sprache kann man sich nicht verständigen und das Gesagte wird bei schlechtem Gebrauch der Sprache falsch interpretiert. Rahim, der in den USA ein Studium abschloss und in Deutschland eine Weiterbildung absolvierte, ist der Ansicht, dass viele Migranten die an sie gestellten Forderungen schlicht und ergreifend nicht verstehen. Gerade die deutsche Amtssprache sei sehr schwer zu verstehen. Für Fuad (m, 58), der in Syrien einen eigenen Betrieb führte, war die deutsche Alltagssprache schon schwer zu erlernen, die juristische Behördensprache stellt ihn heute noch vor Probleme, sodass er bei Behördengängen immer einen deutschen Muttersprachler mitnimmt. Man muss dazu sagen,

dass Fuad bis vor kurzem als Diakon arbeitete und somit eine öffentliche Position einnahm, in der er viel Kontakt zu seiner Außenwelt pflegte. Der Gebrauch der deutschen Sprache ist ihm daher nicht fremd und er begleitet selber arabische Migrantinnen und Migranten bei Behördengängen. Ihm ist aber bewusst, dass auch er noch Defizite bei der Verständigung mit Behörden hat. Seine Frau gibt für neu angekommene Migrantinnen und Migranten Kurse, die bei der Eingewöhnung helfen sollen. Dabei lernen diese zum Beispiel die deutschen Namen von Lebensmitteln. Ebru (w, 50), die aus der Türkei stammt und seit 34 Jahren in Deutschland lebt, fungiert privat als Dolmetscherin, hilft bei dem Ausfüllen von behördlichen Dokumenten und begleitet Migranten beim Arztbesuch. Ebru hat die Erfahrung gemacht, dass viele Migranten aus Angst vor einer Blamage vor allem in öffentlichen und amtlichen Situationen nicht sprechen wollen.

Die Migrantinnen und Migranten haben die deutsche Sprache oftmals „von der Straße“ gelernt und dementsprechend viele Fehler haben sich im Sprachgebrauch festfahren, die auch durch einen Sprachkurs nur schwer zu beheben sind. In der Familie wird auf die Muttersprache zurückgegriffen. Diese Sprachprobleme führen dazu, dass die Migrantinnen und Migranten sich nicht selbst verwirklichen können. Viele können sich nicht mal dazu überwinden in der Öffentlichkeit deutsch zu sprechen. Valentina kam als 12jähriges Mädchen nach Deutschland. Zwar gab es damals, im Jahr 1993, noch keine Sprachkurse für Migranten, aber Valentina hat mithilfe von Bilder- und Kinderbüchern und neu gewonnenen deutschen Freunden die Sprache relativ schnell gelernt. Kinder befinden sich durch das spielerische Erlernen der Sprache – und auch den Zwang, in die Schule gehen zu müssen – in einer vollkommen anderen Position als ihre Eltern. Valentinas Mutter spricht auch jetzt nur gebrochenes Deutsch, lange musste die Tochter für die Mutter übersetzen, was sehr belastend für Valentina war. Ihre Mutter hatte in den ersten Jahren Arbeit in einer Fabrik gefunden, wurde aber aufgrund ihrer Nationalität und der mangelnden Sprachkenntnisse gemieden und schließlich gemobbt. Auch Maribel (w, 50) aus Georgien kam zu einer Zeit nach Deutschland, als es noch keine Sprachkurse gab. Sie hat die deutsche Sprache durch ihren Mann und vor allem ihre Kinder gelernt. Ihren Akzent wird sie jedoch behalten, denn der Akzent, der durch die Muttersprache hervorgerufen wird, lässt sich nur schwer ablegen. Ayana (w, 37), die aus Äthiopien stammt, kam 2007 nach Deutschland. Sie lernt die deutsche Sprache durch einen Sprachkurs und mithilfe ihres Ehemannes. Zudem schaut sie deutsches Fernsehen und nimmt dabei ein Wörterbuch zu Hilfe. Am wichtigsten ist für Ayana, dass sie immer nachfragt, sobald sie etwas nicht versteht. Im Moment ist sie noch zu schüchtern und zu unsicher, um

Kontakt mit fremden Personen aufzunehmen. Durch den mangelnden Kontakt hat sie zu Beginn ihres Aufenthaltes ein Gefühl der Fremdenfeindlichkeit beschlichen, was sich mittlerweile allerdings gelegt hat. Ihr Mann ist der Ansicht, dass Ayana mit der stetigen Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse auch mehr Kontakt mit der Außenwelt aufnehmen wird. Sowohl Rahim als auch Marta (w, 31) aus Polen sind der Meinung, dass schlechte Sprachkenntnisse mit einem Fremdheitsgefühl einhergehen. Die Bereitschaft zum Kontakt muss laut Rahim auf beiden Seiten, der der Einwanderer und der der Einheimischen, vorhanden sein. Marta ist aufgrund ihrer Defizite in der deutschen Sprache schüchtern. Allerdings absolviert sie an der Universität Kassel ein Aufbaustudium, in dem sie in Kontakt mit Deutschen tritt. Dilara (w, 19) beobachtet, dass man bei falschem Gebrauch der deutschen Sprache ausgelacht wird. Allerdings ist sie der Meinung, dass das keine Situation ist, die nur auf Deutschland bezogen werden kann, sondern Allgemeingültigkeit besitzt. Adrijane (w, 42) aus Kosovo hat trotz Sprachproblemen immer Hilfestellungen von Deutschen erhalten. Leotrim's großer Bruder Rinor musste wegen seinem Duldungsstatus seine angefangene Ausbildung abbrechen. Trotzdem ist Rinor der Ansicht, dass diese Zeit nicht verschwendet ist, denn in der Berufsschule hatte er die Möglichkeit, seine Sprachkenntnisse zu verbessern.

Durchgängig berichten die Interviewten von der Unsicherheit und der Hemmung mit Deutschen in Kontakt zu treten und in der Öffentlichkeit Deutsch zu sprechen. Es ist häufig nicht die mangelnde Bereitschaft, die Sprache zu erlernen, sondern das Bewusstsein um die eigenen Defizite, die die Kontaktaufnahme erschweren und die behördlichen Hindernisse, die mit den schlechten Sprachkenntnissen einhergehen.

In der vom Landkreis durchgeführten quantitativen Befragung wurden die Migrantinnen und Migranten zur Selbsteinschätzung ihrer Deutschkenntnisse, wie auch zu ihrer Zufriedenheit mit der ihnen in Deutschland gebotenen Unterstützung bei Spracherwerb befragt. Eine Selbsteinschätzung der Zielgruppe ist unerlässlich, um die zukünftigen Angebote auf die Bedürfnisse anzupassen.

5.3.1 Befragung der Migrantinnen und Migranten

5.3.1.1 Kenntnis der deutschen Sprache

34 % beschreiben ihre Sprachkenntnisse als sehr gut, 39 % als gut und 24 % als mittel. Lediglich ein Befragter glaubt der deutschen Sprache kaum mächtig zu sein. Die Personen, die in Deutschland geboren wurden, zeichnen sich zu fast zwei Dritteln durch sehr gute Sprachkenntnisse aus. 27 % bescheinigen sich gute und 9 % mittlere Deutschkenntnisse.

Es ist erstaunlich, dass die gebürtigen Deutschen sich nicht noch besser einschätzen. Es kann in diesem Kontext vermutet werden, dass die gebürtigen Deutschen bei der Einschätzung ihrer Deutschkenntnisse eher die Einheimischen als Referenzgröße nehmen. Ob es sich dabei tatsächlich um sprachliche Defizite handelt, ist aufgrund des Instruments der Selbsteinschätzung nicht abschließend zu klären. Bei den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien deutet die Einschätzung auf eine größere Spaltung hin: Während sich überdurchschnittliche 45 % von ihnen sehr gute Deutschkenntnisse zuschreiben, schätzt ein Drittel die Sprachfähigkeit mittel ein. Die Befragten mit türkischer oder sowjetischer Herkunft schätzen ihre Deutschkenntnisse etwas schwächer ein als der Gesamtdurchschnitt. Die gebürtigen Iraner und Syrer sind die Gruppe, die ihre Sprachfertigkeit am geringsten bewertet. Für die sonstigen Geburtsländer gilt, dass die Einschätzung weniger breit variiert, in dem Sinn, dass weniger Personen ihre Deutschkenntnisse für sehr gut oder mittel halten und mehr Befragte sie für gut befinden.

5.3.1.2 Wunsch nach Verbesserung der Deutschkenntnisse

Vier von fünf Personen wollen ihre Deutschkenntnisse verbessern. Jeweils etwa 10 % planen nicht ihre Sprachfähigkeit zu optimieren, oder sie sagen, sie wüssten nicht, ob sie an ihrer Sprachfertigkeit arbeiten wollen. Insgesamt ist die Variation zwischen den Bürgern aus unterschiedlichen Staaten gering. Auffällig ist, dass sich bei den Personen, die in der ehemaligen UDSSR geboren wurden, keine Person sich dazu bekennt, die Deutschkenntnisse nicht verbessern zu wollen. Es ist zu vermuten, dass diese Migrantengruppe sich rechtlich als Deutsche definiert und trotz vorhandener Sprachdefizite keine Notwendigkeit einer Verbesserung sieht. Zudem besteht bei den Befragten mit jugoslawischem Hintergrund eine besondere hohe Bereitschaft zur Sprachoptimierung von 90 %. Bei den gebürtigen Deutschen ist dieser Wert mit 50 % zwar am niedrigsten, für Muttersprachler ist er allerdings erstaunlich hoch. Dies verweist darauf, dass die

Frage nach der Verbesserung der Sprachkenntnisse stark mit dem vorhandenen Sprachniveau korrelieren sollte. Es zeigt sich, dass gerade die Personen, die ihre Sprachfertigkeit am geringsten einschätzen, sich für die Antwortkategorie „weiß nicht“ entschieden haben. Die Deutung, dass sie diese Kategorie aus sozialer Erwünschtheit gewählt wurde, um nicht zu sagen, dass kein Wunsch nach Verbesserung besteht, scheint plausibel. Es bestätigt sich die Vermutung, dass die Personen, die ohnehin bereits sehr gute Deutschkenntnisse haben unterproportional ihre Sprachfähigkeiten verbessern wollen.

Der Wunsch nach Verbesserung der Deutschkenntnisse wurde in der Befragung ein zweites Mal gemessen. Am Ende des Fragebogens konnten die Probanden aus einer Palette von Items in Form von integrationsbezogenen Angeboten und Möglichkeiten wählen. Eine Möglichkeit war es zu sagen, „Ich möchte die deutsche Sprache besser lernen.“ Etwas weniger als zwei von drei Personen geben an, ihre Deutschkenntnisse verbessern zu wollen. Bei diesem Frageterm war die Sprachverbesserung eine von vielen Optionen. Es verwundert nicht, dass geringere Werte als bei der direkten Frage (geplante Verbesserung: Ja oder nein) gemessen werden.

In Bezug auf die Verteilung auf die Länder zeigt sich, dass die gebürtigen Iraner und Syrer bei dieser zweiten Erhebungsart besonderen Willen zur Verbesserung der Kenntnisse verkündet haben. Die gebürtigen Türken büßen den stärksten Verlust gegenüber der ersten Erhebungsart ein.

5.3.1.3 Unterstützung beim Deutsch lernen

Mit 46 % fühlt sich fast die Hälfte der Befragten ausreichend unterstützt beim Erlernen der deutschen Sprache. 42 % würden der Aussage zum Teil zustimmen und lediglich jeder Zehnte ist mit den gegebenen Möglichkeiten nicht zufrieden. Die Variation über die Geburtsländer ist moderat. Auffällig ist nur, dass die Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion zu 29 % mit der vorhandenen Unterstützung nicht einverstanden sind. Dies markiert die negativste Einschätzung. Unter den gebürtigen Türken hat niemand eine mangelnde Hilfeleistung bei der Sprachverbesserung beklagt. Dieser Befund, dass die Hälfte der Befragten im Landkreis sich ausreichend unterstützt beim Erlernen der deutschen Sprache fühlt, zeigt, dass im Landkreis Göttingen bereits existierende Sprachförderangebote den Adressaten bekannt sind aber weiterhin zielgruppenspezifisch ausgeweitet werden müssen.

5.3.1.4 Beratung in der Muttersprache (Gesundheit, Rente, Erziehung)

Die Befragten sollten eine Reihe von möglichen Angeboten beurteilen. Eines dieser Items war die Bedeutung der Beratung in verschiedenen Lebensbereichen in der Muttersprache. Diese Frage taucht in diesem Kapitel aufgrund der sprachlichen Komponente auf. Für gut ein Viertel ist ein solches Angebot bedeutsam. Jeweils gut ein Drittel hält es für mittelmäßig oder gar nicht wichtig. Außergewöhnlich sind lediglich die Werte für die gebürtigen Iraner und Syrer, von denen sich niemand ein solches Angebot wünscht.

Die Erhebung zeigt uns zum einen, dass über 70% der Befragten Migrantinnen und Migranten, ihrer Selbsteinschätzung nach mindestens über gute Sprachkenntnisse verfügen und nur einer von 100 seine Sprachkenntnisse als nicht gut einschätzt. Diese Zahlen verwundern im ersten Augenblick. In der nächsten Frage wird dann deutlich, dass aber vier von fünf durchaus ihre Sprachkenntnisse gerne verbessern würden. Also eine Nachfrage an Sprachförderprogrammen für Erwachsene besteht dementsprechend.

5.3.2 Fazit zu Sprachförderung Erwachsene

In den verschiedenen Erhebungen wurden im Zusammenhang mit dem Spracherwerb von Erwachsenen einige Themen immer wieder betont und stellen somit die wichtigsten Problemlagen dar.

Zum einen wurden immer wieder die besonderen Herausforderungen des Spracherwerbs im ländlichen Raum erwähnt. Durch geringe Bevölkerungsdichte und zusätzlich eingeschränkter Mobilität bleibt der Kontakt zu Einheimischen, aber auch zu anderen Migranten außerhalb der Familie häufig aus. Dabei sind soziale Kontakte zu verschiedenen Nationalitäten und auch zu Einheimischen besonders förderlich für den Spracherwerb. Im Workshop in Duderstadt wurde in diesem Zusammenhang an einem Thementisch die Wichtigkeit des Führerscheinerwerbs diskutiert, um die dezentralen Integrationsprojekte in Anspruch nehmen zu können.

Es stach die wiederkehrende Annahme hervor, dass der Spracherwerb durch genderspezifische Faktoren beeinflusst wird. Hierbei ist zum einen die geringere Erwerbstätigkeit der Frauen ein wichtiger Anhaltspunkt (siehe Abschnitt Arbeit und Einkommen), denn dadurch entfallen viele soziale Kontakte und die Konfrontation mit der deutschen Sprache. Andere Faktoren spielen laut

Aussage befragter Migrantinnen und Migranten, aber auch eine Rolle, denn traditionelle und religiöse Einstellungen erschweren ebenfalls häufig den Besuch von Sprachkursen in öffentlichen Einrichtungen. Projekte, wie der Sprachkurs für Frauen mit Migrationshintergrund, der im Moscheeverein Hann. Münden abgehalten wurde und in Kooperation von Kreisvolkshochschule und Integrationsbeauftragter entstanden ist, können erste Schritte sein, ein Sprachangebot zu stellen.

Des Weiteren wurde durch die Befragungen in den vom Landkreis durchgeführten qualitativen Interviews deutlich, dass es häufig nicht die mangelnde Bereitschaft ist, die Sprache zu erlernen, sondern das Bewusstsein um die eigenen Defizite, das hemmt. Dies erschwert die Kontaktaufnahme und die Bewältigung behördlicher Hindernisse. Die Menschen sind teilweise aus Angst sich zu blamieren oder falsch verstanden zu werden gehemmt, die deutsche Sprache zu benutzen.

5.4 Fazit

Sprache ist die Grundlage für gesellschaftliches Zusammenleben, denn nur wenn alle mindestens eine gemeinsame Sprache sprechen, können Vorurteile und Ängste beseitigt werden, aber auch Sorgen und Nöte miteinander geteilt werden.

Sprachförderung sollte bestenfalls im frühkindlichen Alter stattfinden. Denn je früher die Kinder gefördert werden, desto größer sind für diese die Möglichkeiten im Bildungssystem und somit auch die Chancen auf strukturelle und soziale Integration.

Wenn schon im Kindesalter mit der intensiven Sprachförderung begonnen wird, kann damit späteren Sprachhemmungen mit der Außenwelt präventiv entgegengewirkt werden. Besonders Projekte, die auf der Beziehungsebene angesiedelt sind, können Ängste abbauen und Kindern in ihrem Selbstbewusstsein bestärken. Auch die Beteiligung der Eltern ist in solchen Projekten äußerst sinnvoll, wie beispielsweise im „Rucksackprojekt“. Dadurch werden nicht nur die Sprachkompetenzen der Kinder gefördert, sondern auch die Eltern haben die Möglichkeit ihre Sprachkompetenzen zu erweitern.

Bezüglich der Erwachsenensprachförderung müssen gerade die Frauen betrachtet werden, da diese in ländlichen Gebieten besonders benachteiligt sind. Die Frauen gehen wesentlich seltener als ihre Männer einer Erwerbstätigkeit nach. Dadurch kommen sie weniger in Kontakt mit der

Aufnahmegesellschaft und so auch mit der deutschen Sprache. Daher wird seltener die Notwendigkeit gesehen, sich die deutsche Sprache anzueignen.

Wie im Workshop in Duderstadt zur Sprache kam, sollten Projekte darum langfristig und besser gefördert werden. Dabei könnten dann erfolgreiche Projekte wie das Café Grenzenlos entstehen, welches zur Zusammenkunft, zum Austausch und zur Sprachförderung von Frauen verschiedenster Nationen führt.

6 Arbeit und Einkommen

In diesem Themenfeld geht es um die Arbeitsmarktintegration der Ausländerinnen und Ausländer, sowie der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland und speziell im Landkreis Göttingen.

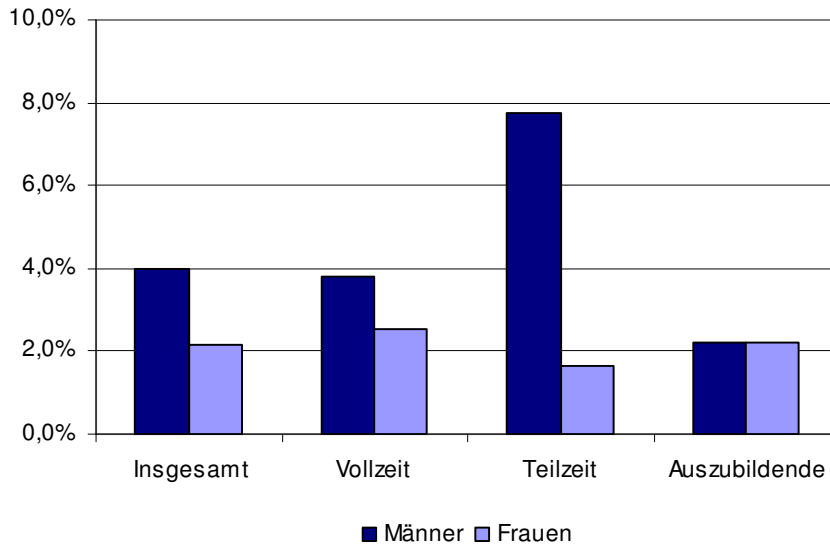
Arbeit kann als Katalysator für eine gelungene Integration in die Aufnahmegesellschaft dienen. Die Erwerbstätigkeit bildet einen der wichtigen Ausgangspunkte, von denen aus strukturelle Integration erfolgen kann. Wegen ihrer Bedeutung für den strukturellen Integrationsprozess, der wiederum soziale Integration fördert, spielt sie sowohl in den empirischen Studien, die vom Landkreis durchgeführt worden sind, als auch in den Integrations-Workshops eine tragende Rolle. Auch Integrationsexperten aus dem Landkreis stützen die Meinung, dass Erwerbstätigkeit den Integrationsprozess deutlich beschleunigt.

6.1 *Sekundärdaten zu ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern*

In einer modernen Gesellschaft fungiert Arbeit im Sinne von Erwerbstätigkeit als persönlich und sozial identitätsstiftend und darüber hinaus definieren sich viele Individuen über die von ihnen ausgeübte Arbeit. Die Arbeit bildet im klassischen Sinne die Grundlage zur Finanzierung der Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig ermöglichen ausreichende finanzielle Mittel die Erfüllung von Bedürfnissen, Wünschen und Träumen. So steht es in einer Studie, die im Jahr 2010 vom Landkreis Göttingen zum Thema Integration durchgeführt wurde. Migrantinnen und Migranten bilden, wie im Rahmen dieses Berichts noch deutlich werden wird, eine nicht zu vernachlässigende Gruppe auf dem Arbeitsmarkt des Landkreises.

6.1.1 Ausländeranteil an den Beschäftigten im Landkreis

Abbildung 44: Ausländeranteil an Beschäftigten nach Art der Beschäftigung

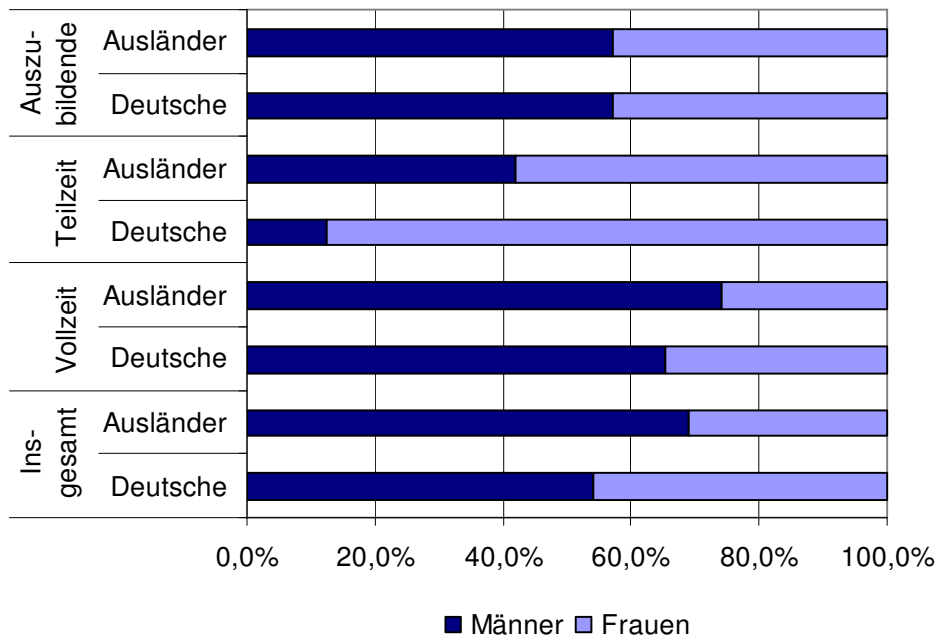


Quelle: LSKN, Tabelle: M70A0311, Stichtag: 30.06.2007.

Insgesamt beträgt der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer/innen 3,2%. Bei den Männern ist der Anteil mit 4% doppelt so groß wie bei den Frauen. Der Ausländeranteil bei den Vollzeitbeschäftigten liegt bei den Männern bei etwa 4% und bei den Frauen bei 2%. Knapp 8% der Teilzeitbeschäftigten sind Männer. Bei den Frauen beträgt der Ausländeranteil hier hingegen nur knapp 2%. Bei den Auszubildenden liegt der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern bei 2%.

Unter den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landkreis Göttingen selbst, die tariflich beschäftigt sind, finden sich etwas mehr als 5% Kolleginnen und Kollegen, die nicht in Deutschland geboren worden sind. Bei den Beamten sind es knapp 2% der Kollegen. Der Wert der Personen mit Migrationshintergrund, die beim Landkreis Göttingen arbeiten, weicht kaum vom Prozentsatz der ausländischen Arbeitnehmer/innen im Landkreis ab, wobei die Werte der tariflich Beschäftigten über dem Durchschnitt der ausländischen Arbeitnehmer/innen und die der Beamten unter dem Durchschnitt der ausländischen Arbeitnehmer/innen liegen.

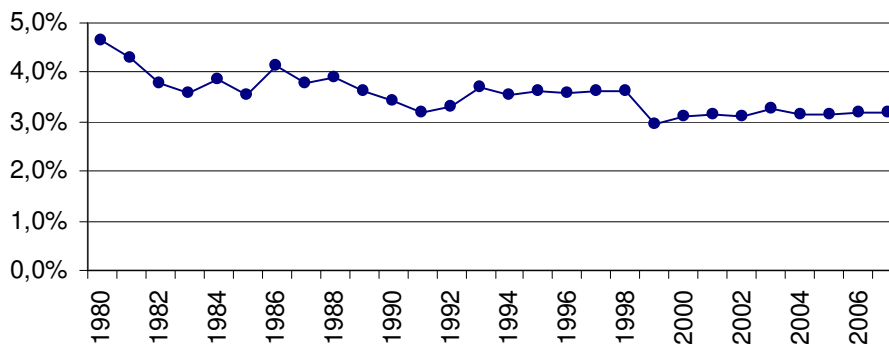
Abbildung 45: Beschäftigte nach Arbeitsform und Geschlecht



Quelle: LSKN, Tabelle M70A0311, Stichtag: 30.06.2007.

Bei den Auszubildenden ist der Anteil der Frauen und Männer bei Ausländern und Deutschen gleich (fast 60% der Auszubildenden sind Männer). 40% der ausländischen Teilzeitarbeiter/innen sind Männer, während es bei den deutschen nur 15,5% Männer sind. 74% der ausländischen Vollzeitangestellten sind Männer, bei den Deutschen sind es 65%. Insgesamt liegt der Anteil der ausländischen Männer um 15% über dem der deutschen Männer. Das heißt, der Anteil der ausländischen Frauen ist deutlich geringer.

Abbildung 46: Ausländeranteil an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort im Zeitverlauf (1980-2007)

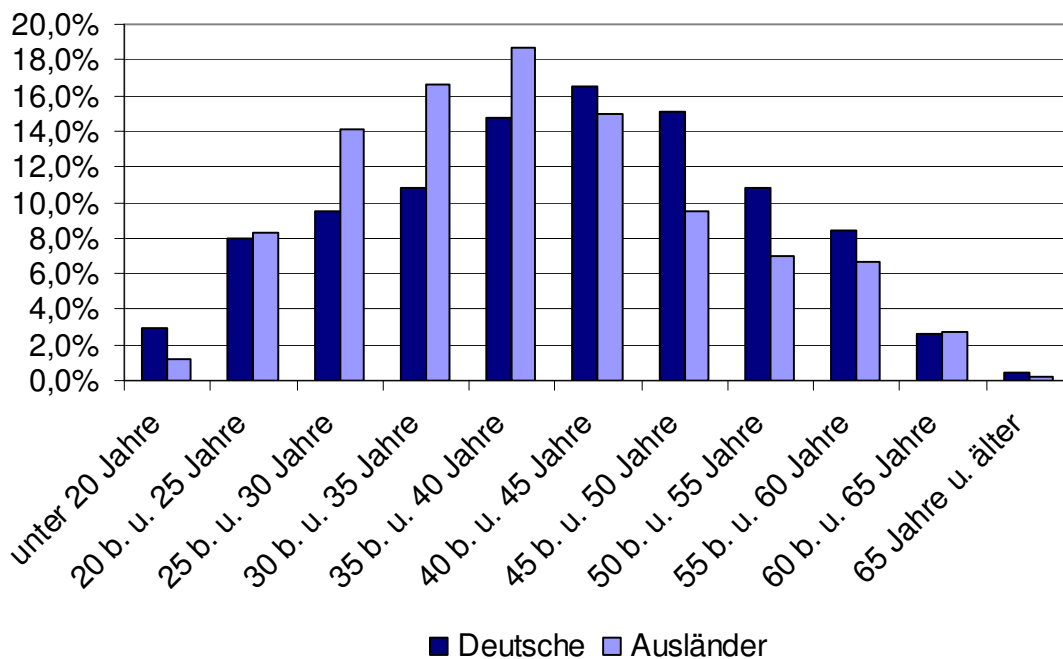


Quelle: LSKN, Tabelle: Z70A0321, Zeitraum 1980-2007.

In Bezug auf die Anzahl der ausländischen Sozialversicherten zeigt sich im Zeitverlauf von 1980 bis 2007 ein leicht negativer Trend. Von anfänglich fast 5% im Jahr 1980 ist sie auf seit 2000 konstante 3,2% gesunken.

6.1.2 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Alter

Abbildung 47: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Alter

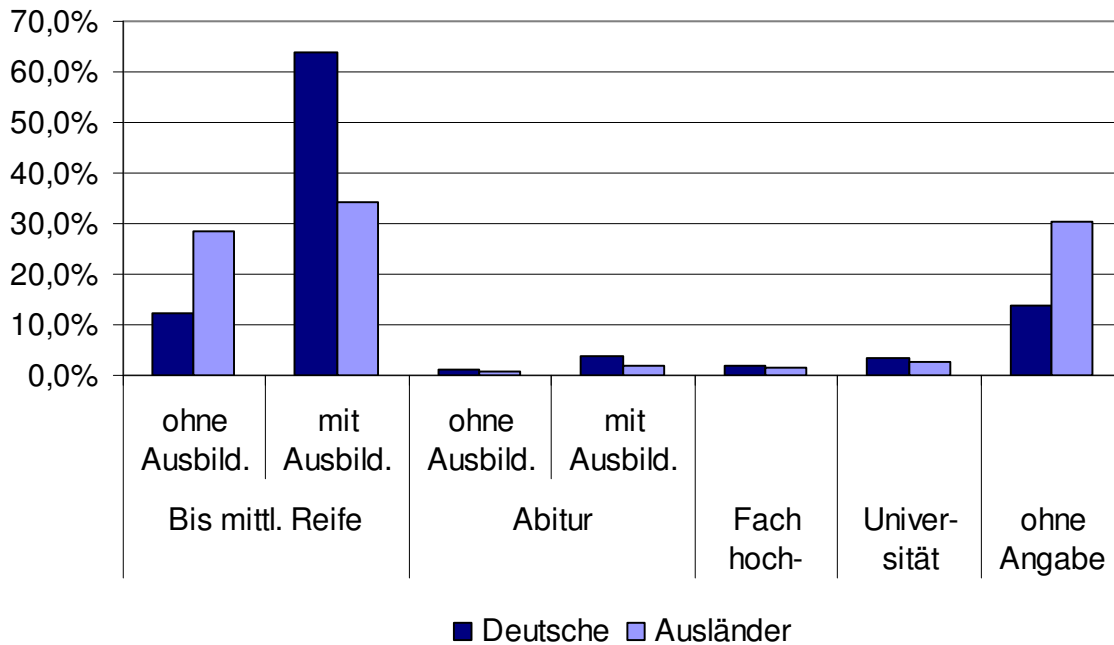


Quelle: LSKN, Tabelle: K70A0421, Stichtag: 30.06.2007.

Bei der Verteilung der deutschen und ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Arbeitsort nach Alter zeigt sich wiederum, dass die ausländischen Arbeitnehmer/innen im Durchschnitt jünger sind als die deutschen. Bei den 20- bis 40-Jährigen weisen die Ausländer/innen einen höheren Prozentsatz auf.

6.1.3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Ausbildung

Abbildung 48: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort nach Ausbildung



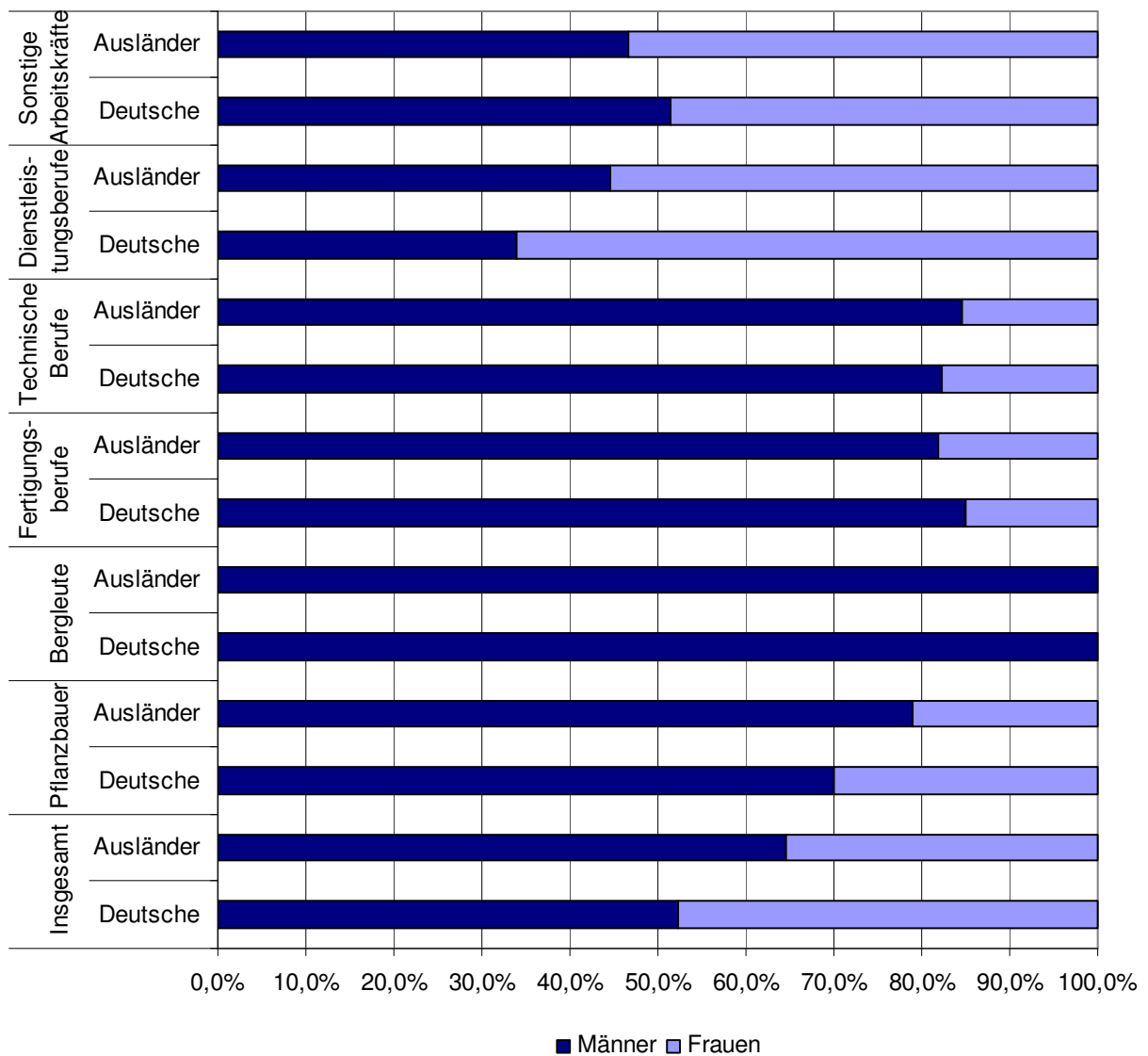
Quelle, LSKN, Tabelle: K70A0631, Stichtag: 30.06.2007.

Über 60% der Deutschen haben die mittlere Reife mit Ausbildung und 11% ohne Ausbildung. Bei den Ausländern und Ausländerinnen ist der Anteil mit 32% nur halb so groß, während der Anteil der Ausländer/innen mit mittlerer Reife ohne Ausbildung fast dreimal (29%) so hoch ist. Die Deutschen weisen jeweils einen etwas höheren Anteil an Beschäftigten mit Abitur, Fachhochschulreife und Universitätsabschluss auf. Der Anteil der Befragten ohne Angabe ist mit 13% der Deutschen und 30% der Ausländer sehr hoch.

6.1.4 Sozialversicherungspflichtige nach Berufsbereichen

Bei den Dienstleistungsberufen sind 33% der deutschen Beschäftigten Männer. Bei den Ausländerinnen und Ausländern sind es fast 45%. Bei den Pflanzbauern beträgt der Anteil der deutschen Frauen ebenfalls 10% mehr als bei den Ausländerinnen und Ausländern. Bei den Deutschen beträgt der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer insgesamt 48%, während er bei den Ausländern nur 36% beträgt.

Abbildung 49: Sozialversicherungspflichtige nach Berufsbereichen

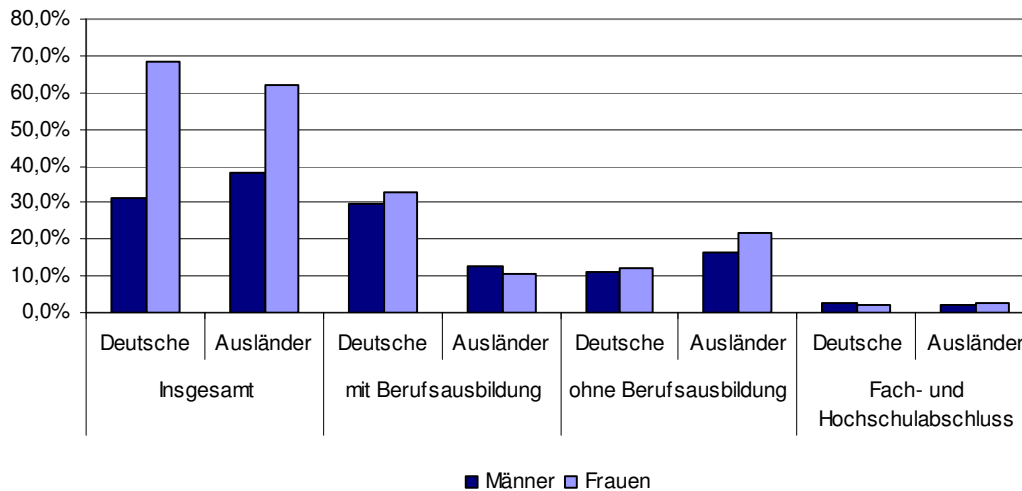


Quelle: Statistik-Service Nordost, Stichtag: 31.03.2010.³⁰

³⁰ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) nach Berufsbereichen und -gruppen der ausgeübten Tätigkeit, Hannover, Stichtag: 31.03.2010 (vorläufiger Stand).

6.1.5 Geringfügig entlohnte Beschäftigung

Abbildung 50: Prozentuale Anteile der geringfügig entlohten Beschäftigten nach Geschlecht und Bildung

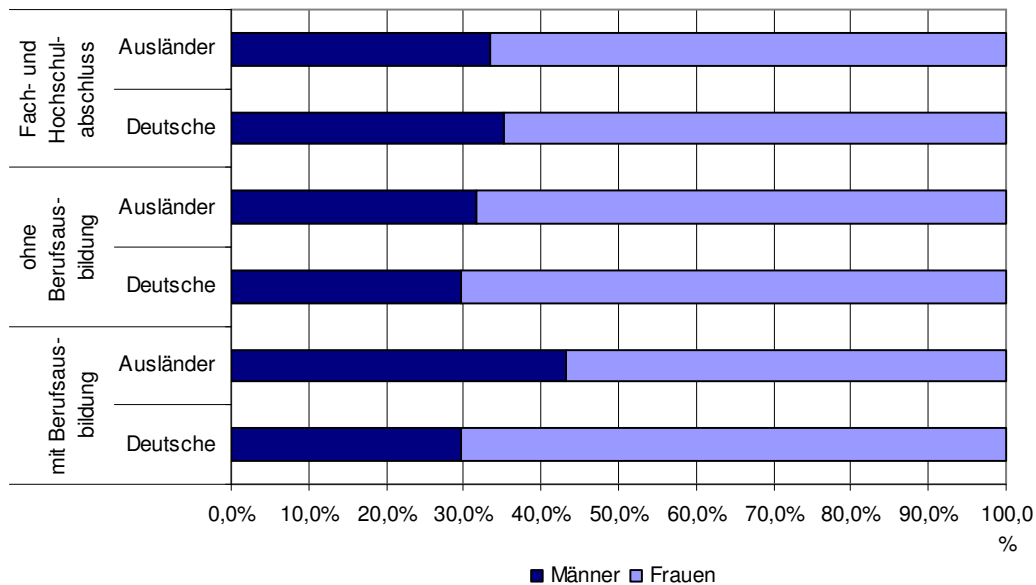


Quelle: Statistik-Service Nordost, Stichtag: 31.03.2010.³¹

Fast 68% der deutschen geringfügig entlohten Beschäftigten sind weiblich. Bei den Ausländerinnen und Ausländern beträgt der Anteil 62%. 30% der deutschen geringfügig entlohten Beschäftigten haben eine Berufsausbildung, während es bei den Ausländern nur rund 10% sind. 22% der ausländischen Frauen und 16% der ausländischen Männer haben keine Berufsausbildung, während es bei den deutschen nur 12 bzw. 11% sind. Jeweils 2% der ausländischen und 2% der deutschen geringfügig entlohten Beschäftigten haben einen Fach- oder Hochschulabschluss. Aufgrund der Datenlage ist für 67% der ausländischen und 55% der deutschen geringfügig entlohten Beschäftigten keine Aussage über ihre Bildung möglich.

³¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) nach Berufsbereichen und -gruppen der ausgeübten Tätigkeit, Hannover, Stichtag: 31.03.2010 (vorläufiger Stand).

Abbildung 51: Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Geschlecht und Bildung



Quelle: Statistik-Service Nordost, Stichtag: 31.03.2010.³²

57% der ausländischen geringfügig entlohten Beschäftigten mit Berufsausbildung sind Frauen. Bei den deutschen beträgt der Anteil sogar 70%. Ebenso verhält es sich bei den deutschen geringfügig entlohnt Beschäftigten ohne Berufsausbildung. 68% der ausländischen geringfügig entlohten Beschäftigten ohne Berufsausbildung sind Frauen. Bei den Fach- und Hochschulabschlüssen sind ebenfalls 65% der deutschen und ausländischen geringfügig entlohten Beschäftigten Frauen.

6.1.6 Soziale Sicherung³³

Die Arbeitslosenquote der Ausländer beträgt insgesamt 17,5%. Die Arbeitslosenquote der ausländischen SGB II-LeistungsempfängerInnen beträgt 14,2% und der ausländischen SGB III-LeistungsempfängerInnen beträgt 3,3%. Insgesamt betrug die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 8,2%. Davon waren 5,6% SGB II-LeistungsempfängerInnen und 2,6% SGB III-LeistungsempfängerInnen.

Von den Arbeitslosen im Bestand sind 11,5% AusländerInnen.

³² Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Arbeitsort (AO) nach Berufsbereichen und -gruppen der ausgeübten Tätigkeit, Hannover, Stichtag: 31.03.2010 (vorläufiger Stand).

³³ Quelle: Jobcenter Landkreis Göttingen, Stichtag: 31.8.2010.

Am Stichtag gab es 1556 Ausländer/innen im Landkreis, die Hilfeleistungen erhalten aus den Bereichen Hartz IV (SGB II), AsylbLG, Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII). Davon beziehen 63,88% Leistungen nach Hartz IV/SGB II und 36,12% beziehen Leistungen nach SGBXII, Grundsicherung oder Asyl. Von den Hartz IV/SGB II-LeistungsempfängerInnen beziehen 26,46% Sozialgeld und 73,54% sind erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Von den gesamten Hartz IV/SGB II-LeistungsempfängerInnen sind 11% AusländerInnen. Über die geschlechtliche Verteilung kann aufgrund der Datenlage keine Aussage getroffen werden.

6.2 *Der Werdegang und die aktuelle Situation von berufstätigen Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen*

Dieser Abschnitt stützt sich auf die quantitative Studie des Landkreises zur Situation von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund aus dem Jahr 2010. Hierbei wurden Schulabschluss und Berufstätigkeit der Personen im Herkunftsland und im Landkreis erhoben und verglichen. Auch wurde nach der Zufriedenheit der Personen mit ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Situation gefragt.

6.2.1 Schulische Qualifikation und Ausbildung der Personen mit Migrationshintergrund

Der Schulabschluss ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein wichtiger Faktor, der für einen Arbeitnehmer über Einstellung oder Absage entscheiden kann. Er weist den Weg für die weiteren Ausbildungschancen.

6.2.1.1 Schulabschluss der befragten Personen mit Migrationshintergrund

Die Befragten aus der quantitativen Studie sollten Auskunft über ihren höchsten formalen Bildungsabschluss geben. 5 % der Probanden verfügen zum Befragungszeitpunkt über keinen Abschluss, 1 % hat nach der Grundschule keine weitere Bildung genossen. Haupt- oder Realschulabsolventen bilden ein knappes Drittel der Befragten, 15 % verfügen über das Abitur oder die Fachhochschulreife und 18 % können ein abgeschlossenes Studium aufweisen. Als Antwortmöglichkeiten waren auch die berufsbezogenen Angaben über den Besuch der Berufsschule (12 %) und den Abschluss einer Ausbildung (17 %) enthalten. Es ist nicht objektiv zu

sagen, ob eine Ausbildung oder beispielsweise ein Realschulabschluss höher zu werten ist. Welchen Schulabschluss Personen haben, die die berufsbezogenen Antwortkategorien gewählt haben, bleibt somit ungeklärt.

Die differenzierte Darstellung nach Geburtsland ist bei dieser Frage aufgrund der vielen möglichen Abschlüsse komplex. Die geringste formale Bildung ist bei den Befragten aus Regionen des ehemaligen Jugoslawiens beobachtbar. 17 % haben nur die Grundschule 39 % die Realschule abgeschlossen. 13 % haben mindestens die Hochschulreife erreicht (inkl. Studierten). Ein sehr hoher Bildungsgrad ist bei den Iranern und den Syrern zu beobachten. 38 % der Untersuchten sind studiert und weitere 38 % verfügen mindestens über die Fachhochschulreife. Vergleichbare Werte liegen nur für Personen aus den gesamten „sonstigen“ Staaten vor. 46 % sind Hochschulabsolventen und weitere 15 % geben als höchsten Abschluss das Abitur bzw. die Hochschulreife an. Hohe Werte hinsichtlich der hohen Bildungsabschlüsse weisen die Befragten mit sowjetischem Hintergrund auf. Ein knappes Viertel von ihnen hat studiert, weitere 18 % verfügen mindestens über die Hochschulreife. Allerdings sind gleichzeitig 5 % ohne Abschluss und leicht überdurchschnittliche 27 % haben einen Haupt- bzw. Realschulabschluss. Es ist also innerhalb dieser Migrantengruppe eine Polarisierung zwischen Hochgebildeten und formal wenig Gebildeten bemerkbar. Unter den gebürtigen Deutschen und den gebürtigen Türken sind überproportional viele Personen auszumachen, die ihre Ausbildung als höchsten Abschluss angeben. Es ist denkbar, dass es sich um Befragte handelt, die maximal den Realschulabschluss haben, da ein absolviertes Abitur wahrscheinlich eher als höchster Abschluss angegeben werden würde als eine abgeschlossene Ausbildung. Für die Türkischstämmigen ist zudem der Hauptschul- bzw. Realschulabschluss mit 40 % deutlich überrepräsentiert.

6.2.1.2 Ausbildung nach dem jeweiligen Geburtsland

In der quantitativen Studie konnten die einzelnen Personen mit Migrationshintergrund nach ihrem Geburtsland und ihrer Ausbildungsform aufgeschlüsselt werden.

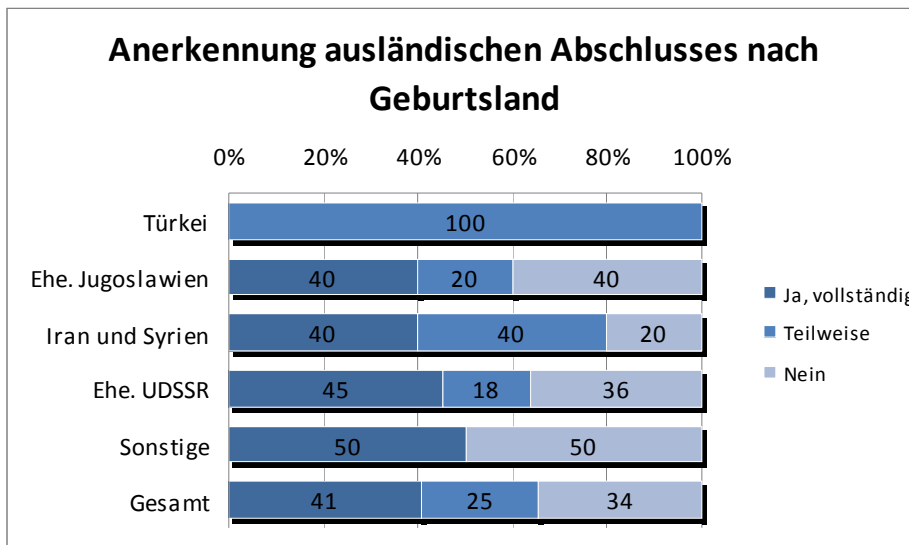
Die gebürtigen Deutschen mit Migrationshintergrund sind als Sonderfall zu betrachten. Es überrascht kaum, dass von den Personen, die in Deutschland geboren wurden und aktuell im Landkreis Göttingen leben 90% ihre Berufsausbildung ausschließlich in Deutschland gemacht haben. Unter den verbleibenden Personengruppen sind die gebürtigen Türken diejenigen, deren

Anteil der in Deutschland beruflich Ausgebildeten an der Gesamtheit derjenigen, die bereits eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben am höchsten ist (73 %). In dieser Gruppe fällt zudem auf, dass mehr als jeder Achte der Befragten keine berufliche Ausbildung hat oder zumindest zum Zeitpunkt der Befragung noch über keine verfügte. Ein Erklärungsfaktor hierfür könnte sein, dass unter den türkischen Befragten viele noch sehr jung sind. Das andere Extrem bildet die Gruppe der Menschen mit sowjetischem Hintergrund. Unter ihnen wurde lediglich jeder Vierte in der BRD ausgebildet, während alle anderen im Heimatland lernten. Eine relativ hohe Ausbildungsquote im Herkunftsland weisen zudem die Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien (43%) und aus dem Iran oder Syrien auf (56%). Für die Probanden aus den „sonstigen“ Staaten ist zu attestieren, dass fast jeder Zweite sowohl in Deutschland als auch im Heimatland seine berufliche Ausbildung absolviert hat.

6.2.1.3 Anerkennung von Qualifikationen aus dem Herkunftsland

Eine wichtige Frage, die den Übergang von der Berufstätigkeit im Herkunftsland zu der Arbeit im Landkreis Göttingen bildet, ist, ob die ausländischen Abschlüsse anerkannt wurden. Jeder dritte Befragte verneint dies, ein Viertel gibt an, dass Teile ihrer Qualifikation anerkannt wurden und 41 % erfuhren eine vollständige Übertragbarkeit. Dies zeigt schon, dass mehr als die Hälfte der Befragten auf dem deutschen Arbeitsmarkt von ihren Qualifikationen her schlechter dasteht als in dem Land, in dem sie zuvor gelebt haben.

Abbildung 52: Anerkennung ausländischen Abschluss nach Geburtsland



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

6.2.2 Berufserfahrung

Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Berufserfahrung, welche die Personen aus ihrem Ursprungsland mitgebracht haben. Anschließend wird danach geschaut, welchen Beruf Migrantinnen und Migranten in Deutschland ausüben und ob dieser mit einem sozialen Aufstieg oder Abstieg einhergeht.

Diese Daten sind abermals getrennt von denen in den Sekundärdaten zu den Berufsfeldern der Ausländer zu sehen, da es sich in der Stichprobe der Umfrage um Personen mit Migrationshintergrund und nicht um Ausländer/innen handelt. Außerdem geben die Ergebnisse Aufschluss darüber, wie häufig einzelne Berufsgruppen bei den Gruppen aus verschiedenen Herkunftsländern vertreten sind.

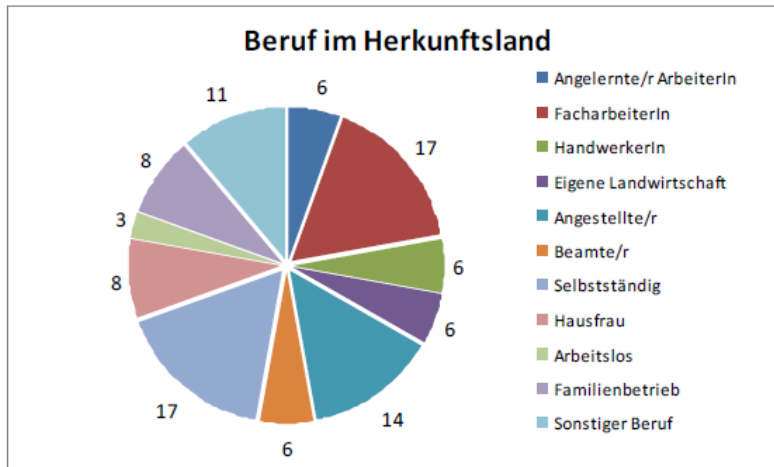
6.2.2.1 Beruf im Herkunftsland

Die Berufstätigkeit ist breit gefächert. Mit jeweils 17% waren die Facharbeitertätigkeit und die Selbstständigkeit die häufigsten Antworten. 14% entfielen auf ehemalige Angestellte, je 8% auf Hausfrauen³⁴ und Arbeit im Familienbetrieb, je 6% auf die Tätigkeit als angelernter Arbeiter, Handwerker, die Arbeit in der eigenen Landwirtschaft und die Beamtentätigkeit. Lediglich ein Befragter bekannte sich dazu stets arbeitslos gewesen zu sein. 11% der Antworten beziehen sich auf sonstige Tätigkeiten, wobei anzumerken ist, dass die Befragten selten ausführten, um was es sich dabei handelte.

Eine Differenzierung nach Geburtsland erscheint nicht sinnvoll, da lediglich ein Drittel der Befragten Auskunft über die Profession im Herkunftsland gegeben hat.

³⁴ Zu beachten ist im Folgenden, dass die Kategorie häusliche Arbeit durch die vorgegebene Antwortmöglichkeit „Hausfrau“ im Fragebogen leider nicht geschlechtsneutral bewertet werden kann. Da im Fragebogen keine männliche Entsprechung existierte, sind die Einordnungen „Hausfrau“ und „Arbeitslos“ mit Vorsicht und unter Berücksichtigung der genannten Einschränkung zu interpretieren.

Abbildung 53: Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf verschiedene Berufsfelder im Herkunftsland



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

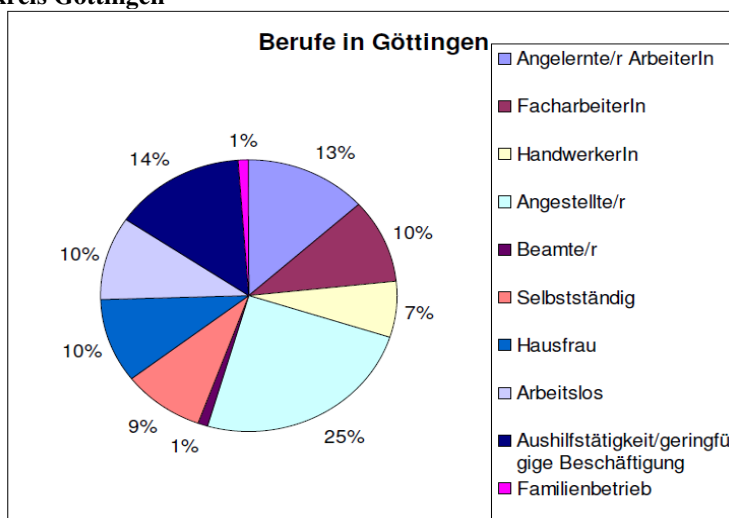
6.2.2.2 Beruf im Landkreis Göttingen

Unter den Befragten wurde mit 25% der Nennungen am häufigsten eine Angestelltenposition angegeben. Am zweithäufigsten wurden Aushilfstätigkeiten und die geringfügige Beschäftigung angeführt (14%). Es folgen angelernte Arbeiter (13%), Facharbeiter, Hausfrauen, Arbeitslose (jeweils 10%), Selbstständige (9%) und Handwerker mit 7%. Im Rahmen der eigenen Landwirtschaft, des Beamtentums, der Beschäftigung im Familienbetrieb oder „Sonstiger Tätigkeiten“ ist kein nennenswerter Anteil der Befragten tätig.

Die Aufgliederung nach dem Geburtsort offenbart eine starke Varianz zwischen den Gruppen. Für die in Deutschland geborenen Befragten zeigt sich, dass sie ihr Einkommen überproportional als Angestellte (55%) und angelernte Arbeiter (27%) verdienen. Die verbleibenden 18% verteilen sich gleichmäßig auf die Selbstständigkeit und das Handwerk. Für die Befragten mit türkischem Hintergrund liegen hohe Werte für die Facharbeit (36%) und das Handwerk (27%) vor. Zudem weist fast jede fünfte Antwort die Tätigkeit als Hausfrau aus. Bemerkenswert ist, dass unter allen Befragten die Arbeit als Angestellte/r am häufigsten genannt wurde, sich jedoch unter den Türkischstämmigen keine Angestellte und kein Angestellter findet. Bei den Untersuchten mit jugoslawischen Wurzeln fällt auf, dass die Hälfte der Nennungen auf Arbeitslosigkeit (20%) oder geringfügige Tätigkeiten (30%) verweisen. Dass sich bei dieser Personengruppe keine Hausfrauen finden überrascht nicht, weil die gebürtigen Jugoslawen in der Stichprobe zu knapp 80%

männlich sind. Die Interpretation der Werte für die gebürtigen Iraner und Syrer ist aufgrund der geringen Zahl der Befragten und der hohen Anzahl der Antwortkategorien wenig aussagekräftig. Für die Untersuchten aus der ehemaligen Sowjetunion zeigt sich eine überdurchschnittliche Beschäftigung als angelernte Arbeiter (25%) und als Angestellte (42%). Eine Berufstätigkeit als Selbstständige/r wurde kein einziges Mal angegeben. Für die Befragten aus sonstigen Staaten fällt die häufige Nennung von Selbstständigkeit (30%) und dem Arbeitsverhältnis als Angestellte/r (40%) auf.

Abbildung 54: Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf verschiedene Berufsfelder im Landkreis Göttingen



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

6.2.2.3 Vergleich – Aufstieg oder Abstieg seit der Migration

Stellt man den Vergleich zwischen der Profession im Herkunftsland und in Deutschland auf, so ergeben sich für den Durchschnitt aller Befragten einige gravierende Unterschiede. Die Antwortkategorie „Aushilfstätigkeit/ geringfügige Beschäftigung“ wird bei der Berufstätigkeit im Herkunftsland überhaupt nicht genannt, während sie bei der Arbeit in Göttingen mit 14% hohe Relevanz besitzt. Umgekehrt ist die Situation für die eigene Landwirtschaft, das Beamtentum, die Beschäftigung im Familienbetrieb sowie „Sonstige Tätigkeiten“: In Deutschland werden im Kontrast zur Arbeit im Herkunftsland diese Beschäftigungen nahezu nicht mehr ausgeübt.

Das verstärkte Ausüben von sogenannter „geringfügig entlohnter Beschäftigung“ zeigt sich auch in den statistischen Daten des Landkreises zur Berufstätigkeit von Ausländern im Landkreis. Es zeigt sich, dass sich unter den geringfügig beschäftigten mehr Ausländer ohne Ausbildung als

solche mit Ausbildung befinden. Gerade die ausländischen Frauen sind davon betroffen. Unter ihnen ist die Anzahl derer ohne (anerkannte) Ausbildung deutlich höher als die der deutschen Vergleichsgruppe. Weiteres dazu ist in den Abschnitten „Phänomen geringfügig entlohnte Arbeit“ und „Nicht-Anerkennung von Ausbildung und Abschluss“ zu lesen.

Bei der geringen Anzahl der Befragten, die sich zu ihrer Arbeit im Herkunftsland äußern, ist lediglich eine gesonderte Betrachtung für die Befragten aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und der ehemaligen Sowjetunion sinnvoll. Bei denjenigen mit jugoslawischem Hintergrund ist eine Entwicklung von der Facharbeit und der Beschäftigung als angelernte Arbeiter hin zum Arbeitsverhältnis als Angestellte/r, der geringfügigen Beschäftigung und einer erhöhten Arbeitslosigkeit zu beobachten. Für die Untersuchten mit sowjetischer Herkunft ist erkennbar, dass die Tätigkeit als Facharbeiter/in, im Familienbetrieb, als Beamter und die Selbstständigkeit allesamt in Deutschland nicht oder kaum noch ausgeübt wird. Stattdessen ist die Beschäftigung als angelernte Arbeiter/in und Angestellte/r häufiger sowie die angegebene Arbeitslosigkeit auf einem höheren Niveau. Die jeweils erhöhte Zahl der Nennungen von Arbeitslosigkeit und potentiell prekären Arbeitsverhältnissen weist auf einen mit der Migration einhergehenden beruflichen Abstieg hin. Bei der Interpretation der Werte sollten mögliche Verzerrungen berücksichtigt werden: Befand sich ein Befragter etwa im Herkunftsland 10 Jahre im erwerbsfähigen Alter und war davon einige Jahre erwerbslos, ist davon auszugehen, dass er bei der Frage nach der Berufstätigkeit im Herkunftsland auf den ausgeübten Beruf verweist und nicht auf die Erwerbslosigkeit. Bei einem vergleichsweise kurzen Aufenthalt im Landkreis Göttingen ist zudem die Wahrscheinlichkeit höher, dass in der gesamten Aufenthaltszeit keine Erwerbsphase bestand. Die starke Divergenz bei der direkten Frage nach der Erwerbslosigkeit und diesem Frageterm, bei dem Arbeitslosigkeit eine Antwortmöglichkeit ist, zeigt, dass Personen eher auf die in der Vergangenheit getätigte Arbeit verweisen als auf die aktuelle Arbeitslosigkeit. Ein Trend zum beruflichen Abstieg lässt sich dennoch feststellen. Dieser steht im Einklang mit der häufig festzustellenden Entwertung bzw. Abwertung von im Herkunftsland erworbenem institutionalisiertem Kulturkapital, die häufig mit Migrationsprozessen einhergeht.

6.2.3 Zufriedenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit Arbeit und Einkommen

Die Motivation des Einzelnen, dauerhaft erwerbstätig zu sein, ergibt sich auch aus seiner Zufriedenheit mit seinem Arbeitsplatz und der dort vorherrschenden Situation. Eine gute Atmosphäre am Arbeitsplatz ist wichtig, damit die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer ihre bzw. seine Aufgaben ungestört von sonstigen Faktoren ausüben kann. Auch der finanzielle Aspekt bestimmt die Zufriedenheit des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin mit ihrer Tätigkeit und beeinflusst somit die Verbleibsdauer des Einzelnen in der Erwerbstätigkeit.

6.2.3.1 Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitssituation

Die Zufriedenheit mit der Arbeitssituation wurde nur für tatsächlich Erwerbstätige erhoben. Jeder Fünfte von ihnen ist absolut zufrieden mit seiner momentanen Arbeitssituation. Mehr als zwei Drittel sind zufrieden und jeder Achte ist mit der Lage unzufrieden.

Für die Befragten, gegliedert nach ihrem Geburtsort, ist eine eher geringe Differenz festzustellen. Erwähnenswert ist die hohe Zufriedenheit der gebürtigen Türken. Unter ihnen zeigt sich keiner als unzufrieden und 40% sind gar vollends zufrieden. Die zweite länderspezifische Besonderheit ist, dass jeder dritte Befragte, der aus der ehemaligen UDSSR stammt, mit seiner Arbeitssituation nicht zufrieden ist.

In den qualitativen Interviews wurden, wie in Abschnitt 6.3 gezeigt wird, unterschiedliche Probleme deutlich, welche die Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei den einzelnen Personen einschränkten.

6.2.3.2 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Da es schwierig ist, konkrete Daten über das Einkommen von Ausländerinnen und Ausländern oder Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund zu erheben, orientiert sich dieser Abschnitt zum Thema Einkommen an der Selbsteinschätzung der befragten Personen mit Migrationshintergrund zu ihrer wirtschaftlichen Situation.

Es zeigt sich ein in den Sozialwissenschaften bekanntes Antwortverhalten: Die Mittelkategorie wird bei weitem am häufigsten gewählt. So schätzen mehr als die Hälfte der Befragten (55 %) ihre wirtschaftliche Lage als „mittel“ ein. Den 16% der Befragten, die ihre Situation „gut“ oder

„sehr gut“ bewerten, stehen 28%, die ihre Lage „schlecht“ oder „sehr schlecht“ einschätzen, gegenüber.

Anhand der Statistiken aus Teil 1 lässt sich feststellen, dass Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft überdurchschnittlich in Teilzeit oder geringfügig entlohnten Berufen tätig sind. Zudem ist die Arbeitslosenquote unter Ausländerinnen und Ausländern erheblich höher als bei den Deutschen und unter ihnen sind mehr erwerbslose Hausfrauen zu finden, als bei der deutschen Vergleichsgruppe. Es ist zu vermuten, dass sie dadurch wirtschaftlich schlechter gestellt sind als ihre deutschen Mitbürger/innen. Diese Annahme bestätigt sich zum Teil auch in der qualitativen Befragung im vorletzten Teil des Abschnitts Arbeit und Einkommen.

Die gebürtigen Deutschen bewerten ihre Wirtschaftslage besonders gut: Mehr als ein Drittel meint, in einer guten wirtschaftlichen Verfassung zu sein. Im Kontrast dazu hält ein Drittel der Befragten aus den Regionen des einstigen Jugoslawiens die eigene Wirtschaftslage für schlecht und nochmals 11% bezeichnen sie als sehr schlecht. Die Anzahl der Iraner und Syrer ist abermals zu gering, um eine Interpretation durchzuführen. In der Gruppe der sonstigen Länder wurde nicht differenziert geantwortet: 91 % der Befragten vergeben den mittleren Wert für ihre Wirtschaftslage. Bei den gebürtigen Türken lässt sich dagegen eine breit gefächerte Wahrnehmung feststellen: Mehr als ein Viertel hält die Lage für gut, ein Drittel für mittel, ein weiteres Drittel für schlecht und davon schließlich 7% für sehr schlecht.

Besonders unzufrieden mit ihrer Lage zeigten sich in den Interviews die Migrantinnen und Migranten mit Duldungsstatus, die beim Einkaufen mit Gutscheinen auskommen müssen, welche vom Staat ausgestellt werden. Dies könnte auch erklären, warum gerade so viele Migrantinnen und Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien ihre Situation als schlecht oder sehr schlecht (44%) bewerten. In dieser Gruppe finden sich vermutlich einige Flüchtlinge, die mit eingeschränktem Status leben. Somit können sie entweder nur geringfügig entlohnten Arbeiten nachgehen oder sind bei laufenden Asylverfahren auf besagte Gutscheine angewiesen. Auch ist in dieser Gruppe der Befragten eine hohe Arbeitslosigkeit festzustellen, welche die Unzufriedenheit mit dem Einkommen stark beeinflussen dürfte.

6.2.4 Erwerbslosigkeit und Dauer

Die Frage nach der momentanen Erwerbstätigkeit dient keiner Ermittlung einer Arbeitslosenquote unter den Befragten, da Schüler, Rentner und Hausfrauen diese Frage gleichermaßen negativ beantworten können wie Arbeitslose. Allerdings lässt sich sagen, dass insgesamt 62% der Befragten zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig waren.

Vergleichsweise positiv fällt auf, dass vier von fünf gebürtigen Deutschen und neun von zehn Personen, die aus „sonstigen“ Staaten kommen, erwerbstätig sind. Für die Personen mit sowjetischem oder jugoslawischem Hintergrund ist jeweils ein dem Gesamtdurchschnitt entsprechender Wert von circa 60% zu beobachten. Die im Iran oder Syrien geborenen Befragten sowie die Türkischstämmigen weisen mit 50% bzw. 40% die geringste Erwerbstätigkeit auf. Dies ist gerade bei den hoch gebildeten Iranern und Syrern bemerkenswert, wobei erneut anzumerken ist, dass Erwerbslosigkeit nicht mit Arbeitslosigkeit gleichzusetzen ist.

Die Frage nach der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde lediglich von 12 Personen beantwortet. Die Hälfte von ihnen kann mit mehr als einem Jahr Erwerbslosigkeit als langzeitarbeitslos angesehen werden. Ein Drittel ist seit mehr als einem Monat, jedoch seit weniger als einem Jahr ohne Arbeit. Die verbleibenden beiden Befragten gehen seit weniger als einem Monat keiner beruflichen Tätigkeit nach.

Die Ergebnisse der Befragungen bestätigen die Sekundärdaten, nach denen ein Großteil der ausländischen Arbeitslosengeldempfänger schon länger arbeitslos ist und deshalb Leistungen nach SGB II bezieht.

6.3 *Individuelle Eindrücke von Personen mit Migrationshintergrund zum Thema Ausbildung und Berufstätigkeit*

Dieser dritte Abschnitt bezieht sich vor allem auf die qualitative Studie im Auftrag des Landkreises Göttingen, für die im Jahr 2010 fünfzehn Personen mit Migrationshintergrund und sieben Experten interviewt worden sind. Es werden aber auch die Integrations-Workshops und im Auftrag des Landkreises durchgeführte Integrationsprojekte angesprochen.

6.3.1 Die Motivation einen Beruf zu ergreifen

Bei den Untersuchungen, die der Landkreis durchführte, fiel auf, welchen hohen Stellenwert die Ausbildung bei Menschen mit Migrationshintergrund hat.

Ein „vernünftiger Abschluss“ wurde von einem 23-jährigen Migranten als persönliches Lebensziel genannt, nicht wenige seiner Altersgenossen streben ein Studium an, die übrigen jungen Leute mindestens eine Berufsausbildung.

In den Interviews im Auftrag des Landkreises wurde deutlich, dass gerade bei den jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Motivation besonders hoch ist, eine gute Ausbildung und einen sicheren Beruf zu erlangen. Auch bei der älteren Generation der Interviewten spielt ein gutes und sicheres Arbeitsverhältnis bei den Wünschen für die Zukunft eine wichtige Rolle. Dies gilt sowohl für ihre eigene Berufstätigkeit, als auch für die Ausbildung und Berufstätigkeit der Kinder.

6.3.2 Problemfeld Bewerbung

Eine gelungene Bewerbung ist eine notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen Einstieg in die Berufstätigkeit. Gerade weil bei Bewerbungen die Staatsbürgerschaft der Bewerber/innen berücksichtigt wird, ist diese für Migrantinnen und Migranten, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ohnehin eine große Hürde. Aber auch Migrantinnen und Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft stehen vor einigen Problemen.

Dass für alle Migrantinnen und Migranten gerade das Vorstellungsgespräch beim potentiellen Arbeitgeber eine große Herausforderung darstellen kann, wurde in den Workshops und den Experteninterviews des Landkreises deutlich:

„Wie läuft so ein Vorstellungsgespräch beim Arbeitgeber? Das wissen viele Ausländer zum Beispiel nicht. Wie man sich anziehen soll, wie man sich präsentieren soll, welche Themen man bei einem Vorstellungsgespräch ansprechen sollte, wie man den Arbeitgeber anspricht. Diese Sachen muss man üben“ (I2:32-40)

Die Umgangsformen, Floskeln, Kleiderordnungen unterscheiden sich je nach Berufswunsch stark. Doch nur wer all diese Verhaltensweisen kennt, kann sich dem/der zukünftigen

Arbeitgeber/in so präsentieren, dass er oder sie die Chance hat, den Job zu bekommen. Zwar gäbe es schon Bewerbungsangebote für arbeitssuchende Migrantinnen und Migranten, aber diese seien meist auf den Schriftverkehr beschränkt, bemängelte derselbe Experte.

Je vielseitiger und intensiver die Beratung ausländischer Arbeitsloser sei, desto höher sei auch die Chance, diese auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Zwar seien die Kosten hierfür auf den ersten Blick hoch, langfristig entfielen jedoch viele Folgekosten.

Hinsichtlich dieser Problematik werden bereits Projekte angeboten, die vom Landkreis getragen werden. Es handelt sich dabei um Bewerbungstrainings für junge Migrantinnen und Migranten in Hann. Münden, welche aufgrund ihrer Wohnlage die regulären Angebote nicht wahrnehmen können. Bei dem Training, das vom Jugendamt und vom Landkreis gefördert wird, lernen die Jugendlichen in zwei Modulen, wie sie ein erfolgreiches Bewerbungsgespräch führen können. Das Projekt wurde bereits in vier Anläufen im Jahr 2010 und im Jahr 2011 durchgeführt und soll fortgesetzt werden.

6.3.3 Mobbing am Arbeitsplatz - Berichte von Arbeitnehmer/innen mit Migrationshintergrund

Wie schon zuvor in Teil 2 erwähnt ist eine gute Atmosphäre am Arbeitsplatz für einen reibungslosen Arbeitsablauf wichtig. Feindseligkeiten und Mobbing erschweren die Arbeitssituation beträchtlich.

In den qualitativen Interviews wurden unterschiedliche Probleme deutlich, welche die Zufriedenheit am Arbeitsplatz bei den einzelnen Personen einschränkten.

So zum Beispiel bei Ali (m, 23), der sagt, dass er seine Ausbildung aufgrund von Mobbing abgebrochen habe. Da er nicht wie ein Türke aussehe, sei das Kollegium ihm gegenüber zuerst nett und aufgeschlossen gewesen. Als dann aber seine Nationalität bekannt wurde, haben seine Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen ihm nur noch niedrigere Arbeiten zugeteilt, die keinen Lerneffekt beinhalteten. Dadurch sank seine Motivation, Alis Noten in der Berufsschule wurden immer schlechter, bis er sich dazu entschloss, seine Ausbildung abzubrechen. Dazu muss gesagt werden, dass Ali angibt, der Beruf den er erlernte, sei nicht gerade sein Traumberuf gewesen. Dies könnte dazu geführt haben, dass er die Ausbildung beim Auftreten von Problemen

wohlmöglich schneller aufgab als eine, die ihm besser gefallen hätte. Wichtig ist bei diesem Fall aber, dass die negative Andersbehandlung am Arbeitsplatz den Anlass dazu gab, die Ausbildung abzubrechen.

Auch Valentina (w, 29) berichtete von ethnisch basiertem Mobbing. Allerdings sei diese Diskriminierung nicht ihr, sondern ihrer Mutter widerfahren. Deren Deutschkenntnisse waren bei der Übersiedlung von Russland nach Deutschland im Jahr 1993 nur minimal. Da die Familie aber ihren Lebensunterhalt verdienen musste, ging auch Valentinas Mutter in einer Fabrik arbeiten. Fehler in der Sprache wurden seitens des Kollegiums mit Lachern quittiert, ansonsten hielt man sie jedoch auf Distanz, es entwickelte sich kein persönlicher, bekanntchaftlicher Kontakt zu den anderen Mitarbeitern. Nach fünf Jahren konstanten Mobbings kündigte Valentinas Mutter den Job, ohne dass sie ihre Deutschkenntnisse erheblich hatte verbessern können.

Die Beispiele zeigen, wie die unfaire und diskriminierende Behandlung durch deutsche Kolleginnen oder Kollegen bei einer Ausländerin oder einem Ausländer bzw. bei Personen mit Migrationshintergrund sogar bis zum Abbruch der Arbeitslaufbahn führen kann. Hier ist es notwendig, das Personal in den Unternehmen für solche Problematiken zu sensibilisieren und eine interkulturelle Öffnung der Arbeitsplätze herbeizuführen.

6.3.4 Geringfügig entlohnte Arbeit

Eine Problematik die sowohl in der Statistik, als auch in den Workshops und bei der Befragung auffiel, ist das Verbleiben vieler Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen mit Migrationshintergrund in einer geringfügig entlohnten Beschäftigung. Die Forumsteilnehmer mit Migrationshintergrund bemängelten, dass ihnen kein Zugang zu den Vollzeitstellen gewährt wird. Oft



werden nur 400-Euro-Stellen ausgeschrieben und da dies nicht für die Finanzierung einer Familie reiche, sei man auf die Hilfe der externen Institutionen angewiesen. Es wurde der Wunsch geäußert, dass lieber langfristige und bessergestellte Anstellungen geschaffen werden sollten.

6.3.5 Tätigkeit als Hausfrau und ehrenamtliche Arbeit

Den Statistiken aus Teil 1 zufolge gehen prozentual viel weniger ausländische Frauen arbeiten als deutsche Frauen. Zu erklären ist dieses Phänomen wohlmöglich durch eine hohe Anzahl von Hausfrauen in dieser Gruppe. Bei der Befragung, die der Landkreis im Jahr 2010 bei Personen mit Migrationshintergrund durchführte, gaben 12% der befragten Anwohnerinnen und Anwohner die Tätigkeit "Hausfrau" an. Bei den Befragten, die als Geburtsland die Türkei nannten, ist dieser Anteil mit fast 20% besonders hoch.



In der qualitativen Studie wurde aber besonders bei den jungen Frauen mit Migrationshintergrund auch der Wunsch nach Berufstätigkeit geäußert.

Die türkischstämmige Selin (16) beispielsweise strebt nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung in Deutschland an, hat aber auch den

Wunsch nach einer eigenen Familie.

Es zeigt sich, dass die Ausländer und Ausländerinnen ohne Ausbildung die Mehrheit unter den ausländischen geringfügig entlohnten Beschäftigten darstellen. Es lässt sich die Vermutung anstellen, dass sie diese Arbeit aufgrund mangelnder (anerkannter) Qualifikationen ausüben. Nähere Untersuchungen dazu könnten weiteren Aufschluss geben.

Als Beispiel für mögliche Qualifizierungsmaßnahmen von Migrantinnen und Migranten kann ein Projekt der Volkshochschule Göttingen dienen. Um Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im ALG II-Bezug in den Bereichen Hauswirtschaft und Ernährung zu qualifizieren und Arbeit im Bereich haushalts- und personennaher Dienstleistungen zu vermitteln, bot die Volkshochschule (VHS) Göttingen im Zeitraum vom 01.03.2010 bis 31.08.2011 das Projekt „Betreuungsassistentin für Senioren/-innen, Hauswirtschaft und Pflege von Demenzerkrankten“. Auch die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung Südniedersachsen (GAB) in Duderstadt bot von Mai 2010 bis Mai 2011 ein Projekt zur Qualifizierung im Dienstleistungs- und Gastronomiebereich mit dem Schwerpunkt Seniorengastronomie und persönliche und soziale Stabilisierung an. Das Projekt

trug den Namen „DIGA – Qualifizierungsmaßnahme für erwerbslose Frauen mit besonderen Vermittlungshemmnissen“ und richtete sich schwerpunktmäßig an Aussiedlerinnen und Migrantinnen, die eine Tätigkeit oder Ausbildung im Dienstleistungssektor anstreben. Ein weiteres Projekt der GAB in Duderstadt und Hann. Münden würde etwa im gleichen Zeitraum unter dem Namen „GABI“ durchgeführt. Dieses richtete sich schwerpunktmäßig an die oben genannte Zielgruppe, wobei dieses Angebot besonders auch für alleinerziehende Frauen mit Migrationshintergrund konzipiert wurde. Hauptziel des Projekts war die Integration in Ausbildung oder Arbeit unter Einbeziehung der Kinder. Dem untergeordnet waren individuelle Ziele, wie z.B. der Abbau von sozialem Rückzug, Abbau von Ambivalenzen oder die Steigerung des Selbstwertgefühls. Weitere Projektträger für frauenspezifische Qualifizierungsangebote waren bzw. sind in der Vergangenheit zudem die Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR, Frauenzimmer e.V., Zukunftplus e.V., die Zukunfts-Werkstatt e.V. und Bildung und Projekt Netzwerk (BUPNET) GmbH in Göttingen.

Männerspezifische Qualifizierungsangebote für Erwerbslose mit Migrationshintergrund sind beispielsweise die von Zukunftplus e.V. getragene Kreativwerkstatt MännerArt im Jahr 2010 oder das vom BUPNET getragene Projekt „M-I-T – IT- und Methodentraining für Männer mit Migrationshintergrund“. Dieses Projekt zielt auf die Integration in den Arbeitsmarkt durch die Qualifizierung in den Bereichen EDV und IT-Technik sowie durch Betriebspraktika und läuft von Februar bis Ende November 2011.

In den Workshops und in den Interviews wurde auch deutlich, dass viele Personen mit Migrationshintergrund ein Ehrenamt bekleiden, darunter sehr viele Frauen. Dies ist eine positive Entwicklung, da ihr Engagement der Allgemeinheit zu Gute kommt und sie durch ihre Position auch noch Vermittler zwischen den Kulturen sein können. So kennen sie zum Beispiel die Probleme von Migrantinnen und Migranten sehr genau und können gezielt auf diese eingehen.

Bei dem Integrations-Workshop in Göttingen wurde allerdings auch die Aussage gemacht, dass ehrenamtliche Arbeit von Frauen mit Migrationshintergrund ebenso kritisch zu sehen ist. Die Frauen seien häufig nicht richtig darüber aufgeklärt, dass sie bei dieser oder einer ähnlichen Tätigkeit Anspruch auf ein Einkommen haben. Sie nehmen häufig an, dass es selbstverständlich wäre, dort unvergütet zu arbeiten. Man wurde sich einig, dass man Ehrenamtlichen etwas für ihre Arbeit bieten möchte. Ein Beispiel für eine solche Anerkennung von ehrenamtlich Engagierten

stellt die Ehrenamtskarte dar. Durch diese erhält ihr Besitzer viele nützliche Rabatte rund um Kultur, Sport und weitere Freizeitangebote in der Region.

6.3.6 Problematiken beim Einstieg auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Die Problematiken, mit denen Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen haben, sind vielfältig und reichen von sprachlichen Defiziten über Vorurteile der Arbeitnehmer bis hin zur fehlenden Arbeitserlaubnis. Dieser Abschnitt befasst sich mit zwei Problemfeldern, die während der qualitativen Interviews für den Integrationsbericht immer wieder zu Tage getreten sind und von den Befragten als für sie selbst unlösbare Barrieren beschrieben wurden.

6.3.6.1 Nicht-Anerkennung von Ausbildung und Abschluss

In den Interviews bestätigt sich, was auch schon bei der Befragung aus Teil 2 deutlich wurde. Es zeigen sich mehrere Fälle, in denen die fehlende Anerkennung eines Abschlusses den Weg ins Berufsleben erschwert.

Arians (m, 24) iranisches Abitur wurde in Deutschland nicht anerkannt, er hatte jedoch das Fachabitur in Deutschland nachgeholt und möchte jetzt studieren. Hier konnte durch Bemühungen des jungen Mannes das Problem gelöst werden. Anders war es im nächsten Fall.

Maribels (w, 50) Abschluss als Masseurin, den sie in Georgien erworben und mit dem sie dort bereits in Krankenhäusern gearbeitet hatte, wurde in Deutschland nicht anerkannt. Dadurch sei sie gezwungen, in einer Kirche als Reinigungskraft zu arbeiten. Diese Arbeit sei ihr peinlich, sagt sie, da sie sich selbst eigentlich zum Mittelstand zähle. Erschienen während ihrer Arbeitszeit Kirchgänger, versteckte sie sich, um nicht gesehen zu werden.



Quelle: Integrationsworkshop für Einwohner, Duderstadt 2011

Eine hieraus folgende Vermutung ist, dass viele qualifizierte Migrantinnen und Migranten einer geringfügig entlohnten Arbeit nachgehen, wenn ihr Abschluss in Deutschland nicht anerkannt wurde. Diese Tätigkeit sichert ihnen zwar einen, wenn auch nur geringen, Lebensunterhalt, entspricht aber selten ihren eigentlichen Fähigkeiten und sorgt dazu noch für persönliche Unzufriedenheit.

Für dieses Problem wurde bei dem Experten-Workshop in Göttingen ein Lösungsansatz besprochen. Die Möglichkeit, sich eine im ehemaligen Heimatland erworbene Qualifikation anerkennen zu lassen, besteht in vielen



Fällen im Rahmen von Anerkennungskursen. Es müsste mehr Aufmerksamkeit für bestehende Anerkennungskurse und auch eine Vergrößerung des Angebots im Landkreis geben. Außerdem steht zur Diskussion, wie diese Angebote am besten finanziert werden können, da es für einen arbeitslosen Menschen mit Migrationshintergrund häufig nicht möglich ist, den Kurs im Voraus selbst zu bezahlen. Hier können Arbeitgeber und öffentliche Stellen mehr mit einbezogen werden. Ein Beispiel für solche Angebote bezüglich der Beratung und Unterstützung bei der Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist das von 2010 bis 2011 durchgeführte Projekt „Anerkennungsberatung für Migrantinnen“, das von der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen e.G. (BIGS) in Göttingen getragen und gefördert wurde und sich an Frauen mit Migrationshintergrund richtete.

6.3.6.2 Der Einfluss des Status auf die Arbeitssituation

Nach den statistischen Angaben des Landkreises beziehen 36,12% der Hilfsbedürftigen im Landkreis Göttingen lebenden AusländerInnen Leistungen nach SGBXII, Grundsicherung oder Asyl, das sind 562 Personen.

Einige davon leben in Deutschland mit dem Duldungsstatus. Nicht selten führt der rechtliche Status dazu, dass diese Migrantinnen und Migranten nicht in der Lage sind, selbst für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu gehen.

Leotrim (m, 22) kann seine Zukunftswünsche aufgrund seines rechtlichen Status nicht erfüllen: Die Duldung verwehrt ihm eine Ausbildung. Sein großer Bruder suchte sich einen ausbildenden Betrieb und begann die Lehre, wurde jedoch gezwungen, diese aufgrund seines Duldungsstatus abbrechen.

Auch Arian (m, 21) befindet sich in dieser Lage. Er hat ein Arbeitsverbot erteilt bekommen, sieht sich selbst aber als motivierten und durch sein deutsches Fachabitur gut qualifizierten jungen Arbeitnehmer. Deshalb ist er sehr wütend, dass seine Situation ihn zur Untätigkeit zwingt.

Dass der Wunsch nach einem Ausbildungsplatz oder einer Arbeit für Migranten mit Duldungsstatus nicht erfüllt werden kann, hängt aber oft von diversen Faktoren ab.

6.3.7 Jobcenter und Agentur für Arbeit - die Wiedereingliederung in das Berufsleben

Erfahrungen mit Ämtern wurden in den qualitativen Interviews häufig geschildert, auch die Agentur für Arbeit und das Job-Center fallen in diese Kategorie.

Die Interviewten bewerteten den Umgang der Behörden mit Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund sehr durchmischt. Ali aus der Türkei schildert die Mitarbeiter als hilfsbereit und freundlich. Andere Interviewte berichteten dagegen von Verständigungsproblemen und waren von den häufig langen Wartezeiten irritiert.

Um die interkulturelle Verständigung zu verbessern, wurde vom Landkreis Göttingen ein interkulturelles Training für Mitarbeiter/innen des Job-Centers in die Wege geleitet. Acht Schulungen wurden bereits durchgeführt, weitere sind in Planung.

Sprachdefizite und Unwissenheit von Seiten der Migranten behindern den Zugang zu Informationen und Förderprogrammen im Bereich Arbeitseinstieg. Dies wurde auch in den Workshops angesprochen. Auch, dass ein kurzes Praktikum von bis zu einem Monat keine zureichende Integrationsmaßnahme sein kann, kam zum Gespräch. Eine langfristige Begleitung

der Migrantinnen und Migranten durch Sprachkurse, weitere Maßnahmen und Institutionen wäre hier wünschenswert. Die Sprachkenntnisse dieser Gruppe sollten außerdem mehr als Chance und weniger als Problem auf dem Berufsmarkt betrachtet werden.

Zum Thema Finanzierungsfragen zeigte einer der Teilnehmer des Expertenworkshops auf, dass es günstiger sei, Arbeitslosigkeit durch präventive Maßnahmen zu verhindern, als die für Hartz IV und andere Sozialgelder notwendigen Beträge aufzubringen.

6.4 Fazit

Mehrere Phänomene ließen sich sowohl in den Sekundärdaten als auch in der quantitativen, der qualitativen Studie und in den Workshops erkennen.

Dazu gehört zunächst einmal die unterdurchschnittliche Berufstätigkeit bei ausländischen Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund. Gleichzeitig sind die Frauen dieser beiden Gruppen im Berufsleben vor allem in der Gruppe der Geringverdiener zu finden. Hier besteht Förderbedarf, um den Frauen und Mädchen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten besser nutzen zu können und finanziell unabhängig zu werden.

Ein weiterer Punkt sind Kommunikationsprobleme, die sowohl in Schulen, Ämtern aber auch bei der Bewerbung und am Arbeitsplatz vorzufinden sind. Hier müssen weitere Interkulturelle Trainings für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen, sowie Trainings und ggf. auch Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten durchgeführt werden, um solche Probleme zu vermeiden. Es muss für mehr Toleranz geworben und eine Verständigungsbasis geschaffen werden. Eine interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarktes ist hier notwendig.

Beim Vergleich der Berufstätigkeit im Herkunftsland und der im Landkreis Göttingen in der quantitativen Studie offenbarte sich, dass die geringfügig entlohnte Beschäftigung und die Aushilfstätigkeit bei dieser Gruppe nur in Deutschland zu beobachten sind. Im Heimatland übten die Personen höher qualifizierte Berufe aus. Außerdem lässt sich feststellen, dass bei der Gruppe der Personen mit sowjetischer und jugoslawischer Herkunft eine erhöhte Arbeitslosigkeit sowie ein beruflicher Abstieg vom Facharbeiter oder Beamten hin zum Angestellten oder zu geringfügig entlohnter Beschäftigung zu verzeichnen ist.

Hier sind wiederum die Auswirkungen der Nicht-Anerkennung von Abschlüssen aus dem Ausland erkennbar, ein Thema, das breiterer öffentlicher Aufmerksamkeit bedarf, vor allem um qualifizierte Ausländer/innen über das Angebot von Anerkennungskursen aufzuklären. So könnte möglicherweise sichergestellt werden, dass ein größerer Anteil der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen auf den deutschen Arbeitsmarkt übertragen werden kann. Aber auch eine generelle und langfristige Begleitung von Migrantinnen und Migranten beim Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt wäre sehr zu begrüßen.

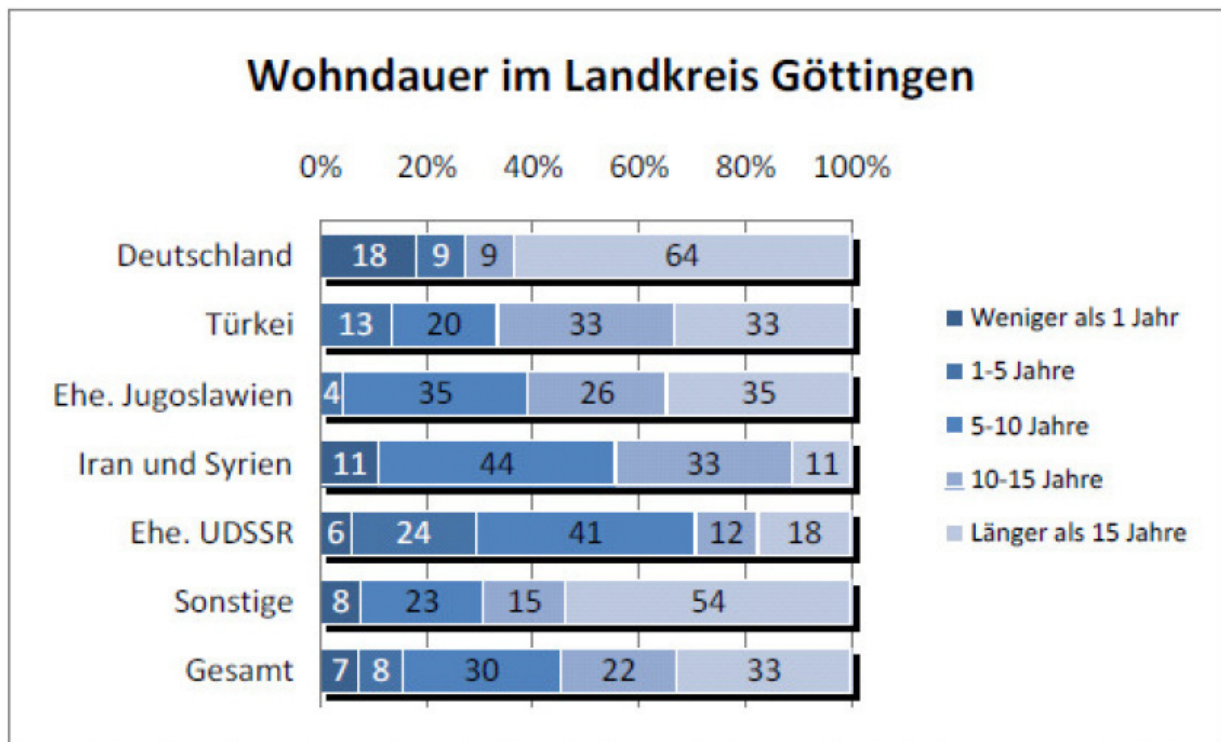
7 Wohnen und Leben

Im Folgenden wird auf der Basis der Studien des Landkreises das Thema Wohnen und Leben aus sozialräumlicher Perspektive näher beleuchtet.

7.1 Wohndauer im Landkreis Göttingen

Einer von drei Befragten wohnt seit über 15 Jahren in Göttingen, mehr als jeder Fünfte lebt dort seit 10 bis 15 Jahren und 30% gaben an vor 5 bis 10 Jahren in den Landkreis gezogen zu sein. 8% leben seit 1 bis 5, 7% seit weniger als einem Jahr dort.

Abbildung 55: Wohndauer im Landkreis Göttingen



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

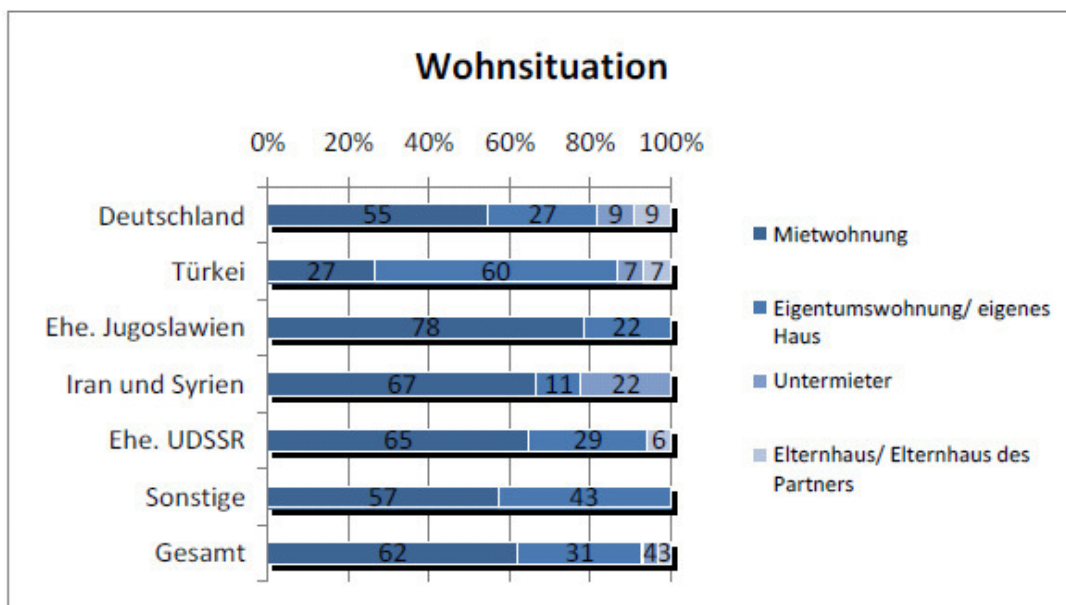
Die gebürtigen Deutschen nehmen bei dieser Frage eine Sonderstellung ein. Es überrascht nicht, dass zwei Drittel bereits seit mehr als 15 Jahren im Landkreis Göttingen leben. Die verbleibenden 36% sind wahrscheinlich innerhalb Deutschlands umgezogen. 18% taten dies im letzten Jahr. Die Wohndauer ist für die gebürtigen Türken insgesamt leicht überdurchschnittlich. Das Verteilungsmuster zwischen den Kategorien weicht nur wenig von der Konstellation für alle Befragten (Gesamt) ab. Bei den Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien liegt verglichen mit

den anderen Gruppen eine hohe Wohndauer im Landkreis vor. Lediglich 4% leben dort noch nicht seit mindestens fünf Jahren. Die gebürtigen Iraner und Syrer haben die zweitniedrigsten Werte. Gleichwohl sind auch in dieser Gruppe neun von zehn Personen mindestens seit fünf Jahren in Göttingen wohnhaft. Die Menschen aus der ehemaligen UdSSR leben im Durchschnitt am kürzesten dort. Zwei Drittel kamen vor ein bis zehn Jahren. Es verwundert nicht, dass nur unterdurchschnittliche 18% vor mehr als 15 Jahren nach Göttingen kamen, weil erst nach dem Mauerfall die Emigration möglich wurde. Während die Befragten aus den sonstigen Staaten teilweise vor mehreren Jahrzehnten nach Deutschland kamen und in die Kategorie „länger als 15 Jahre im Landkreis Göttingen wohnhaft“ fallen. Die Personen aus den sonstigen Staaten leben bereits am längsten im Landkreis. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Wohndauer die Daten widerspiegelt, die sich in dem Einwanderungsjahr zeigten. Das bedeutet, dass ein großer Teil der Befragten bereits seit ihrer Ankunft in Deutschland im Landkreis Göttingen lebt. Es lässt indirekt folgern, dass eher wenige Befragte innerhalb der Bundesrepublik umgezogen sind.

7.2 Wohnsituation

Zwei von drei Befragten wohnen zur Miete (inklusive Untermiete), 31% haben ein Eigenheim und 3% leben im Haus der Eltern bzw. Schwiegereltern.

Abbildung 56: Wohnsituation



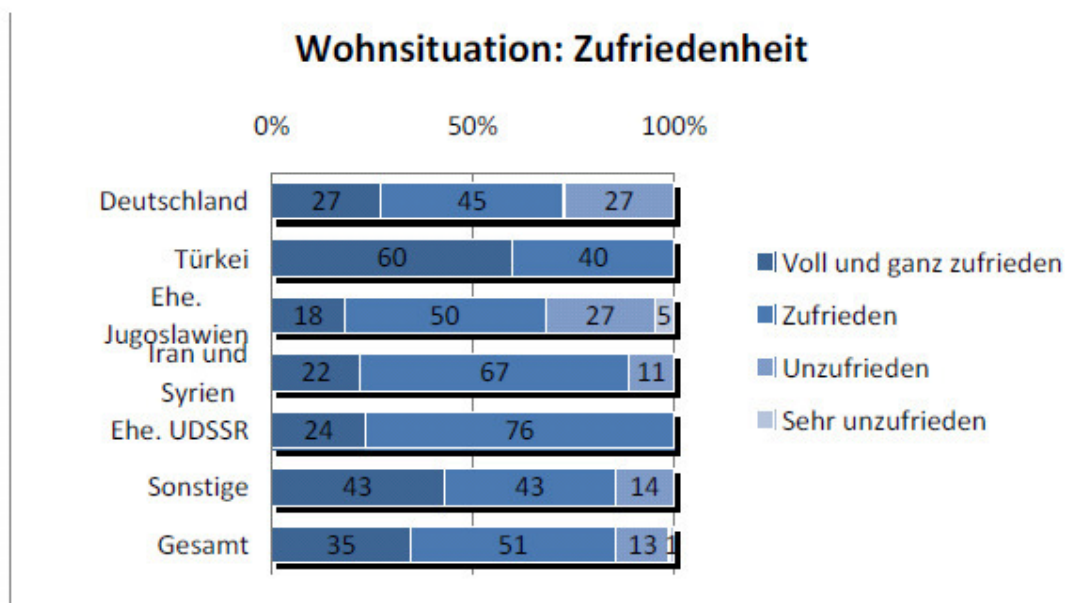
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die Aufteilung der Befragten nach ihrem Geburtsland offenbart einige Besonderheiten. So sind die Menschen, die einer Region des einstigen Jugoslawiens entstammen, zu nahezu 80% Mieter. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die gebürtigen Iraner und Syrer. Hier ist zudem eine besonders hohe Rate an Untermietern (22%) zu beobachten. Für die Türkischstämmigen gilt, dass 60% ein Haus oder eine Wohnung ihr Eigen nennen, welches mit Abstand der höchste Wert in den Vergleichsgruppen ist.

7.3 Zufriedenheit mit der Wohnsituation

86 % aller befragten Personen sind mindestens zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Über ein Drittel der Befragten spricht gar von einer vollkommenen Zufriedenheit. Lediglich 13% sind unzufrieden und 1% ist sehr unzufrieden.

Abbildung 57: Wohnsituation: Zufriedenheit



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

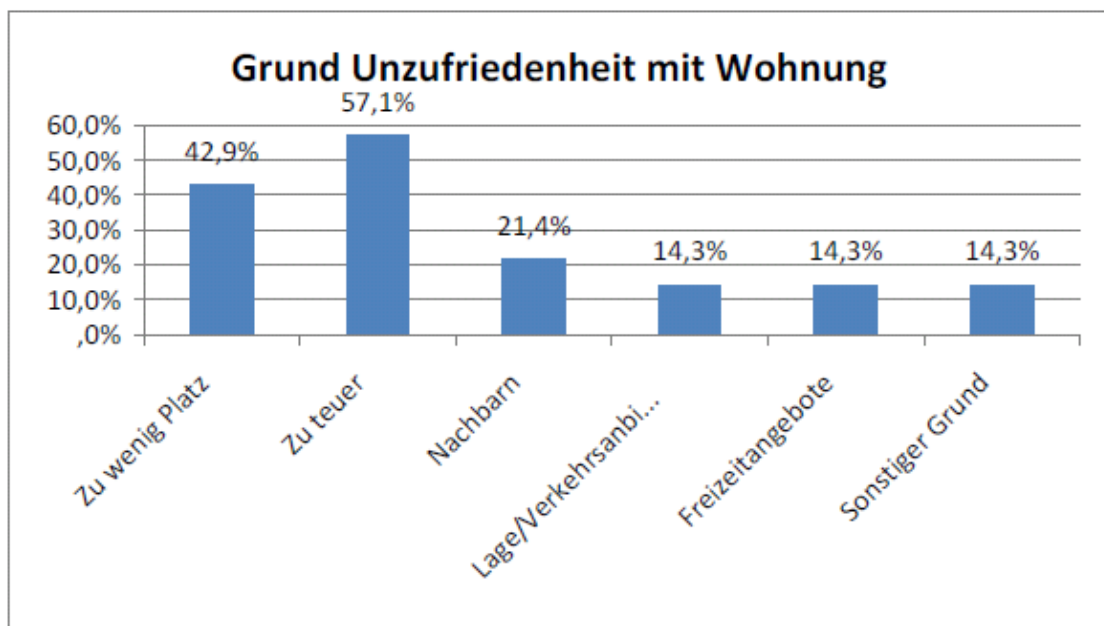
Die gebürtigen Deutschen sowie die Iraner und Syrer fallen jeweils durch eine geringere Zufriedenheit auf. Bei Letzteren könnte dies mit der geringen Zahl an Eigenheimbesitzern und dem hohen Teil an Untermietern verknüpft sein. Bei den Menschen mit türkischem Migrationshintergrund besteht hingegen eine sehr hohe Zufriedenheit: Kein Befragter bezeichnet sich als unzufrieden. Erneut scheint der Besitz eines Hauses oder einer Wohnung ausschlaggebend, da sich die türkischstämmigen Befragten besonders durch die hohe Eigenheimquote auszeichnen.

Bei den ebenfalls überdurchschnittlich zufriedenen aus der ehemaligen UdSSR stammenden Personen ist allerdings kein überproportionaler Besitz zu beobachten.

7.3.1 Begründung der Unzufriedenheit mit der Wohnsituation

Lediglich 14% der Befragten haben ihre Unzufriedenheit begründet. Es konnten mehrere Gründe von einer Person genannt werden. 57% der Nennungen bezogen sich auf zu hohe Mietpreise, 43% auf zu kleine Wohnungen, die Nachbarn waren bei 21% ausschlaggebend für die eigene Unzufriedenheit. In einer qualitativen Befragung mit Personen mit Migrationshintergrund zeichnete sich bezüglich des Nachbarschaftsverhältnisses jedoch folgendes Bild ab: Bei allen Interviewpartnern wird das Nachbarschaftsverhältnis als durchgängig freundlich und gut, meistens hilfsbereit, beschrieben, auch wenn manche hinzufügen, dass eigentlich kaum Kontakt besteht und es eher distanziert ist. Vor allem die deutschen Bewohner werden als ruhig und distanziert wahrgenommen, da die Befragten oftmals aus ihren Herkunftsländern eine sehr offene und kommunikative Umgangsweise in der Nachbarschaft gewohnt sind. Jeweils 14% der Nennungen entfielen auf die Lage der Wohnung, die Freizeitangebote und sonstige Probleme.

Abbildung 58: Grund Unzufriedenheit mit Wohnung

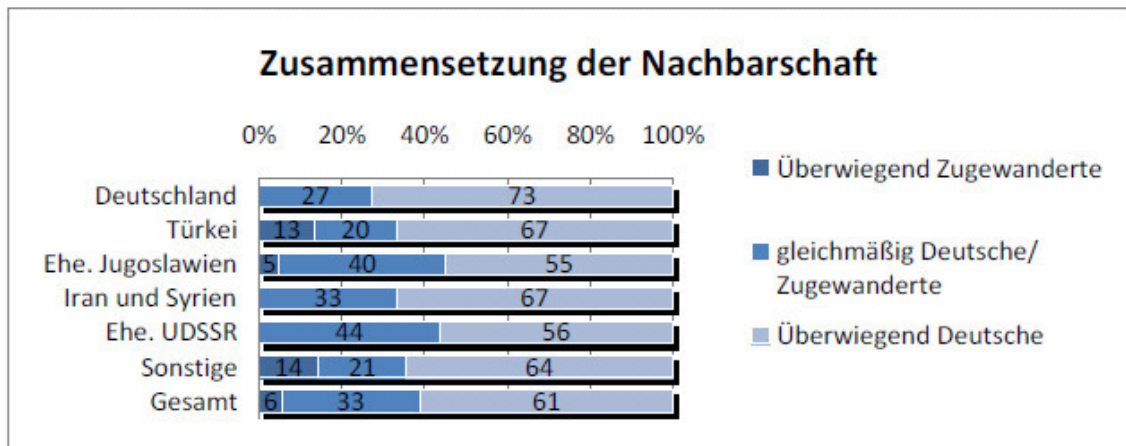


Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

7.4 Nachbarschaft

61% beschreiben, dass sich ihre Nachbarschaft primär aus Deutschen zusammensetzt. Bei einem Drittel liegt ein gemischtes Verhältnis vor und 6% nehmen das Umfeld als überwiegend durch Migranten geprägt wahr.

Abbildung 59: Zusammensetzung der Nachbarschaft



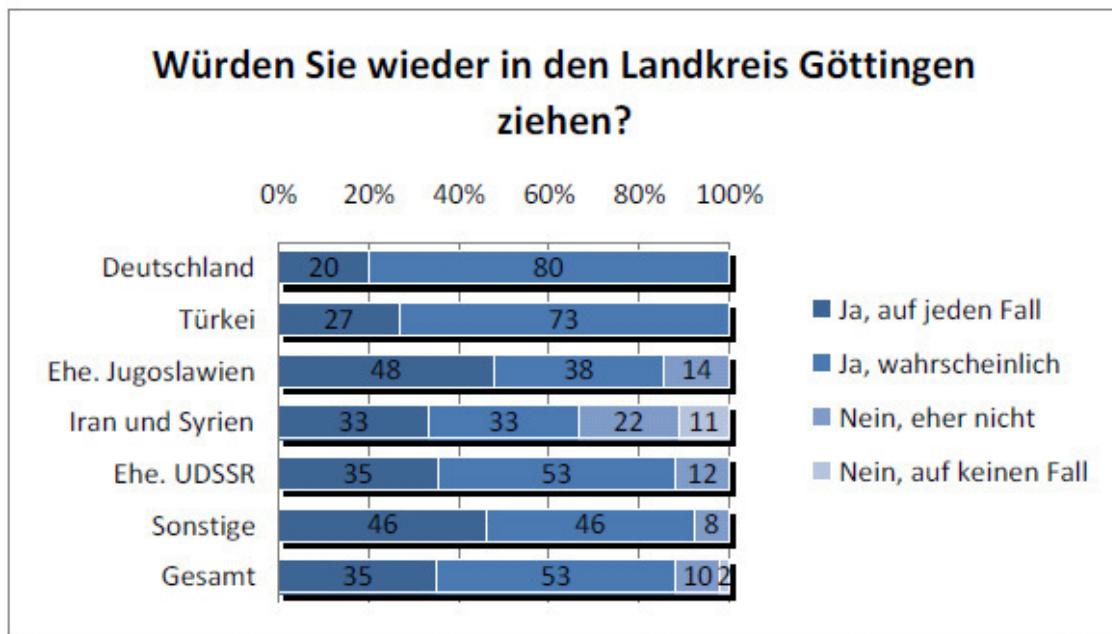
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die Bewertung der Nachbarschaft variiert nicht im hohen Maße systematisch mit dem Geburtsland, d. h., für die verschiedenen Gruppen sind die Unterschiede vergleichsweise gering. Fast drei von vier gebürtigen Deutschen geben an in einer hauptsächlich von Deutschen bewohnten Gegend zu leben. Für die Türkischstämmigen, die gebürtigen Iraner und Syrer und die Befragten aus den „sonstigen“ Ländern gilt dies etwa für zwei von drei Befragten. Für die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion ist diese Dominanz deutscher Nachbarn nur abgeschwächt erkennbar (55 bzw. 56%). Sie zeichnen ein stark gemischtes Nachbarschaftsbild, welches sich in hohen Werten für die Antwortkategorie „gleichmäßig Deutsche/Zugewanderte“ äußert (Ehe. UDSSR: 44%; Ehe. Jugoslawien: 40%).

7.5 Erneuter Zuzug nach Göttingen

Für sieben von acht Befragten gilt, dass sie sich sicher sind (35%) oder es zumindest für wahrscheinlich halten (53%), dass sie wieder in den Landkreis Göttingen ziehen würden. Knapp 10% glauben, sie würden eher woanders hinziehen. 2% erklären, dass sie nicht wieder den Landkreis Göttingen als Wohnort wählten.

Abbildung 60: Würden Sie wieder in den Landkreis Göttingen ziehen?



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die Personen, die im Iran oder in Syrien geboren wurden, würden unterdurchschnittlich häufig erneut den Landkreis Göttingen als Wohnort wählen. Dies ist konsistent mit der Unzufriedenheit über ihre Wohnsituation. Die in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund sind hingegen auffällig positiv gegenüber dem Landkreis als Wohnort eingestellt, obwohl sie ihre konkrete Wohnsituation vergleichsweise kritisch beurteilen. Die deutlichste Positionierung zugunsten eines erneuten Zuzugs nach Göttingen ist in der Gruppe der gebürtigen Türken erkennbar. Mehr als jeder Vierte würde definitiv wieder in diesen Landkreis ziehen, die restlichen drei Viertel halten den Zuzug zumindest für wahrscheinlich. Für diese Gruppe scheint ein Zusammenhang mit der hohen Zufriedenheit mit der Wohnsituation denkbar.

7.6 Sozialraumorientierte Integrationsangebote

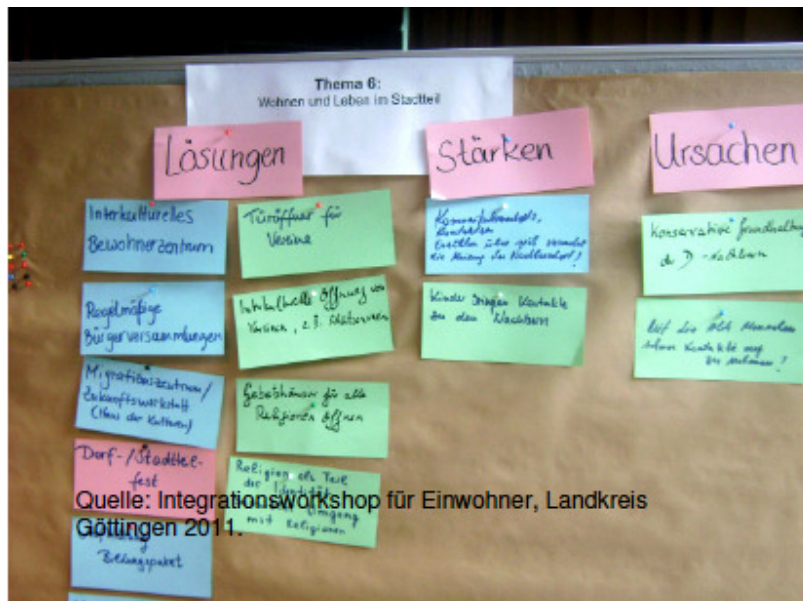
Ein wichtiger Bereich in der Integrationsarbeit ist es, das Angebot adäquat auf die unterschiedlichen Bedarfsgruppen vor Ort anzupassen. So vielseitig die Art der Migranten, so vielseitig muss auch das Angebot für die jeweiligen Bedürfnisse sein.

Besonders Frauen werden als Bedarfsgruppe verstanden, weil sie häufig keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und es ihnen somit schwerer fällt, soziale Kontakte aufzubauen.

Als Untergruppe kann man hier die Frauen in ländlichen Regionen sehen, wo es aufgrund der geringen Besiedelung und einer hohen Heterogenität der Migrantenstruktur, häufig noch schwieriger ist, diese miteinander zu vernetzen. Ein weiteres Problem im ländlichen Raum ist die geringe Dichte von sozialen Regeldiensten, von denen beratende Dienste, die Initiierung von Projekten oder eine Vernetzung unter den Frauen ausgehen könnten. Hier bietet es sich an, bestehende Strukturen in den ländlichen Gebieten, wie Vereine und Verbände (bspw. Schützenvereine, freiwillige Feuerwehr, Landfrauen) interkulturell zu öffnen und als Orte der Freizeitgestaltung und der Gemeinschaftsbildung zu nutzen. Auch das Bestreben bereits vorhandener Kindertagesstätten zu Familienzentren auszubauen, in denen es auch Bildungs- und Freizeitangebote für die Eltern geben wird, begrüßen wir sehr.

In den qualitativen Befragungen hat sich gezeigt, dass oftmals nicht der Unwille zur sprachlich basierten Integration, sondern persönliche Dispositionen wie Unsicherheit, Schüchternheit oder negative Erfahrungen mit anderen Personen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme darstellen.

Öffentliche Institutionen zum interkulturellen Austausch werden daher als sehr wichtig und hilfreich empfunden. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang der Bürgertreff in Hann. Münden und das Café Grenzenlos in Duderstadt.

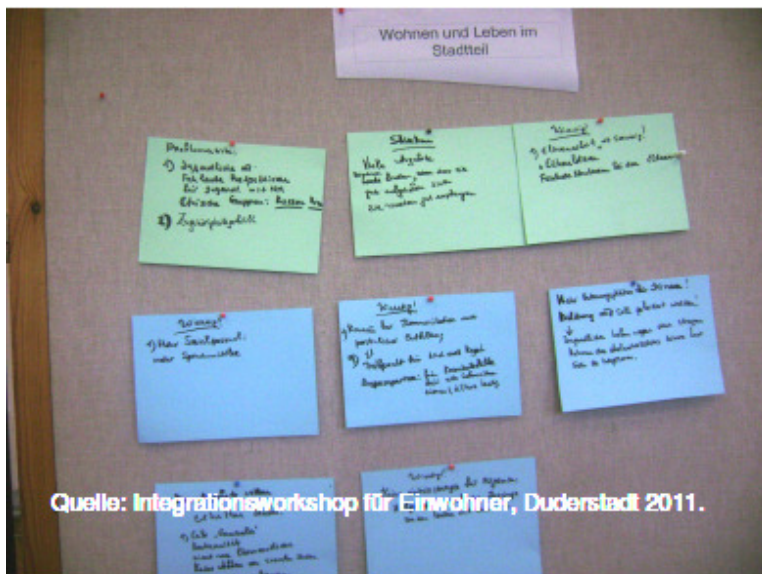


7.6.1 Der Bürgertreff in Hann. Münden

Der Bürgertreff in der Altstadt von Hann. Münden wurde jahrelang von dem Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ finanziell gefördert. Hierfür hatte der Internationale Bund die Trägerschaft übernommen. Da die Förderung nun ausläuft, bereitet sich der Verein Bürgertreff, der zur Förderung des interkulturellen Lebens schon seit 2009 existiert, darauf vor, die Leitung des Bürgertreffs zu übernehmen. Zu den Angeboten im Bürgertreff gehören Deutschunterricht für Migranten, Hausaufgabenhilfe, Handarbeitskurs, Kochkurs, Männertreff und vieles mehr. Die Angebote werden in Deutsch abgehalten und stehen allen Bewohnern offen. Aus der qualitativen Interviewstudie geht hervor, dass sich der Bürgertreff für einige befragte Frauen mit Migrationshintergrund zum sozialen Lebensmittelpunkt entwickelt hat.

7.6.2 Das Café Grenzenlos in Duderstadt

Das „Café Grenzenlos“ unter der Trägerschaft der Stadt Duderstadt in Kooperation mit dem Landkreis Göttingen richtet sich an Personen unterschiedlicher Herkunft und findet überwiegend in deutscher Sprache statt. Es handelt sich dabei um ein Angebot, welches sich ausschließlich an Frauen und Mädchen richtet ohne besondere Relevanz ihres rechtlichen Status. Die Inhalte des Programms liegen in der Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe sowie die individuelle Beratung für Frauen



mit Migrationshintergrund bezüglich sämtlicher alltäglichen und lebensweltlichen Fragestellungen. Für viele Frauen ist das Café in Duderstadt auch zu einem Ort der Freizeitgestaltung geworden. Viele von ihnen engagieren sich hier ehrenamtlich. Das Café Grenzenlos ist ein vorbildlicher, wichtiger gemeinschaftlicher Treffpunkt für alle Frauen. Neben

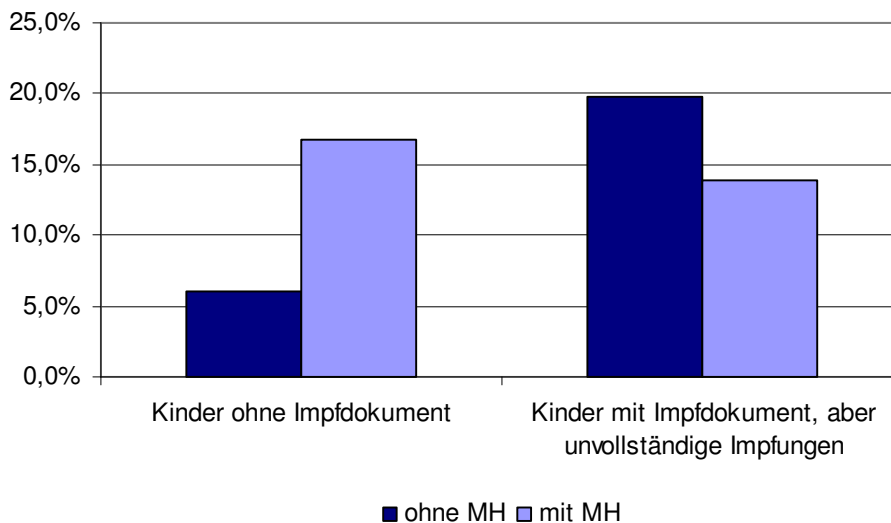
der Einbindung in eine Gemeinschaft werden sie durch die gemeinsame Verständigungssprache Deutsch in ihrer Sprachkompetenz zunehmend sicherer.

7.7 Eine Auswahl von Mikroprojekten im Sozialraum des Landkreises Göttingen

Das MiMi-Projekt des Ethno-Medizinischen Zentrums wurde im Jahr 2010 im Landkreis Göttingen erfolgreich implementiert. Das Thema Gesundheit bekommt für Menschen mit Migrationshintergrund kontinuierlich eine Relevanz. Die folgenden Ergebnisse in Bezug auf den Durchimpfungsgrad der Kinder mit Migrationshintergrund zur Einschulungsuntersuchung verdeutlichen die Wichtigkeit dieses Themas sowie die Bedeutung des eingeschlagenen Weges des Landkreises mithilfe des MiMi-Projektes.

Von den 2253 untersuchten Kindern des Einschulungsjahrgangs 2010 haben 20,3% einen Migrationshintergrund.

Abbildung 61: Durchimpfungsgrad der Kinder zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung

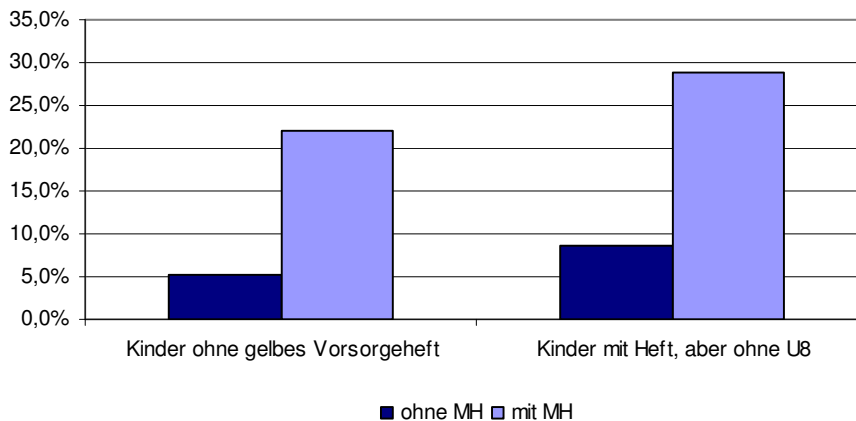


Quelle: Gesundheitsamt, Dr. med. Carsten Kraus, Einschulungsjahrgang 2010.

6,1% der Kinder ohne Migrationshintergrund haben kein Impfdokument, während es bei den Kindern mit Migrationshintergrund 16,8% sind, also fast dreimal so viele. 19,8% der Kinder ohne Migrationshintergrund haben ein Impfdokument, aber unvollständige Impfungen (bspw. gegen Diphtherie, etc.). Dies ist bei nur 13,9% der Kinder mit Migrationshintergrund der Fall. D.h. wenn Kinder mit Migrationshintergrund geimpft werden, ist die Durchimpfungsrate höher als bei

deutschen Kindern. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass der Anteil impfkritischer Eltern bei deutschen Kindern höher ist.³⁵

Abbildung 62: Vorsorgeuntersuchungen der Kinder



Quelle: Gesundheitsamt, Dr. med. Carsten Kraus, Einschulungsjahrgang 2010.

5,3% der Kinder ohne Migrationshintergrund haben kein gelbes Vorsorgeheft, während es bei den Kindern mit Migrationshintergrund 22,1% sind, also viermal so viele. 8,6% der Kinder ohne Migrationshintergrund haben ein Vorsorgeheft, aber ihnen fehlt die Vorsorgeuntersuchung U8. Bei den Kindern mit Migrationshintergrund sind es 28,9%, also dreimal so viele oder jedes dritte Kind.



Das Projekt „Drei-Generationen-Projekt Niedersachsen – Gesundheit mit Migranten für Migranten“ (MiMi) im Landkreis Göttingen, welches vom Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. Hannover getragen wird, hat sich zum Ziel gesetzt, engagierte Migrantinnen und Migranten zu interkulturellen Gesundheitsmediator/innen auszubilden.

Einige aktive Personen aus dem Umfeld des Café Grenzenlos haben sich im Rahmen des MiMi-Projektes zu Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren ausbilden lassen.

³⁵ Interpretationshinweis von Dr. med. Carsten Kraus, Gesundheitsamt für Stadt und Landkreis Göttingen, 2010.

Ein weiteres Projekt, das sich ebenfalls mit dem Thema Gesundheit befasst, sind die



Integrationsangebote für Senioren mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen. Unter dem Motto „Alter werden in Deutschland“ werden Seniorinnen und Senioren an das Deutsche Pflegewesen herangeführt. Ihnen werden Möglichkeiten gezeigt, wie man in Deutschland im Alter Unterstützung im alltäglichen Leben erhalten

kann. In Kooperation mit der AWO Ortsverband Hann. Münden und in Kooperation mit dem DITIB-Moscheeverein wurde diese seniorenspezifische Integrationsmaßnahme im Altkreis Hann. Münden unter Beteiligung von Migrantinnen und Migranten durchgeführt.



Grade für ältere Menschen spielt die Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung und die Nutzung von Altenhilfsstrukturen im Sozialraum eine große Rolle. Viele Migrantinnen und Migranten haben hier Defizite, weil sie z. B. nicht genügend über die deutschen Altenhilfsstrukturen und das Pflegesystem informiert sind, dies kann bei den betroffenen Familien zu Sorgen und Ängsten führen. Dem will das präventive Projekt vorbeugen, indem es Fragen beantwortet und Lösungen für die betroffenen Familien anbietet, bevor Ängste entstehen.

Das Projekt wurde von Januar bis März 2011 durchgeführt, dabei gab es zahlreiche Gesprächsrunden in denen die Teilnehmer/innen ihre Fragen stellen und über ihre Ängste sprechen konnten, zahlreiche Experten aus dem Bericht Altenhilfsstrukturen gaben Auskünfte und es wurden auch Ausflüge zur AWO-Tagespflege und zum Herzogin Elisabeth Stift in Hann. Münden sowie zum multikulturellen Seniorenzentrum „Haus am Sandberg“ in Duisburg unternommen.

Das Projekt wurde von Januar bis März 2011 durchgeführt, dabei gab es zahlreiche Gesprächsrunden in denen die Teilnehmer/innen ihre Fragen stellen und über ihre Ängste sprechen konnten, zahlreiche Experten aus dem Bericht Altenhilfsstrukturen gaben Auskünfte und es wurden auch Ausflüge zur AWO-Tagespflege und zum Herzogin Elisabeth Stift in Hann. Münden sowie zum multikulturellen Seniorenzentrum „Haus am Sandberg“ in Duisburg unternommen.

Als weitere Beispiele für Projekte im Bereich Wohnen und Leben können zudem die von den Außenstellen der Kreisvolkshochschule in Duderstadt, Adelebsen und Gieboldehausen durchgeführten und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Kurzseminare

„Leben in Deutschland“ für Migrantinnen und Migranten im Umfang von jeweils 15 Stunden dienen.

7.8 Fazit

Insgesamt ist festzuhalten, dass ein großer Teil der Befragten bereits seit Ankunft in Deutschland im Landkreis Göttingen lebt. 86 % aller befragten Personen sind mindestens zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Vor allem bei den Befragten, die in der Türkei geboren sind, besteht eine sehr hohe Zufriedenheit. Diesbezüglich ist der Besitz eines Hauses oder einer Wohnung ausschlaggebend, da sich die türkischstämmigen Befragten besonders durch eine hohe Eigenheimquote auszeichnen.



Die hohe Zufriedenheit mit der Wohnsituation zeigt auch folgendes Ergebnis: Für sieben von acht Befragten gilt, dass sie sich sicher sind (35%) oder es zumindest für wahrscheinlich halten (53%), dass sie wieder in den Landkreis Göttingen ziehen würden.

61% beschreiben, dass sich ihre Nachbarschaft primär aus Deutschen zusammensetzt. Bei einem Drittel liegt ein gemischtes Verhältnis vor und 6% nehmen das Umfeld als überwiegend durch Migranten geprägt wahr. Bei allen Interviewpartnern der qualitativen Befragung wird das Nachbarschaftsverhältnis als durchgängig freundlich und gut, meistens hilfsbereit, beschrieben, auch wenn manche hinzufügen, dass eigentlich kaum Kontakt besteht und es eher distanziert ist.

Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass sozialraumorientierte Integrationsangebote, wie der Bürgertreff und das Café Grenzenlos, wichtige Orte zur gemeinschaftlichen Einbindung vor allem für die Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem sozialen Wohnumfeld sind. Darüber hinaus bilden sie einen Ort, wo Begegnung mit der einheimischen Bevölkerung stattfinden kann und dienen somit dem Abbau von Vorurteilen und der Förderung interkultureller Verständigung.

In den ausgewählten Mikroprojekten des Landkreises Göttingen liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf Themen, wie Gesundheit, medizinische Versorgung und die Nutzung von

Altenhilfestrukturen. Zielsetzung der Projekte ist zum einen, dass die Migrantinnen und Migranten an die sozialen Regeldienste im Landkreis Göttingen herangeführt werden und die Migrantinnen und Migranten darauf aufmerksam zu machen, dass vielfältige Angebote im Landkreis bestehen und von ihnen genutzt werden können. Zum anderen sollen die sozialen Regeldienste interkulturell geöffnet werden, indem sie lernen mit Migrationsthemen sensibel umzugehen und sie auch die Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe ihrer Dienste begreifen. Der Landkreis Göttingen sieht sich in diesem Zusammenhang als Impulsgeber vorhandene Strukturen im Sozialraum interkulturell zu öffnen. Es wird eine nachhaltige Wirkung angestrebt: In der Zukunft sollen Migrantinnen und Migranten und soziale Regeldienste weiter aufeinander zu gehen und sich füreinander öffnen.

8 Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit

Kriminalität ist ein wichtiges und zugleich sensibles Themenfeld der Integrationsarbeit. Die Tatsache, dass Vergleiche der Kriminalität deutscher und nichtdeutscher Personen immer wieder suggerieren, dass Nichtdeutsche eher zu Kriminalität neigen als Deutsche³⁶, macht eine Betrachtung der Kriminalität im Landkreis Göttingen im Rahmen dieses Integrationsberichts notwendig. Abseits dieser Vorurteile jedoch ist Kriminalität Nichtdeutscher nicht als Kernbereich der Integrationsarbeit zu verstehen, da die Nationalität eines Menschen in Bezug auf seine Neigung zu kriminellen Handlungen keine Relevanz besitzt.

8.1 Allgemeines zum Umgang mit dem Thema Kriminalität

Um über ein Thema wie Kriminalität sprechen zu können, ist es zunächst notwendig, einige Voraussetzungen zu klären. Wichtig ist zum einen die Abgrenzung zwischen deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen, die im Folgenden vorgenommen wird. Ob und inwiefern diese Unterscheidung sinnvoll ist, ist an anderer Stelle sicher noch einmal zu diskutieren. Nichtdeutsche Tatverdächtige sind demnach Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, Staatenlose oder Personen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist³⁷. Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft bzw. die deutsche Staatsbürgerschaft und eine andere Staatsbürgerschaft besitzen werden hier analog zur Vorgehensweise des LKA Niedersachsen allein aufgrund ihres Migrationshintergrundes nicht gesondert betrachtet, sondern gehören der Gruppe der deutschen Tatverdächtigen an.

Auch auf eine separate Erfassung der einzelnen Straftaten soll hier verzichtet werden, da eine solche Auflistung allenfalls dazu geeignet ist, Vorurteile zu begründen. Es wird also im Folgenden immer der gesamte Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger betrachtet.

Bei der Betrachtung aller diesbezüglich erhobenen empirischen Daten muss außerdem bedacht werden, dass es Delikte gibt, die definitionsgemäß nur von Ausländern begangen werden können, wie etwa Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylverfahrensgesetz³⁸.

³⁶ Vgl. z.B. Rosenbach, M. (2008): „Koch vertuscht seine Versäumnisse“ Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) über die Vorschläge des hessischen Ministerpräsidenten zur Bekämpfung der Jugendgewalt und die Defizite bei der Ausländerintegration. In: Der Spiegel 2/2008. S.29 u. S.32.

³⁷ Landeskriminalamt Niedersachsen: Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahrbuch 2010. S. 18.

³⁸ Landeskriminalamt Niedersachsen: Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2010. S. 18.

8.2 Kriminalität in Niedersachsen

Zunächst einmal lässt sich allgemein sagen, dass im Jahr 2010 niedersachsenweit 582.547 Straftaten bekannt geworden sind, von denen 366.494 aufgeklärt werden konnten. Von insgesamt 233.063 Tatverdächtigen waren 36.141 nichtdeutsche Tatverdächtige³⁹.

Die nichtdeutschen Tatverdächtigen machten im Jahr 2010 also einen relativen Anteil von 15,51 % der Gesamtzahl der Tatverdächtigen aus. Aus den vorliegenden Daten geht jedoch nicht hervor, wie viele der verdächtigten Personen tatsächlich schuldig waren oder wie viele im Rahmen eines Gerichtsverfahrens für unschuldig befunden worden sind. Entsprechend lässt sich allein auf Basis des vorliegenden Datenmaterials keine Aussage über die Kriminalität Nichtdeutscher in Niedersachsen machen.

8.3 Kriminalität im Landkreis Göttingen

Die Daten über die Tatverdächtigen des Landkreises Göttingen liegen aufgrund der Polizeistruktur nur für die gesamte Polizeiinspektion Göttingen, also den Landkreis und die Stadt Göttingen zusammen vor. Hier gab es im Jahr 2010 20.167 registrierte Straftaten:

Lag der relative Anteil der ausländischen Tatverdächtigen im Jahr 2010 niedersachsenweit bei 15,51 %, ist im Landkreis Göttingen ein etwas geringerer Wert von 13,5 % zu verzeichnen. Auch hier gilt wiederum, dass Verdächtigenzahlen immer auch jene umfassen, die im Rahmen der jeweiligen Gerichtsverhandlungen freigesprochen wurden. Eine verhältnismäßig hohe Zahl an nichtdeutschen Verdächtigen kann hier somit auch bedeuten, dass „Ausländer“ eher verdächtigt werden, ein Vergehen begangen zu haben, als „Deutsche“.

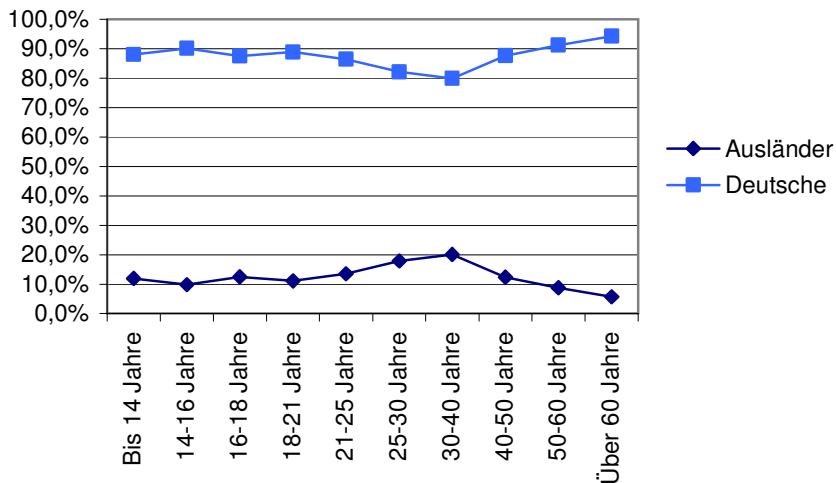
8.3.1 Tatverdächtige nach Alter

Den höchsten Anteil an ausländischen Tatverdächtigen hat die Altersgruppe der 30 bis 40-Jährigen mit 20 %. Der Anteil der Nichtdeutschen an den Tatverdächtigen nimmt ab der Altersklasse der 21 bis 25-Jährigen zu und mit der Altersklasse der 30 bis 40-Jährigen wieder ab.

³⁹ Landeskriminalamt Niedersachsen: Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahrbuch 2010. S.26.

Der Anteil der Tatverdächtigen nichtdeutschen Kinder und Jugendlichen ist mit etwa 10 % konstant. Den geringsten Anteil haben die über 60-Jährigen Nichtdeutschen.

Abbildung 63: Tatverdächtige nach Alter



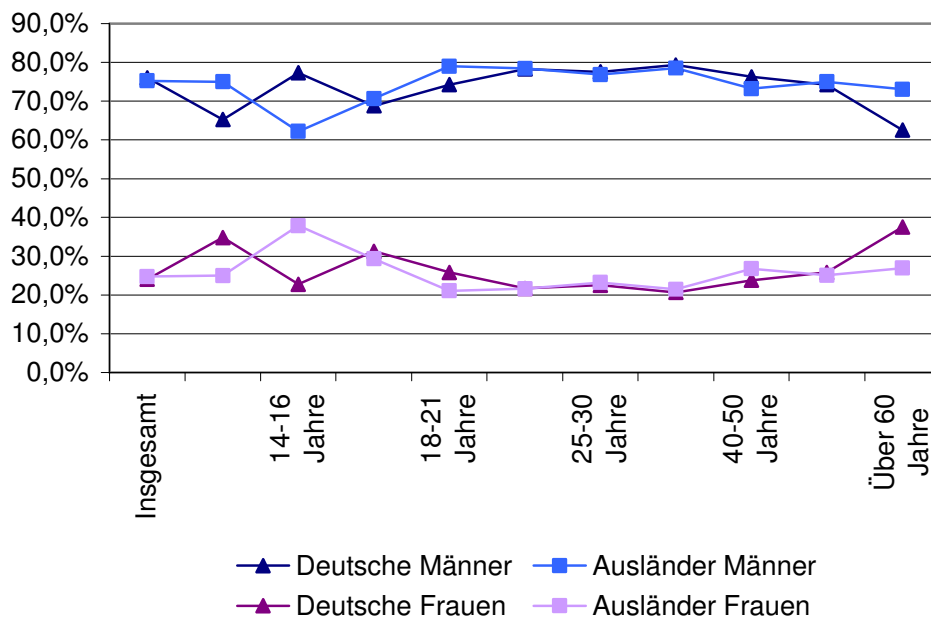
Quelle: LKA, Polizeiliche Kriminalstatistik Niedersachsen 2009, Tatort Polizeidirektion Göttingen.

8.3.2 Tatverdächtige nach Alter und Geschlecht

Der Anteil der nichtdeutschen männlichen Tatverdächtigen beträgt ebenso, wie der Anteil der deutschen männlichen Tatverdächtigen 75 %. Der Anteil der Frauen beträgt somit sowohl bei nichtdeutschen als auch deutschen 25 %.

Der Anteil der deutschen Mädchen bis 14 Jahre liegt 10 Prozentpunkte über dem der nichtdeutschen Mädchen. Somit gibt es in dieser Altersklasse auch mehr männliche nichtdeutsche Tatverdächtige als deutsche. In der Altersklasse der 14 bis 16-Jährigen liegt der prozentuale Anteil der nichtdeutschen Frauen 15 Prozentpunkte über dem der deutschen Frauen, d. h., der Anteil an deutschen Tatverdächtigen ist in dieser Altersklasse höher als bei den Nichtdeutschen. Bei den über 65-Jährigen Frauen beträgt der Anteil der deutschen Frauen wiederum 10 Prozentpunkte mehr als bei den nichtdeutschen Frauen. Der Anteil der nichtdeutschen Männer ist demnach höher als der der deutschen Männer.

Abbildung 64: Tatverdächtige nach Alter und Geschlecht



Quelle: LKA, Polizeiliche Kriminalstatistik Niedersachsen 2009, Tatort Polizeidirektion Göttingen.

8.4 Kriminalität gegenüber Nichtdeutschen im Landkreis Göttingen

Im Zeitraum vom 01.01. 2009 bis 31.12. 2009 wurden sechs fremdenfeindliche und 4 antisemitische Straftaten im Landkreis Göttingen begangen. Deutschlandweit waren es in dieser Zeit insgesamt 19.468 politisch rechts motivierte Straftaten⁴⁰, sodass im Landkreis kein auffällig hohes Vorkommen fremdenfeindlicher Straftaten zu verzeichnen ist. Das bloße Vorkommen solcher Taten erfordert allerdings dennoch Beachtung.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Verteilung waren 83,3 % der Täter der fremdenfeindlichen Straftaten männlich. Die Täter der antisemitischen Straftaten waren ausschließlich männlich. Die Taten wurden ausschließlich von Tätern mit deutscher Nationalität begangen.

8.5 Fazit

Insgesamt lässt sich in Bezug auf die Kriminalität also sagen, dass die Datenlage keine Basis bietet, um präzise Aussagen zu diesem Thema treffen zu können. Um bestehenden Meinungen

⁴⁰

(http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten/zuf_rechtsextremistische_gewalt_gesamt.html) Zahlen und Fakten zum Rechtsextremismus in Deutschland, bereitgestellt vom Bundesamt für Verfassungsschutz.

und Vorurteilen über die Kriminalität von Nichtdeutschen begegnen zu können, ist eine weitaus umfassendere Untersuchung notwendig. Gleiches gilt auch für kriminelle Handlungen gegenüber nichtdeutschen Personen. Auf fremdenfeindliche Übergriffe genauso, wie auf diskriminierende Handlungen wird im folgenden Abschnitt des Berichts unter „9. Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung“ noch einmal genauer eingegangen.

9 Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung

In diesem Kapitel des Integrationsberichts sollen Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierungserfahrungen definiert und bezüglich ihres Auftretens im Landkreis Göttingen erläutert werden. Die Grundlage für diesen Teilbereich stellen zum einen eine quantitative Befragung von Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen und zum anderen zwei qualitative Studien, welche im Auftrag des Landkreises unter Personen mit Migrationshintergrund und Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit durchgeführt wurden dar. Zum besseren Verständnis der verwendeten Begriffe ist im Vorfeld zu nennen, dass Migrantinnen und Migranten und Personen mit Migrationshintergrund jeweils synonym verwendet werden.

9.1 *Begriffsdefinition und Unterscheidungskriterien von Stereotypen, Vorurteilen und sozialer Diskriminierung*

Bei dem Begriff Stereotyp handelt es sich um die generalisierte Zuschreibung von vordefinierten identischen Merkmalen und Eigenschaften auf soziale Gruppen, ohne Beachtung der Subjektivität und Individualität der einzelnen Mitglieder. In Abgrenzung zum Vorurteil ist der Stereotyp nicht zwangsläufig mit einer negativen Wertung verbunden, sondern dient lediglich als Erklärungs- und Strukturierungsmodell zur Bewältigung der Komplexität im Alltag. Nach dem Dreikomponenten-Modell der Einstellung von Rosenberg/Hovland haben Vorurteile eine affektive, Stereotypen eine kognitive und soziale Diskriminierung eine verhaltensmäßige Dimension.⁴¹

9.2 *Stereotype Bilder der Migrantinnen und Migranten und Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit im Landkreis Göttingen*

Bei der qualitativen Studie im Landkreis Göttingen wurden sowohl Interviews mit Migrantinnen und Migranten als auch mit Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit geführt. Die Migrantinnen und Migranten wurden dabei explizit nach vorhandenen Stereotypen, die sie über die „Deutschen“ und die Menschen aus dem jeweiligen Herkunftsland haben, befragt. Bei den Interviews mit den Expertinnen und Experten wurde diese Frage zwar nicht ausdrücklich gestellt,

⁴¹ Hormel, U. (2007): Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft – Begründungsprobleme pädagogischer Strategien und Konzepte. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. S.33 ff.

es zeigte sich jedoch auch hier ein Vorhandensein solcher stereotyper Bilder in den Gesprächsverläufen. Diese Ergebnisse, die als stereotype Zuschreibungsmuster aus der Studie entnommen werden können, sollen im Folgenden genannt und erläutert werden.

9.2.1 Stereotype Zuschreibungen der Migrantinnen und Migranten

Die Interviewten mit Migrationshintergrund aus der qualitativen Studie im Landkreis Göttingen verwenden zur Beschreibung der Mentalität “ihrer” Landsleute – oftmals nur durch eine relative geografische Nähe hervorgerufen – Stereotype, um die Unterschiede in Interaktionsregeln zu beschreiben. Auffallend ist dabei, dass vor allem Migrantinnen und Migranten aus südlichen Regionen als emotionaler und impulsiver, manchmal auch aggressiver beschrieben werden. Deutsche hingegen werden als diszipliniert und ordnungsliebend charakterisiert.

Einige Begriffe der Interviewten zur Beschreibung „des Deutschen“ sind: Ordnungsliebend, diszipliniert, pünktlich, ruhig, kritikfähig und zurückhaltend gegenüber Fremden. Zusammen mit den Aussagen von Ayana (w, 37) und Marta (w, 31), dass es zur Mentalität der Deutschen gehöre, eher distanziert gegenüber Fremden zu sein und dass sie lieber unter sich bleiben, lässt sich zu dem Schluss kommen, dass Deutsche einem das Einleben allem Anschein nach nicht so einfach machen. Dennoch gehöre es auch zur deutschen Mentalität, dass es eine große Akzeptanz gegenüber anderen Hautfarben, Körpergrößen und Formen sowie gegenüber anderen Religionen gäbe, so Fuad (m, 58). Das unterstützt auch Ayana: „Aber europäisch, sie rechnen Mensch als Mensch“. Des Weiteren wird den Deutschen zugeschrieben, dass sie sehr schnell konkret werden, nicht „um den heißen Brei herumreden“ (Marta).

Ayana vergleicht die Kontaktfreudigkeit der Deutschen mit den Umgangsweisen in Äthiopien: Dort sei man viel kommunikativer, unterhalte sich auch mit Fremden und lege Wert auf Wärme in der zwischenmenschlichen Beziehung: „Ich komme aus warmes Land, und wir sind auch warm“. Menschen in Deutschland erlebe Ayana hingegen als ruhig und distanziert. Auch Marta falle die Distanz in der zwischenmenschlichen Beziehung mit Deutschen auf. Das Nachbarschaftsverhältnis sei in Polen viel offener, kommunikativer und freundlicher. In Deutschland habe man wenig übrig für Nachbarschaftshilfe. Auch verhalten sich Deutsche gegenüber Autoritätspersonen anders. Wenn sie ein Problem haben, dann kommen sie schnell auf den Kern desselben, z. B. beim Arzt. Polen hingegen, vor allem mit zunehmendem Alter,

erzählen erst komplette Geschichten, die nichts mit dem Problem als solchem zu tun haben, bevor sie auf den Grund ihres Besuches zu sprechen kommen. Dies führe laut Marta oftmals zu Missverständnissen und eventuell auch zu Unmut in offiziellen Stellen gegenüber den Personen mit Migrationshintergrund. Sie fordere mehr Unterstützung und Begleitung älterer Migrantinnen und Migranten während ihrer Eingewöhnungsphase in der fremden deutschen Kultur. Ali findet Menschen in der Türkei hilfsbereiter und wärmer als in Deutschland. Allerdings relativiert er diese Aussage, wenn er von seiner Nachbarschaft spricht, die ebenfalls überwiegend aus Deutschen bestehe. Hier lobe er die Nachbarschaftshilfe und den freundlichen Kontakt. In der Generalisierung schneiden die Deutschen bei Ali somit schlechter ab, aber im persönlichen, lockeren Kontakt habe er an der Mentalität der Deutschen nichts auszusetzen. Rahim (m, 49) aus Tansania verallgemeinert seine Beschreibung der Deutschen und bezieht sich auf westliche Nationen. Die Menschen, die im Westen leben, seien, laut Rahim, materialistisch, leisten harte Arbeit und leben isolierter. Gleichzeitig seien sie aber auch offen und freundlich. Rahim ist der Ansicht, dass zu viele Migrantinnen und Migranten an einem Ort für Deutsche zu gewöhnungsbedürftig seien, da Deutsche eher zurückhaltend gegenüber fremden Kulturen seien. Weiterhin spricht Rahim Unterschiede in der Disziplin an: Während Deutsche ihre Aufgaben sehr pünktlich und zügig erledigen, sei die orientalische Kultur lockerer und weniger diszipliniert. Aufgaben, die nach deutschem Verständnis schnell erledigt werden müssen, werden im orientalischen Raum schon mal hinausgezögert. Deutsche müssen, nach Rahims Ansicht, die fremd erscheinenden Verhaltensweisen besser beobachten, um sie dadurch verstehen zu können.

Mehrere Interviewte aus dem südländischen und arabischen Raum kritisieren die Mentalität und das Temperament ihrer Landsleute. Fuad kritisiert die aufbrausende Mentalität der Syrer, Ali stellt die Kritikunfähigkeit der Südländer in den Vordergrund. Dilara (w, 19) beschreibt Türken als aggressiv und impulsiv. Sie verlieren schnell die Kontrolle über sich. Im Streitfall zwischen einem Deutschen und einem Türken bleibe der Erste eher ruhig, während der Zweite zuschlage. Dilara macht auf einen wichtigen Faktor aufmerksam: Diese überzogene Aggressivität beobachte sie vor allem bei Türken, die in Deutschland leben, aber nicht bei Türken, die in der Türkei leben. Sie führe diesen Unterschied auf die Außenseiterposition der in Deutschland lebenden Türken zurück, die sich als Minderheit abgrenzen. Kerim (m, 42), der aus der Türkei stammt, ist ebenfalls der Meinung, dass seine Landsleute, vor allem Jugendliche, nicht kritikfähig seien. Ali sei der Meinung, dass Türken verzeihen, aber nicht vergessen. Diese Einstellung vertreten sie

gegenüber ihrem ganzen Umfeld. Die Abweisung könne sowohl ein Familienmitglied als auch einen Freund treffen, wenn dieser sich in den Augen des Türken falsch verhalten habe.

9.2.2 Stereotype Zuschreibungen der Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit

Die qualitative Studie mit Expertinnen und Experten aus der Migrationsarbeit im Landkreis Göttingen hat den Vorteil, dass alle Interviewten beruflich mit Migrantinnen und Migranten zusammenarbeiten und den Ist-Zustand professionell einschätzen können. Trotzdem zeugen die Aussagen der Interviewten davon, dass auch hier stereotype Bilder in den Vorstellungen existieren, welche die Mobilisierung für Projekte, aber auch die Durchführung dieser, schwierig machen können. So werden immer wieder die türkischen oder arabischen Frauen erwähnt, die in patriarchalischen Familienstrukturen leben und von ihren Ehemännern unterdrückt werden. Im ersten Interview verdeutlicht I1 die Problemlage, dass manche Frauen, trotz Interesse, nicht zu den Projekten erscheinen dürfen, weil ihre Männer dies nicht gestatten. Mit einem dualen Angebot sowohl für Frauen als auch für Männer werde versucht, diese Schwelle zu überwinden. Die Männer sollten zum Tee trinken eingeladen werden, um zu erkennen, dass das Projekt weder politisch noch religiös motiviert sei. Die Herausforderung liege laut I1 in der Überwindung des Verbotes der Männer für die Frauen. Dem eigentlichen Interesse der Frauen stünden die Männer im Weg. Ob dies nur Vermutungen bzw. Fremdzuschreibungen sind, lässt sich aus dem Kontext nicht erkennen. Es ist durchaus auch möglich, dass die Frauen keine eigene Motivation haben und sie einfach behaupten, der Mann würde es nicht erlauben. Die Projektbetreuer und -betreuerinnen betrachten den Zusammenhang sehr einseitig und lassen sich in ihren Lösungsansätzen von Stereotypen lenken, wodurch die Individualität der Frauen deutlich unterschätzt wird. Wie in jeder Gesellschaft gibt es motivierte und unmotivierte Mitglieder, die sich mehr oder weniger am gesellschaftlichen Leben beteiligen möchten. Natürlich muss man Wege finden, auch die unmotivierten zu den Integrationsprojekten zu bringen. Die Schuld nur auf die Männer zu schieben blockiert jedoch die Suche nach anderen Möglichkeiten und Innovationen zur Mobilisierung. Ein weiteres Beispiel für das Bestehen derartiger Stereotype zeigt sich darin, dass eine der Befragten erläutert, dass die Eltern zu wenig Wert auf die Ausbildung ihrer Kinder legen würden. An Stellen, wo sie die Kinder eventuell noch selber, bei z. B. den Hausaufgaben, unterstützen könnten, gäben sie die Verantwortung zu schnell an die Institutionen ab. Auch Elternsprechtage und Elternabende in den Schulen würden oft nicht wahrgenommen. Darum

müsste das Interesse der Eltern an der schulischen Bildung ihrer Kinder geweckt werden. Nach Meinung von I3 könnte mehr Engagement der Eltern eine Motivationshilfe für die Kinder sein. Diese sehen dann, dass den Eltern die Schule wichtig sei, was dann auf die Kinder abfärbe.

Zu beachten ist jedoch, dass diese Problemlage vielleicht weniger auf den Status Migrant, als eher auf den sozialen Hintergrund zu beziehen ist. Zudem zeigt die schulspezifische quantitative Studie im Auftrag des Landkreises, dass sich das Interesse der Eltern mit Migrationshintergrund an der Ausbildung ihrer Kinder nicht pauschalisieren lässt. 14 von insgesamt 21 Grundschulen haben beispielsweise eine aktive Teilnahme zu verzeichnen und auch die beiden befragten Gymnasien schätzen die Elternabendbesuche als sehr häufig ein (nähere Informationen dazu im Kapitel Bildung). Diese Beispiele für den Umstand, dass auch Expertinnen und Experten in der Migrationsarbeit sich nicht von Stereotypen und zum Teil von emotional geleiteten Aussagen freimachen können zeigt, dass die Effektivität von Interkulturellem Kompetenztrainings bei sozialen Integrationsprojekten nicht unterschätzt werden sollte. Stereotypisierungen lassen sich in der alltäglichen Praxis zwar nicht vermeiden, die Bewusstmachung der Existenz solcher Stereotypen und Vorurteile ist jedoch von großer Bedeutung, da diese überhaupt erst eine Reflektion, Zugänglichkeit und Modifizierung zulässt.

9.2.3 Begegnungen von Vorurteilen im Alltag

Zudem berichten in der qualitativen Studie die Befragten mit Migrationshintergrund davon, auf welche Weise ihnen Vorurteile im Alltag begegnen. Ali (m, 23) findet, dass er ungerecht behandelt wurde, da die Polizei etwas an den getönten Scheiben seines Autos auszusetzen hatte. Er glaube, dass die Polizei davon ausgehe, dass die Mehrheit der Ausländer zur Kriminalität neige. Ungeachtet dessen, ob Polizeibeamte und -beamtinnen tatsächlich zu dieser Annahme neigen, zeigt Alis Einschätzung, dass die vom Landkreis Göttingen geförderten und rege in Anspruch genommenen Interkulturellen Trainings für Polizeidienststellen von großer Bedeutung für den Umgang der Polizeibeamten und -beamtinnen mit Menschen mit Migrationshintergrund sind, damit sich weder seitens der Polizisten, noch seitens der Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund Vorurteile bilden. Ein anderes Beispiel liefert die in Polen geborene 31-jährige Marta. Sie habe mit einem Arzt nicht so gute Erfahrungen gemacht. Ihr Kind hatte sehr hohes Fieber und trotzdem musste sie beim Arzt sehr lange warten. Sie vermutet, dass der Arzt genervt von Migrantinnen und Migranten sei, da diese, vor allem im höheren Alter, sehr oft zum

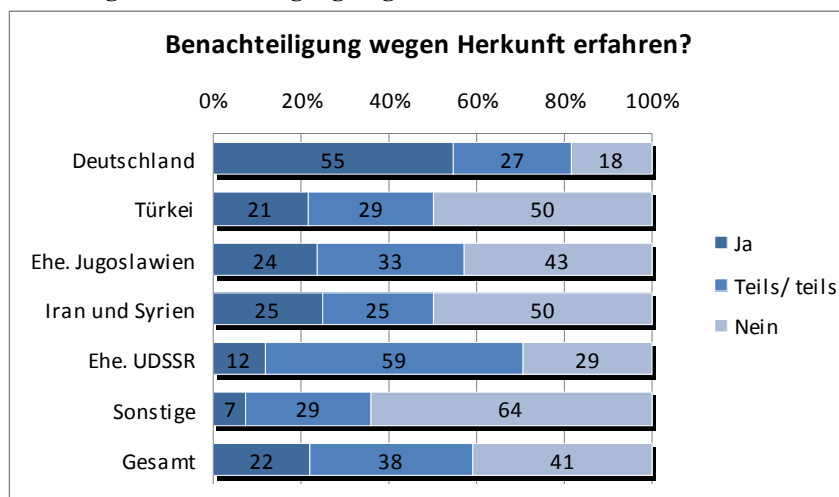
Arzt gehen, mehr zum Reden als krankheitsbedingt. Es bleibt hierbei zwar offen, wer sich tatsächlich von Vorurteilen leiten lässt, ob der Polizist, der Arzt oder die Interviewten selbst, eine Tatsache ist jedoch, dass die Erfahrung mit Vorurteilen einen diskriminierenden Charakter hat.

9.2.4 Diskriminierungserfahrungen der Migrantinnen und Migranten

Diskriminierung bezeichnet im Allgemeinen „die ungleiche, in aller Regel benachteiligende Behandlung von Individuen auf der ‚Basis einer realen oder vermeintlichen Gruppen- oder Klassenmitgliedschaft‘.“⁴²

Aus den quantitativen Studien im Landkreis Göttingen geht hervor, dass jeder fünfte Befragte, seiner eigenen Einschätzung nach, bereits eindeutig aufgrund seiner Herkunft benachteiligt wurde. Auf 38% trifft dies teilweise zu und 41% verneinen die Frage nach erlebter Diskriminierung. Die Werte für die gebürtigen Deutschen stechen aus der Gesamtheit heraus. Ganze 55% von ihnen wurden nämlich schon mindestens einmal diskriminiert. Bei den gebürtigen Deutschen fiel bereits auf, dass sie sich selten als Deutsche fühlen. Die Befragten aus der ehemaligen UDSSR und aus „sonstigen“ Ländern fühlen sich hingegen selten benachteiligt (12% bzw. 7%).

Abbildung 65: Benachteiligung wegen Herkunft erfahren?



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

⁴² Vgl. Hormel, U. (2007): Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft – Begründungsprobleme pädagogischer Strategien und Konzepte. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften. / Güttler, P. O. (2000): Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen. München: Oldenbourg. S.112.

27% der Befragten haben konkrete Rückkehrgründe ins Heimatland genannt. Jeder Zehnte davon identifizierte Ausländerfeindlichkeit als Grund.

Die im März 2011 veröffentlichte Studie "Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigt, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland tatsächlich eine starke Zustimmung finden. Den Statistiken zufolge stimmten 50% der Befragten der Aussage zu, dass es zu viele Zuwanderer in der Bundesrepublik gäbe und 37,6%, dass sie sich dadurch manchmal wie Fremde im eigenen Land fühlen (siehe Tab. 9). Zudem stimmten 30,5% der deutschen Befragten zu, dass es eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern gäbe und 41,6% bejahten die Aussage, dass manche Kulturen anderen klar überlegen seien (siehe Tab. 10).

Tabelle 9: Fremdenfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1	Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land).	50,0	62,2	40,3	46,0	62,5	59,6	27,1	58,7
2	Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	37,6	45,8	31,0	37,7	27,0	19,1	19,4	44,6
3	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten (jew. Bevölkerung) mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer.	42,4	50,3	29,5	24,7	55,9	58,2	74,1	71,2
4	Zuwanderer bereichern unsere Kultur.	75,0	71,2	70,8	74,9	61,0	73,7	64,2	57,0
Zusätzliche Items in einer Zufallshälfte der Stichprobe:									
5	Zuwanderer sind eine Belastung für unser Sozialsystem.	40,8	60,2	54,7	20,3	31,7	42,5	45,8	77,2
6	Wir brauchen Zuwanderer, um die Wirtschaft am Laufen zu halten.	60,7	59,5	66,1	64,5	70,7	68,1	42,4	24,2

Quelle: Zick, A./ Küpper, B./Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Tabelle 10: Rassistische Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
13	Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Völkern.	30,5	34,6	38,5*	32,4	18,7	45,1	41,6	41,8
14	Schwarze und Weiße sollten besser nicht heiraten.	13,5	10,6	13,6*	4,7	7,5	17,9	23,5	30,3
Zusätzliche Items in Zufalishälfte der Stichprobe:									
15	Manche Kulturen sind anderen klar überlegen.	41,6	20,1	29,4	37,9	28,6	61,3	49,4	38,5
16	Wir müssen unsere eigene Kultur vor dem Einfluss anderer Kulturen schützen.	51,9	59,2	54,8	54,1	49,4	70,1	69,0	78,5
17	Manche Völker sind begabter als andere.	45,0	27,5	25,0	43,6	31,2	57,1	50,4	53,8

Quelle: Zick, A./ Küpper, B./Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

9.2.5 Diskriminierung im Alltag und empfundene institutionalisierte Diskriminierung

Auch in der qualitativen Studie berichten die Befragten mit Migrationshintergrund von ihrer erfahrenen Benachteiligung. Insgesamt lassen sich dabei zwei Arten unterscheiden, Diskriminierung im Alltag und empfundene institutionalisierte Diskriminierung.

9.2.5.1 Diskriminierung im Alltag

Diskriminierung im Alltag bezieht sich auf das soziale Umfeld, z. B. am Arbeitsplatz oder im Stadtteil bzw. auf solche diskriminierenden Erfahrungen, die nicht institutionalisiert sind. So zum Beispiel Ali (m, 23), der seine Ausbildung aufgrund von Mobbing abgebrochen hat. Da er laut eigener Aussage nicht wie ein Türke aussehe, war das Kollegium ihm gegenüber zuerst nett und aufgeschlossen. Als dann aber seine Nationalität bekannt wurde, haben seine Arbeitskollegen und -kolleginnen ihm nur noch niedere Arbeiten zugeteilt, die keinen Lerneffekt beinhalteten. In der Berufsschule habe sich Ali wohlfühlt, aber durch die mangelnde Unterstützung im Betrieb verschlechterten sich seine Noten, bis er sich dazu entschloss, seine Ausbildung abzubrechen. Man muss dazu sagen, dass die Vorstellung Drucker zu werden, Ali auch nicht unbedingt gereizt

habe. Momentan verdinge er sich durch Praktika in diversen Betrieben und er hoffe, sich dadurch ein festes Arbeitsverhältnis zu verschaffen. Der Abbruch der Ausbildung war eine persönliche Entscheidung von Ali, allerdings wurde sie auch durch ethnische Diskriminierung herbeigeführt. Auch Valentina (w, 29) berichtet von ethnisch basierendem Mobbing. Allerdings sei diese Diskriminierung nicht ihr, sondern ihrer Mutter widerfahren. Deren Deutschkenntnisse waren bei der Übersiedlung von Russland nach Deutschland im Jahr 1993 nur minimal vorhanden. Da die Familie aber ihren Lebensunterhalt verdienen musste, ging auch Valentinas Mutter in einer Fabrik arbeiten. Fehler in der Sprache wurden seitens des Kollegiums mit Lachern quittiert, ansonsten hielt man sie jedoch auf Distanz. Es entwickelte sich kein persönlicher, bekanntschaftlicher Kontakt zu den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach fünf Jahren konstanten Mobbing kündigte Valentinas Mutter den Job, ohne dass sie ihre Deutschkenntnisse erheblich verbessern konnte. Valentina sagt, dass ihre Mutter psychische Probleme habe. Sie habe sich selbst aufgegeben. In Stresssituationen bekomme Valentinas Mutter Panikattacken und könne kein Deutsch sprechen.

Ebru (w, 50) lebt seit 1976 in Deutschland und sei der Meinung, dass es keine Probleme mit Deutschen gäbe, solange man sich respektvoll und ruhig verhalte. Trotzdem wurde sie im Wartezimmer eines Arztes von einer älteren Dame als „scheiß Türkin“ bezeichnet.

Von Akzeptanz bemerken der nur befristet hier lebende Jugoslawe Leotrim (m, 22) und die in Deutschland gebürtige Dilara (w, 19) nicht immer etwas. Leotrim werde, wenn er aus der Moschee kommt, öfters von der Nachbarin durchs offene Fenster angepöbelt. Dilara werde ab und zu als Ausländerin bezeichnet, was sie sehr traurig mache, da sie schließlich hier geboren sei und eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis habe. Auch die 16jährige, in Deutschland geborene Selin treffe nicht nur auf Akzeptanz:

„Naja, die gucken dich einfach scheiße an. Wollen mit dir eigentlich gar nicht reden. So man sieht schon diesen Ausdruck, du bist scheiße, rede nicht mit mir. Du bist Türkin, halt dich fern“.

Richtige Probleme habe sie aber bisher mit Deutschen nicht gehabt.

In den Integrationsworkshops im Landkreis Göttingen wurde diesbezüglich die Problematik einer oftmals konservativen Grundhaltung deutscher Mitbürgerinnen und Mitbürger und die damit

verbundene Schwierigkeit für Migrantinnen und Migranten, besonders mit älteren deutschen Bürgerinnen und Bürgern Kontakt aufzunehmen. Politische und interkulturelle Aufklärung, regelmäßige Bürgertreffen und interkulturelle Bewohnerzentren wurden hierfür als beispielhafte Lösungsansätze formuliert. Beispielhaft für die erfolgreiche Umsetzung der Förderung interkultureller und interreligiöser Dialoge waren in der Vergangenheit die vom Landkreis Göttingen und vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration geförderte Ausstellung im Foyer des Kreishauses über das Thema „Muslime in Niedersachsen“ sowie die vom MiMe e.V. Göttingen und vom Landkreis Göttingen geförderte Kunstaussstellung zur Förderung des interkulturellen Dialogs im Jahr 2010.

Auch das 2010 gestartete und laufende Projekt „Moschee trifft Kirche“, das von der Katholischen und Evangelischen Kirche, dem Moscheeverein, der Polizei und dem Landkreis Göttingen gefördert wird und auf die Netzbildung zur Förderung des interreligiösen Dialoges abzielt, gestaltet sich als ebenfalls sehr erfolgreich und effizient.

9.2.5.2 Empfundene institutionalisierte Diskriminierung

Die durch Institutionen empfundene Diskriminierung bezieht sich auf Einrichtungen, wie beispielsweise Behörden, öffentliche Einrichtungen oder staatliche Bildungseinrichtungen, aber auch auf den Staat selbst. Als empfundene Diskriminierung wird sie deshalb benannt, da es schwierig ist, eine tatsächliche Diskriminierung statistisch nachzuweisen, da beispielsweise oftmals andere Faktoren zur Rechtfertigung vorgeschoben werden.

Vor allem in der Institution Schule werde die nationale Differenzierung deutlich. Die jüngere Generation unserer Interviewpartner, die Migrantinnen und Migranten zweiter Generation sind, berichten von Diskriminierung und Abgrenzung, die sich an der Demarkationslinie der Nationalität, dem anders Aussehenden und der fremden Sprache vollzieht. Die 19-jährige Fachabiturientin Nesrin, die keinen engen Kontakt zu Deutschen habe, fühlte sich an ihrer Schule oftmals nicht akzeptiert und benachteiligt: „Also ich persönlich hatte das Gefühl, dass man auch so ein bisschen gehasst wird“. Zu bemerken sei dies an der Mimik ihrer Lehrer und Mitschülerinnen und Mitschüler. Sie wurde in ihrer Klasse auf Grund ihrer Ethnizität beleidigt, ohne dass Lehrerinnen und Lehrer einschritten. Sie sollten das unter sich klären. Im umgekehrten Fall folgten aber verbale Sanktionen des Lehrers. Ähnlich empfindet Dilara (w, 19) und erzählt,

dass die Lehrerinnen und Lehrer „ausländische“ Schülerinnen und Schüler härter benotet haben als deutsche. Sowohl Nesrin als auch Dilara fühlen sich in der Klassengemeinschaft nicht



Quelle: Integrationsworkshop für Einwohner, Landkreis Göttingen 2011.

aufgenommen und bemerken in der Schule eine Nicht-Akzeptanz ihrer Sprache. Ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler halten sich nach ihrer Ansicht für „etwas Besseres“. Allerdings sagt Nesrin auch, dass es ebenso Migrantinnen und Migranten gäbe, die nichts mit Deutschen zu tun haben wollen. In dem Integrationsworkshop in

Göttingen vom 22. Juni 2011 wurde zudem die Vermutung aufgestellt, dass die evangelische und katholische Beschränkung des Religionsunterrichtes und damit das Ignorieren von Möglichkeiten für die Gestaltung eines universalen Religionsunterrichtes oder aber die Einbeziehung anderer Religionen als Unterrichtsfächer, Diskriminierungsgefühle bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hervorrufe und dadurch eine strukturelle Diskriminierung darstelle.

Diese Sachlage des Bestehens empfundener institutionalisierter Diskriminierung seitens der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Bildungswesen des Landkreises Göttingen verweist auf die Wichtigkeit Interkultureller Trainings für KiTas und Schulen, die seit 2010, gefördert durch die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung, durchgeführt werden. Bedauerlicherweise wird dieses Angebot, trotz mehrmaligem Appellieren, möglicherweise aus arbeitstechnischen oder zeitlichen Gründen, von einer Vielzahl an Bildungseinrichtungen im Landkreis nicht angenommen. Neben interkulturellen Trainings werden zudem ab September 2011 Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund an der IGS Bovenden in einem Pilotprojekt als Toleranzlotsen ausgebildet. Bei erfolgreicher Durchführung soll dieses Projekt auch an anderen Schulen des Landkreises, die bereits einen Bedarf äußerten, eingeführt werden.

Des Weiteren berichten die Befragten von einer Vielzahl schlechter Erfahrungen mit Behörden. Sie fühlten sich oftmals unerwünscht und nicht akzeptiert. Zudem zeigt sich ein Misstrauen gegenüber den Beamten und Angestellten als auch die Vermutung systematisierter Benachteiligung in der Bearbeitung von Anträgen. Marta finde, Behörden würden Ausländerinnen und Ausländer wie „Menschen zweiter Klasse“ behandeln, da sie eh nicht davon ausgehen, dass diese hier heimisch werden. Dies wird auch durch Rahims Aussage unterstützt, dass Menschen mit gesicherter Aufenthaltserlaubnis besser behandelt werden und mehr Informationen bekommen. Adrijane (w, 42), die 1993 aus dem Kosovo nach Deutschland kam und noch immer den Status der Duldung innehat, werde mal gut, mal schlecht behandelt. Sie habe aufgrund ihres Status eine psychische Störung und ver falle in eine Angststarre, sobald sie schlecht behandelt werde. Einmal wurde sie auf dem Amt angeschrien, weil sie den Pass ihres verstorbenen Ehemanns nicht abgeben wollte. Das Passbild ist das einzige Foto, das sie von ihrem Mann besitzt. Auch Leotrim ist lediglich geduldet und empfindet ähnliche Angstzustände. Jeden Tag könnte er abgeschoben werden. Es koste viel Geld, wenn man in Deutschland bleiben möchte. Leotrim vermute ein System dahinter. Nur wer arbeite könne sich einen Anwalt leisten. Also habe nur derjenige mit Arbeit eine Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis. Valentina weiß von Migrantinnen und Migranten zu berichten, die sich über die Ausländerbehörde beschwerten, da diese Dokumente verlege und später behauptet werde, sie wären nicht eingereicht worden. Die dahinter vermutete Praxis sei eine absichtliche Verzögerung von Anträgen der Ausländerinnen und Ausländer. Nicht nur die Ausländerbehörde, auch andere öffentliche Stellen behandeln Migrantinnen und Migranten anders. Diese Unterscheidung beginne schon beim Namen. Valentina widerspricht allerdings diesen Geschichten. Sie vermute, dass zu spät eingereichte Dokumente und ähnliches, Schuld an der Verzögerung bei der Bearbeitung von Anträgen seien. Rahim ist der Meinung, dass die Probleme mit den Behörden und der Integration hausgemacht seien: Da Migrantinnen und Migranten in den Behörden und auch im Leben in Kategorien eingeteilt werden, die alle politischer Natur sind, sei auch die Integration in der Sichtweise der Migrantinnen und Migranten ein Problem der Politik.

Auch in den Workshops im Landkreis wurde über eine beobachtete Stereotypisierung von Personen mit Migrationshintergrund in Behörden diskutiert. Laut Aussagen des Plenums bestehe die Gefahr, dass die betreffenden Personen mit Migrationshintergrund oftmals nach einer



Erfahrung stereotypisiert und auf ihre Nationalität reduziert werden. Die Kommunikation solle daher personenbezogener werden und das Subjekt in den Vordergrund stellen, um somit eine kulturalistische Reduktion und Objektivierung der Klientel zu vermeiden. Dieses lässt sich besonders durch Interkulturelle Trainings in den Ämtern und Behörden verwirklichen. Während

die vom Landkreis Göttingen seit 2010 geförderten Interkulturellen Trainings für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes und des Jobcenters auf große Zustimmung stoßen, äußert die Ausländerbehörde des Landkreises bedauerlicherweise keinen Weiterbildungsbedarf.

Zwei der Interviewten teilten uns ihre Erfahrung mit, die sie in Flüchtlingslagern gemacht haben. Arian (m, 24), der 2005 nach Deutschland kam, lebte bis 2009 in einem Auffanglager in Braunschweig. Untergebracht wurde er in einer alten Kaserne mit drei bis vier Personen pro Zimmer. Zweimal pro Tag gab es eine warme Mahlzeit und pro Monat 40€ Taschengeld und einen 15€ Bekleidungsgutschein. Normalerweise lebe man, sagt Arian, drei Monate in einem Auffanglager und nicht, wie er, vier Jahre. Auch Fuad und seine Familie haben in Braunschweig in der alten Kaserne gelebt. Allerdings wussten sie nicht, wo sie sind, und mussten sich mit anderen Familien ein Zimmer teilen. Die Polizei fanden sie sehr nett, aber fühlten sich im Heim sehr überwacht. „Das war irgendwie wie Gefängnis“, sagt Fuads Sohn.

Des Weiteren stellen, nach Aussagen der Befragten, die durch den rechtlichen Duldungsstatus bedingten Einschränkungen einen Grund für diskriminierende Erfahrungen dar. Arian leide wie Leotrim auch unter dem rechtlichen Duldungsstatus. Sein iranisches Abitur wurde in Deutschland

nicht anerkannt, er hatte jedoch die Gelegenheit erhalten, sein Fachabitur zu absolvieren. Trotzdem könne er sich nicht frei für einen Studiengang entscheiden, da er durch die örtliche Zuweisung nur einen Studienplatz in Göttingen annehmen kann. Auch habe er ein Arbeitsverbot erteilt bekommen und meint dazu: „Das nervt, das ist einfach lächerlich“. Arian erhalte neben Sachspenden von Nachbarn staatliche Unterstützung in Form von Wohngeld und Gutscheinen. Die Gutscheine werden als Stigmatisierung empfunden und erfahren, die die Lebensqualität der Betroffenen erheblich einschränke. Nicht nur Arian, auch Adrijane (w, 42) berichtet von demütigenden Situationen an der Kasse, z. B. beim Versuch Ware zu reklamieren. Sie habe den direkten Vergleich zur Verbesserung der Lebensqualität: Seit Kurzem erhalte sie Bargeld und werde an den Kassen der Einkaufsläden viel freundlicher behandelt. Die Gutscheine beschränken Arian ungemein in seiner Bewegungsfreiheit, denn für so ziemlich alle Aktivitäten, die man als junger Mensch gerne ausführe, sei ein Minimum an Bargeld von Nöten. Banale Tätigkeiten, wie der Besuch im Freibad, das Eis im Café oder der Abend im Kino mit Freunden seien für Arian undenkbar. Da es schwierig sei, ohne all diese Tätigkeiten ein soziales Netzwerk aufzubauen, sei er sehr viel allein. Die Gutscheine entpersonalisieren die schwierige Lebenslage der Migrantinnen und Migranten, gerade im Fall von Kriegsflüchtlingen und reduzieren sie in der Öffentlichkeit auf einen Staatshilfeempfänger. Die damit verbundene Stigmatisierung sei für alle Interviewten nur schwer zu ertragen und in ihr Selbstbild, wie im Falle von Arian, aufzunehmen.

In Arians Geschichte ist ein Aspekt enthalten, der einigen der anderen Interviewpartner und -partnerinnen ebenfalls große Probleme bereitet habe und noch bereite: die Nicht-Anerkennung von Bildungsabschlüssen, mit der sowohl der finanzielle als auch soziale Abstieg verbunden ist. Maribel (w, 50) habe in ihrer Heimat Georgien ein Studium absolviert, dessen Abschluss in Deutschland jedoch auch nicht anerkannt wurde. Dadurch sei sie gezwungen, in einer Kirche als Reinigungskraft zu arbeiten. Diese Arbeit sei ihr peinlich, da sie sich selbst eigentlich zum Mittelstand zähle. Erscheinen während ihrer Arbeitszeit Kirchgängerinnen und Kirchgänger, verstecke sie sich, um nicht gesehen zu werden.

Nicht nur die Nicht-Anerkennung von Bildungsabschlüssen, sondern, laut Ergebnissen der Workshops im Landkreis zu dem Thema der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt, auch Fehlinformationen oder Unwissenheit über andere Kulturen, aber auch Stereotypisierungen bezüglich nationaler und kultureller Zugehörigkeit, führen zur Ausgrenzung

am Arbeitsmarkt. Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund werden daher oftmals aussortiert und der Zugang zu Vollzeitstellen erschwert, da ein 400-Euro-Job für viele Arbeitgeberinnen und -geber die „sichere Variante“ darstelle.

9.3 Fazit

Viele der Befragten mit Migrationshintergrund aus der qualitativen Studie im Landkreis Göttingen stereotypisieren „die Deutschen“ zwar als durchaus tolerant und fähig zur Akzeptanz von Diversität, ebenso jedoch auch als distanziert gegenüber Fremden. Die Mentalität „der Südländer“ wird von den Migrantinnen und Migranten dagegen als aufbrausend, kritikunfähig und impulsiv stereotypisiert, andererseits jedoch auch als kommunikativer und „wärmer“ in zwischenmenschlichen Beziehungen beschrieben. Dies erweckt den Anschein, dass es für die oftmals kommunikativeren und impulsiveren Migrantinnen und Migranten nicht sehr einfach ist, sich in die Welt der isolierten und distanzierten „Deutschen“ zu integrieren. Es ist jedoch durchaus zu betonen, dass es sich hierbei um weitverbreitete Stereotype handelt, die einerseits zwar die Ursachen für mögliche Distanz zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf generalisierte Weise beschreiben können, andererseits jedoch auch mit großer Vorsicht zu betrachten sind, da derartige Stereotype auch immer selbst zur Ursache von Distanz, Intoleranz und Missverständnissen werden können. Besonders in den Interviews mit Expertinnen und Experten der Migrationsarbeit zeigt sich diesbezüglich, dass die Orientierung an Stereotypen, wie etwa das stereotype Bild der türkischen unterdrückten Frau, die Suche nach anderen Möglichkeiten und Innovationen zur Mobilisierung und Durchführung von Projekten blockieren kann. Interkulturelle Kompetenztrainings bei sozialen Integrationsprojekten und Wohlfahrtsvereinen stellen daher einen wichtigen Faktor für den Abbau von Stereotypen über die Zielgruppen dar.

Des Weiteren sehen sich die Befragten mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen oftmals mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert. Die Ergebnisse der quantitativen Studie i. A. des Landkreises Göttingen zeigen, dass sich jeder fünfte Befragte bereits aufgrund seiner Herkunft diskriminiert gefühlt habe und jeder Zehnte (von 27% der Befragten, die konkrete Rückkehrgründe nannten) Ausländerfeindlichkeit als Rückkehrgrund identifiziere. Die Interviewten mit Migrationshintergrund aus der qualitativen Studie berichten sowohl von Diskriminierungserfahrungen im Alltag, beispielsweise durch Arbeitskollegen und -kolleginnen

oder Mitbürger und Mitbürgerinnen, als auch von empfundener institutionalisierter Diskriminierung, beispielsweise in Schulen, Behörden, Polizeiamtern oder Flüchtlingslagern, aber auch durch rechtliche Regelungen des Staates in Bezug auf das Aufenthaltsrecht und die Nicht-Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen. Können die quantitativen und qualitativen Studien im Landkreis Göttingen statistisch zwar keine tatsächliche Diskriminierung, sondern nur eine empfundene nachweisen, besteht diesbezüglich trotz allem Erklärungs- und Handlungsbedarf, um die Grundlagen für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis gewährleisten zu können.

10 Religion und Glaube

Religion kann die Grundlage zur Lebensweise des Menschen sein, denn die jeweilige Heilige Schrift ist unter wissenschaftlichem Gesichtspunkt eine Ansammlung von Verhaltensgeboten und -verboten, die den Umgang mit anderen, die alltägliche Lebensführung und die Verhaltensweisen bestimmen. Migrantinnen und Migranten nehmen ihre Religionen aus dem alten Heimatland mit und übertragen deren Werte in ihr neues Umfeld. Dies kann reibungslos verlaufen, aber auch schnell zu Spannungen und Konflikten führen, wenn die Normen und Werte mit denen im neuen Heimatland divergieren.

Religion kann aber auch Grund für die Migration sein, wie die qualitativen Interviews, die mit Migrantinnen und Migranten aus dem Landkreis durchgeführt wurden, ergaben.

Kerims (m, 42) Familie emigrierte, weil sein Vater eine Stelle in Deutschland angeboten bekam, aber auch weil sie vor dem religiös-ethnischen Konflikt zwischen Aleviten und Sunniten in der Türkei fliehen mussten.



Im Folgenden soll jedoch betrachtet werden, welche Religionszugehörigkeiten Migrantinnen und Migranten haben, welche Rolle die Religionszugehörigkeit für sie spielt und ob dieses Einfluss auf ihre Integration in die Gesellschaft haben.

10.1 Religionszugehörigkeit

Religion hat in der säkularisierten westlichen Welt ihre Funktion als Lebensbezugspunkt weitestgehend verloren, ist aber dennoch immanenter Bestandteil des Wertekonzeptes. Obwohl viele Migrantinnen und Migranten angeben, in der Diaspora die mitgebrachte Religion nicht mehr derart zu praktizieren, wie sie es im Herkunftsland taten, berufen sie sich aber in diversen Lebensbereichen als symbolische Legitimität ihres Denkens und Handelns auf ihre Religion und

das darin vermittelte Wertekonzept. So steht es in der Einleitung zur Passage Religion in der qualitativen Studie des Landkreises die 2010 durchgeführt wurde.

Mithilfe der quantitativen Studie, die im selben Jahr mit Personen mit Migrationshintergrund aus dem Landkreis durchgeführt wurde, konnte die Verbreitung der unterschiedlichen Religionen unter den

Migrantinnen und Migranten und die jeweilige Verteilung nach Herkunftsland herausgefunden werden.

Die Hälfte der Befragten ist muslimisch, ein Drittel ist christlich und ca. 9 % üben keine Religion aus. 6 % gehören einer anderen Religionsgemeinschaft an. Von den Christen sind 38 % katholisch, 25 % evangelisch, knapp 19 % russisch-orthodox, 13 % griechisch-orthodox und 6 % armenisch-orthodox.

Die gebürtigen Deutschen sind zu fast zwei Dritteln muslimisch. Jeweils 9 % sind katholisch, russisch-orthodox oder griechisch-orthodox. Weitere 9 % verweisen auf eine andere Religion (bspw. Zeugen Jehovas). Bei den Türkischstämmigen sind sieben von acht Befragten Muslime und jeweils 7 % Juden und Nicht-Religiöse. Das Bild für die Befragten mit jugoslawischen Wurzeln ist nahezu dasselbe. Von der Konstellation bei den gebürtigen Türken weicht hier nur ab, dass knappe 10 % christlich und niemand jüdisch ist. Bei den gebürtigen Iranern und Syrern ist die Zusammensetzung weniger homogen. Zwar dominiert gleichfalls der Islam (43 %), jedoch verfügt auch jeder Vierte über keine Religion und jeweils 14 % sind katholisch oder hinduistisch. Während bei den gerade vorgestellten vier Gruppen die Muslime jeweils am stärksten vertreten sind, ist bei den Menschen mit sowjetischem Hintergrund und bei denjenigen, die aus einem der „sonstigen“ Länder kommen, das Christentum vorherrschend. Für die Befragten aus einst sowjetischen Staaten gilt, dass sieben von acht Personen christlich sind. 36 % dieser Christen sind evangelisch, 36 % russisch-orthodox, 21 % katholisch und 7 % armenisch-orthodox. Bei den Personen aus den „sonstigen“ Ländern sind 71 % Christen. Diese setzen sich zusammen aus 50 % Katholiken, 20 % Protestanten, 20 % Armenisch-Orthodoxen und 10 % Griechisch-Orthodoxen.



Quelle: Besuch des Landrats, Herr Schermann beim Moscheeverein in Hann. Münden 2010

Die verbleibenden knapp 30 % verteilen sich auf den Islam (7 %), sonstige Religionen (7 %) und keine Religionszugehörigkeit (14 %).

Es zeigt sich, dass fast jeder zehnte Befragte angibt, sich keiner Religion zugehörig zu fühlen. Dies bestätigt die Annahme, dass Religion in der heutigen Gesellschaft nicht mehr notwendigerweise der Lebensbezugspunkt des Menschen sein muss.

Die größte Gruppe Gläubiger bilden die Muslime, die vor allem aus der Türkei, Jugoslawien, Syrien und dem Iran stammen. Diese Gruppe steht aufgrund ihrer Größe und vielen Diskussionen, die sich um sie entspinnen, besonders im Fokus.

Die zweitgrößte Gruppe ist die der christlichen Migranten, vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion und „sonstigen“ Ländern, welche weniger Diskussionen verursachen, aber trotzdem nicht vernachlässigt werden sollten.

10.1.1 Die Konvertierung zu einem anderen Glauben

Der Wechsel der Glaubensgemeinschaft ist häufig eine enorm wichtige Entscheidung im Leben eines Menschen und kann unterschiedliche Gründe haben. In den zuvor erwähnten Interviews wurden zwei Fälle benannt.

Rahim (m, 59) konvertierte vom Islam zur orthodoxen Religionsgemeinschaft, da er diese als offener und liberaler empfinde. Er habe seine Glaubensrichtung seiner Lebensweise angepasst, und nicht, wie viele andere, die Religion die Lebensweise beeinflussen lassen. An der deutschen evangelischen Kirche kritisiere er die Bürokratie, z. B. in Form von Terminvereinbarungen, wenn man ein Gespräch führen will oder die vielen Rechnungen und Gebühren.

Maribel (w, 50) aus Georgien konvertierte für ihren Mann zum Katholizismus. Sie ist der Meinung, dass die Liebe zu Gott entscheidend sei, nicht die Glaubensrichtung.

Zwar scheint es sich bei Konvertierung um ein im Kontext der Migration eher seltenes Phänomen zu handeln, es kommt jedoch vor.

10.2 Stellenwert der Religion im Alltag

Sowohl in der quantitativen Studie als auch in den qualitativen Interviews heben sich die Muslime als größte Gruppen hervor. Da bei der Befragung jedoch nach Herkunftsland zugeordnet wurde, kann man bei den folgenden Statistiken nur Annahmen anhand der in diesen Gruppen häufig vertretenen Religionen treffen.

Vereinswesen und Religionsgemeinschaft sind für Personen aus Syrien und dem Iran (33 %) sowie für die Türkischstämmigen (20 %) bedeutsam. Aufgrund der eher geringen Vereinsmitgliedschaft in Sportvereinen bei allen drei Gruppen scheint plausibel, dass die hohen Werte häufige Besuche und Mitgliedschaft im Moscheeverein oder in der Kirchengemeinde ausweisen. Für die Befragten mit jugoslawischem (9 %) oder sowjetischem (6 %) Migrationshintergrund ist die Vereinstätigkeit und die religiöse Aktivität von untergeordneter Wichtigkeit bei der Freizeitgestaltung. Insgesamt nannten 11 % aller befragten Migrantinnen und Migranten eine Mitgliedschaft in ihrer Kirchengemeinde.

Für Fuad, der aus Syrien stammt, sei seine armenisch-orthodoxe Religion weit mehr als ein Glauben, sie sei auch Teil seiner Arbeit. In Syrien war er Diakon, heute arbeite er ehrenamtlich für eine christliche Kirche, da ihm hier leider keine richtige Stelle als Diakon bewilligt werden konnte. Bei der Arbeit habe er viel mit anderen Migrantinnen und Migranten aus unterschiedlichen Ländern zu tun, die an die Gemeinde herantreten.

Ebru, eine türkische Mutter, die in den Interviews befragt wurde, sei die Ausübung ihrer islamischen Religion sehr wichtig. Auch Jugendliche sollten ihrer Meinung nach mehr in die Moschee gehen.

Bei den jugendlichen Interviewpartnern kann die Religion eine sehr unterschiedliche Rolle spielen. Ali (m, 23) ist der Meinung, dass Jugendliche nur wenig Wert auf Religion legen.

Nesrin (19) und Selin (16) verknüpfen ihre religiöse Einstellung direkt mit dem Erziehungsstil ihrer Eltern: Da diese jeweils offen, liberal und modern seien, können die Mädchen selbst entscheiden, wie sie die islamische Religion ausleben.

Selin trage ihr Kopftuch z. B. nur in der Moschee. Sie betont, dass ihr Religion zwar wichtig sei, sie aber nicht nach den strengen religiösen Vorschriften leben wolle.

Für Nesrin sei das Kopftuch ein Zeichen strenger Erziehung. Ali (m, 23) werte das Kopftuch jedoch als Zeichen freier Religionsausübung, da es in Deutschland, anders als in der Türkei, überall getragen werden darf. Es lässt sich vermuten, dass diese unterschiedlichen Aussagen, trotz gleicher Altersgruppe, auf die unterschiedliche geschlechtsspezifische Position zurückzuführen ist, welche die Mädchen, als Kontrast zu strengen Regeln, eine solche Meinung entwickeln lässt.

Bei Edvin (m, 15), zugehörig zur Gruppe der Roma, beziehe sich das Wertekonzept vor allem auf Verhaltensregeln für Frauen, die strenge Kleidungs Vorschriften beachten müssen sowie auf die Wahl des Ehepartners. Es ist zu vermuten, dass es sich hierbei um eine Mischung aus religiösen und traditionellen Wertvorstellungen handelt, vor allem da sie zentral mit der Eheschließung zu tun haben. Allerdings haben sich die strengen Vorschriften seit der Ankunft in Deutschland stark gelockert. Zwangsehen seien, wie der Befragte sagt, keine gängige Praxis mehr.

Edvins erste Beziehung wird von seinen und den Eltern der Freundin allerdings bereits als Weg zur Ehe betrachtet. Auch er selbst identifiziere sich mit dieser Zukunftsgestaltung.

Bei Kindern und Jugendlichen bestimmt das Elternhaus maßgeblich die Lebensweise und auch die Religion, dies wurde in den bereits erwähnten qualitativen Interviews deutlich.

10.2.1 Wichtigkeit der Religion im Freundeskreis

Nur für 1 % ist es wichtig, dass die Freunde dieselbe Religion haben, ein Viertel stimmt zum Teil zu und drei von vier Probanden stören sich nicht daran, wenn ihre Freunde einer anderen Religion angehören. Auch Kerim (42) ein Mann aus der Türkei meint im Interview, dass Religion bei seinen Bekanntschaften und Freundschaften mit Deutschen kein Problem und kaum ein Gesprächsthema sei. Die Werte sind für alle Gruppen etwa gleich niedrig. Nur bei den Personen mit jugoslawischem Hintergrund meinen 41 %, dass eine unterschiedliche Religion unter Freunden zum Teil problematisch sein kann.

10.2.2 Wichtigkeit des Religionsunterrichts gemäß der eigenen Religionszugehörigkeit

In dem Integrations-Workshop in Göttingen wurde auch über den Religionsunterricht diskutiert. Dabei konnte die Frage, ob ausschließlich evangelischer oder katholischer Unterricht in den Schulen des Landkreises nicht ein Diskriminierungsgefühl bei Migranten aufkommen lasse, nicht eindeutig beantwortet werden.

Die niedersächsische Landesregierung sieht es als ihre Verpflichtung an, das grundgesetzlich verbriefte Recht auf konfessionellen Religionsunterricht allen Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, nicht nur christlichen, jüdischen, orthodoxen und alevitischen Schülerinnen und Schülern, sondern auch muslimischen Schülerinnen und Schülern.

Der entsprechende Religionsunterricht ist einzurichten, wenn an einer Schule eine Lerngruppe von mindestens zwölf Schülerinnen und Schüler eines Glaubens gebildet werden kann und eine geeignete Lehrkraft zur Verfügung steht. Da für den islamischen Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach derzeit die verfassungsgemäßen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kann dieser nur im Rahmen eines Schulversuchs angeboten werden.

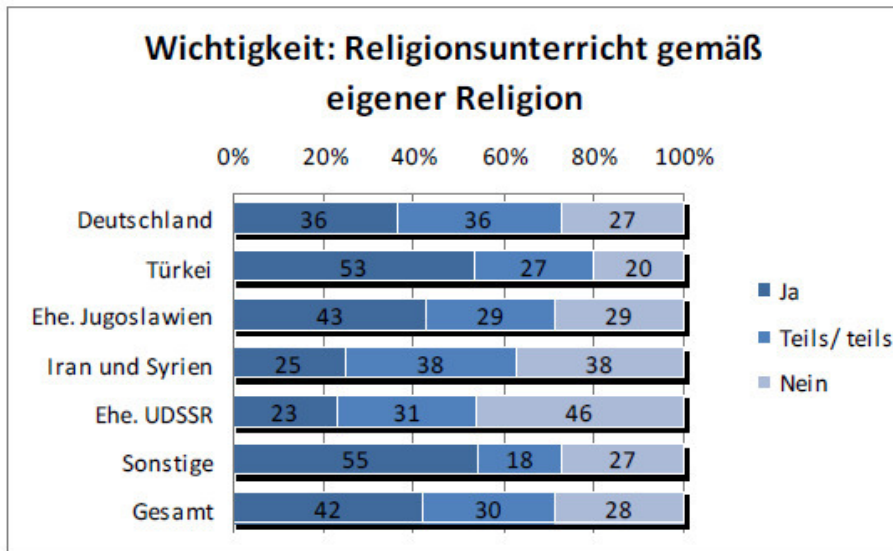
Religionsgemeinschaften und staatliche Stellen entwickeln gemeinsam Lehrpläne, die den Ansprüchen beider Seiten gerecht werden. Die religiösen Grundsätze des Unterrichts werden durch die Religionsgemeinschaften festgelegt. Der Religionsunterricht unterliegt - wie jeder andere Unterricht auch- der staatlichen Schulaufsicht. Der Staat achtet vor allem auf die Qualifikation der Lehrkräfte sowie die Einhaltung pädagogischer und wissenschaftlicher Standards.

Für die niedersächsische Landesregierung ist Religion kein Randfach. Eine umfassende Bildung braucht Religion. Religionsunterricht bewirkt, dass Schülerinnen und Schüler darüber nachdenken, wie sie sich im Glauben positionieren. Dadurch werden die Schülerinnen und Schüler befähigt, persönliche Entscheidungen begründet treffen zu können und die Entscheidungen anderer nachvollziehen und tolerieren zu können. Religionsunterricht ist daher als eine Voraussetzung für einen gelingenden interreligiösen Dialog zu verstehen.⁴³

⁴³ (http://www.mk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=26982&article_id=90778&_psmand=8) Niedersächsisches Kulturministerium zum Thema Islamische Religionsunterricht.

42 % der per Fragebogen befragten Migranten aus dem Landkreis finden den Unterricht wichtig, 30 % sind indifferent und 28 % halten die Frage für nebensächlich. Diese Werte sind durchschnittlich mit der Akzeptanz von anderen Angeboten.

Abbildung 66: Wichtigkeit von Religionsunterricht gemäß eigener Religion



Quelle: Quantitative Studie i.A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die gebürtigen Türken (53 %) und diejenigen aus den „sonstigen“ Staaten (55 %) legen überproportional häufig großen Wert auf den angepassten Religionsunterricht. Bei den gebürtigen Syrern und den Menschen aus der ehemaligen UDSSR ist nur jeder Vierte stark an dieser Frage interessiert.

Es zeigt sich, dass bei gut einem Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund, die befragt wurden, der Wunsch nach speziellem Religionsunterricht an Schulen besteht und dass dieser gerade bei gebürtigen Türken sehr stark ist. Dies spricht wiederum für den Schulversuch des islamischen Religionsunterrichts und deckt sich mit den Aussagen, die unter dem Punkt „Stellenwert der Religion im Alltag“ getroffen wurden.

10.2.3 Einfluss der Migration auf die Religion

Es zeigte sich, dass auch die Migration selbst einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Religiosität der Migranten hat. Wertkonzepte werden transformiert und können sich denen der Mehrheitsgesellschaft annähern oder sich von ihr abgrenzen. Hierzu fanden sich in den

Interviews, die mit verschiedenen Personen mit Migrationshintergrund geführt wurden, diverse Belege.

Edvin (m, 15) gehört den Roma an, seine Eltern flüchteten vor dem Balkankrieg. Auch er wisse von Familien zu berichten, die sehr streng in der Erziehung seien. Es werden Kleiderregeln für Frauen aufgestellt und Zwangsehen arrangiert. Allerdings sei die Praxis der Zwangsehe in Deutschland nicht mehr üblich, die Kinder haben ein Mitspracherecht und können die Einwilligung in die Ehe verweigern. Die Wertkonzepte, die hier beschrieben werden, können als Mischung aus Religion und Tradition verstanden werden.

Die Veränderung derselben zeigt, dass auch relativ geschlossene Gemeinschaften, wie die Roma, keine starren, unflexiblen Gebilde sind, die keine Veränderungen zulassen und auf ihrer Tradition und damit der „alten“ Lebensweise, beharren.

Fuad (m, 58), der in Syrien aufgewachsen ist und mit seiner Familie nach Deutschland flüchtete, beobachte kritisch eine starke religiöse Zuwendung anderer syrischer Migranten. In Syrien seien Kopftücher in öffentlichen Institutionen wie Schulen zur Vorbeugung von Fanatismus verboten. Fuad selbst ist christlich-orthodox und beschreibt das Zusammenleben der Religionen in Syrien als unproblematisch. In Deutschland wollten syrische Muslime, die er von früher als liberal und offen kannte, nicht mit ihm in Kontakt treten. Das Ausleben strenger religiöser Vorschriften, wie das Tragen von Kopftüchern, werde in Deutschland Grundlage der Lebensführung. Das bedeute, dass islamische Migranten sich stärker an religiösen Werten orientieren, sobald sie migriert sind. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Personen, die in eine neue Gesellschaft mit fremden Wertekonzepten immigrieren, sich zunächst auf das Vertraute und Bekannte besinnen und dementsprechend ihre Kontakte wählen. Dieses Verhalten ist nicht religionspezifisch, sondern bezieht sich allgemein auf die Situation der Fremdheit in einer anderen Gesellschaft.

Diese Form einer Diaspora lässt sich bei vielen Migrantengemeinschaften überall auf der Welt beobachten und zeigt sich gerade durch die Wahl von Wohnorten, an denen bereits viele ehemalige Landsleute leben oder es eine große Gemeinde der eigenen Religion gibt.

Fuads Sohn fügt hinzu, dass religiöser Fanatismus mit einem niedrigen Bildungsgrad einhergehe. Die deutsche Schule werde vor allem für Mädchen als konträr zur religiösen Erziehung

angesehen, da sie an diesem Ort in Kontakt mit Männern und dem Thema der Sexualität kommen. Rahim aus Ostafrika sei der Ansicht, dass türkische Frauen von der Öffentlichkeit ferngehalten werden: „Meiner Meinung nach ist das die Angst, das die Frau selbstständig wird“. Dies alles seien Reaktionen, die auf die Umstände in der deutschen Gesellschaft erfolgen. Da es sich lediglich um Aussagen von Außenstehenden handelt, lässt sich nicht sagen, inwiefern sie der Wahrheit entsprechen. Allerdings wurde diese Problematik in abgeschwächter Form auch von muslimischen Mädchen über Altersgenossinnen berichtet.

Eine Entwicklung hin zu deutschen Wertekonzepten lässt sich bei zwei Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund beobachten, die im Rahmen der qualitativen Studie interviewt wurden.

Sowohl Nesrin (19) als auch Selin (16) beschreiben ihre Eltern in Erziehungsfragen als liberal. Beide führen als Beispiel die freie Entscheidungsgewalt zur Art der Ausübung ihrer islamischen Religion auf. Selin beispielsweise trage das Kopftuch auf eigenen Wunsch nur in der Moschee.

Bei den Familien dieser Mädchen zeigt sich, dass sich die Religion im neuen Heimatland für neue Werte und Normen öffnen kann. In diesem Fall erleichtert die Öffnung den Mädchen ihre Lebensgestaltung erheblich.

10.3 Einfluss der Religion auf die Integration

Vor allem die muslimische Religion wurde in den Workshops und Interviews stark diskutiert und reflektiert. Sowohl Konflikte, die durch die Muslime verursacht werden, wurden genannt als auch Anfeindungen vonseiten anderer Gruppen.

Leotrim (m, 22) ist Muslim. Er berichtet, dass er, wenn er aus der Moschee komme, öfters von der Nachbarin durchs offene Fenster angepöbelt werde. Hier lässt sich vermuten, dass, gerade der Religionsgemeinschaft der Muslime gegenüber, Abneigungen und Vorurteile existieren. Christliche Migranten berichteten von keinerlei vergleichbaren Problemen.

Muslimische Frauen werden laut Rahim (m, 59) von ihren Männern bewusst von der Öffentlichkeit ferngehalten, was mit mangelnden Sprachkenntnissen einhergehe. Dadurch stehe die Frau in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Mann, der seine Position als Familienoberhaupt wahrte. Das Gleiche gelte, seiner Aussage nach, auch bei der Erziehung der

Töchter: Nach der Schule werden sie verheiratet, und somit bleibe ihnen meist eine weitere Berufsqualifikation verwehrt. Als Begründung für diese Praxis nennt Rahim das Vater-Tochter-Verhältnis, das der Tochter keinen höheren Wissensstand, formalisiert durch eine berufliche oder universitäre Ausbildung, erlaube.

In der quantitativen Studie, die sich an Schulen im Landkreis richtete, gaben drei von 59 befragten Schulen an, Angst vor der Zwangsverheiratung von Schülerinnen mit Migrationshintergrund zu haben. Die Religion der betroffenen Mädchen wurde hierbei jedoch nicht genannt.

Die muslimischen Mädchen Dilara und Nesrin gehen einen anderen Lebensweg, mit einem abgeschlossen Fachabitur und angestrebtem Studium. Beide beschreiben ihr Elternhaus als modern, liberal und offen. Sie müssen sich keinen traditionellen und religiösen Regeln und strikten Verhaltensgeboten unterwerfen und können die gleichen Dinge tun, die nicht muslimischen Mädchen in Deutschland möglich sind.

Jedoch wissen alle Mädchen mit türkischem Migrationshintergrund, die interviewt wurden, von Altersgenossinnen zu berichten, die sehr streng erzogen werden. Wollen diese ein freiheitliches Leben führen, wie es die deutsche Kultur Mädchen mittlerweile erlaubt, so müssen sie diese Aktionen geheim halten und ihren Eltern gegenüber Lügen erfinden. Diese Mädchen müssen den Balanceakt zwischen zwei Kulturen, die aufeinandertreffen, schaffen und die Unterschiede in der Sozialisation der Eltern einerseits und der in den Bildungsinstitutionen andererseits, in ihre Lebensweise mit aufnehmen.

In den Geschichten, welche die Interviewten über andere Mädchen erzählen, zeigt sich das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Wertekonzepte. Während die betroffenen Mädchen in ihrem außerfamiliären Leben offen und liberal agieren können, müssen sie sich in ihren Familien dem dort herrschenden Wertekonzept unterordnen, sogar das andere Leben verheimlichen. Den beiden Interviewten, deren Familien die Selbstbestimmtheit der Töchter akzeptieren, erscheine dies unverständlich.

Dies zeigt, wie unterschiedlich sich Religionen im Kontext der Migration auswirken können, da es einigen Mädchen möglich ist, ihr Leben frei zu gestalten und anderen nicht.

Die Moschee biete muslimischen Migrantinnen und Migranten eine Rückzugs- und Schutzmöglichkeit in der fremden Gesellschaft und der neuen Umgebung. Man treffe dort häufig Leute aus dem alten Heimatland. Dies sei laut Fuad, dem Diakon aus Syrien, aber nicht nur positiv zu bewerten, da die Stärke der religiösen Anbindung antiproportional zur Offenheit gegenüber der neuen Gesellschaft und dem Integrationswillen, stehen könne.

Fuad kritisiert Muslime, die aus Syrien emigrierten und sich in Deutschland viel stärker auf ihre Religion zurückbesinnen, was einhergeht mit strengeren religiösen Verhaltensvorschriften, die nicht nur die Kleiderordnung, sondern auch Eheschließungen betreffen. Der mangelnde Kontakt zur Außenwelt, die damit verbundene Unwissenheit und schlechte Sprachkenntnisse, führen, laut Fuad, zum religiösen Fanatismus. Sein Sohn ist der Ansicht, dass sich der religiöse Fanatismus erst in Deutschland entwickle. Manche Migrantinnen und Migranten haben keinen Integrationswillen und wollen eigentlich wieder zurück in den Orient. Sie lernen die deutsche Sprache nicht und erziehen ihre Kinder sehr religiös, obwohl sie selbst in ihrem Heimatland liberal aufgewachsen seien. Unterscheidungskriterium bei der Beurteilung anderer sei die Religion, Christen werden als Sünder angesehen und so auch keine Kontakte zu Einheimischen aufgebaut. Meist haben die religiösen Fanatiker nur einen niedrigen Bildungsabschluss und sehen in der Schule, vor allem für Mädchen eine Gefahr, da sie in dieser Institution mit dem Thema der Sexualität und generell mit Männern in Kontakt kommen.

Für die Gruppe der christlichen Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjet Union und anderen Ländern spielt Religion in der Freizeitgestaltung eine sehr viel geringere Rolle, als für Migranten aus der Türkei, dem Iran oder Syrien.

Ein Beispiel für die Einbindung von Migranten in die Gesellschaft durch Religion ist Fuad aus Syrien. Durch seine Tätigkeit als Diakon hat Fuad Kontakt zu Menschen aus allen möglichen Nationen, aber auch zu vielen Deutschen. Im Problemfall zwischen Migrantinnen und Migranten und Personen mit öffentlichen Positionen, wie z. B. Polizisten, sei er schon oft als Vermittler hinzugezogen worden.

Fuad organisiere außerdem noch Gottesdienste, in denen verschiedene Glaubensrichtungen zueinanderfinden und dadurch in Kontakt treten. Hier zeigt sich wie seine Tätigkeit in einer

religiösen Institution den eigenen Integrationsprozess und sogar den von anderen Migranten positiv beeinflusst.

Ayana (w, 37) berichtet von der religiösen Toleranz in ihrem Heimatland Äthiopien, in der Christen und Muslime friedlich zusammenleben. Auch in Deutschland bestehe ihr Freundes- und Bekanntenkreis aus Frauen, die allen möglichen Religionen angehören.

Können vielleicht gerade Migranten aus multi-religiösen Herkunftsländern eine Brücke zwischen den Religionen von Migranten und Einheimischen schlagen? Dieser Frage könnte in weiteren Untersuchungen nachgegangen werden, um zu sehen, wie sich diese Potenziale ggf. weiter ausschöpfen lassen.

Für mehr religiöse Toleranz setzte sich auch ein Projekt zum interreligiösen Dialog des Ladkreises Göttingen ein. Im Rahmen dieser Bestrebung gab es eine Ausstellung im Foyer des Kreishauses mit dem Thema „Muslime in Niedersachsen“, die im Februar 2010 zu sehen war.



Des Weiteren gab es in Hann. Münden das Projekt „Moschee trifft Kirche“, welches von der katholischen und der evangelischen Kirche sowie vom Moscheevereiner und der Polizei mitgefördert wurde.

Hier kann der Austausch zwischen den Religionen zu mehr Verständnis führen und so das Miteinander fördern.

10.4 Fazit

Religion ist für Migrantinnen und Migranten oft ein Halt im neuen Heimatland, etwas Vertrautes, nicht selten auch Trostspendendes. Sie kann zu Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft oder sogar zu Fanatismus führen, aber genauso zu einer guten Vernetzung, auch mit vielen anderen Nationalitäten. Dies hängt immer ganz davon ab, ob die Migrantinnen und Migranten bereit sind

und die Möglichkeit haben, mit anderen Gruppen in Dialog zu treten und sich für andere Ideen zu öffnen.

Am wichtigsten wäre es hier, den interreligiösen Dialog zu fördern sowohl zwischen Migranten und Deutschen als auch bei den Migrantinnen und Migranten untereinander, um gegenseitige Akzeptanz und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

11 Kulturelle Integration und Wertekonzepte

In diesem Abschnitt des Gesamtberichts geht es um die Bedeutung biethnischer Ehen und Partnerschaften für die Integration und um die Frage der Identität von Migrantinnen und Migranten sowie die Identifikation mit Deutschland. Ferner behandelt dieser Abschnitt die Frage nach dem Kontakt zwischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, die Gestaltung der Freizeit als auch den Medienkonsum von Migrantinnen und Migranten. Die Grundlage für diesen Teilbereich stellt zum einen eine quantitative Befragung von Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen dar und zum anderen eine qualitative Studie, welche im Auftrag des Landkreises unter Personen mit Migrationshintergrund durchgeführt wurde. Zum besseren Verständnis der verwendeten Begriffe ist im Vorfeld zu erläutern, dass Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund jeweils synonym verwendet wird. Der Begriff „Türkischstämmige“ meint im Rahmen der quantitativen Studie Menschen, die in der Türkei geboren wurden. In Deutschland geborene Türken beinhaltet dieser Terminus nicht. Sie werden in diesem Kontext unter der Kategorie der Befragten aus Deutschland zusammengefasst. Befragte aus Deutschland meint im Kontext der quantitativen Studie Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden. Auch ist zu vermerken, dass die größten Gruppen unter den Befragten aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und den ehemaligen sowjetischen Staaten stammen. Es lassen sich also lediglich über diese Befragtengruppen signifikante Aussagen treffen.

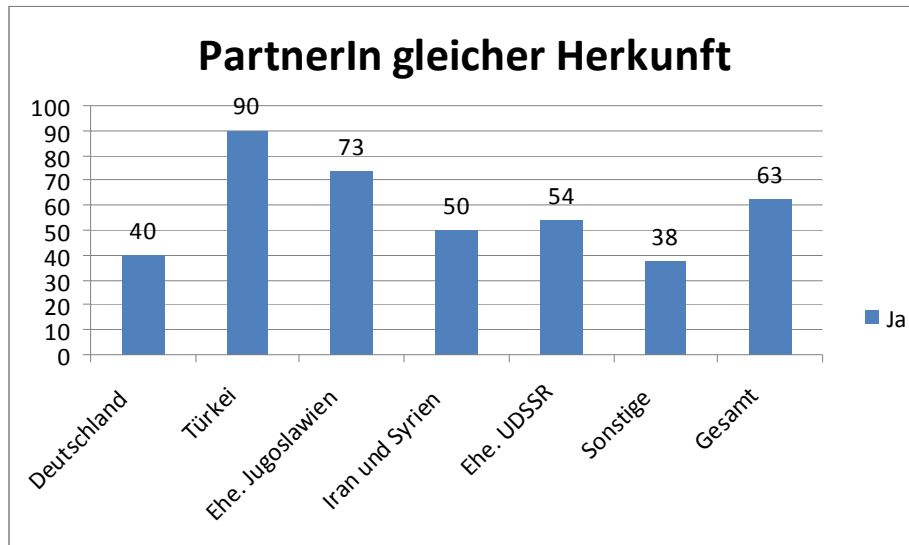
11.1 Biethnische Ehen und Partnerschaften

Durch die beiden Studien, die der Landkreis Göttingen in Auftrag gab, lassen sich Aussagen über die Bedeutung biethnischer Ehen und Partnerschaften treffen. Diese Befragungen werden hier im Detail behandelt, um die vom Landkreis gestellten Fragen, bezüglich dieser für die Integrationsarbeit höchst relevanten Form der Partnerschaft zu beantworten.

11.1.1 Ehen und Partnerschaften mit Partnern/-innen gleicher Herkunft

Auf die Frage, ob der jeweilige Partner / die jeweilige Partnerin aus demselben Land stammt, antworteten 63 % der Befragten positiv. Zu bemerken ist jedoch, dass dies nicht bedeutet, dass 37 % der Befragten in einer biethnischen Partnerschaft leben. In diesen verbleibenden 37 % sind auch solche Befragten enthalten, die in keiner Partnerschaft leben.

Abbildung 67: PartnerIn gleicher Herkunft



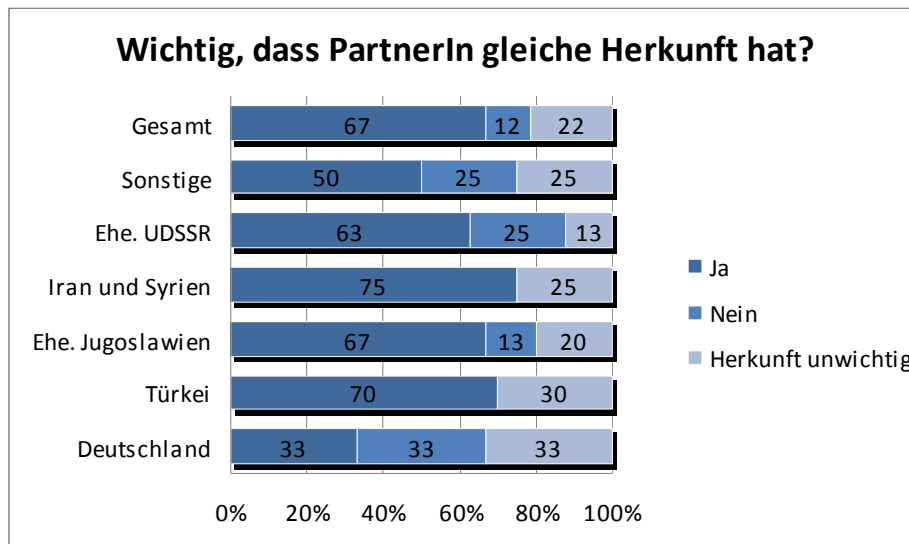
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die Varianz der unterschiedlichen Länder ist groß. Von den gebürtigen Deutschen haben zu wenige die Frage beantwortet, um eine Deutung anzustellen. Zudem ist bei ihnen nicht ganz klar, worauf sie den Begriff Herkunft bezogen haben. Bei den Befragten aus den „sonstigen“ Staaten haben 38 % einen Partner gleicher Herkunft. Dies ist der mit Abstand niedrigste Wert in den Vergleichsgruppen. Der Grund hierfür könnte darin liegen, dass Migrantinnen und Migranten aus den Ländern, die in dieser Sammelkategorie zusammengefasst wurden, nicht so häufig in der Bundesrepublik leben und damit Netzwerke mit Personen gleicher Herkunft schwerer zu knüpfen sind. Unter den Befragten aus dem früheren Gebiet Jugoslawiens sind drei von vier Personen in einer Beziehung mit einem Partner gleicher Herkunft. Lediglich unter den Türkischstämmigen ist mit neun von zehn Befragten, die einen türkischen Partner haben, ein höherer Wert zu beobachten.

11.1.2 Relevanz der Herkunft der Partner/-innen

Für zwei von drei Befragten ist die Herkunft in der Partnerschaft bedeutsam.

Abbildung 68: Wichtig, dass PartnerIn gleiche Herkunft hat?



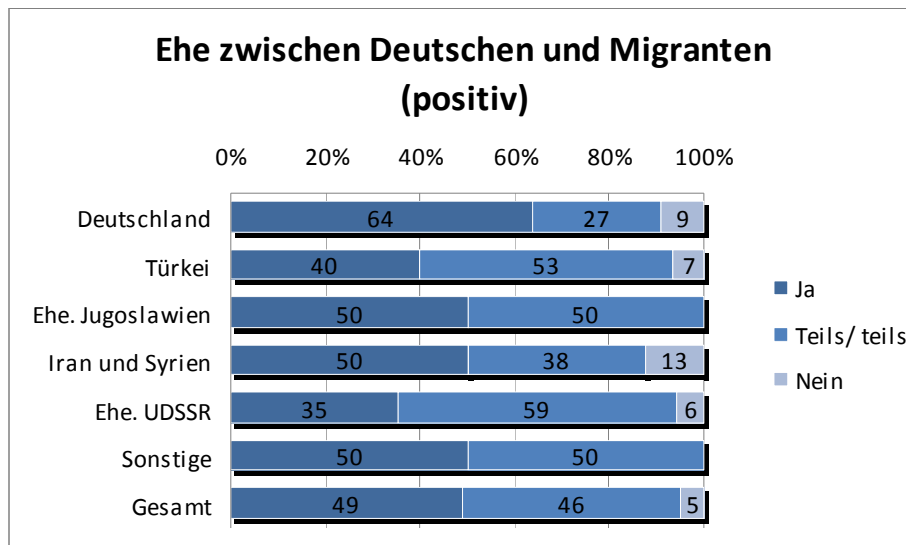
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Aufgrund der wenigen Befragten aus Deutschland, dem Iran und Syrien sowie aus den „sonstigen“ Staaten, können lediglich die Daten für die Menschen mit jugoslawischem, sowjetischem und türkischem Hintergrund beschrieben werden. Die Variation ist zwischen diesen Gruppen eher gering. Die Türkischstämmigen geben zu 70 % an, dass ihnen wichtig sei, dass ihr Partner ebenfalls Türke ist. Unter den Befragten aus dem ehemaligen Jugoslawien hält jeder zweite die gemeinsamen Wurzeln in der Beziehung für essentiell. Bei denjenigen mit sowjetischem Hintergrund trifft dies auf 63 % zu.

11.1.3 Bewertung biethnischer Ehen und Partnerschaften

Die Hälfte der Befragten bewertet es positiv, wenn eine Person mit Migrationshintergrund und ein Deutscher einander heiraten, 46 % stehen diesem Thema mit gemischten Gefühlen gegenüber, 5 % lehnen eine derartige Beziehung gänzlich ab.

Abbildung 69: Ehe zwischen Deutschen und Migranten (positiv)



Quelle: *Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.*

Die Differenz zwischen den Ethnien ist eher gering. Die Türkischstämmigen beurteilen eine solche gemischte Ehe zu 40 % positiv, die Personen mit sowjetischem Hintergrund gar nur zu 35 %. Diese Erkenntnisse sind konsistent mit den Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass ihr Partner dieselbe Herkunft hat?“ (siehe oben). Auf der anderen Seite haben diejenigen aus Deutschland zu zwei Dritteln eine positive Meinung von Ehen zwischen Migrantinnen und Migranten und Deutschen.

11.1.4 Wirkung und Einfluss biethnischer Ehen und Partnerschaften

Die biethnische Ehe nimmt im Kontext der Integration im ländlichen Raum, aus welchem der Landkreis Göttingen überwiegend besteht, eine besondere Stellung ein. Aufgrund der, im Vergleich zu großen urbanen Räumen, eher niedrigen Gesamtheit von Menschen mit Migrationshintergrund, sind im ländlichen Raum vergleichsweise wenige Möglichkeiten zur Einbindung in das soziale Leben für Menschen mit Migrationshintergrund vorhanden. Die Integration in den lokalen sozialen Kontext ist dort im hohen Maße vom jeweiligen Lebenspartner sowie dessen sozialem Umfeld abhängig. Zum einen bietet der deutschstämmige Teil der Partnerschaft oder Ehe die Möglichkeit zum Anschluss innerhalb der ländlichen Gemeinde und wirkt somit auf den nicht-deutschen Partner in sozial integrierender Weise ein. Zum anderen inkludiert der Partner mit Migrationshintergrund den deutschstämmigen Partner

auch innerhalb der Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund, in welcher der Partner mit Migrationshintergrund eventuell aktiv ist. Dadurch tritt ein einheimisches Element in den jeweiligen migrantischen Kontext ein, was einen einfacheren Brückenschlag zwischen der jeweiligen Kultur und der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht. Maribel (w, 50) aus Georgien konvertierte für ihren Mann zum Katholizismus. Sie ist der Meinung, dass die Liebe zu Gott entscheidend sei, nicht die Glaubensrichtung. Wie dieser Auszug aus einer Studie im Auftrag des Landkreises zeigt, erfolgte die Einbindung in den kirchlichen Kontext durch eine Wechselwirkung mit dem deutschstämmigen Partner. Die befragte Frau ist außerdem stark engagiert innerhalb der Kirchengemeinde sowie in anderen, institutionell administrierten Angeboten rund um das Thema Integration. Das Kennenlernen erfolgt zuweilen auch auf weniger konventionellen Wegen. Ayana (w, 43) lernte ihren deutschen Mann durch eine Partnervermittlung im Internet kennen. Auch diese Befragte ist innerhalb der Gemeinde, in der sie lebt, aktiv am sozialen Leben beteiligt und darüber hinaus engagiert sie sich in einem interkulturellen Angebot, welches in der von ihr aus nächst größeren Stadt regelmäßig abgehalten wird. Die biethnische Partnerschaft kann auch als ausschlaggebender Faktor bei der Entscheidung zur Migration fungieren, wie die folgenden beiden Auszüge aus der Studie für den Landkreis Göttingen zeigen: Marta (w, 31) verliebte sich in einen deutschen Mann und hat wegen ihm ihr Herkunftsland Polen verlassen. Rahim (m, 59) kommt ursprünglich aus Tansania und lernte während seines Studiums in den USA eine deutsche Frau kennen, die den Wunsch verspürte nach Deutschland zurückzukehren. Bei beiden Befragten ist ein hohes Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu verzeichnen. Die aus Polen stammende Befragte absolvierte zurzeit der Befragung ein weiteres Studium, war in ihrem Herkunftsland als Lehrerin tätig und arbeitet neben dem Studium in diversen, vom Landkreis Göttingen getragenen Projekten zur Integration, welche in den Städten und Gemeinden des Landkreises abgehalten werden. Der aus Tansania stammende Befragte ist innerhalb seiner Stadt ehrenamtlich aktiv.

Diese Befunde verdeutlichen den positiven Einfluss biethnischer Ehen und Partnerschaften auf das gesamte Spektrum der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Auch scheinen sie einen starken Einfluss auf das soziale Engagement, über das normale Maß der sozialen Partizipation hinaus, auszuüben und dieses positiv zu begünstigen.

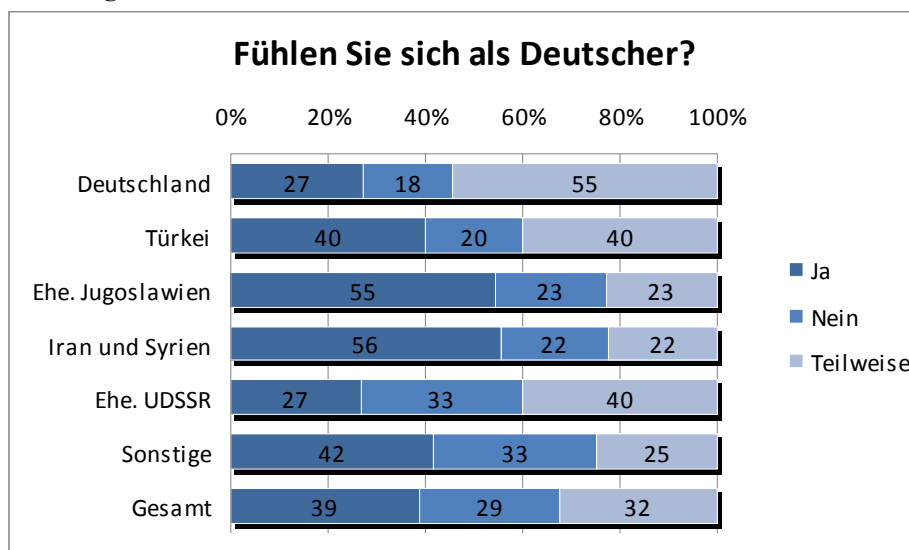
11.2 Identifikation mit der neuen Heimat

Die quantitative Studie im Auftrag des Landkreises Göttingen liefert Daten, mit denen sich Aussagen über die gefühlte Identifikation sowie die Nicht-Identifikation mit Deutschland machen lassen. Eine Rolle spielt dabei auch der Kontakt zum Herkunftsland.

11.2.1 Identifikation mit der deutschen Nationalität

39 % fühlen sich als Deutsche, 29 % nicht, für rund ein Drittel besteht das Gefühl teilweise.

Abbildung 70: Fühlen Sie sich als Deutscher?



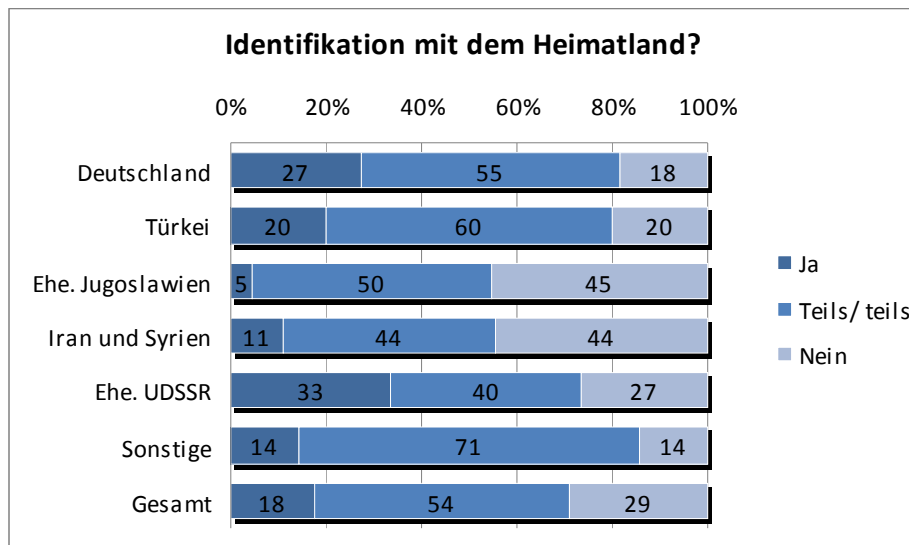
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Unter den Menschen mit jugoslawischem Hintergrund und den Personen aus Syrien und dem Iran fühlen sich jeweils über 50 % als Deutsche. Am anderen Ende der Skala sind die Befragten aus Deutschland und der ehemaligen UDSSR. In den beiden Gruppen fühlt sich jeweils ein Viertel als Deutscher. Auffällig ist, dass gerade diese beiden Gruppen mit einer vergleichsweise hohen Wahrscheinlichkeit die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen, sich weniger als Deutsche fühlen. Es fällt auf, dass die Antwort „teilweise“ mit 55 % (Deutschland) und 40 % (ehem. UDSSR) in den Gruppen besonders stark ist. Die Gründe für dieses Antwortverhalten können vielschichtig sein. Bei den gebürtigen Deutschen ist denkbar, dass sie in ihrem Leben trotz deutscher Staatsbürgerschaft aufgrund ihres Migrationshintergrundes Diskriminierung erfahren haben (Nähere Informationen zu dieser speziellen Thematik finden sich im Kapitel „Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung“).

11.2.2 Identifikation mit dem Herkunftsland

Mit dem eigenen Herkunftsland identifiziert sich lediglich jeder Fünfte. 29 % bekennen sich dazu, ein solches Zugehörigkeitsgefühl nicht zu empfinden. Es ist nachvollziehbar, dass die Mehrheit sich nicht zu einer Aussage für oder gegen das Identifikationsgefühl (54 %) durchringen kann, sondern sich vielmehr in einem Zwiespalt befindet.

Abbildung 71: Identifikation mit dem Heimatland?



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Mit einem Drittel der Befragten identifizieren sich die Befragten aus der ehemaligen Sowjetunion noch am stärksten mit ihrem jeweiligen Herkunftsland. Besonders wenig Verbundenheit liegt bei den Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien vor (5 %). Beinahe jeder Vierte aus einem „sonstigen“ Land antwortet mit „teils/teils“, welches den Spitzenwert in dieser Kategorie bildet.

Vier von fünf Befragten sagen über sich, sie hätten sich in der Bundesrepublik eingelebt.

Bemerkenswert ist, dass sich bei den Türkischstämmigen sieben von acht Menschen sowie unter denen mit jugoslawischen Wurzeln 95 % in Deutschland als eingelebt betrachten. Die anderen Werte belaufen sich auf 71 % bis 75 %.

Um die Gründe für die Identifikation sowie die Nichtidentifikation näher zu beleuchten, ist an dieser Stelle auf die qualitative Studie im Auftrag des Landkreises Göttingen Bezug zu nehmen. Der erste Fall handelt von einem Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund, bei dem erstaunlich ist, dass er Deutschland ganz klar nicht als sein Heimatland betrachte, obwohl er noch

nicht woanders gelebt habe. Ein entscheidender Faktor in diesem Fall stellt die Ablehnung durch die, laut dem Befragten, deutschen Mitarbeiter in der Firma dar, in der er eine Ausbildung begonnen und aufgrund der Diskriminierungserfahrung wieder abgebrochen habe. Auch der 24jährige Iraner Arian fühle sich in Deutschland nicht heimisch. Im zweiten Fall lassen sich mögliche Erklärungen in der Migrationsgeschichte des Befragten verorten. Er sei über eine Gruppe von „Schleusern“ nach Deutschland gekommen, um von hieraus weiter nach Großbritannien zu reisen. Aufgegriffen worden sei er dann an einem Flughafen in Niedersachsen. In der Tat stellt diese Situation einen Sonderfall dar, da sie nicht der durchschnittlichen Lebenswirklichkeit der Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen entspricht. Erwähnenswert als besonderer Fall hingegen ist diese Narration allerdings.

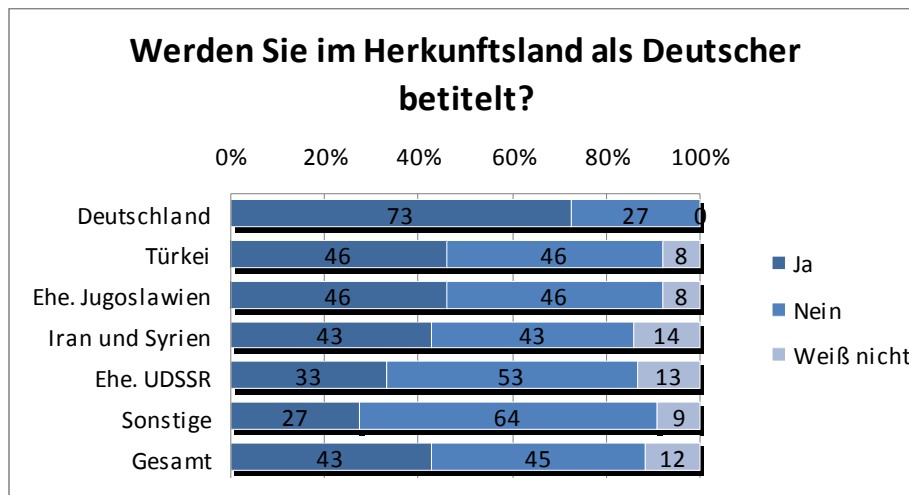
Ein Grund für die Nichtidentifikation von Menschen aus der ehemaligen UdSSR mit der Mehrheitsgesellschaft lässt sich in folgendem Abschnitt der Studie entdecken: „Marta“ meint, dass sich slawische Migrantinnen und Migranten untereinander sehr gut verstehen. Zum einen, weil sie sich in Deutschland in einer ähnlichen Lage befinden und zum anderen aufgrund der gemeinsamen slawischen - und damit auch kulturellen - Wurzeln. Unter der „ähnlichen Lage“ verbirgt sich der typische Identitätskonflikt von Aussiedlern und Spätaussiedlern, die nach Deutschland immigrierten. In ihrem Herkunftsland (in der ehemaligen Sowjet-Union) galten diese Menschen meist als Deutsche, wohingegen sie in Deutschland unter der hiesigen Bevölkerung als Russen wahrgenommen und entsprechend stereotypisiert werden. Mit den türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten der dritten Generation verhält es sich in ähnlicher Weise, wie der folgende Auszug aus der Studie von einer jungen Türkin zeigt: Dilara störe der Umstand, dass sie in Deutschland als Türkin, in der Türkei hingegen als Deutsche bezeichnet und behandelt werde. Sie bekomme in zwei Nationen zwei verschiedene Identitäten zugeschrieben, die auch den Umgang mit ihr beeinflussen. Dieser Zwiespalt ergebe sich zum einen aus dem „fremden“ Aussehen, also der offensichtlich dem Nahen Osten zuzuordnenden äußerlichen Erscheinung, zum anderen aber auch aus der „verbrieften“ Nationalität, in ihrem Fall dem türkischen Pass. In der Türkei fällt die dritte Generation türkischer Migrantinnen und Migranten häufig dadurch auf, dass sie ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen, die Türkei also nur aus dem Urlaub kennen und die türkische Sprache nicht unbedingt auf dem Niveau eines Muttersprachlers beherrschen. Das Resultat ist im Grunde ein Leben zwischen beiden Kulturen, bei welchem man sich zu keiner von beiden als völlig zugehörig wahrnimmt. Allerdings wird

dieser kulturelle Zwiespalt in gewisser, wohlwollend gemeinter Weise von türkischen Eltern häufig selbst herbeigeführt. Ebru (w, 50) möchte, dass ihre Kinder beide Kulturen kennenlernen und reist daher mit ihnen regelmäßig in die Türkei.

11.2.3 Zuschreibung von Heimat im Herkunftsland

Das Verhältnis zwischen Personen, die als Deutsche bezeichnet werden, wenn sie sich in ihrem Herkunftsland aufhalten und jenen Befragten, denen das nicht widerfährt, ist mit 43 zu 45 % ausgeglichen. Jeder Achte weiß nicht, wie mit ihm diesbezüglich umgegangen wird. Zumeist sind entsprechende Befragte seit der Emigration nicht mehr im Herkunftsland gewesen.

Abbildung 72: Werden Sie im Herkunftsland als Deutscher betitelt?



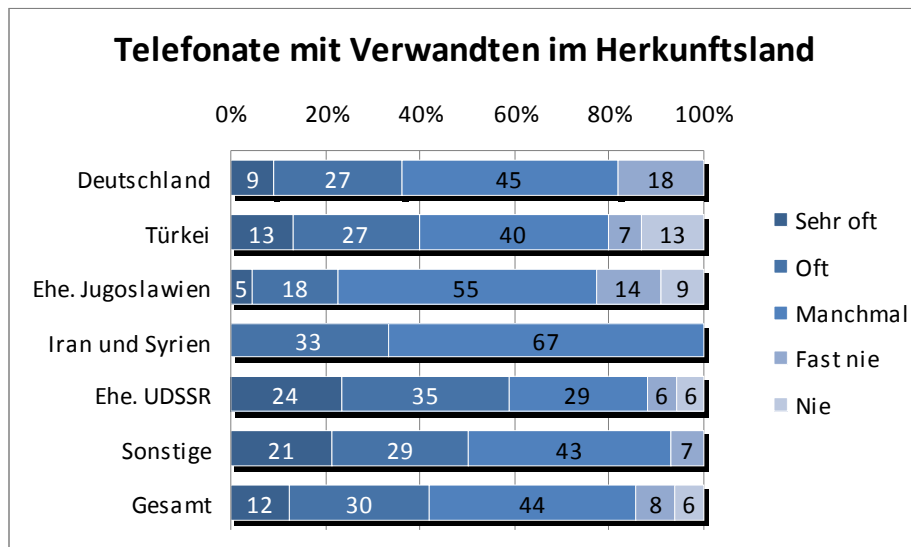
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Am häufigsten werden gebürtige Deutsche als Deutsche bezeichnet (73 %). Für die Menschen aus „sonstigen“ Staaten trifft dies eher selten zu (27 %), ebenso wie für die Befragten mit sowjetischer Herkunft (33 %). 14 % der gebürtigen Iraner und Syrer wissen nicht, ob sie als Deutsche betitelt werden, welches mit den eher seltenen Rückflügen in die Heimat korreliert.

11.2.4 Kontakt und Bindung zum Herkunftsland

Ein großer Teil der Befragten telefoniert gelegentlich mit Verwandten in der Heimat (44 %). 30 % rufen oft und 12 % sehr oft bei der Familie im Ausland an. 8 % führen so gut wie nie Telefongespräche mit ihren Verwandten im Herkunftsland und für 6 % gilt, dass sie dort überhaupt nicht anrufen.

Abbildung 73: Telefonate mit Verwandten im Herkunftsland

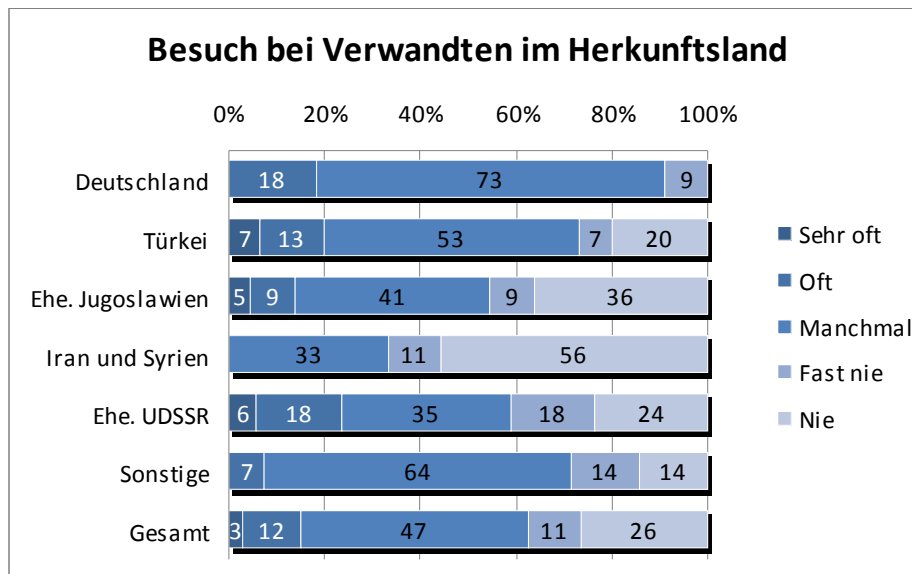


Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Am häufigsten rufen die Personen aus der ehemaligen UdSSR in ihrer Heimat an: Knapp 60 % telefonieren oft oder sehr oft mit Verwandten im Ausland. Bei den Personen, die aus den „sonstigen“ Staaten stammen, liegt dieser mit 50 % ebenfalls deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Interessant ist auch die Gruppe der gebürtigen Syrer oder Iraner, in welcher alle Befragten oft (33 %) oder manchmal (67 %) mit ihren Verwandten in der Region sprechen.

Etwas weniger als die Hälfte der Befragten fährt in das Herkunftsland, um Verwandte zu besuchen. 3 % tun dies sehr oft, 12 % oft. Jeder Zehnte ist so gut wie nie in der Heimat und ein Viertel führt keine Besuche der Verwandten im Herkunftsland durch.

Abbildung 74: Besuch bei Verwandten im Herkunftsland



Quelle: *Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.*

Mit Abstand am wenigsten besuchen die gebürtigen Iraner und Syrer ihre Verwandten, niemand fliegt häufig in die Region zurück und ein Drittel besucht die Verwandten manchmal. Besonders häufig sind die gebürtigen Deutschen im Herkunftsland der Familie, drei von vier Personen aus Deutschland erstatten den Verwandten manchmal einen Besuch. Lediglich jeder Zehnte ist seltener im Herkunftsland. Für die Menschen mit jugoslawischem Hintergrund gilt, dass unterdurchschnittlich viele von ihnen (41 %) manchmal im Herkunftsland sind und dafür eine überdurchschnittliche Zahl nie oder fast nie Verwandte im Herkunftsland besucht (45 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Befragten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Allerdings ist hier die Polarisierung zwischen den Befragten noch etwas stärker ausgeprägt. Während ein Viertel mindestens oft in der Heimat verweilt, sind 42 % selten bis nie dort.

11.3 Kontakt zu Deutschen

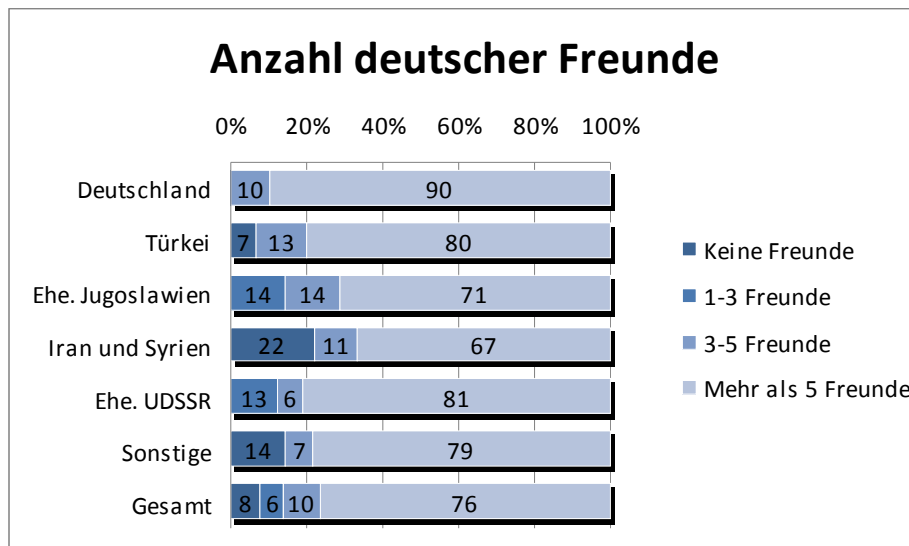
Ein guter Indikator um Integration messbar zu machen, ist der Kontakt zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund. Jedoch ist diese Thematik differenziert zu betrachten, denn nur weil eine hohe Anzahl von Migrantinnen und Migranten viel Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung hat, bedeutet dies nicht, dass die Integration in die Mehrheitsgesellschaft erfolgreich war. Sie könnten auch eher obligatorischer Natur sein, wie beispielsweise mehrere Termine bei Behörden schon als häufiger Kontakt genannt werden. Auch

der Kontakt zu Deutschen am Arbeitsplatz ist nicht zwangsläufig ein Garant für eine gelungene Integration in die Gesellschaft, denn auch diese müssen nicht zwingend positiv verlaufen. Zu diesem Zweck ist es notwendig, qualitativ erhobene Daten heranzuziehen, um eine Aussage über die Art und auch den positiven oder negativen Verlauf dieser Kontakte treffen zu können.

11.3.1 Freundschaften mit Deutschen

Drei von vier Befragten haben mehr als fünf und jeder Zehnte hat drei bis fünf deutsche Freunde. Für 6 % gilt, dass sie zu einem bis drei Deutschen eine Freundschaft geschlossen haben. 8 % der Befragten haben keine deutschen Freunde.

Abbildung 75: Anzahl deutscher Freunde



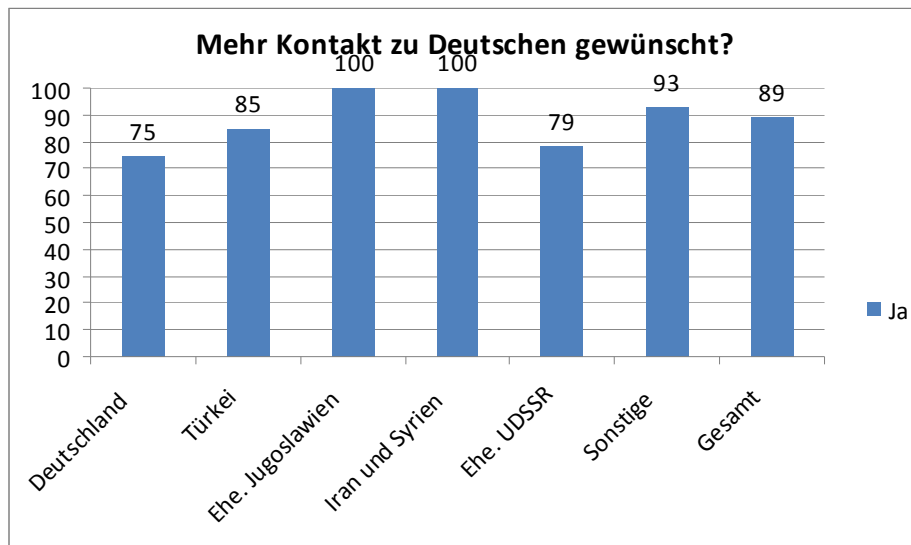
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Es ist nahe liegend, dass die gebürtigen Deutschen die meisten deutschen Freunde haben. Von ihnen haben neun von zehn mehr als fünf deutsche Freunde. Die verbleibenden 10 % sind mit drei bis fünf Deutschen befreundet. Am wenigstens deutsche Freunde pflegen die Personen mit iranischer bzw. syrischer Herkunft: 22 % pflegen keine Freundschaft zu Deutschen. Gleichzeitig gilt, dass selbst in dieser Gruppe mehr als zwei Drittel der Befragten mit mehr als fünf Deutschen befreundet ist.

11.3.2 Wunsch nach mehr Kontakt zu Deutschen

Neun von zehn Befragten wünschen sich mehr Kontakt zu Deutschen.

Abbildung 76: Mehr Kontakt zu Deutschen gewünscht?

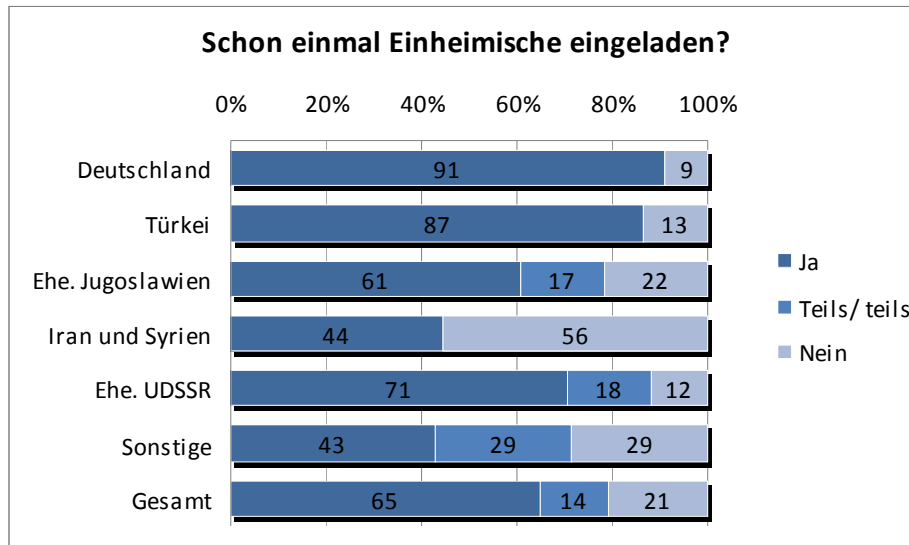


Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Von den gebürtigen Deutschen (75 %), den Türkischstämmigen (85 %) und den Personen sowjetischer Herkunft (79 %) geht die vergleichsweise kleinste Bereitschaft aus, weitere Deutsche kennenzulernen. Vor dem Hintergrund, dass gerade in diesen Gruppen die höchste Anzahl an deutschen Freunden zu beobachten ist, sollte dies jedoch nicht als Indikator geringen Integrationswillens gewertet werden. Partiiell haben Befragte ergänzt, dass sie lediglich keinen weiteren Kontakt zu Deutschen suchen, weil sie denken, dass sie bereits eine große Zahl an Kontakten zu Deutschen aufrechterhalten.

Die Frage, ob sie schon einmal Deutsche zu sich nach Hause eingeladen haben, konnten zwei von drei Befragten positiv beantworten. Das restliche Drittel verteilt sich auf „teils/teils“ (14 %) und „keine Besuche von Deutschen“ (21 %).

Abbildung 77: Schon einmal Einheimische eingeladen?



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die gebürtigen Deutschen (91 %) und die Türkischstämmigen (87 %) haben auffallend häufig Einheimische zu sich nach Hause gebeten. Am anderen Ende der Skala sind die Gruppen der gebürtigen Syrer und Iraner (44 %) sowie aus „sonstigen“ Staaten stammenden (43 %).

11.3.3 Gestaltung und Qualität der Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund

Nachdem nun ein quantitativer Überblick über den Kontakt von Menschen mit Migrationshintergrund mit Deutschen besteht, lohnt es sich, einen Blick in die qualitativ erhobenen Daten zu werfen. Diese geben näheren Aufschluss über die Art und Weise der Kontakte sowie auch über die Qualitäten dieser Kontakte zu Deutschen.

Eine große Schnittstelle zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund stellt der Arbeitsplatz dar. Die für den Integrationsbericht durchgeführte qualitative Studie gewährt in Auszügen einen tieferen Einblick in dieses Feld. Nicht verwunderlich sind an dieser Stelle die ausschließlich negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit Einheimischen am Arbeitsplatz, was jedoch nicht daran liegt, dass Migrantinnen und Migranten in jedem Arbeitsverhältnis diskriminiert werden, sondern, dass diese Erlebnisse aufgrund ihrer speziellen Bedeutung für das Individuum im Prozess der Narration, besonders hervorgehoben werden. Derartige Erfahrungen lassen sich auf dieser Basis nicht als besonders häufig, sondern vielmehr als besonders einschneidend klassifizieren.

Ali (m, 23) habe seine Ausbildung aufgrund von Mobbing abgebrochen. Da er, laut eigener Aussage, nicht wie ein Türke aussehe, sei das Kollegium ihm gegenüber zuerst nett und aufgeschlossen gewesen, als dann aber seine Nationalität bekannt wurde, haben seine Arbeitskollegen ihm nur noch niedrigere Arbeiten zugeteilt, die keinen Lerneffekt beinhalteten. Auch Valentina (w, 29) weiß von ethnisch basierendem Mobbing zu berichten. Allerdings sei diese Diskriminierung nicht ihr, sondern ihrer Mutter widerfahren, deren Deutschkenntnisse seien bei der Übersiedlung von Russland nach Deutschland im Jahr 1993 nur minimal vorhanden gewesen. Da die Familie aber ihren Lebensunterhalt verdienen musste, ginge auch Valentinas Mutter in einer Fabrik arbeiten. Fehler in der Sprache wurden seitens des Kollegiums mit Lachern quittiert, ansonsten hielte man sie jedoch auf Distanz. Es entwickelte sich kein persönlicher, bekanntschaftlicher Kontakt zu den anderen Mitarbeitern. Nach fünf Jahren konstanten Mobbing kündigte Valentinas Mutter den Job, ohne dass sie ihre Deutschkenntnisse erheblich verbessern konnte. Laut dem zweiten Fall ist der Grund für die Diskriminierung durch einheimische Arbeitskollegen ein sichtbarer beziehungsweise hörbarer Grund. Für die meisten derartigen Fälle lässt sich die These aufstellen, dass derjenige, der Opfer von Diskriminierung wird, anders ist. Diese Andersartigkeit äußert sich im Aussehen, dem Verhalten, im geteilten sozialen Raum, dem durch die Mehrheitsgesellschaft erwarteten Verhalten und der Zuschreibung bestimmter, prototypischer Merkmale sowie in der Sprache. Anders ist also, wer sich in Erscheinung, Habitus und Linguistik von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. Anders ist aber auch derjenige, dem bestimmte Andersartigkeiten zugeschrieben werden. Natürlich kann diese Zuschreibung nur auf der Basis der jeweiligen Wahrnehmung erfolgen. Was im zweiten Fallbeispiel die Sprache ist, ist im ersten Fall das Wissen um die eigentliche Nationalität des Befragten. Laut dem Befragten ändere sich das Verhalten seiner Kollegen ihm gegenüber drastisch, als seine türkische Nationalität innerbetrieblich bekannt wurde. Dies lässt den Schluss zu, dass seitens der einheimischen Bevölkerung gewisse Erwartungen an die türkische Nationalität geknüpft werden. Über die genaue Natur, Häufigkeit und Ausprägung dieser vermutlich negativen Erwartungen lässt sich an dieser Stelle keine befriedigende Antwort geben, da sich die Studie nur auf Menschen mit Migrationshintergrund bezog. Die Arbeitsstelle spielt insofern eine zentrale Rolle für den Kontakt mit Deutschen, da es für den türkischen Befragten „schwierig ist ohne all diese Tätigkeiten ein soziales Netzwerk aufzubauen“.

Weitere mögliche Fallstricke beim Kontakt unterschiedlicher Kulturen liegen in der gegenseitigen Unkenntnis der jeweils anderen Kultur, was die Einhaltung sozialer Codes und die Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen entsprechend erschwert. Wie Ebru zu berichten weiß, haben Deutsche keine Ahnung von der türkischen Kultur. So habe wohl ein deutscher Gast des Bürgertreffs sich nicht vorgestellt, niemanden begrüßt und auch nichts gegessen. Ebru empfand dies als Kränkung der türkischen Kultur. Dieses im Grunde wenig spektakuläre aber dennoch passable Beispiel macht deutlich, wie als Kleinigkeiten wahrgenommene Dinge den Kontakt beziehungsweise dessen Fortbestand gefährden können. Ein weiteres Beispiel für Schwierigkeiten, welche im Kontakt zwischen Deutschen und Personen mit Migrationshintergrund entstehen können, liefert die wiedergegebene Ansicht einer Befragten georgischer Herkunft: Maribel (w, 50) weist darauf hin, dass das Begrüßen sowie Essen und Trinken, in der georgischen Kultur als Respekthandlung angesehen werde. Verweigere man das Essen, ist dies eine grobe Verletzung der Gastfreundschaft.

Im akademischen Kontext scheint der Kontakt zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich unproblematischer zu verlaufen. Hierzu ein Auszug aus der Studie bezüglich der Aussagen einer polnischen Befragten: Marta (w, 31) habe durch ihr Studium und die Arbeit Kontakt zu Deutschen, Polen und Chinesen. Sie beschreibt die Atmosphäre als locker und offen. Auf dem Campus herrsche eine offene und freundliche Atmosphäre, die ihr den Zugang zu anderen Studenten, die selbst aus verschiedenen Ländern der Erde kommen, erleichtere. Im Grunde ist dies auch nicht verwunderlich, da die Universität als Institution, wie auch als Sozialraum, allgemein als tolerantes Umfeld gilt.

Der wichtigste Aspekt scheint auch für den Kontakt zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund Kenntnis der Sprache zu sein. Ohne eine geteilte Sprache ist kein Austausch möglich. Diese, sich bereits logisch erschließende Feststellung spiegelt sich in einer Vielzahl von qualitativen Daten wieder. Zum Beispiel: Ihr [der Mutter] Freundes- und Bekanntenkreis setzt sich fast ausschließlich aus Türken zusammen. Alis Vater hingegen, der die deutsche Sprache ganz gut beherrscht, hat sowohl Türken als auch Deutsche in seinem sozialen Umfeld. Die Sprache ist also ein entscheidender Schlüssel im interkulturellen Kontakt. Jedoch lässt sich darin auch ein problematischer Kreislauf erkennen. Wer nicht Deutsch spricht, bekommt zu Einheimischen keinen Kontakt, ohne Kontakt zu Einheimischen ist es schwer, eine

Sprache zu erlernen. Es gibt auch positive Erkenntnisse über die Auswirkung deutscher Bekanntschaften auf die Sprachfähigkeit von Migrantinnen und Migranten zu berichten. Valentina habe mithilfe von Bilder- und Kinderbüchern und neu gewonnenen deutschen Freunden die Sprache relativ schnell gelernt. Adrijane (w, 42) aus dem Kosovo habe trotz Sprachproblemen immer Hilfestellungen von Deutschen erhalten. Dazu ist anzumerken, dass die Befragte, die als „Valentina“ anonymisiert wurde, russischer Herkunft ist. Ein derartiges Beispiel für den Umgang zwischen Einheimischen und Personen mit türkischem Migrationshintergrund liegt in der Studie nicht vor.

Einen besonderen Raum für den interkulturellen Kontakt bildet die Schule. Doch hier bestehen, laut der durchgeführten Studie aus Sicht türkischer Jugendlicher, erhebliche Probleme, was den Kontakt zu Mitschülern aber auch zu Lehrern betrifft. Die 19jährige Fachabiturientin Nesrin habe sich während ihrer Schulzeit benachteiligt gefühlt. Sie wurde in ihrer Klasse aufgrund ihrer Ethnizität beleidigt, ohne dass der Lehrer einschritt. Sie sollten das unter sich klären. Im umgekehrten Fall folgten aber verbale Sanktionen des Lehrers. Ähnlich empfindet Dilara (w, 19) und erzählt, dass die Lehrer ausländische Schüler härter benotet haben als deutsche. Beide Mädchen haben in der Schule keinen engen Kontakt zu anderen Schülern. Weder zu deutschen, noch russischen oder italienischen Mitschülern. Dilara spricht von gegenseitigem Auskommen. Der 15jährige Deutsch-Albaner Edvin wiederum habe überhaupt keine Probleme mit Deutschen, ist sogar mit Deutschen befreundet. Die Erfahrung der beiden befragten Schülerinnen lassen zwei Schlüsse zu: Entweder gibt es eine generelle Trennung zwischen den Schülern, welche sich in der Herkunft begründet, oder aber, was aufgrund der bereits erörterten qualitativen Erkenntnisse wahrscheinlicher ist, es handelt sich dabei um ein spezielles Problem türkischer Migrantinnen und Migranten. Der albanischstämmige Jugendliche berichtet von anderen Erfahrungen. Eine mögliche Erklärung liefert auch hier die Annahme bestimmter prototypischer Merkmale, welche von anderen türkischstämmigen Personen zugeschrieben werden. Die Idee eines bestimmten erwartbaren Verhaltens macht diese Darstellung seitens einer jungen türkischen Befragten deutlich: Dilara macht auf einen wichtigen Faktor aufmerksam: Diese überzogene Aggressivität beobachtet sie vor allem bei Türken, die in Deutschland leben, aber nicht bei Türken, die in der Türkei leben. Es scheint also selbst unter Personen mit türkischem Migrationshintergrund eine gewisse Annahme über Türken in der Diaspora, also nicht im Herkunftsland lebende Türken, zu geben. Diese generalisierte Annahme beinhaltet das Merkmal der aggressiven Selbstbehauptung,

gerade unter jungen Türken. Ob und in welcher Form diese Annahme auch bei Einheimischen ausgeprägt ist, vermag die Studie aufgrund ihres Forschungsgegenstandes, den Migrantinnen und Migranten, nicht zu beantworten. Trotz des Austauschs zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimischen, scheint es gerade im türkischen Kontext weiterhin stark homogen ausgeprägte Bekanntschaftsstrukturen zu geben. Nesrins (w, 19) Eltern haben ebenfalls vor allem zu türkischen Familien Kontakt, daher bestehe auch Nesrins soziales Umfeld aus Türken.

Ob und wie Kontakte mit Deutschen verlaufen ist stark von der jeweiligen Sprachfähigkeit, aber auch dem Aussehen und nicht zuletzt der Schichtzugehörigkeit abhängig. Bei Migrantinnen und Migranten, welche aus einem akademischen Kontext stammen, scheint der Kontakt zu Einheimischen überwiegend unkompliziert und positiv zu verlaufen. Schwieriger gestaltet sich dies, je älter die Befragten sind und je wichtiger der eigene kulturelle Hintergrund für die Migrantinnen und Migranten ist. Ein traditionelles Elternhaus wirkt sich stark auf die Kontakte junger Türkinnen aus und beeinflusst den Kontakt zu Deutschen in negativer Weise. Ein besonderer Brennpunkt zwischen Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund scheint das Umfeld der Schule zu sein. In diesem Bereich wäre es sachdienlich die vorhandenen Spannungsfelder genauer zu sondieren und im Rahmen der Integrationsarbeit dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

11.4 Identitäten in Bewegung, Konzepte und Lebensentwürfe

Gerade bei Türken, die in der dritten Generation in Deutschland beziehungsweise im Landkreis Göttingen leben, stellt die Religion (nähere Informationen zum Thema der Religion finden sich im Kapitel „Religion und Glaube“) nicht die Hauptquelle von Identität und Selbstdefinition dar. Über die Generationen von Migrantinnen und Migranten hinweg hat sich die Bedeutung verschoben, heute lässt sich sagen, dass die Erwerbsarbeit und die Qualifikationen eine wichtigere Rolle für die dritte Generation spielen als die Religion. In Interaktion mit der ersten und zweiten Generation befindet sich die dritte Generation jedoch in einem Dilemma. Von den älteren Generationen wird erwartet, dass der Religion ein hoher Stellenwert zukommt. In Interaktion mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft ist die Erwartung eine andere. Aus diesem Grund werden unterschiedliche Identitäten pragmatisch eingesetzt. Je nach Kontext wird eine andere Identität nach Außen kommuniziert. Aus den vielen abverlangten Identitäten bildet sich

eine „Patchworkidentität“ heraus, welche den Wechsel zwischen den jeweiligen kulturellen Kontexten ermöglicht, ohne mit ihnen zu kollidieren.

Selin trage ihr Kopftuch z.B. nur in der Moschee. Allerdings wisse Nesrin auch von Mädchen zu berichten, deren Eltern einen religiös-strengen Erziehungsstil haben. Diese Mädchen müssen Lügen erfinden, wenn sie Dinge tun, die der westlichen, aber nicht der religiösen Lebensweise entsprechen. Die Verhaltensregeln seien in der Religion verankert. Verbote werden mit dem Sündenfall legitimiert, was für Nesrin vollkommen unverständlich sei. Es wird deutlich, dass diese jungen Leute mit Migrationshintergrund sich an einem westlichen Lebensentwurf orientieren möchten, was sich natürlich auch in der Konstruktion der eigenen Identität niederschlägt. Doch auch scheint der Einfluss traditioneller Lebensentwürfe, sofern diese in der jeweiligen Familie vorhanden sind, mit großem normativem Druck vermittelt zu werden. Eine direkte Konfrontation der traditionellen gegen die moderne Lebensweise scheint nicht stattzufinden, denn sonst wäre es nicht nötig, Ausflüchte anzuwenden um den als notwendig empfundenen Freiraum zu erlangen. Die allgemeinen Ziele der Lebensführung weichen nicht unbedingt von denen Einheimischer ab. Nesrin und Dilara betonen noch die Wichtigkeit guter Berufschancen nach abgeschlossenem Studium. Selin (w, 16) und Ali (m, 23) streben beide eine Ausbildung an, für Selin sei zudem noch der Wunsch nach einer eigenen Familie existent. Diesen Wunsch hege auch der 15-jährige Edvin, dem es wichtig sei, seine Familie einmal selbst ernähren zu können. Dafür möchte er gern den Realschulabschluss schaffen. Auch Leotrim (m, 22) [...] möchte selbstständig sein und eine Familie gründen, die er ernähren kann. Eine Ausbildung sei ihm jedoch durch den Duldungsstatus verwehrt. Fuad (m, 58) möchte gern wieder arbeiten, um nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig zu sein. Diese gesellschaftlichen Ziele fließen ebenfalls in das Bild der eigenen Identität ein. Ein Unterschied zur Mehrheitsgesellschaft ergibt sich hieraus nicht. Es geht in ähnlichem Maße um das Erlangen von sozialem Status, Absicherung, Familiengründung und den Erhalt des Selbstwertes. Eine Prognose über eine Veränderung dieser identitätsrelevanten Ziele, speziell bei den jüngeren Befragten lässt sich nicht aufstellen. Allerdings ist im Fall der jungen türkischen Befragten Folgendes festzustellen: Beziehungen und Schwärmereien entwickeln sich in ihrem sozialen Umfeld ebenfalls zu türkischen Jungen. Aufgrund der meist homogenen Beziehungen in der türkischen Diaspora besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich die Identitätsentwürfe junger Frauen, je nachdem wie eine mögliche Partnerschaft verläuft, noch einmal in eine traditionellere Richtung wenden könnten.

Für die Identität und Selbstdefinition junger Männer aus dem Roma Milieu spielt die Idee von Ehre und Männlichkeit eine entscheidende Rolle. Edvin (m, 15) zeigt in dem Interview in aller Klarheit, welche Mentalität er verfolgt und wie er mit anderen Menschen umgeht: Wenn jemand seine Ehre verletze, müsse er sie wiederherstellen. Er versuche bei Provokationen möglichst lange ruhig zu bleiben, aber er sei an seiner Schule hoch angesehen und müsse seine Stellung als „Boss“ behaupten. Durch Gewalt erlange man sowohl von männlicher als auch von weiblicher Seite Bewunderung, der Ruf und die Coolness der eigenen Person steigen. Dieser Befragte ist ein in Deutschland geborener Roma, welcher die Hauptschule besucht hat. Ferner handelt es sich bei diesem, in der Narration beschriebenen Habitus um ein Verhalten, welches allgemein den unteren Schichten zugeschrieben wird. Jedoch kann die Tendenz zu einer derartig geprägten Mentalität durchaus durch die patriarchalischen Strukturen, welche traditionell das Roma Milieu prägen, verstärkt werden.

Abgesehen von kulturellen Unterschieden in der eigenen Identität, der Identifikation mit Deutschland und sonstiger Differenzen, ist die treibende Kraft die Erhaltung von Selbstbild und Selbstachtung. Stigmatisierung ist für alle Interviewten nur schwer zu ertragen und in ihr Selbstbild aufzunehmen. Hierbei ist es vor allem problematisch, wenn die Personen als Empfänger staatlicher Hilfe wahrgenommen werden, wie beispielsweise bei der Nutzung von Wertgutscheinen. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass Menschen mit Migrationshintergrund über unterschiedliche Muster von Identitäten verfügen, welche eher situative Relevanz besitzen. Unterschiedliche soziale Kontexte erfordern eine unterschiedliche Identitätsleistung von den Migrantinnen und Migranten. Somit lassen sich für keine Personengruppe mit Migrationshintergrund allgemeine beziehungsweise generalisierbare Identitätsmerkmale ausmachen. Ferner besteht die Notwendigkeit nach tieferen Studien dieses Feldes, welches für die Thematik der Integration eine essenzielle Relevanz besitzt.

11.5 Freizeit

Ein weiterer Aspekt bei der Betrachtung des Status der Integration von Migrantinnen und Migranten ist die Freizeit, beziehungsweise die Fragestellung wie Freizeit verbracht wird. Als Indikator für Integration können dabei folgende Themenkomplexe dienen: Wie wird die Freizeit verbracht, in einem traditionelleren Rahmen oder auf „westliche“ Art und Weise? Werden vorhandene Angebote wahrgenommen und wenn ja, von wem? Wie steht es um die

Lebenszufriedenheit im Kontext von Freizeit? Alle diese Fragestellungen sind Faktoren, anhand derer sich Aussagen über den Stand aber auch die Schwierigkeiten der Integration treffen lassen.

11.5.1 Bereiche der Freizeitgestaltung

Die sozialen Netzwerke im engeren Sinn haben eine herausragende Position in Bezug auf die Freizeitgestaltung der Befragten: Für 70 % prägen der Umgang mit der Familie, für 60 % das Treffen mit Freunden und für 30 % Besuche von und bei den Verwandten die Freizeit. Ein zweiter beliebter Bereich ist der Medienkonsum: 51 % schauen Fernsehen, 44 % surfen im Internet, 41 % lesen, 23 % gehen ins Kino und schauen DVDs und für 6 % gehören Theaterbesuche zur Freizeitgestaltung. Weitere beliebte Hobbys sind Shopping (43 %), Sport (41 %), Gartenarbeit (25 %) und Ausflüge (23 %).

Im Folgenden werden die einzelnen Bereiche der Freizeitgestaltung nach Geburtsland der Befragten gegliedert aufbereitet. Die gebürtigen Deutschen weisen insgesamt leicht überdurchschnittliche Werte für den Komplex der sozialen Beziehungen auf: Der Kontakt zu Freunden ist für vier von fünf Befragten bedeutsam, die Familie prägt die Freizeit von knapp zwei Dritteln und 30 % treffen sich in ihrer freien Zeit mit Verwandten. Die Familie ist somit für die gebürtigen Deutschen nicht ganz so wichtig wie für die gesamte Stichprobe, die Freundschaften nehmen dafür einen sehr hohen Stellenwert ein. Diese Konstellation lässt sich über die Altersstruktur begründen: Alle Befragten dieser Gruppe sind zwischen 20 und 39 Jahren alt und damit in einem Alter, in dem häufig noch keine eigene Familie gegründet wurde und die Beziehungen zu Freunden noch eher aufrechterhalten werden. Für die Türkischstämmigen liegen in diesem Block durchschnittliche Werte vor. Lediglich der Besuch von und bei Verwandten ist mit 40 % überproportional häufig genannt worden. Interessant sind die Resultate für die Menschen mit jugoslawischem Hintergrund. Die Familie nimmt mit 78 % eine herausragende Stellung ein, während Freunde (48 %) und Verwandte (17 %) eine untergeordnete Rolle spielen. Die Begründung kann hier nicht über das Alter erfolgen, da dieses Geburtsland in der Stichprobe durch eine durchschnittliche Altersstruktur geprägt ist. Eine Begründung für die geringe Wichtigkeit von Verwandten, bei gleichzeitig hohen Werten für die Familie, könnte der Zuwanderungsgrund sein. Über 40 % der Befragten wurde der Landkreis Göttingen als Wohnort zugeordnet. Die Flüchtlingserfahrungen können Familien zusammenschweißen und dafür sorgen, dass außer der engen Familie kaum Verwandte in der Region um Göttingen leben. Bei Iranern

und Syrern sowie Personen mit sowjetischem Hintergrund, hat der Besuch der Verwandten eine große Bedeutung (44 bzw. 47 %). Die Personen aus den „sonstigen“ Ländern gestalten ihre Freizeit leicht unterdurchschnittlich in sozialen Netzwerken. Insgesamt fällt auf, dass in allen Gruppen soziale Kontakte eine große Wichtigkeit besitzen. Manche Gruppen sind dabei eher nach innen gerichtet, d.h., die engste Familie ist sehr wichtig (ehem. Jugoslawien), bei anderen ist die weitere Verwandtschaft zentral (ehem. UDSSR) oder deren Freundeskreis von großer Bedeutung (Deutschland, Sonstige). Dies hängt neben dem Herkunftsland auch mit dem Alter und den spezifischen Migrationsbiographien zusammen. Bei der Netzwerkknüpfung sind außerdem die Aktivität im Verein oder bei religiösen Organisationen relevant sowie die ehrenamtliche Tätigkeit. Letzterer verschreiben sich insbesondere die Türkischstämmigen (20 % bekleiden ein Ehrenamt) und die gebürtigen Iraner und Syrer (22 %). Das Vereinswesen und die Religionsgemeinschaft sind insbesondere für die gebürtigen Deutschen (27 %) und die Personen aus Syrien und dem Iran (33 %) sowie für die Türkischstämmigen (20 %) bedeutsam. Bei den Deutschen überrascht dies nicht, da zwei von drei Personen in einem Sportverein aktiv sind. Für die Syrer bzw. Iraner und die Türken scheint aufgrund der eher geringen Vereinsmitgliedschaft plausibel, dass die hohen Werte einen häufigen Moscheebesuch aufweisen. Für die Untersuchten mit jugoslawischem (9 %) oder sowjetischem (6 %) Hintergrund ist die Vereinstätigkeit und die religiöse Aktivität bei der Freizeitgestaltung von untergeordneter Wichtigkeit.

Im Bereich des Medienkonsums liegen bei den gebürtigen Deutschen durchschnittliche Konsumwerte vor, wobei fast zwei Drittel von ihnen das Internet nutzt. Dieser hohe Wert lässt sich erneut mit der Altersstruktur in dieser Befragtengruppe begründen. Bei den Türkischstämmigen fällt vor allem auf, dass zwei Drittel als Freizeitbeschäftigung den Fernsehkonsum nennen. Diejenigen mit jugoslawischen Wurzeln schauen hingegen wenig TV (39 %) und DVDs (13 %) und sind insgesamt im Medienkonsum zurückhaltend. Zwei von drei Iranern bzw. Syrern schauen hobbymäßig Fernsehen. Es wird überdurchschnittlich gelesen (44 %) und jeder Zehnte besucht das Theater, was jeweils mit dem hohen Bildungsgrad in dieser Gruppe zusammenhängen könnte. Das Internet ist für Personen aus der ehemaligen Sowjetunion eher nebensächlich (29 %) und Lesen stellt für 47 % ein Hobby dar, welches der Spitzenwert zwischen den Vergleichsgruppen ist. Dies hängt damit zusammenhängen, dass 80 % der Befragten aus der ehemaligen UDSSR weiblich sind und die befragten Frauen eher zum Lesen von Büchern neigen als Männer. Unter den Befragten aus den „sonstigen“ Staaten ist auffällig,

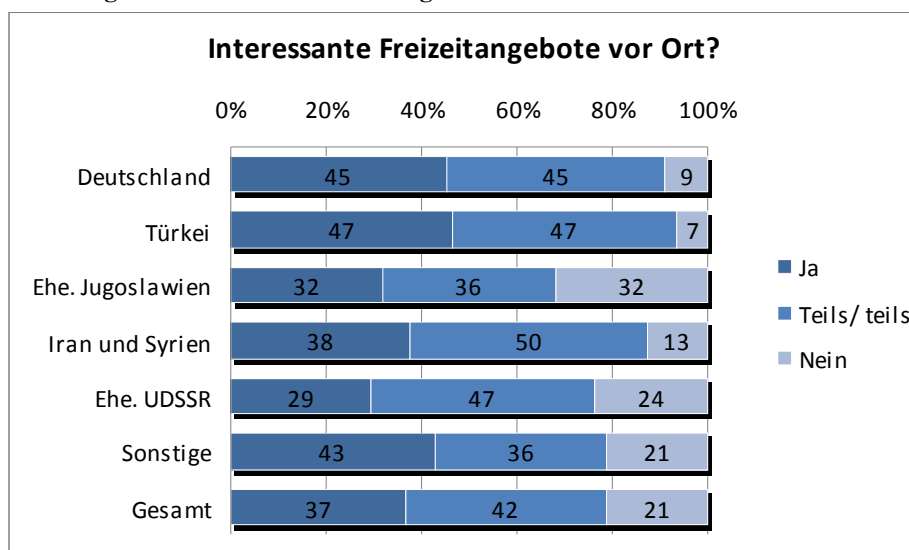
dass jeder Fünfte ins Theater geht. Erneut könnte der erhöhte Bildungsgrad ein Erklärungsfaktor dafür sein. Zudem nutzt jeder zweite das Internet für seine Freizeitgestaltung. In dieser Gruppe ist denkbar, dass per Internet Kontakt zu Familie, Verwandten und Freunden gehalten wird. Dafür spricht, dass Personen aus den „sonstigen“ Staaten eine unterproportionale geplante Aufenthaltsdauer aufweisen und dass die jeweiligen Nationalitäten und Ethnien in Deutschland nicht so stark verankert sind wie die Vergleichsgruppen.

Bei den verbleibenden Hobbys sind folgende Beobachtungen zu machen: Ausflüge sind für Individuen mit sowjetischem Hintergrund wichtig (47 %), für Befragte mit jugoslawischem Hintergrund sind sie hingegen weniger interessant (9 %). Türkischstämmige (20 %) und Iraner bzw. Syrer (22 %) bekleiden häufig Ehrenämter. Die Personen aus der ehemaligen UDSSR sind oft künstlerisch tätig, welches partiell mit der hohen Frauenquote (fast 80 %) in dieser Gruppe zusammenhängt. Das Einkaufen in der Stadt wird von Türkischstämmigen (53 %) und gebürtigen Iranern und Syrern (56 %) häufig als Hobby angegeben. Der Sport ist speziell für die gebürtigen Deutschen von hoher Bedeutung, welches abermals im Zusammenhang mit dem Alter stehen kann.

11.5.2 Freizeitangebote vor Ort

Die örtlichen Freizeitangebote werden von 37 % als interessant erachtet, 42 % sind indifferent und jeder Fünfte kann den vorhandenen Angeboten nichts abgewinnen.

Abbildung 78: Interessante Freizeitangebote vor Ort?



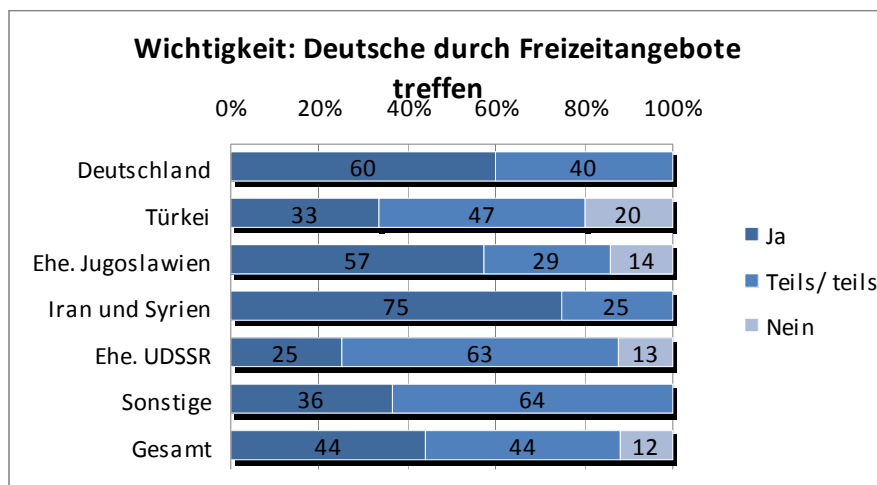
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die gebürtigen Jugoslawen sehen die Situation ein wenig negativer als der Durchschnitt, während die gebürtigen Türken und Deutschen leicht überproportional positiv über die Freizeitmöglichkeiten im Landkreis denken.

Wie bei einigen Themen im Bereich der Bildung und Sprache, wurden auch im Komplex der Integration Informationen erhoben, indem die Befragten erklären sollten, wie wichtig sie verschiedene Angebote und Werte finden. Über alle Items, die auf diese Weise Wichtigkeit abfragen, ergibt sich folgendes Bild: Im Durchschnitt werden die Angebote von der Hälfte der Befragten für wichtig befunden, von 29 % als teilweise bedeutsam erachtet und von gut einem Fünftel als unwichtig eingestuft.

Wie werden also vor dem Hintergrund dieser Durchschnittswerte die Freizeitangebote, um Deutsche zu treffen eingeschätzt? Es liegen unterdurchschnittliche Werte vor: 44 % halten Angebote, um sich mit Deutschen treffen zu können, für bedeutsam, weitere 44 % stimmen zum Teil zu und jeder Achte erklärt diese Möglichkeiten für unwichtig.

Abbildung 79: Wichtigkeit: Deutsche durch Freizeitangebote treffen



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die gebürtigen Syrer/Iraner (75 %), die Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (57 %) sowie die gebürtigen Deutschen (60 %) sind mehrheitlich positiv gegenüber solchen Kontaktmöglichkeiten eingestellt. Für die Türkischstämmigen (33 %), die Personen mit sowjetischem Hintergrund (25 %) und die Personen aus den „sonstigen“ Staaten (36 %) sind Angebote, um sich mit Deutschen treffen zu können, eher unbedeutend.

11.5.3 Freizeit und Integration

Die Entfaltung im Rahmen der Freizeit sowie die Möglichkeit freizeitleiche Aktivitäten wahrnehmen zu können, mit der Familie oder mit Freunden, stellt eine Quelle persönlicher Zufriedenheit dar. Aus diesen und weiteren Gründen spielt die Freizeit für die Thematik der Integration eine wichtige Rolle. Aus der für den Landkreis Göttingen erstellten qualitativen Studie lässt sich ableiten, dass es gerade für Migrantinnen und Migranten mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus problematisch ist, an freizeitleichen Angeboten und Aktivitäten teilzunehmen. Dies wird deutlichen durch die Situation eines jungen iranischen Befragten, welcher lediglich über einen Duldungsstatus verfügt. Der 24jährige Iraner Arian unternehme überhaupt nichts in seiner Freizeit, da er kein Bargeld, sondern nur Gutscheine zur Verfügung habe. Banale Tätigkeiten wie der Besuch im Freibad, das Eis im Café oder der Abend im Kino, den wir mit unseren Freunden verbringen, sind für Arian undenkbar. Der Grund für den Ausschluss jeglicher Partizipation am sozialen Leben liegt für den Befragten in den Gutscheinen, welche er durch staatliche Unterstützung erhält. Derartige Gutscheine, für Supermärkte und Bekleidung entfalten aus der Sicht dieses Befragten ihre exkludierende Wirkung in der Interaktion mit anderen Personen. Konkret bedeutet dies, dass beispielsweise der Umgang an der Kasse gegenüber Personen, die mit einem Wertgutschein bezahlen möchten, in ablehnender, weniger freundlicher Weise stattfindet. Solche Erfahrungen im Zusammenhang mit diesen Wertgutscheinen führen zu einer Reduktion der Motivation, seine Freizeit entsprechend zu gestalten. Das Resultat ist eine geringe Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation, was auch den Willen zur allgemeinen Teilhabe und somit den Willen zur Integration erheblich schwächt.

11.5.4 Konkrete Freizeitangebote im Landkreis Göttingen

Abgesehen von Problemlagen bezüglich des Duldungsstatus nehmen Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen an unterschiedlichen Freizeitangeboten teil. Ein wichtiger Ort der Einbindung scheint das Café Grenzenlos zu sein, das von vielen Frauen als Ort der Freizeitgestaltung und Gemeinschaftsbildung gesehen wird. Männer beziehen sich eher auf Cafés, Moscheen und Sport. Das in der Studie häufig genannte Café Grenzenlos wird im Kapitel zur Integrationsmotivation im Abschnitt Partizipation genauer beleuchtet. Es scheint jedoch in der Stadt Duderstadt einen unter Frauen mit Migrationshintergrund beliebten Ort zum Verbringen der Freizeit darzustellen. Einen hohen Stellenwert hat die Gestaltung der Freizeit unter den

jüngeren Befragten. Der arbeitslose Hauptschulabsolvent Ali (m, 23), der in seinem ersten Lebensjahr aus der Türkei nach Deutschland kam, verbringe seine freie Zeit im Türkischen Kaffee oder beim Billard, Fußball spielen und mit Feiern. Fußballspielen gehen auch Leotrim (m, 22) und Kerim (m, 42). Während Leotrim, der nicht in Diskotheken gehe, weil dort nur Italiener, Russen und Deutsche hingehen, in einem multikulturellen Verein spiele, der von einem Beamten der Kriminalpolizei trainiert werde, gehe Kerim nicht mehr zum Fußball, da es dort nach ungerechten Schiedsrichterentscheidungen immer zu Prügeleien komme. Dilara (w, 19) müsse immer nach Kassel fahren, da es für sie keine Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in Hann. Münden gäbe. Die kulturelle Homogenität scheint auch bei jüngeren Personen einen gewissen Stellenwert zu haben. Bei dem Befragten „Leotrim“ handelt es sich allerdings auch um einen speziellen Fall, denn er gehört den Roma (aus dem Kosovo) an. Die Roma stellen eine besondere Herausforderung für den Arbeitsbereich der Integration dar, da unter ihnen sehr ausgeprägte Parallelstrukturen existieren, welche sie von der Mehrheitsgesellschaft in hohem Maße abgrenzt. Die junge türkische Befragte hingegen spricht davon, dass die Infrastruktur bezüglich der Freizeitgestaltung in ihrer Stadt nicht besonders ausgeprägt zu sein scheine. Sieht man sich Hann. Münden im Speziellen an, wird deutlich, dass die Stadt mit ihren Möglichkeiten der Freizeitgestaltung eher ein älteres Publikum und Familien anspricht. Daraus resultiert, dass viele junge Leute aus dem Süden des Landkreises eher den Weg in die im Vergleich zu Göttingen näher gelegene Stadt Kassel in Nordhessen suchen.

Eine wichtige Möglichkeit zur Gestaltung der Freizeit stellt gerade für Jungen und Männer der Sport dar. Frauen sind häufig im sozialen Bereich aktiv, wie zum Beispiel in diversen ehrenamtlichen Bereichen oder der Kunst. Die Pflege sozialer Netzwerke ist im Allgemeinen wichtig, doch ihre Struktur unterscheidet sich zum einen nach Migrationshintergrund und zum anderen nach dem Alter der Befragten. Allgemein lässt sich sagen, dass je älter die Personen, desto wichtiger beziehungsweise häufiger ist der Kontakt mit der Familie in der Freizeit. Jüngere Befragte zieht es am ehesten zu Freunden. Das Beispiel der jungen Türkin aus Hann. Münden zeigt, dass die dritte Generation türkischer Menschen mit Migrationshintergrund ihre Freizeit eher in westlich geprägter Weise verbringt. Eine nähere Prüfung des Freizeitangebots für junge Menschen, im Speziellen für junge Migrantinnen und Migranten, sollte in Erwägung gezogen werden, um diese auch regional besser einbinden zu können, was nicht zuletzt auch die eigene Identifikation mit der Region verstärken könnte. Indikatoren für diese Annahme stellen zum

Beispiel das Verlassen des Bundeslandes dar, um in der nächst größeren Stadt am Nachtleben teilzunehmen. Besondere Hürden für die Gestaltung der Freizeit ergeben sich eventuell durch den rechtlichen Status. So ist es zum Beispiel die Duldung, welche Migrantinnen und Migranten eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zur Gestaltung der Freizeit fast unmöglich macht.

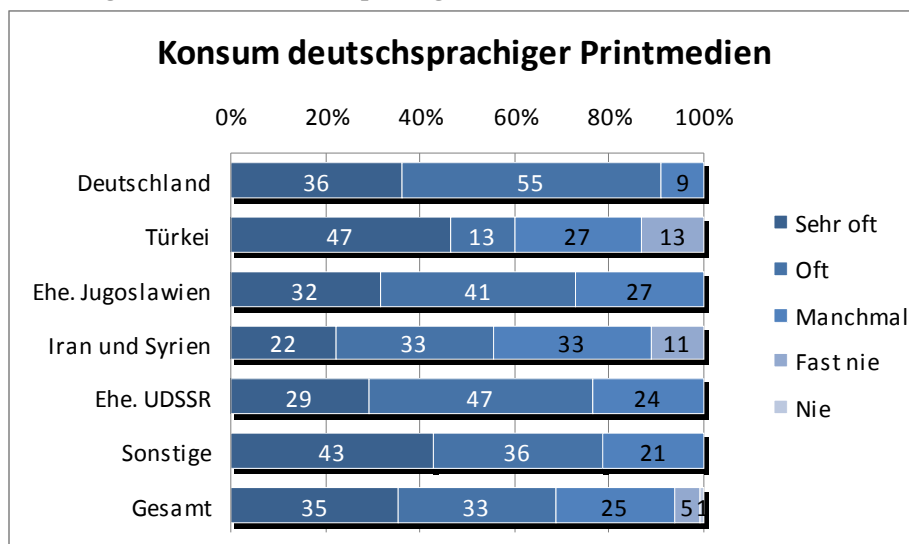
11.6 Medienkonsum

Im letzten Teilbereich des Kapitels „Kulturelle Integration und Wertekonzept“ geht es um die Betrachtung des Medienkonsums von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Fragestellung mit der höchsten Relevanz als Indikator für Integration, ist die nach der Sprache, in welcher Medien konsumiert werden. Abgesehen von der sprachlichen Integration bietet der Medienkonsum auch Aufschluss über die Identifikation mit der deutschen Sprache im privaten Raum, was schlussendlich auch eine Frage der generellen Identifikation mit Deutschland darstellt.

11.6.1 Konsum deutschsprachiger Printmedien

Der Medienkonsum wurde über vier Bewertungen gemessen. Zunächst wurde per Selbstauskunft erfasst, wie oft *deutsche Printmedien* gelesen werden. Jeweils ein Drittel der Befragten gibt an, deutsche Zeitungen oder Zeitschriften sehr oft bzw. oft zu lesen. Jeder Vierte nutzt sie manchmal, 5 % so gut wie nie und lediglich 1 % sagt aus, nie in deutschen Printmedien zu lesen.

Abbildung 80: Konsum deutschsprachiger Printmedien



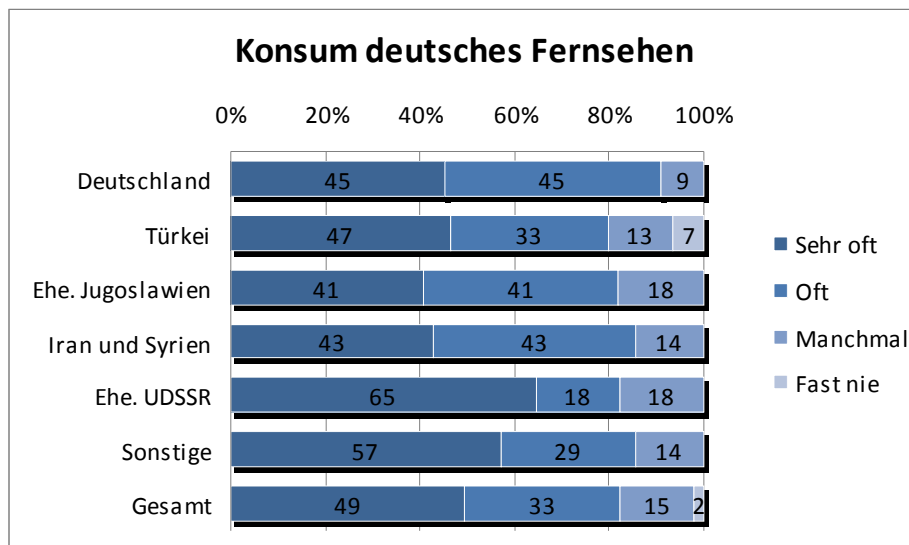
Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Besonders stark werden die deutschen Zeitungen und Zeitschriften durch gebürtige Deutsche wahrgenommen: 36 % lesen sie sehr oft, 55 % oft und nur knapp jeder Zehnte gelegentlich. Für die Menschen, die aus den „sonstigen“ Ländern stammen, ist eine sehr ähnliche Konstellation beobachtbar. Der geringste Konsum ist unter den gebürtigen Syrern und Iranern zu beobachten. Allerdings sind auch bei ihnen die Werte weiterhin auf einem relativ hohen Niveau. Die Hälfte von ihnen liest oft oder sehr oft deutsche Zeitungen bzw. Zeitschriften, ein Drittel manchmal und jeder Zehnte fast nie. Die stärkste Polarisierung ist bei den Befragten mit türkischem Hintergrund erkennbar. Sie sind beinahe zur Hälfte sehr häufig mit der Lektüre deutscher Printmedien beschäftigt. Gleichzeitig widmen sich aber auch 40 % dieser Tätigkeit nur manchmal oder fast nie.

11.6.2 Konsum des deutschen Fernsehens

Der zweite Frageterm zur Erfassung des Medienkonsums bezieht sich auf das *deutsche Fernsehen*. Die Hälfte der Befragten schaltet sehr häufig, ein Drittel oft, 15 % manchmal und 2 % fast nie deutsches Fernsehen an.

Abbildung 81: Konsum deutsches Fernsehen



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die Variationsbreite zwischen den Geburtsländern ist gering. Neun von zehn gebürtigen Deutschen schauen sehr oft oder oft deutsches Fernsehen, welches den Spitzenwert zwischen den Ländergruppen markiert. Die Befragten, die sehr oft und oft deutsches TV schauen, sind in den Gruppen stets ausgeglichen. Lediglich bei den Befragten mit sowjetischem Hintergrund besteht

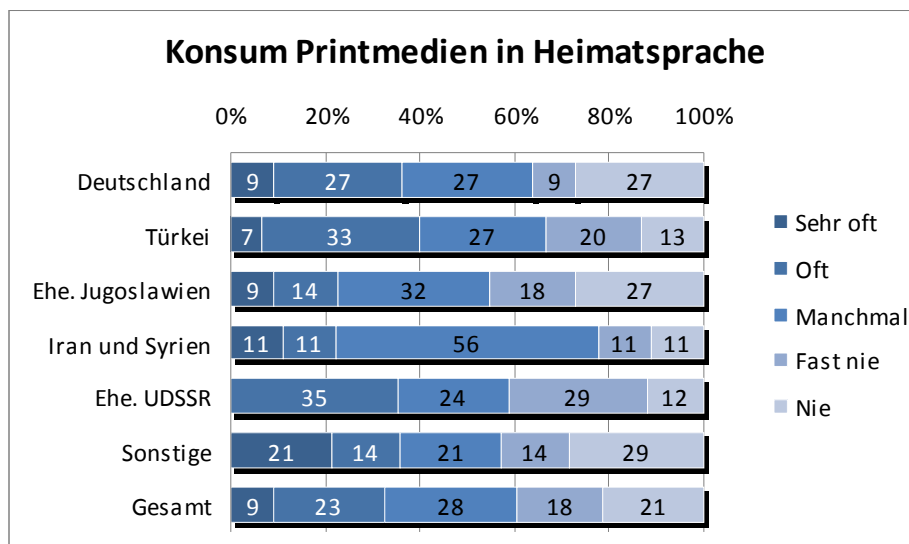
eine sehr große Differenz: 65 % von ihnen schauen sehr oft deutsches Fernsehen und 18 % sind oft Konsumenten des deutschen TV-Programms.

Der Vergleich zwischen deutschen Zeitungen bzw. Zeitschriften und Fernsehkonsum zeigt, dass beide Medien rege genutzt werden. Der Fernsehkonsum ist allerdings auf einem deutlich höheren Niveau: Weniger als ein Fünftel beschreibt sich als seltenen Zuschauer, während ein knappes Drittel fast nie oder nie deutsche Printmedien konsumiert. Ein zweiter Aspekt der ins Auge fällt besteht darin, dass die Aufteilung nach Geburtsländern bei dem Printkonsum ein differenziertes Bild ergibt, während die Wahrnehmung des TV-Konsums kaum variiert.

11.6.3 Konsum herkunftssprachlicher Printmedien

Die dritte Säule zur Erfassung des Medienkonsums bildet der Umgang mit *muttersprachlichen Printmedien*. Knapp einer von zehn Befragten nutzt die entsprechenden Formate sehr oft, etwas weniger als jeder Vierte oft, mehr als jeder Vierte manchmal, knapp jeder Fünfte fast nie und jeder Fünfte nie. Die Gruppe derjenigen, die die muttersprachlichen Printmedien nie oder fast nie konsumiert, ist demnach mit knapp 40 % größer, als die Gruppe derjenigen, die mit knapp 30 % sehr oft oder oft in heimatssprachlichen Zeitungen oder Zeitschriften lesen.

Abbildung 82: Konsum Printmedien in Heimatsprache



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

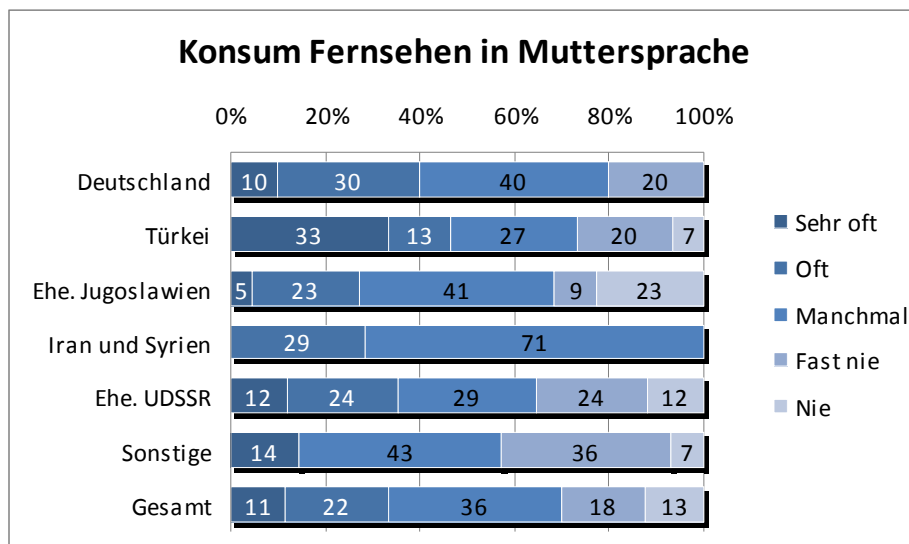
Die Differenz zwischen Befragten unterschiedlicher Herkunft ist eher gering. Interessant ist, dass die Personen, die in Deutschland geboren wurden, dem Gesamtdurchschnitt entsprechende Werte aufweisen. Bei gebürtigen Deutschen, die zum Zeitpunkt der Befragung in der Bundesrepublik

leben, liegt die Vermutung nahe, da sie zumeist in Deutschland aufgewachsen sind. Aus diesem Grund überrascht es, dass die dem Migrationshintergrund entsprechende Sprache derart bedeutsam ist. Bei den Türkischstämmigen lässt sich erneut eine hohe Varianz beobachten. So handelt es sich bei dieser Gruppe um diejenigen mit dem höchsten Anteil an regelmäßigen Konsumenten muttersprachlicher Printmedien (40 %). Gleichzeitig liest jeder Dritte die Zeitschriften und Zeitungen überhaupt nicht, welches leicht überdurchschnittlich ist. Die Iraner und Syrer weisen zudem eine bemerkenswerte Verteilung auf, da mit 56 % sehr viele Gelegenheitsleser unter ihnen sind.

11.6.4 Konsum herkunftssprachlichen Fernsehens

Die Betrachtung des Medienkonsums wird komplettiert durch die Erläuterung des Konsums *muttersprachlichen Fernsehens*. Jeder zehnte Befragte schaut sehr oft, fast jeder Fünfte oft, 36 % schauen manchmal, fast jeder Fünfte fast nie und mehr als jeder Achte nie in seiner Muttersprache fernsehen. Die regen Fernsehkonsumenten, die Gelegenheitsgucker und solche, die das muttersprachliche Fernsehprogramm kaum oder überhaupt nicht nutzen, sind mit jeweils ungefähr einem Drittel etwa gleich stark vertreten.

Abbildung 83: Konsum Fernsehen in Muttersprache



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Die gebürtigen Deutschen weisen einen leicht überproportionalen Konsum auf, welches aus den oben genannten Gründen eine bemerkenswerte Beobachtung ist. Jeder dritte Türkischstämmige schaut türkisches Fernsehen. Damit widmen sich die gebürtigen Türken am häufigsten dem

Programm aus ihrem Herkunftsland. Dem gegenüber stehen die Personen, die aus sonstigen Ländern kommen. Von ihnen konsumiert niemand sehr oft und lediglich 14 % häufig entsprechendes TV-Programm. Für die beiden großen Gruppen der Personen mit jugoslawischem oder sowjetischem Hintergrund sind durchschnittliche Verteilungen abzulesen. Insgesamt überrascht nicht, dass die drei großen Migrationsgruppen höhere Werte aufweisen als die Personen aus sonstigen Staaten. Es könnte dabei die Verfügbarkeit des entsprechenden Fernsehprogramms ausschlaggebend sein.

11.6.5 Medien und Sprache

Anders als bei dem Konsum deutscher Printmedien, wird das Fernsehen seltener genutzt als entsprechende Zeitschriften und Zeitungen. Dies könnte mit einer leichteren Verfügbarkeit der muttersprachlichen Printmedien zusammenhängen. Auch die zweite Beobachtung (Konsum deutscher Printmedien weist stärkere Varianz zwischen den Geburtsländern auf als Konsum deutschen Fernsehens) kann nicht auf die muttersprachlichen Medien übertragen werden. Die Differenzierung nach Geburtsländern weist für muttersprachliches Fernsehen und für die Printmedien jeweils eine vergleichbare Streuung zwischen den Ländern auf.

Insgesamt ist festzuhalten, dass deutsche und muttersprachliche Medienformate auf einem hohen Niveau konsumiert werden. Die deutschen Formate werden dabei insbesondere im Bereich des TVs häufiger genutzt.

Die qualitative Befragung im Auftrag des Landkreises Göttingen ergab in Bezug zum Medienkonsum von Migrantinnen und Migranten, dass das Fernsehen auch einen Zugang zur deutschen Sprache ermöglicht, beziehungsweise die Praxis dieser bereichern kann. Die Befragte Ayana (w, 37) aus Äthiopien schaut [...] deutsches Fernsehen und nimmt dabei ein Wörterbuch zu Hilfe. Am wichtigsten ist für Ayana, dass sie immer nachfragt, sobald sie etwas nicht versteht. Das gemeinsame Konsumieren des Fernsehprogramms ermöglicht es im ländlichen Raum, in welchem es weniger unterschiedliche Möglichkeiten zur Interaktion im sozialen Raum gibt, als dies im urbanen Raum der Fall ist, das Hörverstehen der deutschen Sprache zu üben und sie zu verbessern. Die Befragte hat den großen Vorteil in einer biethnischen Ehe zu leben, was ihr den Zugang zur deutschen Sprache sowie die Nachfrage bei Verständnisproblemen immens erleichtert.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten Migrantinnen und Migranten im privaten Rahmen auch deutsche Medien konsumieren. Ob dies nun an einem Mangel an Angeboten in der eigenen Muttersprache oder an mangelndem Interesse an diesen liegt, lassen beide Studien offen. In diesem Bereich wäre es ratsam, die Gründe für dieses Medienverhalten zu ermitteln. Für Menschen mit türkischem Migrationshintergrund lässt sich eine große Relevanz türkischer Medien feststellen. Auch wenn diese, aufgrund ihrer realen Lebenssituation wenig direkten Bezug zur Türkei haben und dies eher als Urlaubsland kennen.

11.7 Fazit

Es lässt sich festhalten, dass die biethnische Partnerschaft oder Ehe (zwischen Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund) einen bedeutenden Beitrag bei der Einbindung von Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft leisten kann. Allerdings ist sie nicht die Regel. Eine genaue Anzahl derartiger Partnerschaften ließ sich auch nicht bestimmen, da zum einen die quantitative Studie des Landkreises dies nicht direkt abgefragt hat und zum anderen konnte der Verband binationaler Familien und Partnerschaften in Göttingen aus nachvollziehbaren Gründen keine Datensätze für den Integrationsbericht zur Verfügung stellen.

Beim direkten Abfragen der Identifikation mit Deutschland und verwandter Merkmalsausprägungen ergab sich, dass gerade die türkischen Migrantinnen und Migranten über eine schwächer ausgeprägte Identifikation mit Deutschland verfügen, zumindest verglichen mit anderen Gruppen. Des Weiteren geht aus der Erhebung hervor, dass Migrantinnen und Migranten, die aus der durch Konflikte entzweiten Balkanregion kommen, eine hohe Identifikation mit Deutschland aufweisen. Vermutlich ist der Grund dafür die Zerstörung der alten Heimat, nicht nur durch Kriege, sondern auch durch die Spaltung des ehemaligen Jugoslawiens.

Bezüglich der unterschiedlichen Identitäten von Personen mit Migrationshintergrund im Landkreis Göttingen ist festzuhalten, dass diese über diverse Identitätsmuster verfügen. Diese Muster werden je nach vorheriger Erwartung an die Person in der Interaktion mit anderen kommuniziert, beziehungsweise benutzt. Eine derartige „Patchworkidentität“ ist das unweigerliche Produkt des Lebens zwischen den Kulturen. Dies ist jedoch keinesfalls nur negativ zu verstehen, da es auch eine gewisse soziale Kompetenz produziert.

12 Integrationsmotivation

Um Aussagen über die Integrationsmotivation von Menschen mit Migrationshintergrund machen zu können ist es nötig, neben quantitativen Daten, auch einen Blick auf konkrete Lebenssituationen zu werfen. Die Annahme ist, dass Migrantinnen und Migranten in ähnlichen Situationen eine vergleichbare Motivation haben beziehungsweise ein freiwilliges Engagement zur Integration haben. Hierzu lässt sich Bezug auf eine quantitative und qualitative Studie nehmen, die im Auftrag des Landkreises Göttingen durchgeführt wurde. Des Weiteren behandelt dieser Abschnitt obligatorische Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Partizipation in etablierten Strukturen, wie beispielsweise Vereinen und dem Ehrenamt. Einleitend lässt sich auch feststellen, dass Integration in Teilbereichen bereits erfolgreich stattgefunden hat. Belege dafür lassen sich in nahezu allen Kapiteln des Gesamtberichts finden. Zum besseren Verständnis der verwendeten Begriffe ist im Vorfeld zu erläutern, dass Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund jeweils synonym verwendet werden. Der Begriff „Türkischstämmige“ meint im Rahmen der quantitativen Studie Menschen, die in der Türkei geboren wurden. In Deutschland geborene Türken beinhaltet dieser Terminus nicht, da sie in diesem Kontext unter der Kategorie der Befragten aus Deutschland zusammengefasst werden. Befragte aus Deutschland meint im Kontext der quantitativen Studie Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden. Auch ist zu vermerken, dass die größten Gruppen unter den Befragten aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und den ehemaligen sowjetischen Staaten stammen. Es lassen sich also lediglich über diese Befragtengruppen signifikante Aussagen treffen.

12.1 *Freiwillige Partizipation*

Die Teilnahme und Teilhabe aus eigenem Antrieb heraus ist ein starkes Indiz für die Motivation, sich in eine Gesellschaft zu integrieren. Aufgrund der breiten Variationen, welche eine derartige Fragestellung mit sich bringt, liegen hierzu keine quantitativen Daten vor. Ferner ist die Motivation, also der Antrieb zur Partizipation, meist ein Phänomen, welches auf der Mikroebene zu lokalisieren ist. Deshalb ist an dieser Stelle qualitativen Daten der Vorzug zu geben.

Allen jungen Interviewpartnern der qualitativen Studie ist gemein, dass sie das deutsche Leistungsprinzip in ihrem persönlichen Lebensweg bzw. den persönlichen Zielen widerspiegeln und damit auch die Wichtigkeit des Zertifikaterwerbs zur eigenständigen Lebensführung bejahen (wie auch im Kapitel „Arbeit und Einkommen“ zu lesen). Daraus lässt sich ableiten, dass unter den jungen befragten Personen mit Migrationshintergrund die Motivation zur Teilnahme am deutschen Bildungs- und Ausbildungssystem besteht, da dieses die Erreichung allgemeiner gesellschaftlicher Ziele ermöglicht. Somit muss bei entsprechender Zielsetzung im eigenen Leben für Migrantinnen und Migranten der dritten Generation angenommen werden, dass diese bereit sind, sich im Rahmen der Systeme zum Erwerb von Bildung zu integrieren. Ein gutes Beispiel aus der Studie stellt folgender Fall dar: Marta (w, 31) kam als ausgebildete Lehrerin von Polen nach Deutschland. Hier absolviert sie mittlerweile ein Aufbaustudium zum Master of Arts.

Der rechtliche Status entscheidet grundlegend über die Möglichkeiten in der Lebensführung der Migrantinnen und Migranten. Je nach rechtlichem Status sind sie in ihrer Mobilität, Bildungsmöglichkeiten und der Arbeitsaufnahme eingeschränkt. Obwohl die BRD als Rechtsstaat umfassend in die Lebensgestaltung und somit auch die Lebensbedingungen eingegriffen hat, bewertet Rinor dies nicht durchgehend schlecht, so die qualitative Studie über die Meinung eines der Befragten. In der Schule hatte er die Möglichkeit, zu lernen und sein Deutsch zu verbessern, deswegen bezeichnet er diese Zeit als sinnvoll. Rinors Geschichte steht für all diejenigen Menschen mit Migrationshintergrund, die versuchen, selbstständig ein Leben aufzubauen und unabhängig von staatlichen Hilfen zu leben. Der Weg zur eigenständigen Lebensführung wird von den Betroffenen, durch die politisch-rechtliche Reglementierungen auf Bundesebene, als teilweise versperrt wahrgenommen. Es ist also der rechtliche Status, welcher in hohem Maße die potentiellen Optionen, die einem Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stehen, determiniert. Natürlich entsteht die Motivation sich in eine Gesellschaft zu integrieren auch aus den Möglichkeiten welche diese Gesellschaft den Menschen mit Migrationshintergrund bietet. Allerdings, wie der letzte Auszug aus der qualitativen Studie gezeigt hat, gibt es auch unter Migrantinnen und Migranten, deren Optionen durch die gesetzlichen Reglementierungen eingeschränkt sind, durchaus eine Motivation zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Eine nachhaltige Resignation unter den Adressaten ist nicht zu verspüren. Denn auch der Wille zur Erlangung weiterer Optionen, bis hin zur Einbürgerung und somit der Erlangung sämtlicher Rechte und Pflichten mit einem geregelten Aufenthaltsstatus beziehungsweise als deutscher

Staatsbürger, kann eine Quelle für Motivation darstellen. Einen weiteren Beleg für ein hohes Maß an integrativer Motivation, trotz widriger Umstände, zeigt das folgende Beispiel: Fuads Stelle als Diakon war befristet und wurde nicht verlängert, sodass er jetzt Arbeitslosengeld II bezieht. Aber Fuad ist ein sehr engagierter Mensch, sodass er die Tätigkeit als Diakon ehrenamtlich weiterführt. Diese Arbeit ist für ihn ein wichtiger Bestandteil sozialer Anerkennung und eine Quelle von Selbstbestätigung. Er ist bereit, auch ohne finanzielle Anerkennung diesen Dienst weiter auszuführen. Motivation ist also zum einen abhängig von den zur Verfügung stehenden Optionen, zum anderen aber auch in einem höheren Maß von der Einbindung von Personen in einen bestimmten sozialen Kontext. Dies zeigen uns die Beispiele des Diakons, welcher ohne Bezahlung seine Tätigkeit weiter ausübt und das des jungen Kosovaren, der in seiner Stadt gemeinsam mit seinem Bruder in einem Sportverein eingebunden ist.

Weitere positive Beispiele liefern die Teilabschnitte „Biethnische Ehen und Partnerschaften“ und „Kontakt zu Deutschen“ im Kapitel „Kulturelle Integration und Wertekonzept“. Aus der qualitativen Studie im Auftrag des Landkreises Göttingen geht jedoch auch hervor, dass es Faktoren gibt, die sich in negativer Weise auf die Integrationsmotivation auswirken können. Interessant ist dabei, dass diese Faktoren aus den Erzählungen der Migrantinnen und Migranten selbst stammen, diese also von ihnen als negative Faktoren wahrgenommen werden. Diese Problemwahrnehmung und vor allem das Bewusstsein darum ist wiederum ein positives Indiz für die Integration der befragten Migrantinnen und Migranten. Ferner kann eine stärkere Kooperation mit diesem Personenkreis dazu dienen, die von ihnen wahrgenommenen Schwierigkeiten lösbar zu machen.

Verglichen mit den in der Studie genannten Umständen, aus welchen die meisten Befragten eher von einer Verstärkung statt einer Abschwächung ihrer Motivation zur Integration zu berichten hatten, werden auch Faktoren identifiziert, die einer gesteigerten Motivation entgegenwirken. Maribel (w, 50) ist der Meinung, dass das Leben in Migrantengruppen die Integration in die Mehrheitskultur erschwert und die Gruppe sich nach außen abschottet. Die ausschließliche Einbindung in den eigenen kulturellen Kontext führt zu einer Abnahme der integrativen Motivation. Sobald eine Person mit Migrationshintergrund nur in der eigenen Gruppe von „Gleichen“ verankert ist, besteht für sie keine Notwendigkeit mehr, sich mit der Mehrheitsgesellschaft vergemeinschaften zu wollen. Jegliche soziale Funktion für die Person,

meist abgesehen von der finanziellen Absicherung, wird dann durch diese Parallelgruppe erbracht, was eine Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft auf den ersten Blick überflüssig macht. Soziale Funktionen meint in diesem Zusammenhang soziale Anerkennung, geteilte Wert- und Normvorstellungen, die Möglichkeit zur Partnerwahl wie auch die Erlangung von sozialem Status innerhalb einer bestimmten Gruppe. Problematisch ist weniger die additive Inklusion in einer Gruppe des eigenen kulturellen Kreises, sondern die exklusive Inklusion in eine derartige Gruppe.

Auch andere Faktoren wie zum Beispiel schlechte Lebensbedingungen, d. h. bei unzureichender Versorgung, Stigmatisierung o. ä., wirken sich auf die Art und Weise, wie man anderen Menschen begegnet, aus. Somit beeinflussen diese auch die Motivation von Personen mit Migrationshintergrund, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Ein weiterer Faktor, der häufig mit dem muslimischen Glauben in Verbindung gebracht wird, ist der religiöse Extremismus. Dieser wird häufig auch als Fundamentalismus bezeichnet, jedoch ist dieser Terminus bezogen auf den Islam problematisch, da er seinen Ursprung im amerikanischen Protestantismus hat und somit christlicher Natur ist. Die qualitative Befragung von Migrantinnen und Migranten im Auftrag des Landkreises gibt dazu Folgendes, aus der Sicht der Menschen mit Migrationshintergrund wieder: Fuads Sohn ist der Ansicht, dass sich der religiöse Fanatismus erst in Deutschland entwickelt hat. Diese Menschen haben keinen Integrationswillen und wollen eigentlich wieder zurück in den Orient. Sie lernen nicht die deutsche Sprache, erziehen ihre Kinder sehr religiös, obwohl sie selbst in ihrem Heimatland liberal aufgewachsen sind. Unterscheidungskriterium bei der Beurteilung anderer ist die Religion, Christen werden als Sünder angesehen. Meist haben die religiösen Fanatiker nur einen niedrigen Bildungsabschluss und sehen in der Schule, vor allem für Mädchen eine Gefahr, da sie in dieser Institution mit dem Thema der Sexualität und generell mit Männern in Kontakt kommen. Für Ali sind Nicht-Integrationswillige „verlorene Menschen“. Bei Jugendlichen äußert sich dies in einer erhöhten Gewaltbereitschaft. Die Frage, die sich hier zwangsläufig stellen muss, ist, ob es extreme Religiosität ist, die die Motivation sich zu integrieren schwächt oder aber, ob Personen die eine geringe Motivation zur Integration haben eher offen sind für extreme religiöse Lehren, wie sie

beispielsweise von Salafisten⁴⁴ und anderen extremen Strömungen innerhalb des Islam verbreitet werden. Darüber, in welche Richtung sich diese scheinbare Abhängigkeit verhält, gibt die Studie keinen Aufschluss. Aber generell lässt sich sagen, dass Personen, die einer derart extremen religiösen Ausprägung folgen, weder motiviert sind, noch ein Interesse daran haben sich in gewünschter Weise in die Mehrheitsgesellschaft einzubringen. Die weiteren Ausführungen der Befragten bezüglich dieser Thematik lassen jedoch die Vermutung zu, dass es die ohnehin von der Gesellschaft „abgehängten“ Migrantinnen und Migranten sind, die für eine extreme Lehre innerhalb ihrer Religion zugänglich sind.

Alle Befragten Migrantinnen und Migranten der Studie nehmen an großen Teilen des sozialen Lebens aus eigenem Antrieb teil. Ein latenter oder gar manifester Unwille zur freiwilligen Teilnahme an der deutschen Gesellschaft ließ sich nicht im Allgemeinen nachweisen. Eine Ausnahme bilden hier Migrantinnen und Migranten mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus, wie zum Beispiel dem Status der Duldung. Häufig sind es, an den jeweiligen Status geknüpfte Auflagen, die ein freiwilliges Engagement zur Integration erschweren, zum Teil sogar unmöglich machen. Der Status tritt daraufhin in eine Wechselwirkung zur eigenen Integrationsmotivation. Je beschränkender der Status, desto geringer scheint die Motivation von Menschen mit Migrationshintergrund zu sein sich in die Aufnahmegesellschaft integrieren zu wollen. Dies erscheint logisch vor dem Hintergrund, dass diese Personen nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen dürfen, was eine geringe Motivation zur Integration hinreichend erklärt.

12.2 Obligatorische Partizipation

Für Menschen mit Migrationshintergrund werden auch unter bestimmten Bedingungen als obligatorisch geltende Maßnahme angeboten. Allgemein stammen die Vorgaben für derartige Angebote vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und werden von lokalen Partnern, beispielsweise der Kreisvolkshochschule, durchgeführt. Leider lässt sich an dieser Stelle nur Bezug nehmen auf Daten des Jahres 2009, da zum Zeitpunkt des Verfassens keine aktuelleren

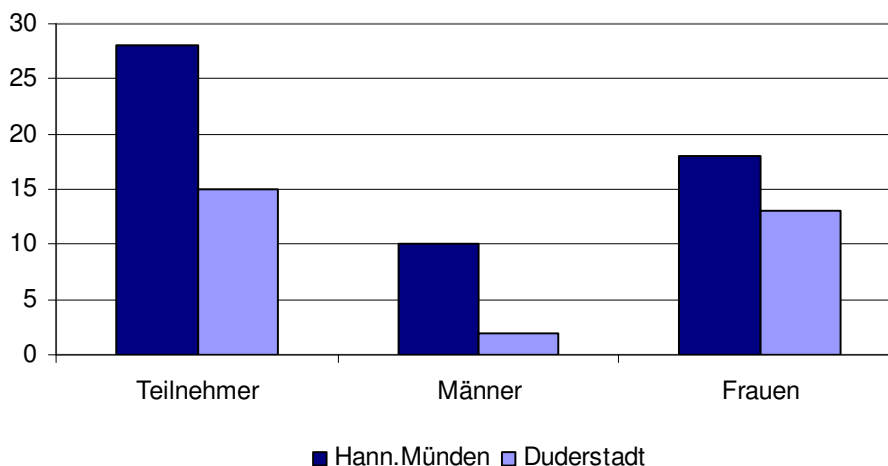
⁴⁴ „Als Salafisten werden unterschiedliche religiöse und politische Bewegungen bezeichnet, die sich etwa seit Beginn des letzten Jahrhunderts an einem idealisierten Bild der Frühzeit des Islam (arab. "Salaf" steht für "Ahnen", "Vorfahren") orientieren. Der Begriff Salafismus dagegen steht heute für eine Strömung des Islamismus. Ihre Anhänger werden als Salafisten bezeichnet. Sie behaupten, besonders eng dem Wortlaut des Koran und den Überlieferungen über das Leben des Propheten (sunna) zu folgen. Das gilt insbesondere auch für Äußerlichkeiten wie Bekleidungs Vorschriften. Viele Salafisten tragen deshalb lange Bärte, weite Gewänder und Kopfbedeckungen. Frauen, die kein Kopftuch tragen, begehen nach Überzeugung von Salafisten eine schwere Sünde.“ (<http://www.bpb.de/themen/DY4AIX,20,0,Glossar.html>) Bundeszentrale für politische Bildung, herv. i. O.

Daten der Kreisvolkshochschule bei den zuständigen Stellen des Landkreises vorlagen. Die vorliegenden Daten für den Zeitraum 2009 beziehen sich sowohl auf Teilnehmer von Integrationskursen also auch von Sprachkursen.

„Das Aufenthaltsgesetz regelt, ob ein Migrant am Integrationskurs teilnehmen darf oder sogar dazu verpflichtet werden kann (§§ 44 und 44a des AufenthG, § 11 Abs. 1 FreizügG EU und § 9 Abs. 1 BVFG). Dabei unterscheidet der Gesetzgeber zwischen Ausländern, Bürgern der Europäischen Union, Spätaussiedlern und deutschen Staatsangehörigen. Die Teilnehmer müssen sich in der Regel mit einem Euro je Unterrichtsstunde an den Kosten für einen Integrationskurs beteiligen. Befreiungen von der Kostenbeitragspflicht sind möglich.“⁴⁵

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) hat im Landkreis Göttingen zwei Außenstellen, eine in Hann. Münden (Hannoversch Münden) und eine in Duderstadt. In Hann. Münden nahmen in zwei Semestern 28 Ausländer/innen an einem Sprach- oder Integrationskurs teil. Es gab 18 weibliche und 10 männliche Teilnehmer. In Duderstadt gab es insgesamt 15 Teilnehmer und davon waren 13 weiblich. Vermutlich nehmen mehr Frauen an den Kursen teil, da die Männer bei der Arbeit Deutsch lernen können, während die Frauen häufig nicht diese Möglichkeit haben.

Abbildung 84: Teilnehmer der Integrationskurse (KVHS 2009) nach Geschlecht und Ort



Quelle: KVHS Göttingen, Zeitraum 2009.

⁴⁵ (<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufgaben/Integrationskurs/integrationskurs-node.html>) Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Stand: 18.01.2011).

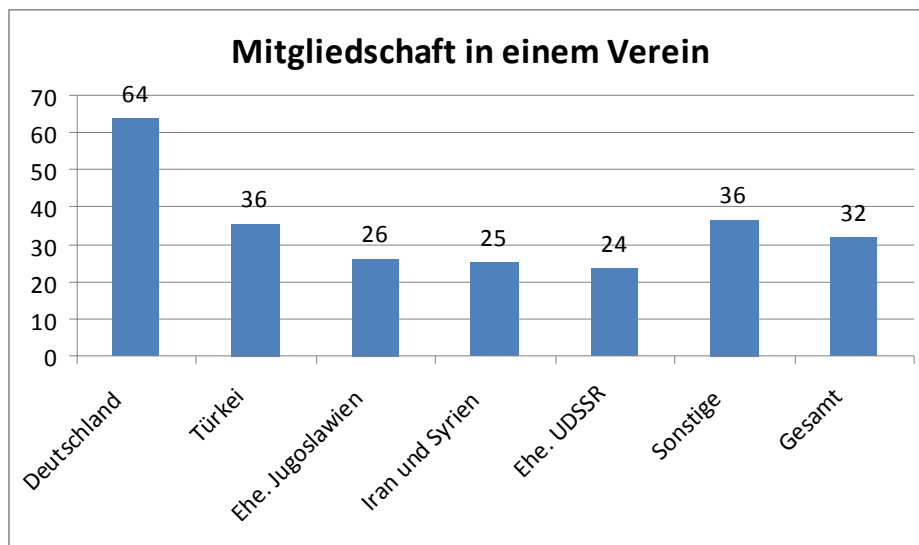
In Hann. Münden legten 75% der Teilnehmer/innen erfolgreich eine Prüfung ab. Davon waren 48% B1-Prüfungen und 52% A2-Prüfungen. In Duderstadt legten sogar 93% der Kursteilnehmer/innen eine Prüfung ab. Davon waren 57% der Prüfungen B1-Prüfungen und 43% A2-Prüfungen.

12.3 Partizipation in etablierten Strukturen

Dieser Teilabschnitt handelt von der Partizipation von Migrantinnen und Migranten in etablierten, also bereits bestehenden Strukturen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu lassen sich Vereine zählen, das Engagement im Ehrenamt, aber auch das generelle Interesse an der Politik des Landkreises und der Bundesrepublik. Ferner gibt dieser Teilbereich auch einen Überblick über Angebote, die im Rahmen der Integrationsarbeit für Migrantinnen und Migranten bereitgestellt werden. Bei den aufgeführten Projekten handelt es sich um Angebote, die nicht der Trägerschaft des Landkreises unterliegen.

Fast jeder Dritte ist Mitglied in einem Verein.

Abbildung 85: Mitgliedschaft in einem Verein

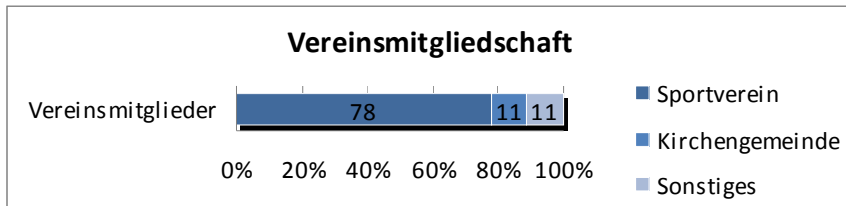


Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Differenziert nach Geburtsort ergibt sich folgendes Bild: Insbesondere diejenigen, die aus Deutschland stammen, sind mit 64 % häufig Vereinsmitglieder. Überdurchschnittliche Quoten sind weiterhin bei den Befragten aus „sonstigen“ Ländern und der Türkei erkennbar.

In welchen Organisationen sind die Befragten Mitglieder?

Abbildung 86: Vereinsmitgliedschaft

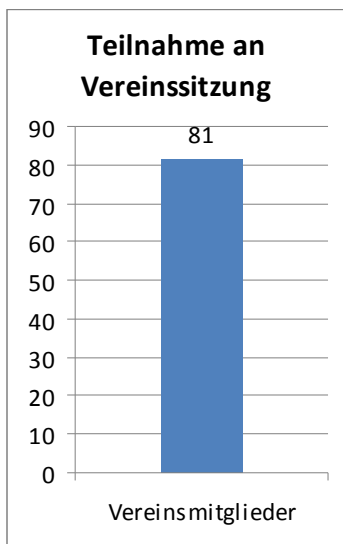


Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

78 % der Mitglieder sind in einem Sportverein und 11 % nannten ihre Kirchengemeinde. Die anderen 11 % der Antworten waren weit gefächert und sind unter „Sonstiges“ aufgeführt.

Zur Aktivität der Mitglieder ist anzumerken, dass von ihnen vier von fünf mindestens einmal an einer Sitzung des Vereins teilgenommen haben.

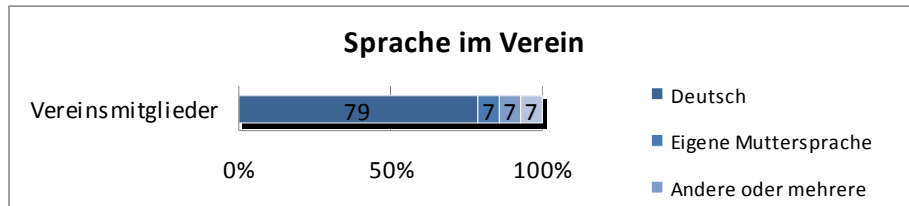
Abbildung 87: Teilnahme an Vereinssitzung



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

In Bezug auf die hauptsächlich benutzte Sprache in den Vereinen zeigt sich, dass in 79 % der Vereine primär auf Deutsch kommuniziert wird.

Abbildung 88: Sprache im Verein



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

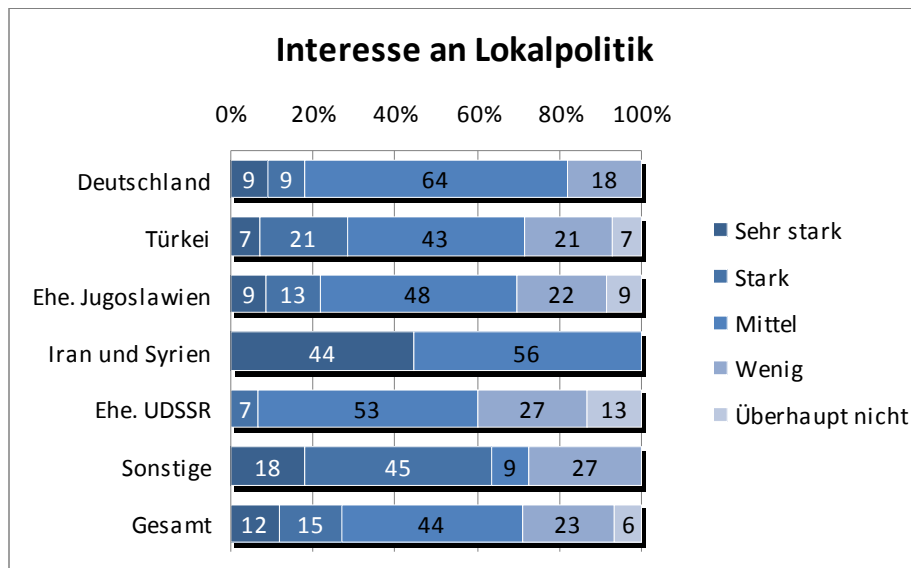
Die verbleibenden Anteile spalten sich zu je 7 % auf Organisationen, in denen die Heimatsprache dominant ist und auf Vereine, in denen Deutsch und die Heimatsprache gleichermaßen Anwendung finden sowie auf Vereine, in denen mehrere verschiedene Sprachen häufig gebraucht werden, auf.

Politische Partizipation ist ein wichtiger Teil im Prozess der Integration. Die Notwendigkeit der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten begründet sich auf zwei Ebenen. Zum einen gibt es eine funktionale Notwendigkeit, da durch Partizipation spezifische Probleme und Interessen artikuliert werden, wodurch dann die Aufnahmegesellschaft Angebote besser anpassen kann. Zum anderen ist politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund wichtig, weil alle, die von kollektiven Entscheidungen betroffen sind, die Möglichkeit haben müssen diese mitzubestimmen⁴⁶.

Interesse an der Lokalpolitik im Landkreis zeigen 27 % der Befragten. Der Anteil der Nichtinteressierten liegt mit 29 % leicht höher. Allerdings ist die Kategorie „sehr starkes Interesse“ häufiger vertreten als diejenige für sehr schwaches Interesse. Dies bedeutet insgesamt ein leicht positives Saldo bei dem politischen Interesse. 44 % schenken der Lokalpolitik auf einem mittleren Niveau Beachtung.

⁴⁶ Cyrus, N., Vogel, D. (2007): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten in Sachsen. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Oldenburg: Universität Oldenburg.

Abbildung 89: Interesse an Lokalpolitik



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Bei den Menschen mit deutscher Herkunft ist ein vergleichsweise geringes lokalpolitisches Interesse erkennbar. Dies könnte mit dem geringen Alter der Befragten dieser Gruppe zusammenhängen. Die aus sonstigen Staaten stammenden Befragten haben sich klar bekannt und selten die Mittelkategorie genannt. Somit ist ein großer Anteil stark interessiert (46 %) und ein überdurchschnittlicher Anteil wenig interessiert (27 %). Bei den gebürtigen Syrern und Iranern hat fast die Hälfte ein sehr ausgeprägtes Interesse, während dies bei der anderen Hälfte mittelmäßig ist. Insgesamt handelt es sich dennoch um die Gruppe mit dem durchschnittlich höchsten politischen Interesse auf Kommunalebene. Die verbleibenden Vergleichsgruppen weisen keine nennenswerten Abweichungen von den Durchschnittswerten auf.

Zwar ist das Interesse an der Lokalpolitik nicht sehr hoch ausgeprägt, doch gibt es trotzdem einen gewissen Anteil an Migrantinnen und Migranten in der lokalen Politik. Hierzu liegen Daten der SPD, der Grünen sowie von der Partei DIE LINKE vor.

Laut den Grünen des Landkreises Göttingen sind 10 % ihrer Mitglieder Personen mit Migrationshintergrund. Von diesen 10 % Gesamtanteil an Personen mit Migrationshintergrund sind weitere 10 % Mandatsträger.⁴⁷

⁴⁷ Angaben der Bündnis 90 Die Grünen Kreistagsfraktion, Landkreis Göttingen.

Für DIE LINKE gilt folgendes: 10 % Mitglieder mit Migrationshintergrund, allerdings zog man diesen Schluss aus der Durchsicht der Namen. Genauer müsste man sagen das 10 % der Mitglieder einen „ausländisch“ klingenden Namen haben. Von den 10 % der Mitglieder mit Migrationshintergrund (nach ausländisch klingendem Namen) sind 14 % Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreistag sowie 7 % für den Stadtrat. 50 % der Mitglieder mit Migrationshintergrund (von 10 % Gesamtanteil) sind kurdischer Herkunft. Die Migrantinnen und Migranten bei DIE LINKE sind aktiv im Arbeitskreis Asyl, dem Haus der Kulturen und einer kurdischen Organisation.⁴⁸

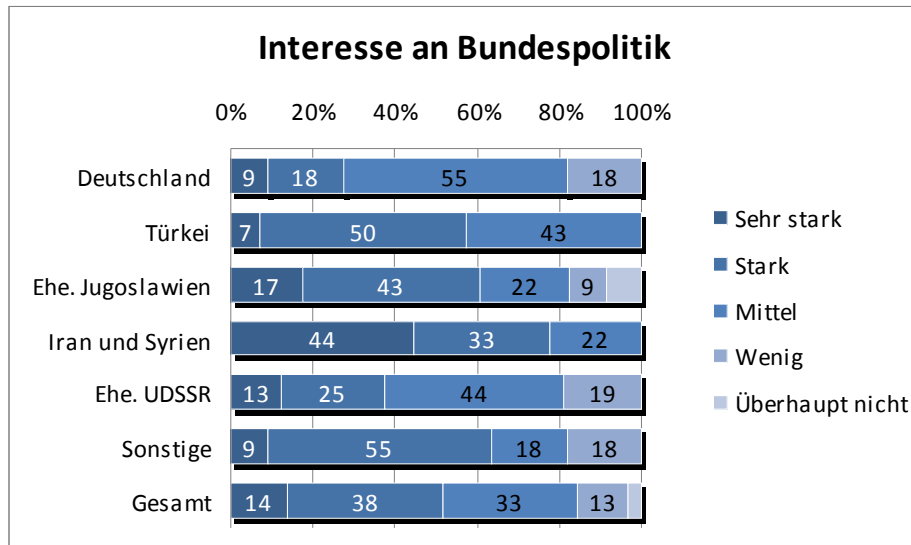
Die SPD gibt einen Anteil von weniger als 10 % an Mitgliedern mit Migrationshintergrund an. Davon sind wiederum 10 % Mandatsträger. Drei von 25 Kreistagskandidatinnen und Kandidaten haben einen Migrationshintergrund. Im Fall der Stadtratskandidaturen sind es vier von 16. Des Weiteren gibt die SPD an, dass viele Mitglieder mit Migrationshintergrund in Sportvereinen aktiv sind. 15 % in Göttingen und 5 % im Landkreis Göttingen (von 10 % Gesamtanteil).⁴⁹

Die Bundespolitik findet eine größere Beachtung als die Lokalpolitik: Jeder zweite Befragte hat ein starkes (38 %) oder ein sehr starkes Interesse (14 %) an den politischen Prozessen in Berlin. Dem stehen ein Drittel mittelmäßig Interessierter und 16 % wenig bis überhaupt nicht Interessierter gegenüber.

⁴⁸ Angaben der DIE LINKE Kreistagsfraktion, Landkreis Göttingen.

⁴⁹ Angaben der SPD-Kreistagsfraktion, Landkreis Göttingen.

Abbildung 90: Interesse an Bundespolitik



Quelle: Quantitative Studie i. A. des Landkreises Göttingen, 2010.

Es sind dieselben Muster wie auf der Lokalebene erkennbar: Niedriges Interesse bei den gebürtigen Deutschen, stark divergierende Einstellungen unter den Menschen aus den „sonstigen“ Staaten (insgesamt auf hohem Niveau) und die gebürtigen Iraner und Syrer zeigen die höchste Aufmerksamkeit gegenüber der Politik. Auf der Bundesebene sind nun allerdings insbesondere die gebürtigen Türken auf einem deutlich höheren Niveau als die Durchschnittswerte aller Befragten. Auf Lokalebene war ihr Interesse lediglich durchschnittlich.

Eine besondere Position im Bereich der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund nimmt das Ehrenamt ein. Allerdings ergab sich aus den vom Landkreis durchgeführten Integrationsworkshops, dass es auch spezielle Problemlagen im Zusammenhang mit dem Ehrenamt gibt. Generell ist es schwierig ehrenamtliche Helfer zu gewinnen. Viele Personen, die für ein derartiges Engagement infrage kommen würden, sind entweder berufstätig oder haben bereits ein hohes Alter erreicht.



In den meisten Fällen handelt es sich um Frauen, die im Ehrenamt tätig sind. Je nachdem, wie sich die familiäre Situation dieser Frauen gestaltet, fehlt es an Mobilität und

Flexibilität. Des Weiteren sind Personen im Ehrenamt häufig nur unzureichend professionalisiert. Eine Ausbildung zur Ausübung der jeweiligen Tätigkeiten ist meist nicht vorhanden. Hinzu kommt noch ein gewisses Maß an Frustration im ehrenamtlichen Sektor, da für das Ehrenamt keine Wertschätzung in Form eines Honorars erfolgt. Außerdem ist zu verzeichnen, dass an manchen bestehenden Projekten so gut wie kein Interesse besteht, beziehungsweise kaum eine Person mit Migrationshintergrund daran teilnimmt. Die Ursachen dafür können zum einen kulturelle Barrieren sein, zum anderen sind sprachliche Schwierigkeiten als Ursache für diesen Zustand zu vermuten.

Neben dem Engagement im Ehrenamt spielen im ländlichen Raum die Vereine in den jeweiligen Städten und Gemeinden eine wichtige Rolle in der Einbindung von Menschen in das soziale Leben im Allgemeinen und die Integration und Partizipation von Migrantinnen und Migranten im Speziellen, sofern diese ihre Strukturen für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. Aus den Workshops zur Integration des Landkreises geht hervor, dass es Bestrebungen gibt, traditionelle Vereine, zum Beispiel Schützenvereine interkulturell zu öffnen. Ein weiterführendes Engagement in diesem Bereich wäre wünschenswert. Auch eine weitere interkulturelle Öffnung der freiwilligen Feuerwehren stellt eine Option der Teilhabe für Migrantinnen und Migranten dar.



Außerdem können diesen, durch die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund, Möglichkeiten geboten werden, das vorhandene Nachwuchsproblem zu lösen. Da bisher überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt und in Verbänden partizipieren ist es notwendig, auch Männer für diese Bereiche zu gewinnen. Dies kann zum Beispiel

durch eine bessere Fokussierung auf die Väter von jungen Migranten geleistet werden.

Die im Auftrag des Landkreises Göttingen durchgeführte qualitative Studie unter Migrantinnen und Migranten zeichnet ein gutes Bild vom ehrenamtlichen Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in diversen Angeboten des Landkreises und anderer Anbieter von Projekten rund um das Thema Integration, Bildung sowie allgemeiner und spezieller Lebenshilfe. Rahim, 1951 in Tansania geboren [...] betreut ehrenamtlich junge und alte Leute mit Problemen. Adrijane (w, 42), in ihrer Freizeit arbeitet sie ehrenamtlich an einer Schule. Ebru (w, 50), [...] arbeitet ehrenamtlich im Bürgertreff. Ein wichtiger Ort der Einbindung scheint das Café Grenzenlos zu sein, das von vielen Frauen als Ort der Freizeitgestaltung und Ort der Gemeinschaftsbildung gesehen wird. Ayana (w, 43) und Valentina (w, 29) besuchen regelmäßig das Café. Ayana (w, 43) arbeitet sogar dort und unterstützt das Team bei Veranstaltungen. Unter den Befragten Migrantinnen und Migranten dieser Studie gibt es ein hohes Maß an Engagement und Bereitschaft zur Partizipation sowie zur Übernahme von Verantwortung. Im nördlichen Teil des Landkreises (Duderstadt und Umland) scheint das Projekt Café Grenzenlos eine große Zahl an engagierten Frauen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren.

In den Städten und Gemeinden werden auch vereinzelt Möglichkeiten zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten, meist im Bereich der Integrationsarbeit, angeboten. Um festzustellen, welche Angebote es im Landkreis Göttingen gibt, wurde eine Befragung der jeweiligen Städte und Gemeinden durchgeführt. Inhaltlich ging es darum herauszufinden, welche Programme angeboten werden, an welche Adressatengruppe diese sich richten, unter welcher Trägerschaft diese stattfinden und, ob diese Programme lediglich für bestimmte Altersgruppen oder ganze Familien angeboten werden.

Aufgrund des Rücklaufs der Fragebögen, der zu einem großen Teil aus "Fehlanzeigen" bestand, war es jedoch im Rahmen der Auswertung nicht mehr notwendig oder nutzbringend die gesammelten Daten auch mit quantitativen Methoden auszuwerten. Es werden lediglich die Städte und Gemeinden aufgeführt, bei denen ein positiver Rücklauf zu verzeichnen war.

Duderstadt

Die Stadt Duderstadt bietet zwei Programme im Rahmen der Integrationsarbeit an. Dabei handelt es sich zum einen um das „Café Grenzenlos“ unter der Trägerschaft der Stadt Duderstadt und der Print-Stelle der Gleichstellungsbeauftragten in Kooperation mit dem Landkreis Göttingen und

zum anderen um das Programm „Märchen der Völker“, getragen von der Stadt Duderstadt in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (GAB).

Das „Café Grenzenlos“ richtet sich nicht an Personen mit bestimmten Migrationshintergrund und findet überwiegend in deutscher Sprache statt. Es handelt sich dabei um ein Angebot, das sich ausschließlich an Frauen und Mädchen richtet, ohne besondere Relevanz ihres rechtlichen Status. Die Inhalte des Programms liegen in der Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe sowie die individuelle Beratung für Frauen mit Migrationshintergrund bezüglich alltäglicher und lebensweltlicher Fragestellungen. Ansonsten liegt der Fokus auf dem geselligen Miteinander. Die qualitative Studie des Landkreises Göttingen bietet einen genaueren Einblick in die Inhalte dieses Projektes: Dort trifft sie (Valentina, 29) sich mit Frauen aus unterschiedlichen Ländern und tauscht sich zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel Gesundheit, aus. Einmal im Monat gibt es ein gemeinsames Frühstück. Als besonders hebt sie hervor, dass nur Deutsch gesprochen wird, da alle unterschiedliche Sprachen sprechen. Das Café Grenzenlos ist also eine Möglichkeit für Frauen, die zuhause nicht die Option haben Deutsch lernen zu können. Die Äthiopierin Ayana (w, 37) hält sich ebenso gerne im Café Grenzenlos auf und arbeitet sogar dort.

Das Programm „Märchen der Völker“ richtet sich an keinen bestimmten Migrationshintergrund und wird in Deutsch angeboten. Der rechtliche Status spielt für die Teilnahme keine Rolle. Es handelt sich dabei hauptsächlich um ein Freizeitangebot mit der Intention der sprachlichen Förderung und der alltäglichen Lebenshilfe. Zentrales Augenmerk liegt jedoch auf den Bereichen der Musik, Kunst und dem Austausch von Kulturgut, Literatur und Geschichten aus den unterschiedlichen Kulturkreisen. Die Motivation hinter dem Programm liegt im interkulturellen Austausch und der Förderung sowie der Vorstellung kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Beide Programme werden sowohl von ehrenamtlichen als auch von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt und koordiniert. In der Verwaltung der Stadt Duderstadt sind zwei Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Diese arbeiten im Bauhof und dem Sozialamt der Stadt. Der Ausländerbeauftragte der Stadt befindet sich mittlerweile in Altersteilzeit.

Gemeinde Staufenberg

Unter der Trägerschaft der Gemeinde Staufenberg finden „unregelmäßige Treffen mit Migrantinnen und ihren Kindern“ in der Gemeinde Staufenberg statt. Diese Treffen werden mindestens zweimal im Jahr angeboten. Sie richten sich nicht an Personen mit einem bestimmten Migrationshintergrund, die Adressaten sind hauptsächlich Frauen ohne besondere Berücksichtigung des rechtlichen Status. Es geht dabei überwiegend um Sprachförderung, Beratung für Schule, Ausbildung und Beruf sowie die allgemeine gesellige Freizeitgestaltung. Die Durchführung und Koordination des Angebots liegt bei ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitbürgern. In der Verwaltung der Gemeinde Staufenberg sind keine Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt. Vom Integrationsbeauftragten des Landkreises Göttingen wird die weitere Beratung der Gemeinde bezüglich der Integrationsarbeit erwartet.

Gemeinde Rosdorf

Die Gemeinde Rosdorf bietet im Rahmen der Integrationsarbeit drei Angebote an. Die Trägerschaft liegt für beide Programme bei der Gemeinde Rosdorf selbst, sie finden im „Haus der sozialen Dienste Rosdorf“ statt. Bei den Angeboten handelt es sich um einen „Sprachkurs für Frauen“, ein „Gesprächskreis für Frauen“ und eine „Hausaufgabenhilfe für Kinder“. Der Sprachkurs richtet sich an Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund und wird überwiegend in deutscher Sprache abgehalten. Das Programm richtet sich ausschließlich an Frauen und Mädchen, der rechtliche Status der Teilnehmerinnen ist für die Teilnahme irrelevant. Den Grund für die Einführung eines derartigen Programms stellte die lokale Problemlage bezüglich der Sprachfähigkeiten von Frauen mit Migrationshintergrund dar.

Auch der angebotene Gesprächskreis richtet sich an keine bestimmte Herkunft, wird ebenfalls in deutscher Sprache angeboten und richtet sich ausschließlich an Frauen und Mädchen ohne Relevanz des rechtlichen Status. Es geht dabei um die gesellige Freizeitgestaltung und wurde ebenfalls aus Gründen der lokalen Lage der Frauen mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen.

Die angebotene Hausaufgabenhilfe richtet sich an Kinder mit Migrationshintergrund, ohne dass diese einer bestimmten Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund angehören müssen. Das Angebot wird in Deutsch abgehalten und bietet Hilfe für den Bereich Bildung und Schule. Die

Begründung zur Durchführung eines derartigen Angebots liegt in der lokalen Situation der Familien mit Migrationshintergrund in der Gemeinde Rosdorf. Koordiniert und durchgeführt werden die Angebote von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern. Laut den erhobenen Daten sind in der Verwaltung der Gemeinde Rosdorf keine Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt.

Hann. Münden

Unter der Trägerschaft der Stadt Hann. Münden wird in Hann. Münden der „Bürgertreff im Quartier Soziale Stadt“ angeboten. Dieses Angebot richtet sich nicht an bestimmte Gruppen von Migrantinnen und Migranten, bestimmte Altersgruppen oder Personen mit einem bestimmten rechtlichen Status. Es handelt sich bei diesem Angebot um ein Programm zur Förderung und freizeithlichen Gestaltung, welches in deutscher Sprache abgehalten wird. Im Vordergrund stehen dabei die Sprachförderung, Hausaufgabenhilfe sowie Spielgruppen als auch das gesellige Miteinander. Die öffentliche Forderung nach einem derartigen Angebot bewog die Stadt Hann. Münden dazu ein solches anzubieten. In der Verwaltung der Stadt Hann. Münden selbst arbeiten 11 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Diese sind überwiegend im technischen Dienst sowie in der Gebäudeunterhaltung tätig. Vom Integrationsbeauftragten des Landkreises Göttingen erwartet die Stadt Hann. Münden aktive Unterstützung sowie organisatorische Hilfestellung und Beratung für die weitere Integrationsarbeit.

Eine für die Integration relevante Institution scheint die des Sportvereins zu sein. Frauen finden sich eher in ehrenamtlichen Tätigkeiten wieder. Allerdings ist die Zahl derer, die sich in dieser Weise engagieren eher gering, wenn man sie mit der Gesamtanzahl von Migrantinnen im Landkreis Göttingen vergleicht. Schließlich gibt es auch nur eine bestimmte Zahl an Stellen für ehrenamtliche Tätigkeiten. Laut den erhobenen Daten wird in den meisten Sportvereinen Deutsch gesprochen. Das lässt den Schluss zu, dass es sich dabei nicht nur um homogene Gruppen handelt, zu welchen ausschließlich Personen mit Migrationshintergrund gehören, sondern um gemischte Gruppen innerhalb derer Migrantinnen und Migranten auch mit Einheimischen in Kontakt kommen. Vor diesem Hintergrund ist der Landkreis Träger eines Projektes, das in Duderstadt angeboten wird. „Grenzenlose Fitness für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund“ wird gefördert von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung und

wurde bereits erfolgreich gestartet. Denn auch Frauen und Mädchen sollte das interkulturelle Umfeld des Sports zugänglich gemacht werden.

Auch eine weitere interkulturelle Öffnung anderer Vereine, wie beispielsweise des Moscheevereins in Hann. Münden, kann sich als förderlicher Aspekt für die Integrationsarbeit erweisen. Dieser einzige Moscheeverein im Landkreis Göttingen, der sich als Migrantenselbstorganisation versteht, zeigt sich an den Integrationsangeboten des Landkreises sehr interessiert. Die Führungspersönlichkeiten des Moscheevereins gehören mittlerweile zur zweiten Generation und fühlen sich von hiesigen Themen stark angesprochen. Diese institutionelle Motivation einer Migrantenselbstorganisation betrachtet der Landkreis als vorbildlich und zukunftsweisend. Über Migrantenselbstorganisationen haben staatliche und karitative Akteure der Integrationsarbeit die Möglichkeit, ihre Projekte für Zielgruppenpersonen bekannt zu machen, die örtliche Integrationsangebote bisher nicht in Anspruch genommen haben (Näheres zur Thematik der interkulturellen Öffnung kann im Teilabschnitt „Interkulturelle Öffnung“ eingesehen werden). Gestützt auf die Daten lässt sich vermuten, dass dieser Bereich der Integrationsarbeit einen erfolgreichen Weg nehmen wird. Eine weitere Vertiefung in diesem Bereich vermag sicherlich den Weg zur gelungenen Integration erleichtern.

12.4 Fazit

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die freiwillige Motivation sich zu integrieren unter den im Landkreis lebenden Personen mit Migrationshintergrund, stark ausgeprägt ist. Zum einen zeigen dies die aufgeführten Beispiele der qualitativen Studie und zum anderen die vorangegangenen Kapitel des Gesamtberichts. Auch gibt es unter den Migrantinnen und Migranten eine Wahrnehmung für Problemfaktoren der Integration, welche sich für die Integrationsarbeit nutzen lässt. Beispielsweise in der Einbindung solcher problembewusster Personen für die Erarbeitung von Projekten und Lösungsstrategien. Die Lage der Migrantinnen und Migranten mit einem unsicheren Status lässt sich in dieser Form jedoch nicht verbessern. Hier müssen vorerst auf rechtlicher Ebene Veränderungen stattfinden.

Des Weiteren lässt sich feststellen, dass viele Migrantinnen und Migranten bereits in Vereinen, manche auch im Ehrenamt aktiv sind. Eine weitere interkulturelle Öffnung auch traditioneller Vereine kann diesen Bereich der Integrationsarbeit entscheidend voranbringen.

13 Interkulturelle Öffnung

Mit einem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund von schätzungsweise 10% im Landkreis Göttingen, gelangt die Notwendigkeit der interkulturellen Öffnung der Strukturen und Institutionen immer mehr in den Vordergrund. Damit ist ein umfassender Modernisierungsprozess verbunden, für den der Landkreis Göttingen Anreize und Grundsteine zur Weiterentwicklung legt. Wie sich diese in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, der Bildungseinrichtungen, der Wohlfahrtspflege, der Altenhilfe, dem Gesundheitssystem und durch Sportvereine gestaltet, soll im Folgenden erläutert werden.

Zunächst soll aber der Begriff und die Bedeutung der interkulturellen Kompetenz beschrieben werden.

13.1 Interkulturelle Kompetenz

„Interkulturelle Kompetenz eines Individuums bezeichnet die Befähigung zum positiven und situationsgerechten Umgang mit Menschen unterschiedlicher Kulturen, Milieus und Lebensweisen. Interkulturelle Kompetenz ist also die soziale Kompetenz des Einzelnen im Kontakt zu Menschen mit einer anderen Weltsicht („Kultur“), die Ziele des eigenen Handelns gegenüber dem Anderen zur wechselseitigen Zufriedenheit verfolgen zu können.“⁵⁰

„Es ist zu unterscheiden zwischen **„interkulturellem Wissen“** und „interkultureller Kompetenz“. Nicht jeder, der über interkulturelles Wissen verfügt, ist auch interkulturell kompetent.

Interkulturelle Kompetenz ist eine notwendige Schlüsselkompetenz für eine zukunftsfähige Kommune. Schlüsselkompetenzen sind Kompetenzen, denen in der Arbeitswelt ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt wird.“⁵¹

Auch wer demnach jeden Tag beruflich mit Migrantinnen und Migranten zu tun hat oder wer meint, sich beispielsweise bereits vor ein paar Jahren zu diesem Thema fortgebildet zu haben, ist nicht ohne Weiteres interkulturell kompetent, da „Kulturen“ keine feststehenden Objekte, sondern stets als subjektiv und in Bewegung zu betrachten sind.

⁵⁰ KGSt@ - Bericht 2/2011 Interkulturelles Personalmanagement, Köln. S. 8.

⁵¹ KGSt@ - Bericht 2/2011 Interkulturelles Personalmanagement, Köln. S. 9.

Interkulturelle Kompetenz beinhaltet demnach die ständige Reflexion der eigenen Betrachtungs- und Verhaltensweisen gegenüber verschiedenen Kulturen und Wertekonzepten und die Berücksichtigung kultureller und ethnischer Vielfalt im Wandel.

13.2 Interkulturelles Personalmanagement im öffentlichen Dienst

„Interkulturelles Personalmanagement umfasst alle Maßnahmen, die dazu beitragen, neue Zielgruppen für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu gewinnen und interkulturelle Potenziale in der Organisation zu erkennen, zu fördern und zu nutzen.“⁵²



Quelle: Interkulturelles Training, Landkreis Göttingen 2010.

Der Landkreis Göttingen bietet und fördert diesbezüglich Interkulturelle Trainings für Mitarbeiter/innen sowie für Auszubildende der öffentlichen Verwaltung an. Hauptziele dieser Trainings sind dabei die Vermeidung von Störungen und Spannungen in Zusammenhang mit interkultureller Kommunikation, die Vermittlung von Informationen über kultur- und

migrationsspezifische Themen und die Bewusstmachung und Sensibilisierung der Trainingsteilnehmer/innen über mögliche Erscheinungsformen kultureller Konflikte im Berufsalltag.

Zweck dieser Trainings ist die Anregung und Unterstützung des Modernisierungsprozesses bezüglich der interkulturellen Öffnung, indem Denkanstöße und Anreize zur Selbstreflexion über das Handeln mit Menschen mit Migrationshintergrund in der beruflichen Praxis gegeben werden. Daher ist es umso wichtiger, dass sich dieses interkulturelle Personalmanagement in Zukunft nicht nur auf die Verwaltung in Göttingen, sondern ebenso auf andere Städte und Gemeinden im Landkreis ausweitet.

⁵² KGSt® - Bericht 2/2011 Interkulturelles Personalmanagement, Köln. S.7.

13.3 Interkulturelle Öffnung in staatlichen und freien Bildungsträgern

Die interkulturelle Öffnung im Bildungssystem ist ein wichtiger Prozess, der sich von den Kindertagesstätten über die Schulen, den Universitäten bis hin zu den freien Bildungsträgern erstreckt und gefördert werden muss.

Interkulturelle Trainings bietet der Landkreis Göttingen daher, gefördert durch die niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung, auch für Kindertagesstätten und Schulen an sowie, gefördert durch den Landkreis selbst, für freie Bildungsträger.

Lehrer/innen, Kindergärtner/innen sowie weitere Bildungsvermittelnde haben eine Vorbildfunktion inne, bei der interkulturellen Kompetenz nicht ausgeschlossen und die Vielfalt der Kulturen in Bildungseinrichtungen nicht als Hemmschwelle, sondern als Bereicherung betrachtet werden sollte.

Zielgruppen der interkulturellen Öffnung im Bildungssystem sind sowohl Bildungsvermittelnde als auch Bildungsbeanspruchende. Bei den interkulturellen Trainings an Schulen werden daher sowohl Schüler/innen, Lehrer/innen als auch Eltern in das Angebot integriert. Neben Interkulturellen Trainings werden ab September 2011 Schüler/innen mit und ohne Migrationshintergrund in einem Pilotprojekt an der IGS Bovenden als Toleranzlotsen ausgebildet. In Duderstadt wurden zudem bereits 10 Eltern mit Migrationshintergrund als Integrationshelfer ausgebildet, die bei interkulturellen Konflikten zwischen der Schule und Eltern



mit Migrationshintergrund vermitteln sollen. Diese ausgebildeten Elternlotsen werden von der Schule bedauerlicherweise jedoch nicht genug in Anspruch genommen und wenig publik gemacht. Die Gewinnung von Zielgruppen für das Projekt bei den freien Bildungsträgern befindet sich noch in der Entwicklung. Trainings wurden beispielsweise bereits

in Bildungseinrichtungen für Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und in Form von Bewerbungstrainings für Jugendliche mit Migrationshintergrund durchgeführt.

13.4 Interkulturelle Öffnung in karitativen Organisationen



Sozialraumorientierte Arbeit bei Migrantengruppen im Landkreis Göttingen 2010

Bei karitativen Organisationen steht bei den Angeboten des Landkreises Göttingen, neben interkulturellen Trainings, besonders auch die Netzwerkbildung im Vordergrund. Zur Förderung des interkulturellen und –religiösen Dialogs sollen verschiedenste karitative Einrichtungen in Kommunikation treten und gemeinsam Ideen zur interkulturellen Öffnung beitragen. Förderer sind die

Katholische und Evangelische Kirche, der Moscheeverein, die Polizei, das niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Integration sowie der Landkreis Göttingen. Die Kooperation gestaltet sich als besonders kreativ und effizient. Beispiele für die erfolgreiche Projektgestaltung und Durchführung des Netzwerkes sind unter anderem die 2010 durchgeführte Ausstellung im Foyer des Kreishauses über das Thema „Muslime in Niedersachsen“ oder das Projekt „Moschee trifft Kirche“. Als beispielhaftes Vorbild für die interkulturelle Öffnung karitativer Einrichtungen gestalten sich auch die in Kooperation zwischen dem DRK-Kreisverband Münden e. V. und dem Mündener Moscheeverein vereinbarten Blutspendetermine und die vierte Jugendrotkreuz-Gruppe, die den Namen „Die Halbmonde“ tragen soll, um damit zu berücksichtigen, dass größtenteils Jugendliche aus dem Bereich des Mündener Moscheevereins teilnehmen.

13.5 Interkulturelle Öffnung im Gesundheitssystem

Zur interkulturellen Öffnung des Gesundheitssystems beteiligt sich der Landkreis an dem „Drei-Generationen-Projekt Niedersachsen – Mit Migranten für Migranten“ (MiMi-Gesundheitsprojekt Niedersachsen). Gefördert wird dieses durch das Ethno-



Quelle: Sachbericht „MIMI“ 2010.

Medizinische-Zentrum Hannover sowie durch den Landkreis und die Stadt Göttingen. Ziel des Projekts ist das Angebot mehrsprachiger und kultursensibler Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten. Projektbausteine sind dabei die Ausbildung und Schulung von interkulturellen Gesundheitsmediatorinnen und –mediatoren, Gesundheitskampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, das Angebot eines Gesundheitswegweisers in Niedersachsen sowie die Projektevaluation.

13.6 Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe



Das im ersten Anlauf erfolgreich abgeschlossene Projekt „Älter werden in Deutschland“ soll den Prozess der interkulturellen Öffnung in den Altenhilfestrukturen im Kreisgebiet anstoßen.

Träger dieser Integrationsmaßnahme sind der Landkreis Göttingen und der AWO-Ortsverband Hann. Münden. Der erste Anlauf dieser Maßnahme wurden vom Kuratorium Deutsche Altershilfe bzw.

von der Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. gefördert. Dabei sollen Seniorinnen und Senioren, neben weiteren sozialen Aktivitäten, vor allem über Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort informiert und dazu befähigt werden, diese in Anspruch zu nehmen.

13.7 Interkulturelle Öffnung durch Sportvereine

Durch die von der niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung geförderten Projekte „Grenzenlose Fitness für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund“ in Duderstadt und „Grenzenloses Schwimmen für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund“ in Hann. Münden, sollen Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund an Sportstrukturen im Landkreis herangeführt und Sportvereine für Migrantinnen und Migranten geöffnet werden. Im Rahmen des Programms „Integration durch Sport“ wurde vom SC Hainberg 1980 e. V. erfolgreiche Integrationsmaßnahmen im Kreisgebiet initiiert. Der Landkreis Göttingen wirkte bei der Implementierung dieser Integrationsprojekte als Türöffner mit.

Fazit

Die beschriebenen Initiativen und Projekte zur interkulturellen Öffnung der Strukturen und Einrichtungen im Landkreis Göttingen sollen verdeutlichen, dass sich diese weder an einem einzigen Ort, noch auf eine einzige Art und Weise vollziehen kann. Die interkulturelle Öffnung ist mit einem langwierigen Modernisierungsprozess und einer umfassenden Umstrukturierung verbunden. In den verschiedensten Bereichen müssen daher Denkanstöße und Anreize zur Anpassung der Strukturen der einzelnen Einrichtungen an die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten gegeben werden. Notwendig ist daher eine stärkere Institutionalisierung von Angeboten und Maßnahmen, die eine interkulturelle Öffnung fördern, da die Weiterbildung über interkulturelle Kompetenz in Schulen, Kindertagesstätten, Behörden und vielen weiteren öffentlichen und sozialen Institutionen, zu einer obligatorischen Pflicht geworden ist. Zudem müssen auch die Menschen mit Migrationshintergrund an die Strukturen der Institutionen herangeführt werden. So vielseitig demnach die Zielgruppen der interkulturellen Öffnung sind, müssen sich auch die Angebote zur Unterstützung und Förderung in den unterschiedlichsten Bereichen individuell gestalten. Auf der Verwaltungsebene vollzieht sich die interkulturelle Öffnung in drei Bereichen, im Personal-, Organisations- und Angebotsbereich. Im Personalbereich ist besonders auf die homogene Personalstruktur und auf die fehlende Gestaltung von Auswahlverfahren für Auszubildende und Fachkräfte nach interkulturellen Gesichtspunkten aufmerksam zu machen. Die interkulturelle Öffnung im Organisationsbereich zeigt ein besonderes Defizit in dem Fehlen eines Integrationsausschusses im Landkreis Göttingen. Durch die Existenz eines solchen Ausschusses mit genannten und gewählten Mitgliedern könnte eine bedeutende Plattform für die politische Interaktion für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geschaffen werden. Im dritten Bereich, dem Angebotsbereich, sind Defizite in Bezug auf multilinguale Angebote zu verzeichnen. Multilinguale Formulare, Willkommenspakete und Informationen auf der Homepage des Landkreises könnten beispielhafte Angebote für die interkulturelle Öffnung der Verwaltungsstrukturen sein und erheblich zu einer Verbesserung der Verständigung und Toleranz füreinander führen. Die genannten Ideen zur interkulturellen Öffnung werden im bevorstehenden Integrationskonzept 2012 konkretisiert.

14 Fazit

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist kein standardisierter, reibungslos verlaufender Prozess, den die Zugewanderten und ihre Nachkommen beliebig starten und abschließen können. Das sollte die Lektüre des vorliegenden Berichtes deutlich gemacht haben. Weder für die gesamte Bundesrepublik Deutschland noch für den Landkreis Göttingen im Speziellen kann das Attribut Migrant als aussagekräftiger Hinweis auf die sich unter dieser Bezeichnung subsumierte Vielfalt von individuellen Lebenssituationen dienen. Unterschiedliche Altersgruppen, mehr oder weniger erfolgreiche Bildungskarrieren, schwächer oder stärker ausgeprägte Religiosität und eine Vielzahl an Konfessionen, der jeweilige Familienstand, der jeweilige Aufenthaltsstatus, verschiedene Migrationsursachen und -ziele, sowie unterschiedliche Sozialisationsverläufe in den jeweiligen Herkunftsländern und nicht zuletzt die Verschiedenheit der Geschlechter und der jeweilige Umgang mit Geschlechterrollen sind allesamt Faktoren, deren vielfältige Kombinationsmöglichkeiten zu den im Bericht beschriebenen Unterschieden innerhalb der Migrantenpopulation führen. Misserfolge im Bildungssystem aufgrund struktureller Benachteiligungen, anhaltende Probleme auf dem Arbeitsmarkt und damit einhergehende Nachteile in den eigenen Erwerbs- und Einkommensverhältnissen und das ständige Bewusstsein, jederzeit mit gesellschaftlichen Ausgrenzungserfahrungen rechnen zu müssen, sind die hier dokumentierten Folgen einer Inkompatibilität von Integrationsangeboten und Integrationsbedürfnissen, die wiederum mit den vorhandenen Integrationsvoraussetzungen zusammenhängen.

Wie die demographischen Daten zeigen, setzt sich die Migrantenpopulation im Landkreis Göttingen, wie auch in der BRD insgesamt, aus Personen unterschiedlicher Herkunft und aller Altersklassen zusammen. Nicht nur hinsichtlich ihrer familiären Situation, auch bezüglich Religiosität und Konfession, den Motiven und Zielen ihrer Migration, sowie ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus in Deutschland herrscht innerhalb der Migrantenpopulation eine große Varianz. Es muss demnach allein aus demographischer Perspektive von einer heterogenen Migrantenpopulation im Landkreis Göttingen gesprochen werden, deren Heterogenität eine Vielzahl unterschiedlicher Voraussetzungen für erfolgreich verlaufende Integrationsprozesse mit sich bringt.

Die Analyse im Bereich Bildung lässt die Erkenntnis entstehen, dass im Landkreis Göttingen ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und ohne Migrations-

hintergrund hinsichtlich ihres Bildungserfolges besteht. Die geringe Anzahl an Schülern mit Migrationshintergrund an Gymnasien und der sehr hohe Anteil, der Haupt- und Förderschulen im Landkreis besucht sind besonders auffällig. Die für eine erfolgreiche Schullaufbahn häufig nicht ausreichenden Sprachkenntnisse von Migrant*innen, Informationsdefizite der Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund bezüglich des deutschen Schulsystems und die oftmals mangelnde Beteiligung dieser Eltern am Schulleben ihrer Kinder sind Problemursachen auf Seiten von Migrant*innen, die es zu verbessern gilt. Als Hauptursache für den im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung geringen Bildungserfolg von Migrant*innen können jedoch die Strukturen des Bildungssystems vermutet werden. Hier muss etwa auf die Versuche der Förderschulen, ihre Schülerzahlen zu halten, auf den geringen Anteil an Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund, die geringe Anzahl an integrationsfördernden Schulungen für die Lehrkräfte verwiesen werden. Die größte strukturelle Benachteiligung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellt jedoch die Praxis der Schulempfehlung dar. Dieser für die gesamte Bildungskarriere zentrale Entscheidungsprozess weist leider seit Jahren eine starke Korrelation von sozioökonomischem Status der Familien und getroffener Schulempfehlung auf. Da der Großteil der Migrant*innenfamilien einen geringeren sozioökonomischen Status aufweist als die durchschnittliche einheimische Familie, sind sie von diesem Zusammenhang in besonderem Maße betroffen. Die zusätzliche Relevanz, die der Sprachkompetenz als alleiniger Determinante bei der Schulempfehlung zugemessen wird, verstärkt die Ungleichbehandlung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund zusätzlich, da die sonstigen Potenziale und Fähigkeiten der Kinder als zusätzliche Determinanten oftmals unberücksichtigt bleiben. Ansatzpunkte für die Lösung der Probleme von Migrant*innen und Migrant*innen im Bildungssystem müssen demnach sowohl die Ursachen auf Seiten von Migrant*innen und Migrant*innen berücksichtigen, also deren Sprachkompetenzen, auch schon im KiTa-Bereich, verbessern, die Informationsdefizite ihrer Eltern ausgleichen und diese zur Beteiligung am Schulleben motivieren, als auch strukturelle Mängel und Hürden im deutschen Bildungssystem beseitigen.

Sprache ist nicht nur ein zentraler Faktor für Bildungserfolg, sondern muss generell als einer der wesentlichen Schlüssel zu struktureller und sozialer Integration verstanden werden. Sprachförderung sollte deshalb bestenfalls bereits im frühkindlichen Alter stattfinden. Aber auch erwachsenen Migrant*innen und Migrant*innen kann Sprachförderung im Integrationsprozess helfen,

gerade Frauen haben hier häufig Nachholbedarf, da sie seltener in Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft stehen und ihnen der entsprechende Anreiz fehlt, die deutsche Sprache zu lernen. Sinnvoll zur Förderung sind vor allem Projekte, die alle Generationen mit einbeziehen, wie etwa das Rucksackprojekt der RAA. Im besonderen Fokus der Angebote muss der ländliche Raum stehen, in dem häufig die größten Sprachdefizite zu finden sind. Die Nachfrage nach Verbesserungen der Deutschkenntnisse besteht, die Angebote müssen dieser Nachfrage nachkommen.

Eine Verbesserung der Sprachkompetenzen von weiblichen Migranten könnte auch ein möglicher Weg zur Erhöhung der weiblichen Erwerbstätigenquote von Migranten sein. Diese stellt sich, wie die Ergebnisse im Abschnitt Arbeit und Einkommen zeigen, als wesentlich geringer gegenüber der der einheimischen Bevölkerung dar. Insgesamt ist die Erwerbssituation von Migrantinnen und Migranten im Landkreis Göttingen nicht nur im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung als problematisch einzustufen. Auch gegenüber der eigenen beruflichen Vergangenheit in den jeweiligen Herkunftsländern ist häufig ein beruflicher Abstieg festzustellen. Für dieses Phänomen kann vor allem die mit dem Migrationsprozess einhergehende Ab- bzw. Entwertung von im Herkunftsland erworbenem Humankapital durch die Aufnahmegesellschaft verantwortlich gemacht werden. Kommunikationsprobleme in Schulen, Ämtern aber auch bei der Bewerbung und am Arbeitsplatz, sowie mangelnde Betreuung der Arbeitsmarkteinsteiger und unzureichende Angebote an speziellen Trainings, nach denen eine breite Nachfrage besteht, tragen zusätzlich zu erheblichen Problemen von Migrantinnen und Migranten bei der Arbeitsmarktintegration bei. Um diese Arbeitsmarktintegrationsprobleme lösen zu können, sind auf Ebene des Landkreises als optierende Kommune weit reichende Ausweitungen und Verbesserungen von Bewerbungstrainings, Berufsinformationsveranstaltungen und interkulturellen Trainings für Firmen, für freie Träger und Verwaltungsmitarbeiter notwendig.

Positive Ergebnisse liefert die Analyse der Wohn- und Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten im Landkreis. Der Großteil der befragten Personen ist mit seiner Wohn- und Lebenssituation im Landkreis Göttingen zufrieden. Hypersegregation und Anzeichen institutioneller Vollständigkeit, die in den Medien gerne gezeichnet werden lassen sich nicht finden. Als Ursachen für die positiven Befunde lassen sich unter anderem die sozialraumorientierten Integrationsangebote im Landkreis, wie der Bürgertreff und das Café Grenzenlos, identifizieren.

Die Einrichtung dieser wichtigen Orte zur gemeinschaftlichen Einbindung vor allem für die Frauen mit Migrationshintergrund in ihrem sozialen Wohnumfeld können als erfolgreiche Maßnahmen betrachtet werden. In den ausgewählten Mikroprojekten des Landkreises Göttingen, in denen die Schwerpunkt auf Themen wie Sport, Gesundheit, Bildung, Sprachförderung, ehrenamtliches Engagement, interkulturelle Öffnung sowie die Nutzung von Altenhilfsstrukturen liegt, ist die Zielsetzung, dass die Migrantinnen und Migranten an die sozialen Regeldienste im Landkreis Göttingen herangeführt werden und sie darauf aufmerksam gemacht werden, dass vielfältige Angebote im Landkreis bereits bestehen und von ihnen genutzt werden können. Die Einrichtung solcher Projekte, und die interkulturelle Öffnung bereits bestehender einheimischer Strukturen besitzen eine lobenswerte Vorbildfunktion für weitere Anstrengungen im Bereich der sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten., die gerade im ländlichen Raum noch weiter fokussiert werden müssen.

Weniger erfreulich sind die Befunde aus dem Abschnitt Stereotypen, Vorurteile und Diskriminierung. Hier zeigt sich, dass die Orientierung an Stereotypen, wie etwa das stereotype Bild der türkischen unterdrückten Frau, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei Expertinnen und Experten in der Integrationsarbeit weit verbreitet ist. Gerade hier blockiert eine solche Orientierung möglicherweise die Suche nach Möglichkeiten und Innovationen zur Mobilisierung und Durchführung von Integrationsprojekten. Interkulturelle Kompetenztrainings bei sozialen Integrationsprojekten und Wohlfahrtsvereinen stellen daher einen wichtigen Faktor für den Abbau von Stereotypen über die Zielgruppen dar. Auch Diskriminierungen sind ein Problem, das Migrantinnen und Migranten in Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft oft zu bewältigen haben. Sowohl im Alltag, beispielsweise durch Arbeitskollegen und -kolleginnen oder Mitbürger und Mitbürgerinnen, als auch im institutionellen Umgang etwa mit Bildungseinrichtungen, Behörden, Polizeiämtern oder Flüchtlingslagern besteht dieses Problem. Die Ursache für Diskriminierung ist dabei häufig das Unwissen der Mehrheitsbevölkerung über Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen verschiedenen Ländern und Kulturen. Auch hier können interkulturelle Trainings, etwa in den Bildungseinrichtungen und in den sozialen Diensten, Abhilfe leisten. Ein anderer Weg, Schranken zwischen verschiedenen Kulturen abzubauen, ist die gemeinsame Einrichtung von Begegnungsmöglichkeiten. Hier bieten die Zusammenarbeit von evangelischer Kirche und Moscheeverein beim Projekt „Moschee trifft

Kirche“ und die Kooperationsmaßnahme des DRK Kreisverbandes mit dem Moscheeverein „Die Halbmonde“ in Hann. Münden hervorragende Beispiele.

Es wird deutlich, dass sich die Probleme im Integrationsprozess für viele Migranten ähnlich darstellen. Die Ursachen für die individuellen Problemlagen sind jedoch vielfältig, die Lösungsansätze müssen es deshalb auch sein. Integrationsprozesse müssen die Migrantinnen und Migranten ansprechen, und sie müssen sie auf derart vielfältige Weise ansprechen, dass sie der Bandbreite an unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse, die diese aufweisen gerecht werden. Erst wenn die Angebotsseite der deutschen Aufnahmegesellschaft den entsprechenden Umfang und die angemessene Flexibilität hinsichtlich ihrer Integrationsmaßnahmen aufweist, können Personen mit Migrationshintergrund den Forderungen nach erfolgreicher Integration überhaupt nachkommen. Dass die Motivation, am Integrationsprozess teilzunehmen innerhalb der Migrant*innenpopulation weitgehend vorhanden ist, zeigt der Abschnitt zur Integrationsmotivation. Unter den integrationswilligen Migrant*innen und Migranten existiert zudem eine ausgeprägte Wahrnehmung für Problemfaktoren in Integrationsprozessen. Diese Wahrnehmung bietet der Integrationsarbeit eine große Chance. So ließe sie sich durch die Einbindung solcher problembewusster Personen für die Erarbeitung von Projekten und Lösungsstrategien hervorragend nutzen. Dazu wäre jedoch zunächst eine größere Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung der Strukturen und Einrichtungen, vor allem auch der Kreisverwaltung und der Verwaltung der Städte und Gemeinden im Landkreis Göttingen nötig. In den verschiedensten Bereichen müssen Denkanstöße und Anreize zur Anpassung der Strukturen der einzelnen Einrichtungen an die Bedürfnisse der Migrant*innen und Migranten gegeben werden. Gerade der Verwaltungsbereich der Kreisverwaltung und die Verwaltungen der Städte bzw. der Gemeinden des Landkreises weisen hier defizitäre Strukturen auf. Sowohl im Personal- als auch im Organisations- und Angebotsbereich müssen Wege und Mittel gefunden werden, Personen mit Migrationshintergrund in die Arbeit der Verwaltungen von Landkreis, Städten und Gemeinden einzubinden. Mögliche erste Schritte, um dieses Ziel zu erreichen, wären etwa die Installation eines Integrationsbeauftragten in den einzelnen Städten und Gemeinden, um lokale Ansprechpartner für die Adressaten und für Akteure der Integrations-/Migrationsarbeit zu schaffen oder die Einrichtung eines Integrationsausschusses auf Kreisebene, wie er in anderen Städten und Landkreisen bereits existiert. Diese Einrichtungen würden nicht nur engere Abstimmungen von Maßnahmen der Integrationsarbeit der einzelnen Ämter über alle Verwaltungen im Kreishaus und

innerhalb des Landkreises hinweg ermöglichen, sie würden auch Projekten die in Zusammenarbeit mit externen Kooperationspartnern durchgeführt werden, wie etwa das MiMi-Projekt des EMZ Hannover, zu einem höheren Bekanntheits- und damit einhergehend zu einem höheren Wirkungsgrad verhelfen. Nur über derartige partizipative Maßnahmen ist es möglich, interkulturelle Öffnung zu verwirklichen. Neben der Verwirklichung solcher Maßnahmen wäre jedoch auch eine Optimierung der bereits vorhandenen Strukturen nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um Integrationsarbeit effizienter als bisher durchführen zu können. So muss derzeit festgestellt werden, dass die konzeptionelle und operative Einbindung des Integrationsbeauftragten des Landkreises in die hausinternen Strukturen des Landkreises und besonders in die lokalen Strukturen der Städte und Gemeinden des Landkreises suboptimal verläuft. Eine interne und externe Koordinierung der kommunalen Integrationsaufgaben, die, nach Entscheidung des Kreistages, die ausdrückliche Aufgabe des Integrationsbeauftragten ist, findet nur teilweise statt. Hier sind, insbesondere im Kreishaus, die einzelnen Ämter in der Pflicht, ihre Maßnahmen enger mit dem Integrationsbeauftragten abzustimmen, um diese effektiv gestalten zu können. Sollte dies nicht geschehen, bedeutet dies auch weiterhin eine suboptimale Ressourcennutzung der Integrationsarbeit des Landkreises, die mit der Stelle des Integrationsbeauftragten nicht umsonst über einen Experten zur Beurteilung integrationspolitischer Maßnahmen verfügt. Auch müssen die Städte und Gemeinden des Landkreises als primäre Anlaufstellen für Migrantinnen und Migranten ebenfalls eine aufgeschlossene Haltung zur interkulturellen Öffnung ihrer Verwaltungsstrukturen zeigen. Alleine mit Bemühungen des Landkreises wird die Optimierung der Integrations-/migrationsarbeit im Kreisgebiet nicht gelingen können. Alle Akteure müssen ihren Anteil vor Ort übernehmen, damit ein effizient arbeitendes Netzwerk geschaffen werden kann, mit dem langfristige Verbesserungen der aktuellen Situation erreicht werden können. Unter den Bedingungen, dass die bestehenden Verwaltungsstrukturen optimal aufeinander abgestimmt werden und sich der Landkreis an einer interkulturellen Öffnung interessiert zeigt und diese aktiv unterstützt, sind die grundlegenden Voraussetzungen gegeben, erfolgreiche Integrationsarbeit zu leisten. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, Migrantinnen und Migranten bedürfnisorientierte Maßnahmen zur Integration anzubieten, die sich auf die individuellen Lebenssituationen der Adressaten ausrichten lassen und die dem Facettenreichtum der Migrantenpopulation im Landkreis Göttingen gerecht werden. Ein erster Schritt ist mit der Vorlage dieses Integrationsberichtes getan worden. Die

Erstellung des Integrationskonzeptes 2012 wird diesen Weg weitergehen und ausgehend von den Befunden dieses Berichtes ein schlüssiges Gesamtkonzept entwerfen, dass die Integrationsarbeit im Landkreis Göttingen weiter vorantreiben wird.

Literaturverzeichnis

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010): 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Paderborn [u.a.]: Bonifatius Druck-Buch-Verlag.

Cyrus, N., Vogel, D. (2007): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten in Sachsen. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Oldenburg: Universität Oldenburg.

Güttler, P. O. (2000): Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen. München: Oldenbourg.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration, Referat 51: Handlungsprogramm Integration 2008.

Hormel, U. (2007): Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft – Begründungsprobleme pädagogischer Strategien und Konzepte. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

KGSt[®] - Bericht 2/2011 Interkulturelles Personalmanagement, Köln.

Rosenbach, M. (2008): „Koch vertuscht seine Versäumnisse“ Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) über die Vorschläge des hessischen Ministerpräsidenten zur Bekämpfung der Jugendgewalt und die Defizite bei der Ausländerintegration. In: Der Spiegel 2/2008.

Rühl, S. (2009): Grunddaten der Zuwandererbevolkerung in Deutschland. Working Paper 27 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Teil 6 der Reihe „Integrationsreport“.

Waibel, M.(2010): Endbericht zur Projektstudie Demographischer Wandel im Landkreis Göttingen Prognose 2025. Hamburg: Universität Hamburg.

Zick, A./ Küpper, B./Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Internetquellen:

Bandorski, S./Harring, M./Kelleter, K. (2008): Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration: Möglichkeiten und Grenzen einer sekundäranalytischen Auswertung des Mikrozensus 2005. In: BMFSFJ, Forschungsreihe Band 4 (Stand vom 21.09.2011).

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-anlagen/mikrozensus-geschlecht-migration-pdf.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Stand: 18.01.2011).

(<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufgaben/Integrationskurs/integrationskurs-node.html>)

Bundesamt für Verfassungsschutz: Zahlen und Fakten zum Rechtsextremismus in Deutschland (Stand vom 08.09.2011).

(http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/zahlen_und_fakten/zuf_rechtsextremistische_gewalt_gesamt.html)

Bundesverwaltungsamt (Stand vom 22.09.2011).

(http://www.bva.bund.de/cln_092/DE/Home/home-node.html?_nnn=true)

Bundeszentrale für politische Bildung (Stand vom 24.08.2011).

(<http://www.bpb.de/themen/DY4AIX,20,0,Glossar.html>)

Landeskriminalamt Niedersachsen: Jahresbericht Jugendkriminalität und Jugendgefährdung in Niedersachsen 2010 (Stand 22.09.2011).

(http://www.lka.niedersachsen.de/praevention/kinder_jugend/Jahresbericht_2010.pdf)

Landeskriminalamt Niedersachsen: Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahrbuch 2010 (Stand 22.09.2011).

(<http://www.lka.niedersachsen.de/statistik/2010/Jahrbuch%202010.pdf>)

Niedersächsisches Kulturministerium zum Thema Religionsunterricht (Stand vom 24.08.2011).

(http://www.mk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=26982&article_id=90778&psmand=8)

Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration: Handlungsprogramm Integration 2008: Sprache und Bildung. (Stand vom 22.09.2011).

(<http://www.kmn.uni-oldenburg.de/hei/download/handlungsprogramm-integration-2008.pdf>)

Impressum



Herausgeber:

Landrat Reinhard Schermann

Reinhäuser Landstr. 4, 37083 Göttingen

Raum 128, 1. Etage

Telefon: 0551 525 256, Fax: 0551 525 6257

E-Mail: landrat@landkreisgoettingen.de

Landkreis Göttingen

Stabstelle für Bürgerdienste, Innovation und Bürokratieabbau

Herr Isa Sandiraz (Integrationsbeauftragter)

Reinhäuser Landstraße 4, 37083 Göttingen

Raum 184, 1. Etage

Telefon: 0551 525 562 Fax: 0551 525 6562

E-Mail: integrationsbeauftragter@landkreisgoettingen.de

Internet:

<http://www.landkreis-goettingen.de>

Oktober 2011

Copyright 2011 Landkreis Göttingen

© Landkreis Göttingen

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich und markenrechtlich geschützt. Jede Verwertung, Nutzung, Kennzeichnung u. Ä. außerhalb der engen Grenzen des Urheber- und Markenrechtes ist ohne ausdrückliche Zustimmung und Lizenzierung unzulässig und wird rechtlich geahndet.

